

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 16. Juli 2024 · Nr. 163/29 E1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,70 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Im Haushalt fehlen noch acht Milliarden

mas. BERLIN. Die Bundesregierung ringt immer noch um einen tragfähigen Haushalt – dazu braucht sie nach Einschätzung des Finanzministeriums noch 8 Milliarden Euro. Diese Lücke steckt in einer „globalen Minderausgabe“ von 17 Milliarden Euro. Knapp die Hälfte will die Koalition bis Mitte August schließen, dann geht der Haushaltsentwurf an den Bundestag. 9 Milliarden Euro lassen sich erfahrungsgemäß im Haushaltsvollzug erwirtschaften, weil Mittel nicht abgerufen werden. Das Kabinett will den Entwurf 2025 diesen Mittwoch beschließen, ebenfalls den Nachtragset 2024 und den Finanzplan bis 2028. Die Vorlagen liegen der F.A.Z. vor. Finanzminister Christian Lindner (FDP) plant nächstes Jahr mit Ausgaben von 480,6 Milliarden Euro und 43,8 Milliarden Euro neuen Schulden. Bis 2028 soll das Defizit auf knapp 30 Milliarden Euro sinken. Auch im Finanzplan gibt es noch große Lücken. Die Regierung beziffert den Handlungsbedarf auf 65 Milliarden Euro. Der CDU-Politiker Christian Haase urteilte, an vielen Stellen seien nur halbherzige bis gar keine Lösungen auszumachen. „Gleichzeitig wird die Schuldenpolitik expansiv fortgesetzt.“ (Siehe *Wirtschaft*, Seite 15.)



Aus dem Oval Office: Joe Biden während seiner Fernsehansprache am Sonntagabend

Foto AP

Präsident Biden ruft zur Geschlossenheit auf

„Politische Temperatur senken“ / Trump wählt J.D. Vance als Vizekandidaten

sat./fia. MILWAUKEE. Nach dem Attentat auf Donald Trump hat Präsident Joe Biden die Amerikaner zur Geschlossenheit aufgerufen. „Wir müssen die politische Temperatur senken“, sagte Biden am Sonntagabend in einer Rede an die Nation aus dem Oval Office. Meinungsverschiedenheiten begründeten keine Feindschaft. Der Wahlkampf sei von einer aufgeheizten politischen Rhetorik geprägt, sagte Biden weiter. Die Schüsse auf Trump forderten alle auf, „einen Schritt zurückzutreten und nachzudenken“.

Der Präsident hob abermals hervor, dass er wenige Stunden nach dem Attentat kurz mit Trump telefoniert habe. Am Sonntag äußerte Biden, es gebe „keinen Platz für diese Art von Gewalt in Amerika, ohne Ausnahme“. Das Land könne und dürfe diesen Weg in der Geschichte nicht noch einmal einschlagen. Gewalt sei niemals die Antwort.

Auch Trump äußerte sich mäßigend nach dem Attentat am Samstag, bei dem ein Schütze während einer Kundgebung in Pennsylvania mehrfach auf ihn schoss. Kurz nach dem Ende der Rede Bidens schrieb der Republikaner auf seiner Plattform Truth Social: „Vereint Amerika!“ In einem Interview mit dem „Washington Examiner“ gab er außerdem an, seine Rede für den Parteitag in Milwaukee grundlegend überarbeitet zu haben. Eigentlich habe die für Donnerstag geplante Ansprache ein „Knaller“ werden sollen, in der er die Politik Bidens zerpfücken wollte. Jetzt werde der Aufruf zur nationalen Geschlossenheit im Vordergrund stehen.

Am Montag nominierten die knapp 2500 Delegierten auf dem Parteitag Trump offiziell als Präsidentschaftskandidaten der Republikaner. Trump hatte kurz zuvor angekündigt, mit J.D. Vance als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten

in die Wahl am 5. November zu ziehen. Der frühere Präsident teilte auf Truth Social mit, der Senator aus Ohio sei „nach reiflicher Überlegung“ der beste Kandidat.

Der Secret Service veröffentlichte am Montag eine Stellungnahme zum Attentat. In der Erklärung der Direktorin Kimberly Cheatle heißt es, man habe „schnell gehandelt“, arbeite nun jedoch mit allen beteiligten Behörden zusammen, „um zu verstehen, was passiert ist, wie es passiert ist und wie wir verhindern können, dass sich ein solcher Vorfall jemals wiederholt“. Cheatle sagte außerdem „volle Kooperation“ in Bezug auf die unabhängige Untersuchung der Vorgänge zu, die Präsident Biden zuvor gefordert hatte. Fraglich ist etwa, wie der Schütze unbemerkt auf das wenige Hundert Meter von Trump entfernte Dach gelangen konnte. (Siehe *Seiten 2 und 8* sowie *Feuilleton*, Seite 9, und *Wirtschaft*, Seite 15.)

Borrell will Treffen in Budapest durchkreuzen

EU-Staaten erwägen Konsequenzen aus Orbáns Reisen / „Vertrauensbruch“

T.G. BRÜSSEL. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell will das informelle Treffen der Außen- und Verteidigungsminister Ende August in Budapest durchkreuzen. Ein entsprechender Bericht von „Politico“ wurde der F.A.Z. aus dem Umfeld des Spaniers bestätigt. Borrell erwäge, die Minister zur selben Zeit zu einem formellen Treffen nach Brüssel zu bestellen, falls dies hinreichend Zustimmung finde. Mit dem Schritt soll Ungarn für die jüngsten Reisen von Ministerpräsident Viktor Orbán nach Moskau und Peking bestraft werden, die nicht abgesprochen waren, obwohl Orbán den Eindruck entstehen ließ, er sei als Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft unterwegs.

Der Plan wurde unter mehreren Mitgliedstaaten vorbesprochen, darunter auch Deutschland. Borrell will ihn am Mittwoch allen EU-Botschaftern vorstellen und am kommenden Montag mit den Außenministern erörtern, die zum regulären Rat nach Brüssel kommen.

Die Bundesregierung ist noch zögerlich. Sie will unbedingt eine Spaltung unter den 26 Mitgliedstaaten vermeiden. Dies könnte allerdings auch mit Borrells Plan gelingen, für den es kein Vorbild gibt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ließ unterdessen am Montagabend ankündigen, dass die EU-Kommission auf den traditionellen Antrittsbesuch in Budapest verzichten werde.

Die Debatte über eine Bestrafung Ungarns begann am vorigen Mittwoch unter den EU-Botschaftern. Dabei sei „massivste Kritik“ laut geworden, schrieb der deutsche Vertreter Michael Clauß in seinem vertraulichen Drahtbericht nach Berlin, welcher der F.A.Z. vorliegt. Fast alle Staaten hätten Begriffe wie „Enttäu-

schung“ und „Vertrauensbruch“ verwendet. Etwas zurückhaltender hätten sich nur Österreich und Italien geäußert, lediglich die Slowakei habe sich nicht zu Wort gemeldet. Der Rechtsdienst des Rates habe so argumentiert: Wenn eine Ratspräsidentschaft „auch nur den Eindruck erwecke, ohne Mandat für die EU zu sprechen, liege ein klarer Verstoß gegen das Prinzip (der loyalen Zusammenarbeit) vor“.

Daniel Freund, Europaabgeordneter der Grünen, forderte weitere Konsequenzen. „Diese Hochrisikopräsidentschaft muss vorzeitig beendet werden. Polen soll schon am 1. September übernehmen“, sagte er der F.A.Z. Die Mitgliedstaaten haben eine Verkürzung der Ratspräsidentschaft, die üblicherweise bis Ende Dezember geht, tatsächlich schon mit dem Rechtsdienst geprüft. Dies wäre aber nur vor dem Beginn am 1. Juli möglich gewesen.

len und am kommenden Montag mit den Außenministern erörtern, die zum regulären Rat nach Brüssel kommen.

Die Bundesregierung ist noch zögerlich. Sie will unbedingt eine Spaltung unter den 26 Mitgliedstaaten vermeiden. Dies könnte allerdings auch mit Borrells Plan gelingen, für den es kein Vorbild gibt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ließ unterdessen am Montagabend ankündigen, dass die EU-Kommission auf den traditionellen Antrittsbesuch in Budapest verzichten werde.

Die Debatte über eine Bestrafung Ungarns begann am vorigen Mittwoch unter den EU-Botschaftern. Dabei sei „massivste Kritik“ laut geworden, schrieb der deutsche Vertreter Michael Clauß in seinem vertraulichen Drahtbericht nach Berlin, welcher der F.A.Z. vorliegt. Fast alle Staaten hätten Begriffe wie „Enttäu-

Faerer lobt wirksame Grenzkontrollen zur EM

moja. BERLIN. Bundesinnenministerin Nancy Faerer (SPD) hat ein positives Fazit der Fußball-Europameisterschaft gezogen. „Es gab deutlich weniger Sicherheitsvorfälle und Straftaten, als unsere Sicherheitsbehörden bei einem Ereignis mit vielen Millionen Menschen vorher erwartet hatten“, teilte sie am Montag mit. Durch die Kontrollen der Bundespolizei an allen deutschen Binnengrenzen konnten zwischen dem 7. Juni und dem 15. Juli 1112 Haftbefehle vollstreckt, 8300 unerlaubte Einreisen registriert und mehr als hundert Hooligans an der Einreise gehindert werden. (Siehe *Seite 4*.)

Zahl der Biohöfe sinkt erstmals seit 30 Jahren

ak. FRANKFURT. Zum ersten Mal seit 1994 ist die Zahl der Biobauernhöfe in Deutschland wieder leicht rückläufig. Im Jahr 2023 wirtschafteten 36.680 Betriebe ökologisch, das waren 182 weniger als im Jahr zuvor. Das geht aus Strukturdaten des Bundeslandwirtschaftsministeriums hervor. Die Höfe haben entweder ganz aufgegeben oder arbeiten nun wieder nach konventionellen Kriterien. Als Gründe nennt der Bioanbauverband BÖLW unter anderem herausfordernde Rahmenbedingungen, Bürokratie und ein verändertes Kaufverhalten der Kunden. (Siehe *Wirtschaft*, Seite 17.)

Impfraten bei Kindern weltweit zu niedrig

sml. FRANKFURT. Die Impfraten bei Kindern sind noch nicht zum Niveau vor der Corona-Pandemie zurückgekehrt. Das konstatierten das UN-Kinderhilfswerk UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation am Montag in einer gemeinsamen Mitteilung. Die neuesten Zahlen zeigten, „dass viele Länder weiterhin zu viele Kinder vernachlässigen“, sagte UNICEF-Direktorin Catherine Russell. Die Hälfte der ungeimpften Kinder lebt demnach in von Konflikten betroffenen Ländern. Impflücken würden als Erstes die Schwächsten treffen. (Siehe *Deutschland und die Welt*; *Kommentar* Seite 8.)

Amerika braucht Mäßigung

Von Nikolas Busse

Dass Biden wie Trump nach dem Attentat zu Ruhe und Geschlossenheit aufgerufen haben, kann man nur begrüßen. Amerikas politische Debatte sollte jetzt nicht durch parteipolitische Schuldzuweisungen oder unbewiesene Verschwörungserzählungen weiter aufgepeitscht werden. Über die Einzelheiten des Tathergangs, mögliche Versäumnisse der Sicherheitskräfte und die Motive des Täters werden hoffentlich die Ermittlungen Erkenntnisse zutage fördern.

Die amerikanische Politik aber hat allen Grund, in sich zu gehen. Beide Seiten haben über Jahre hinweg den politischen Wettbewerber als Feind dargestellt: die Demokraten Trump als Bedrohung für die Demokratie, die Republikaner Biden als Verantwortlichen für den Untergang Amerikas. In der Wortwahl werden in beiden Parteien (und den ihnen zugelegten Medien) immer wieder Grenzen überschritten. All das muss nicht ursächlich für die Tat gewesen sein. Immerhin hat Amerika eine lange und unselbige Tradition politi-

scher und privater Waffengewalt. Aber gerade deswegen sollten Politiker nicht ständig Öl ins Feuer gießen. Auch in anderen westlichen Gesellschaften hat sich die politische Auseinandersetzung zu sehr in Richtung Kampf verschoben. Trump sagt, dass der Parteitag der Republikaner in Milwaukee eine Chance sei, das ganze Land zu einen, sogar die ganze Welt. Es wäre gut, wenn diese Chance nicht nur von ihm genutzt würde.

Für den Wahlausgang könnte das Attentat eine geringere Rolle spielen, als vielfach vermutet wird. Trumps Anhängerschaft war schon vorher mobilisiert; dass die Wechselwähler, auf die es ankommt, nun gar nicht mehr auf Sachthemen achten, ist nicht gesagt. Es sind noch fast vier Monate bis zum 5. November, da kann noch einiges passieren. Bidens Problem mit seinem physischen Zustand hat sich allerdings vergrößert: Neben einem (unwesentlich jüngeren) Konkurrenten, der ein Attentat mit Kampfesgeist übersteht, wirkt der Amtsinhaber noch gebrechlicher als zuvor.

Pakt der Abhängigen

Von Tim Kanning

Wenn am 19. Juli die Sonne über der japanischen Nordinsel Hokkaido aufgeht, dann sollen am Horizont auch drei Kampffjets der deutschen Luftwaffe erscheinen. Nach einer NATO-Übung in Alaska werden sich die deutschen Eurofighter auf den weiten Weg über den Pazifik nach Japan machen, um dort mehrere gemeinsame Übungen mit der japanischen Armee zu fliegen. Es ist ein Besuch mit Brisanz. Schon auf dem Weg von Alaska nach Japan werden die Flieger wohl so nah an Russland vorbeikommen, dass Putin seine Kampffjets zur Eskorte aufsteigen lassen dürfte.

China hat Japan zuletzt mehrfach dafür kritisiert, mit seinen internationalen Militärkooperationen eine neue Blockbildung wie im Kalten Krieg heraufzubeschwören. Japans dritter ungemütlicher Nachbar, Nordkorea mit seinem Diktator Kim Jong-un, hat dem Land vorgeworfen, es versuche mit „militärischen Muskeleispielen“ eine asiatische NATO aufzubauen.

Ordnung kann nicht mehr als gegeben angesehen werden. Zum anderen: Die Vereinigten Staaten wollen nicht mehr allein als Schutzmacht der freien Demokratien eintreten.

Für Washington ist Japan eine Art vorgelagerte Bastion in Asien. 50.000 Soldaten sind dort stationiert. Auch fast 80 Jahre nach Kriegsende verwalten die Amerikaner weite Teile des japanischen Luftraums. Die nicht weit von Taiwan gelegene japanische Insel Okinawa wird wegen ihrer vielen US-Stützpunkte in Sicherheitskreisen als „unsinkbarer Flugzeugträger“ bezeichnet. Insofern ist schwer vorstellbar, dass Washington Japan im Falle eines Angriffs nicht verteidigen würde. Und doch hat vor allem Donald Trumps erste

In einer rauerer Welt suchen Deutschland und Japan mehr Kooperation, auch militärisch.

Regentschaft in Tokio viele wachgründet. Die Sorge ist groß, dass er in einer möglichen zweiten Amtszeit die Bündnispartner noch stärker in die Pflicht nehmen wird.

So hat Kishida in Japan, wie Scholz in Deutschland, nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eine militärische Zeitenwende ausgerufen. Der japanische Regierungschef will die Verteidigungsausgaben innerhalb weniger Jahre auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nahezu verdoppeln. Bis zum Jahr 2028 sollen umgerechnet 252 Milliarden Euro für zusätzliche Waffensysteme, Raketen und Soldaten ausgegeben werden. Und er reist unermüdet durch die Welt, um gleichgesinnte Staaten als Verteidigungs- und Sicherheitspartner zu gewinnen.

Deutschland steht da sicher nicht an erster Stelle, da die militärischen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit überschaubar sind. Parallel handelt Japan aber gerade auch mit der Europäischen Union eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft aus. Da ist es für Kishida wichtig, dass Berlin die Bedeutung stabiler Verhältnisse im Indopazifik für seine eigenen Interessen erkennt.

Denn noch eines vereint Japan und Deutschland: In beiden Ländern hängt der wirtschaftliche Erfolg in hohem Maße vom freien und sicheren Welthandel ab, weil beide auf Rohstoffimporte und auf die Exporte ihrer Industrieunternehmen angewiesen sind, getreu dem Motto: Deutschlands wirtschaftliche Sicherheit wird auch in der Taiwanstraße verteidigt. Die Meerenge zwischen Taiwan und China ist eine der wichtigsten Handelsrouten der Welt.

Ein Heiligtum für Putin auf der Krim

Russland fälscht und überbaut die antike Stadt Chersones auf der Krim. Dort entsteht ein Disneyland mit neuen Museen. *Feuilleton*, Seite 12

Zurück zu Papier und Stift

Dänemark will Erstklässlern keine iPads mehr aushändigen und geht gegen die exzessive Nutzung sozialer Medien vor. *Politik*, Seite 3

Antike und Ambivalenz

Roms Galleria Borghese stellt Louise Bourgeois' Skulpturen Meisterwerke des Altertums gegenüber – der Coup gelingt. *Feuilleton*, Seite 9

Klimaschutz und Moral

Den CO₂-Fußabdruck national oder individuell zu senken fühlt sich gut an. Aber andere Maßnahmen erreichen mehr. *Wirtschaft*, Seite 16

Beginn einer goldenen Ära?

Spaniens junge Auswahl ist die beste des Kontinents – und die Zeit dieser Generation noch lange nicht vorbei. *Sport*, Seite 28

Kein strafbarer Rassismus

Für menschenverachtende Äußerungen in Chats müssen fünf Frankfurter Polizisten nicht vor Gericht. *Rhein-Main-Zeitung*, Seite 1

Briefe an die Herausgeber

Richterin stellt Verfahren gegen Trump ein

sat. MILWAUKEE. In der Affäre um die Mitnahme geheimer Regierungsdokumente hat die zuständige Richterin das Strafverfahren gegen den früheren US-Präsidenten Donald Trump eingestellt. Die zu Trumps Amtszeit nominierte Richterin Aileen Cannon entschied am Montag, die Anklage mit der Begründung zurückzuweisen, dass Sonderermittler Jack Smith nicht rechtmäßig ernannt worden sei. Trumps Anwälte hatten dies beantragt. Es ist der zweite juristische Sieg für Trump in kurzer Zeit; die Entscheidung kann noch durch eine höhere Instanz angefochten werden. (Siehe *Seite 2*.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,50 € / Kanaren, Balearen 4,70 € / Schweiz 5,50 sfrs

Wetteifern um nationale Einheit

Nach den Schüssen von Pennsylvania schlagen Joe Biden und Donald Trump neue Töne an. Amerika müsse innehalten.

Von Majid Sattar und Sofia Dreisbach, Milwaukee

Natürlich musste Joe Biden sich vom Oval Office aus mit einer Rede an die Nation wenden. Das tun Präsidenten in Fragen von Krieg und Frieden. Das tun sie auch, wenn die innere Sicherheit bedroht ist. Und das tun sie erst recht, wenn politische Gewalt die Demokratie gefährdet. „Wir müssen die politische Temperatur senken“, mahnte er am Sonntagabend. Und: Meinungsverschiedenheiten begründeten keine Feindschaft.

Der Wahlkampf sei von einer sehr aufgeheizten politischen Rhetorik geprägt. Die Schüsse auf Donald Trump forderten alle auf, „einen Schritt zurückzutreten und nachzudenken“, sagte Biden weiter. Noch einmal erwähnte der Präsident, dass er noch am Samstagabend, wenige Stunden nach dem Attentat, kurz mit dem früheren Präsidenten telefonierte. Er zeigte sich erleichtert, dass sein Vorgänger nicht ernsthaft verletzt wurde. „Es gibt keinen Platz für diese Art von Gewalt in Amerika, ohne Ausnahme.“

Amerika könne und dürfe diesen Weg in der Geschichte nicht noch einmal einschlagen. Gewalt sei niemals die Antwort – Mitglieder beider Fraktionen des Kongresses seien schon das Ziel politisch motivierter Gewalt gewesen. Einen Verweis auf den Sturm auf das Kapitol, den Angriff auf Nancy Pelosi Ehemann und den Komplott gegen Gouverneurin Gretchen Whitmer konnte er sich nicht verkneifen. So viel Kalkül darf auch in ersten Zeiten sein. Dann mahnte Biden noch mit Blick auf die kursierenden Verschwörungsmäthen, man kenne das Motiv des Täters nicht. Und man kenne dessen politische Auffassungen und Verbindungen nicht.

Alles ist auf einmal anders. Biden telefoniert mit Trump – Jahre hatten sie zu-

vor nicht miteinander vertraulich gesprochen. Und er ruft das Land zu Geschlossenheit auf. Für einen Moment ist die Debatte unter Demokraten, ob der 81 Jahre alte Mann noch das Zeug für eine zweite Amtszeit hat, in den Hintergrund gedrängt.

Auch Trump klingt seit dem Attentat ganz anders. Er landete am Sonntag in Milwaukee für den Parteitag der Republikaner, auf dem er am Montag auch offiziell als Präsidentschaftskandidat nominiert wurde. Er war nach seinem kurzen Krankenhausaufenthalt in Butler am Samstag in sein Golfresort nach Bedminster in New Jersey gefahren. Vor seiner Ankunft in Wisconsin hatte er mitgeteilt, er habe erwogen, seine Ankunft in Wisconsin nach dem Attentat um zwei Tage zu verschieben. Er sei aber zu dem Ergebnis gekommen, dass er einem Attentäter nicht erlauben könne, eine Verschiebung der Termine zu erzwingen.

In einem Interview mit dem „Washington Examiner“ sagte Trump, er habe seine Rede für den Parteitag komplett umgeschrieben. Eigentlich sollte seine Rede vor den Delegierten am Donnerstag ein „Knaller“ werden, in der er die Politik Bidens zerpfücken wollte. Jetzt werde der Aufruf zur nationalen Geschlossenheit im Vordergrund stehen.

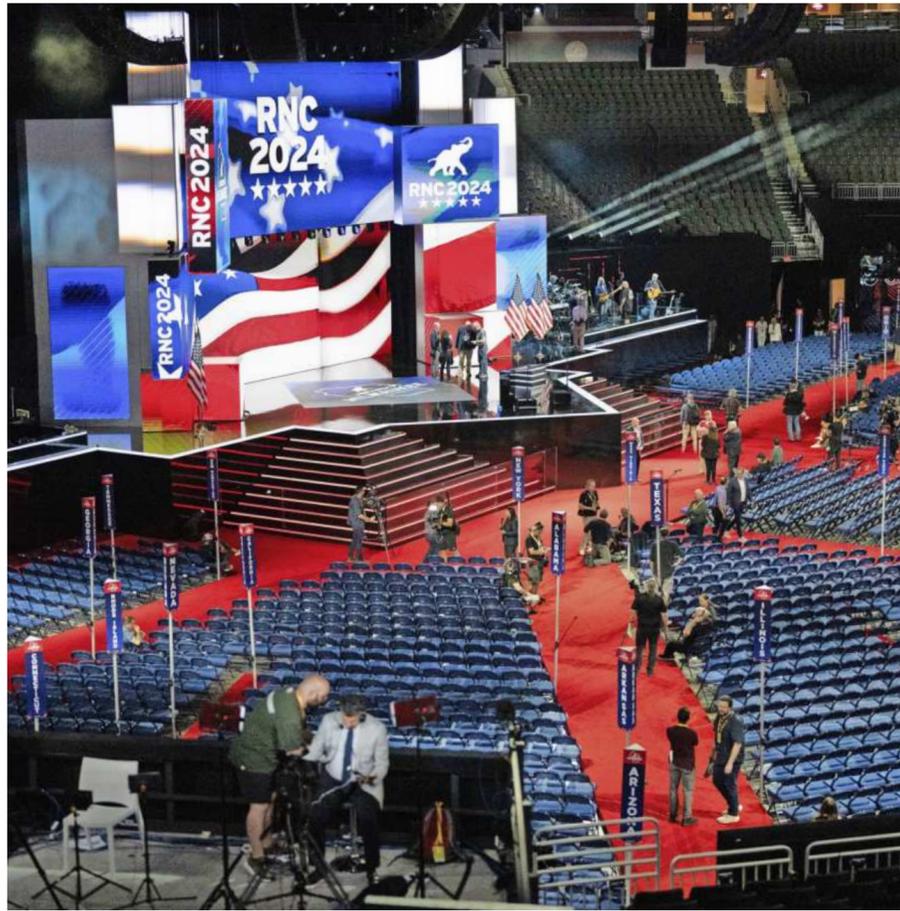
Trotz der Debatte über ein mögliches Versagen der Sicherheitskräfte auf der Kundgebung in Pennsylvania stellte der Secret Service zunächst klar, dass er keine Änderung des Sicherheitsprotokolls in Milwaukee für nötig hält. „Wir sind vollständig vorbereitet“, sagte die beim Secret Service für den Parteitag verantwortliche Koordinatorin Audrey Gibson-Cichino. Sie erwarte keine Änderungen an den derzeitigen Sicherheitsplänen.

Präsidenten William McKinley. Die dunkelste Stunde des Dienstes war sicherlich die Ermordung von Präsident John F. Kennedy im Jahr 1963 in der texanischen Stadt Dallas. Das Bild eines Secret-Service-Agenten, der sich am Auto des Präsidenten festhält und die Präsidentengattin versucht zu beschützen, als der Wagen nach den Schüssen auf Kennedy vom Tatort wegrast, ging um die Welt.

Berichten zufolge sollen einige der Personenschützer am Abend zuvor Alkohol getrunken und wegen ihrer Feier unter Schlafmangel gelitten haben. Dieses Verhalten wurde laut der Journalistin Carol Leonnig durchaus akzeptiert und war auch in den darauffolgenden Jahren noch im Secret Service anzutreffen. So schreibt es Leonnig in ihrem 2021 erschienenen Buch über die Geschichte des Dienstes. Fehlverhalten sei nicht bestraft, sondern vertuscht worden. Folglich kam es immer wieder zu Sicherheitsversagen.

Doch die Beamten hatten nicht nur mit Gefahren von außerhalb zu tun. Auch das Verhältnis zu denjenigen, die sie schützen sollten, war nicht immer einfach. So soll Kennedy seine Personenschützer regelmäßig abgehängt haben, um außer-ehehellen Affären zu frönen. Auch Bill Clinton soll sie immer wieder im Regen stehen gelassen haben. Ganz anders sei Donald Trump gewesen, schreibt Leonnig. Für ihn seien seine Beschützer eine Art Prätorianergarde gewesen. Darüber hinaus, schreibt die Journalistin, sei der Secret Service auch nicht besonders hoch angesehen gewesen. Er sei notorisch unterfinanziert gewesen, weil der Kongress ihm nicht genügend finanzielle Mittel zugestanden habe. Heutzutage hat er ein Budget von 3,2 Milliarden

Der Schutz des Präsidenten wurde dem Secret Service 1901 vom Kongress übertragen. Grund war die Ermordung des



Angepasste Sicherheitsvorkehrungen: 50.000 Republikaner werden zum Parteitag in Milwaukee erwartet. Foto Hiro Masuike/Laif

Die Direktorin des Secret Service, Kimberly Cheatle, hob in einer Stellungnahme am Montag jedoch hervor, die Pläne seien flexibel. Man werde die Maßnahmen im Verlauf des Parteitags „kontinuierlich anpassen, um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Kongressteilnehmer, die Freiwilligen und die Stadt Milwaukee zu gewährleisten“. Im Falle Trumps habe es seit Samstag Änderungen bei den Sicherheitsvorkehrungen gegeben, um seinen Schutz für den Parteitag und den weiteren Wahlkampf sicherzustellen.

Am offiziellen Programm des vier Tage dauernden Parteitags hat sich trotz des

Attentats nichts geändert. Die Großveranstaltung dürfe jedoch maßgeblich von der Frage beherrscht werden, was der Vorfall nun für den weiteren Wahlkampf bedeutet. Am Montag wurden Trump und der von ihm gewählte „Running Mate“ J.D. Vance, Senator aus Ohio, offiziell als Kandidaten der Partei nominiert. Dafür gab es knapp 2500 Delegierte aus den Bundesstaaten auf Grundlage der Vorwählergebnisse ihr Votum ab.

In den nächsten Tagen wird sich zeigen, wie ernst die Republikaner es mit dem gemäßigten Ton in der politischen Debatte meinen. Für Mittwochabend ist

die Rede des Vizepräsidentenkandidaten Vance, für Donnerstagabend die Rede Trumps geplant. Der frühere Präsident hatte in den vergangenen Tagen zur rhetorischen Mäßigung aufgerufen. Ausgerechnet Vance hatte nach dem Attentat jedoch schärfer als die meisten geäußert, Bidens Bemerkungen über Trump hätten zu dem Mordanschlag geführt.

Bemerkenswert ist, dass für diesen Dienstag ein Auftritt Nikki Hales geplant ist. Es ist erst wenige Monate her, da äußerte sich die frühere Gouverneurin von South Carolina als republikanische Präsidentschaftskandidatin äußerst

Sie sollten Trump schützen

Der Secret Service steht nach dem Attentat in der Kritik / Von Oliver Kühn

Nach den Schüssen auf Donald Trump in Pennsylvania rückt die Behörde in den Blick, die für seinen Schutz zuständig ist: der Secret Service. In Washington erklären schon kurz nach der Tat Rufe nach einer Aufarbeitung. James Comer, der republikanische Vorsitzende des Aufsichtsausschusses des Repräsentantenhauses, sagte am Sonntag, er habe die Behörde kontaktiert und um Informationen gebeten. Die Direktorin des Dienstes, Kimberly Cheatle, wurde für den 22. Juli vor seinen Ausschuss zitiert, um Rede und Antwort zu stehen. Der Demokrat Ritchie Torres seinerseits forderte eine Untersuchung des „Sicherheitsversagens“. Die Regierung müsse aus ihren Fehlern lernen, um Wiederholungen zu vermeiden. Justizminister Merrick Garland wies die Ermittlungsbehörden an, „alle verfügbaren Ressourcen einzusetzen“.

Cheatle teilte am Montag mit, das Personal des Secret Service, das am Samstag in Butler gewesen sei, habe während des Vorfalls schnell reagiert. Die Scharfschützen hätten den Täter „neutralisiert“ und der Personenschutz den früheren Präsidenten in Sicherheit gebracht. Der Secret Service arbeite mit allen Behörden zusammen, um herauszufinden, wie es zu dem Attentat kommen konnte. Ein Sprecher der Behörde widersprach am Sonntag dem Vorwurf, der Dienst sei von Trumps Team um mehr Ressourcen für dessen Schutz gebeten worden, habe das Ansinnen aber abgelehnt.

In amerikanischen Medien kommen frühere Mitarbeiter des Dienstes zu Wort, die zu den Vorgängen vom Samstag befragt werden. So sagte etwa Tim McCarthy, der beim Attentat auf den damaligen Präsidenten Ronald Reagan 1981 ange-

schossen worden war. „Es ist ein Versagen. Schlicht und einfach“, sagte er. Der Secret Service habe fast alles Menschenmögliche getan, solche Attacken zu verhindern, aber es gebe keine absolute Sicherheit. Die Vorgänge müssten nun untersucht werden, um ein solches Versagen in Zukunft zu verhindern. Auch als Präsident Reagan angeschossen wurde, sei das ein Versagen gewesen.

Der Anschlag auf Reagan durch einen geistig verwirrten Mann, bei dem ein Querschläger in Reagans Lunge eindrang, war bis zum Samstag auch der letzte, bei dem es einem Attentäter gelang, mit einer Schusswaffe auf einen amerikanischen Präsidenten zu schießen. Die Arbeit des Secret Service schien also Früchte getragen zu haben.

Gegründet wurde der Secret Service im Jahr 1865. Damals ging es jedoch um etwas gänzlich anderes: Nach dem Bürgerkrieg war sehr viel Falschgeld im Umlauf, und Präsident Lincoln berief eine Kommission ein, die Vorschläge erarbeiten sollte, wie das Problem gelöst werden könne. Am 5. Juli 1865 wurde dann die „Secret Service Division“ als Abteilung des Finanzministeriums eingerichtet. Sehr schnell übernahm der Dienst auch andere Aufgaben wie Ermittlungen von Banküberfällen oder Morden, weil es keine andere Bundesbehörde mit genügend Personal gab, die das hätte tun können. Die Behörde beschäftigte sich auch mit Geheimdienstarbeit im Inneren und Spionageabwehr. All diese Verpflichtungen wurden jedoch nach der Gründung des FBI 1908 an dieses abgetreten.

Der Schutz des Präsidenten wurde dem Secret Service 1901 vom Kongress übertragen. Grund war die Ermordung des

Präsidenten William McKinley. Die dunkelste Stunde des Dienstes war sicherlich die Ermordung von Präsident John F. Kennedy im Jahr 1963 in der texanischen Stadt Dallas. Das Bild eines Secret-Service-Agenten, der sich am Auto des Präsidenten festhält und die Präsidentengattin versucht zu beschützen, als der Wagen nach den Schüssen auf Kennedy vom Tatort wegrast, ging um die Welt.

Berichten zufolge sollen einige der Personenschützer am Abend zuvor Alkohol getrunken und wegen ihrer Feier unter Schlafmangel gelitten haben. Dieses Verhalten wurde laut der Journalistin Carol Leonnig durchaus akzeptiert und war auch in den darauffolgenden Jahren noch im Secret Service anzutreffen. So schreibt es Leonnig in ihrem 2021 erschienenen Buch über die Geschichte des Dienstes. Fehlverhalten sei nicht bestraft, sondern vertuscht worden. Folglich kam es immer wieder zu Sicherheitsversagen.

Doch die Beamten hatten nicht nur mit Gefahren von außerhalb zu tun. Auch das Verhältnis zu denjenigen, die sie schützen sollten, war nicht immer einfach. So soll Kennedy seine Personenschützer regelmäßig abgehängt haben, um außer-ehehellen Affären zu frönen. Auch Bill Clinton soll sie immer wieder im Regen stehen gelassen haben. Ganz anders sei Donald Trump gewesen, schreibt Leonnig. Für ihn seien seine Beschützer eine Art Prätorianergarde gewesen.

Darüber hinaus, schreibt die Journalistin, sei der Secret Service auch nicht besonders hoch angesehen gewesen. Er sei notorisch unterfinanziert gewesen, weil der Kongress ihm nicht genügend finanzielle Mittel zugestanden habe. Heutzutage hat er ein Budget von 3,2 Milliarden

Dollar im Jahr für seine mehr als 8300 Mitarbeiter.

Allerdings wurden in den vergangenen Jahrzehnten auch seine Aufgaben ausgeweitet. So ist er nicht nur zuständig für den Schutz des Präsidenten, sondern auch für dessen Familie. Dazu kommt der Vizepräsident und dessen Familie sowie ehemalige Präsidenten und deren Familien. Doch damit nicht genug: Auch Kandidaten für die Präsidentschaft und die Vizepräsidentschaft und deren unmittelbare Familien, zu Besuch weilende ausländische Staatsgäste, der Finanzminister, der Minister für Heimatschutz – unter dessen Dach der Secret Service nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gestellt wurde –, andere Personen, die der Präsident für schützenswert hält, und wichtige Veranstaltungen wie Olympische Spiele soll er schützen.

Dazu kommt immer noch die Aufgabe, für die er vor mehr als 150 Jahren eingerichtet wurde: Der Kampf gegen die Verbreitung von Falschgeld und noch eine ganze Reihe weiterer Aufgaben, die mit der Sicherheit der amerikanischen Finanzsysteme zusammenhängen.

Welche Folgen das Attentat auf Trump für die Behörde haben wird, ist noch unklar. Ob es nur darum gehen wird, Schuldige zu finden und ansonsten alles beim Alten zu belassen, oder ob es eine tiefere Reform geben wird, die auch eine bessere Ausstattung mit finanziellen Mitteln und Personal umfasst, werden die kommenden Monate zeigen.

Auch die Vorkehrungen für die Sicherheit des Kandidaten Trump dürften überprüft werden. Ein Wahlkampfberater äußert bereits, es sei klar, dass der frühere Präsident mehr Schutz benötige.

Verfahren gegen Trump eingestellt

Juristischer Sieg in Dokumentenaffäre

MILWAUKEE. Das Gerichtsverfahren gegen Donald Trump wegen des Vorwurfs der illegalen Aufbewahrung streng geheimer Verschlusssachen ist eingestellt worden. Die Richter des Bundesgerichts im südlichen Distrikt in Florida, Aileen Cannon, entschied am Montag, die Anklage mit der Begründung zurückzuweisen, dass Sonderermittler Jack Smith nicht rechtmäßig ernannt worden sei. Die Anwälte des früheren Präsidenten hatten dies zuvor beantragt.

Obwohl die Entscheidung Cannons nach einer Anfechtung durch Smith durch eine höhere Instanz revidiert werden könnte, kann Trump vorerst einen weiteren juristischen Sieg verbuchen. Zuletzt hatte der Republikaner vor dem Supreme Court einen wichtigen Sieg errungen. Der Oberste Gerichtshof hatte dem früheren Präsidenten in einem Grundsatzurteil zwar keine absolute, aber eine weitgehende strafrechtliche Immunität für Amtshandlungen zugestanden. Auf dieser Grundlage will Trump auch durchsetzen, dass das Washingtoner Verfahren gegen ihn wegen Wahlverschwörung, in dem ebenfalls Sonderermittler Smith die Anklage erhoben hatte, eingestellt wird. Zunächst gab es keine Reaktion auf die Entscheidung Cannons aus dem Büro des Sonderermittlers.

Cannon, die von Trump während dessen erster Amtszeit als Bundesrichterin nominiert worden war, hatte in dem Fall schon mehrere Verfahrensentscheidungen zugunsten des früheren Präsidenten getroffen. In ihrer Entscheidung von Montag schrieb sie, nach sorgfältiger Prüfung sei sie zu dem Ergebnis gekommen, dass die Strafverfolgung durch Smith in der Do-

kumentenaffäre gegen zwei Eckpfeiler der Verfassung verstoße: nämlich die Kompetenzen des Kongresses bei der Ernennung von Personal und bei der Bewilligung von Ausgaben. Fachleute hatten zuvor die Auffassung vertreten, dass die Argumentation, Smith sei auf illegale Weise ins Amt gekommen, weit hergeholt sei. Trumps Anwälte in dem Washingtoner Verfahren stellten nicht den Antrag, die Strafverfolgung mit dieser Begründung einzustellen. In beiden Fällen war Smith von Justizminister Merrick Garland mit der Aufgabe betraut worden. In dem Immunitätsurteil vom Juni hatte der konservative Verfassungsrichter Clarence Thomas die Auffassung vertreten, dass das Amt des Sonderermittlers vom Kongress geschaffen und Smith durch den Senat bestätigt werden müsse.

Smith hatte Trump in der Dokumentenaffäre vorgeworfen, gegen nationale Sicherheitsgesetze verstoßen zu haben. Er habe streng geheime Dokumente gesetzwidrig aufbewahrt und sich später an einem Komplott zur Behinderung der Justiz beteiligt. Im August 2022 hatte die Bundespolizei FBI Trumps Residenz in Mar-a-Lago in Florida durchsucht und mehrere als streng geheim eingestufte Dokumentensätze beschlagnahmt. Später soll Trump versucht haben, mithilfe von Mitarbeitern Material aus Überwachungskameras verschwinden und Kisten mit Dokumenten weggeschaffen zu lassen. Trump plädierte bei der Vorstellung der Anklage auf „nicht schuldig“. Seine Anwälte versuchten, das Verfahren mit diversen Anträgen zu stoppen. Trump hatte argumentiert, die Dokumente gehörten ihm. Zudem habe er die bisherigen Verschlusssachen vorher freigegeben.

Dennoch freut sich freilich nicht jeder über die vielen Republikaner in der Stadt am Michigansee. Ein demokratischer Abgeordneter des Bundesstaates beklagte im Vorhinein, es sei eine „Schande“, dass man den Republikanern „den roten Teppich“ ausrolle. Linksliberale Gruppen riefen für Montag zu Protesten rund um das Gelände des Parteitags auf.

Die Demokraten begrüßten die republikanischen Gäste in Milwaukee auf ihre Weise: Auf Werbetafeln an den Straßen wird an das Abtreibungsurteil des Supreme Court erinnert, das auch viele weibliche Wechselwähler erzürnt. Und an Baustellen stehen Schilder mit der Aufschrift: Diese Straße werde mit Mitteln des Infrastrukturpakets Joe Bidens erneuert.

Dennoch freut sich freilich nicht jeder über die vielen Republikaner in der Stadt am Michigansee. Ein demokratischer Abgeordneter des Bundesstaates beklagte im Vorhinein, es sei eine „Schande“, dass man den Republikanern „den roten Teppich“ ausrolle. Linksliberale Gruppen riefen für Montag zu Protesten rund um das Gelände des Parteitags auf.

Die Demokraten begrüßten die republikanischen Gäste in Milwaukee auf ihre Weise: Auf Werbetafeln an den Straßen wird an das Abtreibungsurteil des Supreme Court erinnert, das auch viele weibliche Wechselwähler erzürnt. Und an Baustellen stehen Schilder mit der Aufschrift: Diese Straße werde mit Mitteln des Infrastrukturpakets Joe Bidens erneuert.

STIMMEN DER ANDEREN

Attentat auf Trump zeigt Schwäche der USA
Zum Attentat auf Donald Trump meint die polnische Zeitung „Dziennik Gazeta Prawna“ (Warschau): „Der Anschlag auf (den ehemaligen US-Präsidenten Donald) Trump ist eine Botschaft an die Welt, dass Amerika schwächer wird. Und selbst wenn das faktisch nicht so sein sollte, so zahlen Länder an der Peripherie, die ihre Sicherheitspolitik auf die USA stützen, schon heute den Preis dafür. Denn wenn der Welpolizist schwächer wird, bedeutet das: Alles ist erlaubt. Ereignisse wie der Marsch auf das Kapitol im Winter 2021, Bidens Ausfälle oder jetzt das Attentat auf Trump ermutigen die Achse der autoritären Regime – China, Russland und ihre Satellitenstaaten –, die Schwäche des Westens zu testen. Denn die autori-

tären Herrscher denken in Nullsummenspielen. Nur zwei Faktoren sind in ihren Berechnungen wichtig – Stärke und Schwäche.“

Kontrast zwischen Biden und Trump noch größer
Zum Anschlag auf Donald Trump schreibt die französische Zeitung „Le Figaro“ (Paris): „Donald Trump, mit blutigem Ohr, gerade einem Mordanschlag entkommen, richtet sich mit erhobener Faust vor einer Menge von Anhängern auf, die ‚USA, USA‘ skandieren. Wird dieser ungläubliche Moment, der den ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten und Kandidaten der Republikanischen Partei für eine zweite Amtszeit bei den Wahlen am 5. November in Szene setzt, der Wendepunkt in diesem irrsinnigen

amerikanischen Wahlkampf sein? Es ist noch zu früh, um das zu sagen. (...) Donald Trump, der aller Verfehlungen beschuldigt wird und von Rachegeanken getrieben ist, stellt sich seit jeher als Opfer eines politischen Systems und seiner Richter dar, die das Amerika der Entrechteten, für das er sich starkgemacht hat, verfolgen würden. (...) Biden steht ihm gegenüber – trotz seiner schmeichelhaften Wirtschaftsbilanz, der Weisheit, die er innenpolitisch und in der internationalen Politik verkörpert – und ist physisch am Ende seiner Kräfte. Die Demokraten zweifeln an seiner Fähigkeit, eine zweite Amtszeit zu absolvieren. Nach dem Schock vom Wochenende ist der Kontrast zu Trump größer denn je! Der eine verfällt, während der andere wieder aufsteht.“

Schuss auf Trump war keine Überraschung
Die dänische Zeitung „Information“ (Kopenhagen) meint zum Attentat auf Trump: „Das Attentat auf Donald Trump in Pennsylvania war ein Schock, aber keine Überraschung. Denn nachdem es passiert ist, muss man sagen, dass die Schüsse auf Trump eine verwerfliche, aber auch eine erwartbare Katastrophe waren. Nicht weil es Trump ist, sondern weil es amerikanische Politik ist. Die USA haben eine schöne Geschichte der politischen Teilhabe und offener Wahlkampfveranstaltungen. Es ist vorbildlich, dass Präsidentschaftskandidaten in Zeiten von Bildschirmen und Digitalisierung Sportanlagen, Schulgebäude, geschlossene Theater und andere Institutionen mit Leben füllen. Denn die USA haben auch eine hässliche

Geschichte der politischen Gewalt und Attentate auf Spitzenpolitiker und Präsidenten. Politiker sowohl aus dem rechten als auch aus dem linken Spektrum wurden angegriffen; Menschen, die für Bürgerrechte kämpften, und Menschen, die gegen Bürgerrechte kämpften. Es ist wie ein Wunder, dass der frühere Präsident scheinbar einigermaßen unversehrt von den Schüssen davon gekommen ist, die ihm am Ohr trafen. Und abgesehen davon, was man von ihm hält, ist es eine beeindruckende Zurückweisung des einschüchternden Effektes der Gewalt, dass Trump danach darauf bestand, mit seinen Wählern zu kommunizieren und sich öffentlich zu äußern. Dass er an der schönen Offenheit der amerikanischen Politik festhielt und nicht an der grotesken und grausamen Neigung zu politischer Gewalt.“

Der letzte Tag des Dörfchens Al-Ghul begann wie die meisten Tage in der Negev-Wüste zu dieser Jahreszeit: mit sengender Hitze. Schon am Vormittag hat es 35 Grad. Dennoch ist es betriebsam zwischen den Geröllhügeln. Klopfen und Hämmern sind zu hören, Männer mit Arbeitsgeräten sind zwischen den flachen Häusern unterwegs, Kinder mit Akkuschaubern laufen herum. Es sieht aus, als würde hier gerade eine kleine Siedlung gebaut – nur dass irgendetwas verkehrt ist.

Die Details stimmen nicht. In der Küche eines ansonsten leeren Hauses hängt ein rosafarbener Perlenvorhang, und Reste von Kinderspielzeug liegen auf dem Boden herum. „Mein Vater hat dieses Haus 1995 gebaut“, sagt Yussuf al-Ghul. Er selbst habe praktisch sein ganzes Leben hier verbracht, sagt der 31 Jahre alte Israeli. Diese Zeit endet jetzt. „Vor zwei Tagen haben wir angefangen, es abzureißen.“

Alle etwa 150 Bewohner von Al-Ghul, das am Rande des Dorfes Arara liegt und nach der hier lebenden Großfamilie benannt ist, müssen ihre Häuser zerstören. Sie haben bis zum Ende dieses Tags Zeit. Tun sie es nicht, übernimmt der Staat das – und stellt ihnen die Kosten in Rechnung. Der Grund ist, dass der israelische Staat den Ortsteil nicht anerkennt. „Dabei lebten unsere Familien schon vor 1948 hier“, sagt Hussein al-Ghul mit Blick auf das Jahr der Gründung Israels. Er ist Yussufs Bruder und der Sprecher der Bewohner. Hussein al-Ghul kann nicht fassen, dass sie ihren Wohnort tatsächlich räumen müssen. Nicht nur Häuser würden hier zerstört, sondern auch Geschichte, sagt der 55 Jahre alte Lehrer und Universitätsdozent. „Das ist eine furchtbare Erfahrung, dass meine Regierung mir als Bürger gegenüber so grausam auftritt.“

Der Konflikt zwischen dem Staat und den Bewohnern der Negev-Wüste hat eine lange Geschichte. Seit Jahrhunderten leben Beduinen dort, zum Teil zogen sie zwischen dem Negev und der Arabischen Halbinsel hin und her. Als Israel gegründet wurde, flohen etwa 90 Prozent von ihnen oder wurden vertrieben. Der Großteil der verbliebenen 11.000 Beduinen unterstand jahrelang einer Militärverwaltung. Zugleich schränkte der Staat ihr Siedlungsgebiet auf einen kleinen Teil im Norden des Negevs ein, zwischen den Städten Beersheba, Arad und Dimona. Zusammengekommen macht das Siedlungsgebiet drei Prozent des Negevs aus. Zahlreiche weitere Gebiete wurden enteignet, während viele jüdische Einwanderer im Negev angesiedelt wurden.

Auch die schon vorher dort lebenden Bewohner wollte der Staat sesshaft machen – zu ihrem eigenen Besten, wie es immer wieder heißt. Heute lebt ungefähr die Hälfte der etwa 300.000 Beduinen in sieben neu gebauten Gemeinden; die größte davon ist die Stadt Rahat. Die andere Hälfte lebt weiterhin in 47 Dörfern, von denen die Regierung im Laufe der Zeit 17 anerkennt hat. Die restlichen gelten bis heute als illegale Ansiedlungen. Die Dörfer haben keine staatliche Infrastruktur: weder fließendes Wasser noch Abwasserleitungen noch Strom, weder ordentliche Straßen noch Schulen. Viele Bewohner sind arm, das Kriminalitätsniveau ist dramatisch hoch.

Ein Dorf reißt sich ab

In Israel leben viele Beduinen in nicht anerkannten Siedlungen. Minister Ben-Gvir geht mit harter Hand gegen sie vor.

Von Christian Meier, Arara



Nur noch Trümmer: Dorfsprecher Hussein al-Ghul (oben rechts) und das, was vom Haus seiner Familie übrig geblieben ist



Fotos Christian Meier (2), Quynh Tran

Dass die Dörfer im Negev vom Staat bestenfalls ignoriert werden, zeigte sich auf schmerzliche Weise im vergangenen Oktober. Weil es vielerorts keine Schutzräume gibt und das „Iron Dome“-Abwehrsystem die nicht anerkannten Dörfer nicht abdeckt, standen die Bewohner den Raketenangriffen aus dem Gazastreifen weitgehend schutzlos gegenüber. Sieben Menschen wurden durch direkte Treffer getötet. Mehrere Dutzend weitere Beduinen kamen als Soldaten, Polizisten oder Ersthelfer ums Leben. Sieben wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.

„Trotz alledem benimmt sich der Staat immer noch so, als seien wir keine Bürger“, beklagt der Knesset-Abgeordnete Walid El-Hawashleh, einer von zwei Vertretern der Beduinen im Parlament. Dabei verhielten diese sich ruhig angesichts des Kriegs im Gazastreifen. Die Beduinen wollten als gleichwertig anerkannt werden, sagt El-Hawashleh. Stattdessen sei Itamar Ben-Gvir gekommen „und versucht, Probleme zu bereiten“.

Auch in Al-Ghul hat niemand Zweifel daran, dass Ben-Gvir es ist, der den seit vielen Jahren schwelenden Konflikt um

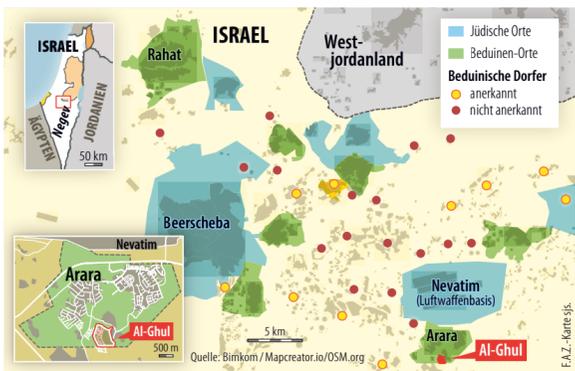
die nicht anerkannten Dörfer zur Eskalation treibt. „Er will uns leiden lassen“, sagt Hussein al-Ghul. Vor einhalb Jahren wurde der für krawallige Auftritte bekannte Ben-Gvir „Minister für Nationale Sicherheit“ in der Regierung von Benjamin Netanjahu. Ihm untersteht damit

auch die Polizei. Der Vorsitzende der antiarabischen Partei „Jüdische Stärke“ geht seit Jahren mit der Parole hausieren, dass im Negev Rechtlosigkeit herrsche. Jetzt versucht er, seinen Wählern zu zeigen, dass er dagegen vorgeht. Der Terrorangriff vom 7. Oktober und der Gaza-

krieg hätten Ben-Gvir und die Regierung eine Zeit lang gebremst, sagt Daphna Saporta von der Nichtregierungsorganisation Bimkom, die Beduinen in Landkonflikten berät und unterstützt. „Aber seit zwei Monaten gibt es jede Menge Zerstörungen.“ Vor dem Antritt der aktuellen Regierung Ende 2022 habe es im Durchschnitt etwa 2400 Abrisse pro Jahr gegeben. 2023 seien es 3400 gewesen – „und dieses Jahr wahrscheinlich noch mehr“.

Al-Ghul hält die Architektin und Raumplanerin für ein besonders krasses Beispiel dafür, dass die Durchsetzung des Rechts oft politisch motiviert sei. „Nichts ergibt Sinn hier“, sagt Saporta. Denn Al-Ghul liegt auf dem Gebiet von Arara, einem anerkannten Beduinen-Ort. So wohl die Bewohner selbst als auch die Lokalverwaltung von Arara waren dafür, dass sie dort bleiben. Aber der Staat bestand auf der Abrissanordnung aus dem Jahr 2019. „Er wollte zeigen, dass er der Stärkere ist“, sagt Saporta. Die Bewohner gingen vor Gericht, Bimkom erstellte sogar einen Masterplan für die Entwicklung des Orts, aber alles wurde abgewiesen.

Der stellvertretende Bürgermeister von Arara bestätigt, dass der Gemeinde die



Die Kinder retten, bevor es zu spät ist

Kaum ein Land ist so digital wie Dänemark. Doch nun ruft die Regierung zum Kampf gegen soziale Netzwerke auf / Von Julian Staib, Hamburg

Eine Psychologin schlägt Alarm. Im schlimmsten Fall wachse gerade eine Generation heran, die sich nicht konzentrieren könne, kaum soziale Kompetenzen habe und ein hohes Risiko für psychische Störungen aufweise, sagt Aida Bikic. Sie forscht an der Universität Süddänemark in Odense zu den Auswirkungen von Bildschirmnutzung und sozialen Netzwerken auf Kinder und Jugendliche. Es sei dringend notwendig, zu handeln, warnt sie. „Wir wollen digital gebildete Menschen. Aber das geht nicht mit den heutigen sozialen Netzwerken. Deren Technologie schafft Abhängigkeiten, macht süchtig. Kinder und Jugendliche können dem nicht standhalten.“

In der Digitalisierung ist Dänemark ein Vorzeigestaat. Hier geht fast alles digital. Bargeld braucht man nirgendwo, der Staat kommuniziert mit den Bürgern online, in den Schulen wird vorwiegend digital gearbeitet. Im jüngsten Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) der EU liegt man hinter Finnland auf dem zweiten Platz, im E-Government Ranking der Vereinten Nationen sogar ganz vorne.

Mittlerweile ist man sich allerdings einig, dass die große Anzahl Bildschirme in den Schulen ablenkt und dass soziale Netzwerke Kindern und Jugendlichen massiv schaden. Nun sollen die Bücher zurückkommen. Doch vielen Schulen fehlt mittlerweile dafür das Budget. Bildungsminister Mattias Tesfaye rief kürzlich dazu auf, dass Handys und Bildschirme in den Klassenzimmern viel weniger Platz einnehmen sollten. Die viele Zeit am Bildschirm habe zur „Zerstörung der Bildung“ beigetragen. „Wir waren viel zu naiv und erstaunt darüber, was die größten Technologieunternehmen zu bieten haben.“ Er hoffe, dass man den Erstklässlern nicht mehr iPads aushändige, sondern einen Stift.

Ministerpräsidentin Mette Frederiksen stößt ins gleiche Horn. Es gehe darum, „für unsere Kinder einzustehen, bevor es zu spät ist“, sagte Frederiksen kürzlich der Zeitung „Politiken“. In Dänemark habe man ein „riesiges Experiment“ in den Klassenzimmern begonnen, wahrscheinlich das größte, was es je gegeben habe, „ohne die Tragweite zu verstehen“. Über Generationen hinweg habe man eine der besten Gesellschaften der Welt für Kinder und Jugendliche aufgebaut. Diese würden in der physischen Welt auf jede erdenkliche Weise geschützt, nicht aber in der digitalen Welt, wo sie oft mehr Zeit verbrächten als in der realen Welt.

Kraftprobe um das Mindestalter

Zusammen mit mehreren Nichtregierungsorganisationen gründete die Regierung kürzlich eine Allianz, mit der die Tech-Giganten gezwungen werden sollen, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu beachten. „Switch off“ nennt sich das Bündnis. Es will die Altersgrenze in sozialen Netzwerken auf 15 Jahre hochsetzen, Chatbots ausschalten und Regeln gegen süchtig machendes Design und Autoplay-Funktionen (also das unendliche Abspielen von Videos) einführen und Inhalte beschränken, die von Algorithmen angezeigt werden.

Eigentlich schreibt Dänemarks angepasstes Datenschutzgesetz schon seit Jahresbeginn ein Mindestalter für soziale Netzwerke von 15 Jahren vor. Erst dann dürfen Unternehmen bei Jugendlichen personenbezogene Daten mit deren Zustimmung verarbeiten. Doch die Unternehmen ignorieren das. „Die haben nach der Änderung des Datenschutzgesetzes nichts verändert, nicht mal im Kleingedruckten. Die Unternehmen brechen permanent das Recht der Kinder“, sagt Sorine Vesth Rasmussen. Sie ist in der Kin-

derschutzorganisation Børns Vilkår für die Rechte von Kindern und das Thema Technologie zuständig. Demnach argumentieren Firmen wie Snapchat und Meta, dass die Daten auf Grundlage eines Vertrags verarbeitet werden dürften – und zwar ab 13 Jahren, wie es amerikanisches Recht vorschreibt. Allerdings können Kinder unter 18 Jahren ohne Zustimmung der Eltern in Dänemark keinen Vertrag schließen. Aus Sicht von Rechtswissenschaftlern ist die Verarbeitung der Daten damit vermutlich illegal.

Allerdings sind die Altersgrenzen faktisch irrelevant. Für den Zugang kann man ein beliebiges Alter angeben. Fast die Hälfte der dänischen Kinder unter zehn Jahren hat Zugriff auf soziale Netzwerke und Videoplattformen, mit zwölf Jahren sind es 94 Prozent. Das steht in einer im Mai veröffentlichten repräsentativen Studie von Børns Vilkår. Rund die Hälfte der Zehnjährigen hat schon ein eigenes Profil auf sozialen Netzwerken. Die populärsten davon sind Snapchat, Youtube, TikTok und Instagram.

Mit der Nutzung digitaler Geräte geht es in Dänemark früh los. Der Gesundheitsminister rief kürzlich, Kinder unter zwei Jahren bei der Bildschirmzeit nicht allein zu lassen. Jedes dritte vierjährige Kind hat schon ein eigenes Handy oder Tablet. Der Studie von Børns Vilkår zufolge haben fast alle Kinder ab der dritten Klasse ein Smartphone. In Deutschland sind die Zahlen etwas geringer. Hier haben von der Studie „Jugend, Information, Medien“ aus dem Jahr 2022 zufolge knapp 60 Prozent der Zehn- bis Elfjährigen ein Smartphone, bei den Zwölf- bis Neunzehnjährigen sind es 96 Prozent.

Schon in Krippe und Kindergarten werden in Dänemark häufig Bildschirme eingesetzt, erst recht an den Schulen. Fünfzehnjährige verbringen durchschnittlich vier Stunden in der Schule an

Bildschirmen. Zu Hause dann noch mal fünf Stunden, dann meist in sozialen Netzwerken. Neuntklässlerinnen etwa sind einer Schülerbefragung von 2022 zufolge durchschnittlich 190 Minuten täglich auf sozialen Netzwerken, ein Drittel von ihnen sogar vier Stunden am Tag.

In Dänemark sei die Erziehung sehr viel freier als in Deutschland, sagt die Psychologin Bikic, die längere Zeit auch in der Bundesrepublik gelebt hat. Man orientiert sich an dem Familientherapeuten Jesper Juul. Der schrieb unter anderem den Ratgeber „Dein kompetentes Kind“. Eltern setzten ihren Kindern beim Fernsehkonsum und der Handynutzung kaum Grenzen, sagt Bikic. „Leider ist der digitale Vorsprung, verbunden mit Eltern, die keine Grenzen setzen, eine sehr schlechte Kombination.“

Bikic warnt angesichts der extremen Nutzung sozialer Netzwerke durch Kinder und Jugendliche vor einem „nationalen Notstand“. Die Folgen könnten verheerend sein: Unkonzentriertheit, Abgestumptheit und Traumatisierung, Selbstverletzung, Verunsicherung, Einsamkeit. Langzeitstudien zeigten, je mehr Bildschirmzeit Kinder und Jugendliche hätten, umso mehr von ihnen entwickelten ADHS-ähnliche Symptome, sagt Bikic. Eine mögliche Erklärung seien die kurzen und schnellen Videoclips etwa auf TikTok.

Verbreitete psychische Probleme

Laut der Studie von Børns Vilkår haben drei Viertel der dänischen Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen neun und 14 Jahren „unangenehme“ Dinge in sozialen Netzwerken gesehen: Menschen, die Kinder schlagen. Wie jemandem mit dem Messer in die Kehle gestochen wird. Den Livestream eines Selbstmords. Laut Bikic berichten Mädchen, sie erhielten oft

sogenannte „Dickpics“, also unaufgefordert zugesandte pornographische Bilder von Männern. In einigen Computerspielen gehörten Vergewaltigung dazu, zudem schauten schon Zehnjährige harte Pornos. Viele könnten das nicht verarbeiten. Sie drohten deswegen „sekundäre Traumasymptome“ zu entwickeln, sagt Bikic.

Die Psychologin sagt, viele Kinder fühlten sich einsam und wiesen vermehrt Zeichen von psychischem Unwohlsein auf. Statistiken zeigen, dass 63 Prozent der dänischen Kinder in der vierten und 74 Prozent der Jugendlichen in der siebten Klasse lieber Zeit mit ihrem Mobiltelefon verbringen als mit Freunden oder der Familie. Jeder zweite Jugendliche mit Selbstverletzungen in Kopenhagen gebe an, dazu in den sozialen Medien inspiriert worden zu sein. Auch vor Influencerinnen, die vor allem Auswirkungen auf Mädchen hätten, warnt sie. Schon Acht- bis Zwölfjährige nutzten eine ganze Reihe von Anti-Aging-Produkten. Je mehr Zeit Mädchen in sozialen Netzwerken verbrachten, desto höher sei das Risiko, dass sie Ängste und Depressionen entwickelten.

„Es ist unmöglich die Kinder zu einem bewussten Umgang mit den heutigen sozialen Medien und den Computerspielen zu erziehen“, sagt Bikic. „Das geht nicht mit dieser Technologie.“ Die Plattformbetreiber und Gaminghersteller nutzten Mechanismen, die Abhängigkeiten schufen wie etwa zufällige Belohnungen und endloses Scrolling. „Das ist wie ein Casino.“ Diese Techniken trafen auf Menschen, deren Hirn noch unausgereift sei. „Ein Zehnjähriger hat noch keine Impulskontrolle gegen Mechanismen, die auch bei Erwachsenen Abhängigkeiten schaffen.“ Eltern seien oft kein Vorbild, nutzten das Handy selbst stundenlang vor den Kindern.

Hände gebunden seien: Er habe persönlich versucht, die Behörden zu überzeugen, die Leute dort wohnen zu lassen – oder ihnen zumindest mehr Zeit zu geben, um eine Lösung zu finden, berichtet Abed Abu Jueid. „Die Antwort war Nein.“ Eine Anfrage der F.A.Z. bei der zuständigen „Behörde für die Entwicklung und Ansiedlung der Beduinen im Negev“ blieb unbeantwortet.

Die Behörde hat den Bewohnern von Al-Ghul stattdessen einen anderen Teil von Arara zugewiesen. Doch das Gebiet ist schon von anderen besiedelt. Die Al-Ghul-Bewohner dort zwangsweise anzusiedeln, würde wohl einen Konflikt hervorrufen, der womöglich gewaltsam ausgetragen wird. „Das ist eine Sackgasse“, sagt Abu Jueid über die Idee. Der stellvertretende Bürgermeister ist ebenso wie der Abgeordnete El-Hawashleh gekommen, um Solidarität zu demonstrieren und zu sehen, ob er etwas tun kann. Die Politiker wirken ziemlich ratlos.

Yussuf al-Ghul hat inzwischen alles Hab und Gut aus seiner Wohnung geholt. Mit Schirmmütze und Sonnenbrille steht er draußen und sieht unbewegt zu, wie ein Schaufelbagger langsam auf das von seinem Vater gebaute Haus zufährt und es dann langsam und systematisch einreißt, Wand für Wand, Zimmer für Zimmer. „Das ist eine Katastrophe“, sagt er. Wohin er jetzt mit seiner Frau und den vier Kindern gehen wird? Er bleibt vage, sagt etwas davon, dass er wohl ein Zelt aufschlagen werde. Das sagen alle hier.

Erst zwei Tage zuvor erhielten die Bewohner die Nachricht, dass alle Wege ausgeschöpft sind. Sie hatten immer wieder um Aufschub gebeten. Erst um Monate, am Ende ging es nur noch um Tage, damit sie wenigstens etwas mehr Zeit haben, ihre Häuser abzureißen. Denn wenn sie das nicht selbst tun, kommt eine für Häuserzerstörungen zuständige Einheit der Polizei. Und das kann teuer werden. Gerade erst verlor eine Beduinenfamilie einen Gerichtsprozess über mehr als eine Million Schekel, umgerechnet eine Viertelmillion Euro. Die Regierung hatte die Kosten detailliert aufgelistet, inklusive für 216 Polizeibeamte, 13 Fahrzeuge, einen Gefangenentransporter, einen Wasserwerfer, acht Polizeihunde und zwei Drohnen. Hussein al-Ghul, der Sprecher der Bewohner, sagt verbittert: Gegen die ausufernde Kriminalität unternehme die Polizei nichts, aber wenn ein Haus abgerissen werden müsse, „rückt die gesamte Truppe an“. Auch Ben-Gvir ist schon bei solchen Anlässen aufgetaucht. Bei einem Auftritt im Sommer 2023 nannte er den Abriss von Häusern eine „heilige Pflicht“.

Hussein al-Ghuls Wohnung ist noch unversteuert, sogar Möbel stehen noch im Büro – er hatte offenbar noch nicht viel Zeit, sich vorzubereiten. Ein Buch liegt auf dem Boden: „Die Beduinen des Negevs“, er hat es übersetzt. Wohin das alles kommt? Al-Ghul sagt, er wisse es nicht. Nachdem er die Besucher draußen verabschiedet hat, geht er zurück in seine Wohnung, steht am Fenster und weint.

Am nächsten Tag berichtet al-Ghul, bis auf ein paar Zäune hätten sie alles abgerissen. Die Polizei sei aufgetaucht, um das zu überprüfen. Die Nacht hätten die Bewohner in Zelten und unter Bäumen verbracht. Der Politiker El-Hawashleh sagt aufgebracht: Die Beduinen seien im Grunde moderat – aber die Politik der Regierung führe dazu, dass sie sich radikalisieren.

Wer kontrolliert, muss begründen

Einige Politiker wollen ein dauerhaftes Grenzregime wie zur EM. Einfach wäre das nicht.

Von Thomas Gutschker, Brüssel, und Mona Jaeger, Berlin

Die Fußballeuropameisterschaft war ein Kraftakt. Nicht nur sportlich, sondern auch sicherheitspolitisch. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat am Montag zusammen mit dem nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Reul (CDU) trotz einer positiven Bilanz gezogen. „Unser Land hat sich als guter Gastgeber präsentiert“, resümierte Faeser. Die EM sei weitgehend friedlich verlaufen, es habe deutlich weniger sicherheitsrelevante Vorfälle gegeben als bei einem Turnier dieser Größe vermutet.

2,6 Millionen Menschen haben die 51 Spiele in den zehn Stadien verfolgt, sechs Millionen Fans besuchten die Fanzonen. „Unsere Polizei hat geliefert!“, fasste Reul den Grund für das friedliche Sportfest zusammen. Bundes- und Landespolizisten waren überall präsent, das habe das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen erhöht. Jeden Tag waren 22.000 Bundespolizisten im Einsatz.

Sie wurden auch vor allem dafür gebraucht, um sämtliche deutschen Binnengrenzen zu kontrollieren, wie es von Faeser für die Zeit der EM angeordnet worden war. Die Zahlen, die nun nach Abschluss des Turniers präsentiert wurden, sind erheblich: Zwischen dem 7. Juni und dem 15. Juli haben die Beamten 1112 Haftbefehle vollstreckt, etwa 8300 unerlaubte Einreisen registriert und mehr als hundert Hooligans an der Einreise nach Deutschland gehindert. Einige Politiker betrachten die Grenzkontrollen deswegen als wirksames Mittel gegen illegale Migration und fordern eine Verlängerung über die EM hinaus.

Schon seit 2015, dem Beginn der Flüchtlingskrise, wird an der Grenze zu Österreich kontrolliert; bis November sind diese Kontrollen zunächst angeordnet. Seit Herbst 2023 gibt es zusätzlich Kontrollen an den Grenzen zu Polen, zur Tschechischen Republik und zur Schweiz. Faeser hatte sich lange gegen diese Maßnahme gestraut und gesagt, sie würde nichts bringen. Inzwischen bezeichnet sie die Kontrollen als Erfolg im Kampf gegen Schleuser und illegale Migration. Diese Kontrollen sind erst einmal bis Dezember angeordnet. Im Jahresverlauf hat die Zahl der Migranten, die über



Sonderzug aus Warschau: Bundespolizisten warten während der EM auf Fußballfans.

Foto dpa

die Belarus-Route kommen und über Polen und die Tschechische Republik einreisen, wieder deutlich zugenommen. Es waren aber deutlich weniger Migranten als 2023.

Während der vier Wochen EM-Spielzeit gab es zusätzliche Kontrollen an den übrigen Grenzen, zu Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Luxemburg. Die Kontrollen zu Frankreich werden wegen der Olympischen Spiele in Paris bis zum 11. August verlängert. Die übrigen Kontrollen im Norden und Westen will Faeser trotz politischen Drucks auslaufen lassen und durch Schleierfahndung ersetzen, die es schon vor der EM gab. Bei der Schleierfahndung kontrolliert die Polizei verdachtsunabhängig in einem Streifen im Landesinneren. Faeser begehe einen „schweren Fehler“, wenn sie die Kontrollen nicht verlängere, sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Sonntag im ZDF. Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr verlangte eine Fortführung der Grenzkontrollen.

„Wer zu Nachbarstaaten wie den Niederlanden oder Dänemark weiter Grenzkontrollen fordert, muss auch die gravi-

renden Folgen für Pendler, Reisende, Handel und Wirtschaft rechtfertigen – und begründen können, wie dies mit europäischem Recht im Einklang stehen soll“, rechtfertigte Faeser am Sonntag das Auslaufen einiger Kontrollen.

Maßgeblich ist der Schengener Grenzkodex, der im April überarbeitet worden ist. Demnach dürfen Mitgliedstaaten Kontrollen an den Binnengrenzen wieder einführen, wenn eine „ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit“ vorliegt. Als Tatbestände werden neben terroristischen Bedrohungen, gesundheitlichen Notlagen und einer Migrationskrise ausdrücklich auch „internationale Veranstaltungen großen Umfangs oder mit hoher Öffentlichkeitswirkung“ genannt. Auf dieser Grundlage hat Deutschland für die Zeit der EM wie auch für die nun folgenden Olympischen Spiele in Frankreich wieder Kontrollen an bestimmten Grenzen verhängt und dies der EU angezeigt.

Derlei Kontrollen dürfen aber nicht einfach pauschal über das Ereignis hinaus verlängert werden. In der entsprechenden Verordnung steht: „Die vorübergehende Wiedereinführung von Grenz-

kontrollen darf in Umfang und Dauer nicht über das Maß hinausgehen, das zur Bewältigung der festgestellten ernsthaften Bedrohung unbedingt erforderlich ist.“ Das ist zwar auslegungsbedürftig, doch müsste die Bundesregierung plausibel erklären können, wieso Kontrollen, die mit der Einreise Zehntausender Fans begründet wurden, fortzuhalten sollen, nachdem diese wieder ausgereist sind. Dass bei den Kontrollen andere gesuchte oder ausreisepflichtige Personen ins Netz gingen, reicht nicht aus. Der Zweck heiligt nicht die Mittel – zumal Kontrollen ohnehin nur als „letztes Mittel“ zulässig sind und jederzeit notwendig und verhältnismäßig sein müssen. Mit der neuen Schengen-Verordnung wurde die Begründungspflicht deutlich verschärft.

Die Kontrollen wegen irregulärer Migration an den Grenzen zu Österreich, der Schweiz, Polen und der Tschechischen Republik bleiben weiter zulässig. Sie dürfen für maximal drei Jahre verhängt werden, sofern sie hinreichend begründet sind und eine Risikoanalyse erstellt wird, die der Bedrohungslage Rechnung trägt. In diesen Fällen gibt es anders als bei Großereignissen kein inhärentes „Verfallsdatum“.

Viele Juden verlieren Vertrauen in Institutionen

Dunkelfeldstudie untersucht Situation in Hamburg / „Das jüdische Leben verschwindet aus der Öffentlichkeit“

job. HAMBURG. Jüdinnen und Juden, die Opfer von antisemitischen Vorfällen werden, haben nur ein geringes Vertrauen in öffentliche Institutionen wie Polizei, Gerichte und Bundesregierung. Zudem erstatet nur ein Bruchteil von ihnen wegen des jeweiligen Vorfalls eine Anzeige – in der Annahme, dass dies ohnehin zu nichts führen werde. Das zeigt eine Studie zum jüdischen Leben und Alltag in Hamburg, die am Montag vorgestellt wurde. Für diese wurden 548 Jüdinnen und Juden in Hamburg im Auftrag der Stadt von Forschenden der Polizeiakademie Hamburgs und Niedersachsens befragt.

Der Studie zufolge hat ein großer Teil der Befragten in zwölf Monaten bis zum Ende des Befragungszeitraums im Februar dieses Jahres antisemitische Vorfälle erlebt (77 Prozent), die Mehrzahl berichtete von strafrechtlich relevanten Vorfällen, etwa verbale Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen online sowie außerhalb des Internets (55 Prozent), ein kleinerer Teil von körperlichen Übergriffen, Belästigungen und Verfolgungen (13 Prozent). Ein Großteil der Befragten gab an, die Vorfälle seien auf die Krisensituation in Gaza und Israel zurückzuführen.

Nur wenige dieser Befragten gaben an, Vertrauen in öffentliche Institutionen zu haben. Hohes Vertrauen in die Polizei hatte etwa nur noch 32 Prozent der Betroffenen. Von jenen, die keine diskriminierenden Erfahrungen gemacht haben, vertrauten 71 Prozent der Polizei.

Der Großteil der antisemitischen Vorfälle werde der Polizei nicht bekannt, sagte Eva Groß, Professorin der Akademie der Polizei Hamburgs, bei der Vorstellung der Studie. Das Dunkelfeld, also Delikte, die nicht gemeldet würden, sei groß. Gefragt, an wen sie die schlimmste antisemitische Tat gemeldet haben, gaben nur zehn Prozent der Befragten die Polizei an. Von jenen wiederum, die die Tat der Polizei meldeten, brachten nur 19 Prozent den Vorfall auch zur Anzeige. Der häufigste Grund war die Annahme, dass dies ohnehin zu nichts führe (44,7 Prozent), gefolgt von den Annahmen, dass die Tat nicht schwerwiegend genug gewesen sei, die Polizei ohnehin den Vorfall nicht aufklären könne oder die Sorge bestand, von der Polizei nicht ernst genommen werden zu können.

Als direkte Folge von Antisemitismuserfahrungen geben laut Studie 89 Prozent der Betroffenen an, die eigene Religion nicht frei ausüben zu können. Die Folge

ist ein „Schutz- und Vermeidungsverhalten“, also ein Rückzug aus dem öffentlichen Leben: Die Befragten vermeiden das Tragen religiöser Symbole. Auch vermeiden sie Begegnungen mit Personen im Dunkeln, umgehen bestimmte Stadtgebiete, Plätze und Parks. Überdies gebe es eine „Aufrüstungsstrategie“ bei einigen Befragten, heißt es in der Studie. So gaben zehn Prozent der Befragten an, sie trügen selten bis immer ein Taschenalarm bei sich, 20,3 Prozent von ihnen sagten, sie hätten Reizgas, ein Messer oder andere Gegenstände zur Selbstverteidigung dabei. Laut den Studienautoren sind insbesondere Jüdinnen von Antisemitismus betroffen. Demnach scheinen sich die Merkmale Geschlecht und Jüdischsein als Ursache von Diskriminierung zu überlappen.

Philipp Strichartz, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Hamburgs, sagte am Montag, die Studie habe „für uns nicht viel Neues“ gebracht, sondern bestätigte, was von Juden in Hamburg ohnehin wahrgenommen worden sei. „Das jüdische Leben verschwindet aus dem öffentlichen Raum.“ Juden würden unsichtbar gemacht. Strichartz verwies auf ein propalästinesisches Camp in Hamburg. Das

sei vor allem antisraelisch, sagte er. Von den Behörden werde eine „erhebliche Hetze gegen Israel und Juden geduldet“.

Die Studie wurde in den Räumen einer Schule der jüdischen Gemeinde vorgestellt, die von mehreren Polizeibeamten mit Maschinenpistolens Bewacht wird. Das sei notwendig, sagte Hamburgs Polizeipräsident Falk Schnabel. Jüdinnen und Juden müssten sich in Hamburg sicher fühlen können. Der Schutz des jüdischen Lebens habe für die Polizei höchste Priorität. „Was wir aber mit Maschinenpistolens nicht bekämpfen können, ist Antisemitismus im Alltag“, so Schnabel. „Hier kommen wir nicht weiter.“

Hamburgs Wissenschafts- und Gleichstellungssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) sagte, die Ergebnisse machten tief betroffen. „Wenn Jüdinnen und Juden am Arbeitsplatz, auf dem Schulhof, auf der Straße oder online beleidigt werden, wenn sie sich nicht mehr sicher in Hamburg fühlen und ihre jüdische Identität aus Angst verstecken, dann sind wir als Staat und auch als Gesellschaft gefordert, den Schutz jüdischen Lebens zu sichern“, so Fegebank. Der Senat arbeite derzeit eine Antisemitismusstrategie aus, die noch in diesem Jahr beschlossen werden solle.

AfD setzt im sächsischen Wahlkampf auf Maximilian Krah

AfD stellt Kampagne für Landtagswahl vor / Grüne wollen ihre Direktmandate in Leipzig verteidigen

mwe. DRESDEN. Bei der Landtagswahl in Sachsen will die AfD 40 Prozent der Stimmen erreichen und strebt eine Alleinregierung an. Das sagte ihr Spitzenkandidat, der Landesvorsitzende Jörg Urban, am Montag in Dresden zur Vorstellung der Wahlkampagne. Die AfD liegt derzeit in Umfragen bei 30 Prozent, gleichauf mit der CDU unter Ministerpräsident Michael Kretschmer. Man strebe einen Machtwechsel und eine „Alleinregierung“ der AfD an, sagte Urban. Bei der Europawahl war die AfD mit 31,8 Prozent stärkste Kraft in Sachsen geworden.

Die anderen Parteien, die gegenwärtig im Sächsischen Landtag vertreten sind, seien für die AfD keine Koalitionspartner. Die CDU, die in Sachsen mit der SPD und den Grünen regiert, scheidet als Koalitionspartner aus, weil sie eine „grüne, zum Teil sehr linke Politik“ mache, sagte Urban. Die anderen Parteien, die im Landtag vertreten sind, schließen ihrerseits eine Koalition mit der AfD aus, die vom sächsischen Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextremistisch eingestuft wird.

Die AfD setzt in ihrem Wahlkampf auf einen Mix aus bundes- und landespolitischen Themen. So wird sie den Slogan „Wir sichern Frieden“ großflächig plakatieren wie auch etwa „Schulessen kostenlos“. Andere Slogans lauten „Corona-Unrecht aufarbeiten“, „Abschieben, abschieben, abschieben“ oder „Kein Steuergeld in die Ukraine“. Zum letzten Slogan sagte Urban, solange Geld fließe, habe die ukrainische Regierung kein Interesse am Frieden.

Urban bestätigte, dass der AfD-Politiker Maximilian Krah im Wahlkampf der AfD eine wichtige Rolle spielen solle. Krah, der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl war, hatte im Europawahlkampf von der AfD-Bundesspitze ein Auftrittsverbot erteilt bekommen wegen mutmaßlicher Verbindungen nach Russland und China und weil er in einem Interview gesagt hatte, nicht alle Mitglieder der SS seien Verbrecher gewesen. Nach der Europawahl war er nicht in die Gruppe der AfD-Abgeordneten aufgenommen worden. Urban

sagte, die sächsische AfD setze auf Krah, der aus Dresden stammt, weil er in Sachsen bekannt sei. „Er wird uns im Wahlkampf nützen.“ Es gebe keine Vorgabe des AfD-Bundesverbandes, „dass wir auf ihn im Landtagswahlkampf verzichten sollen“.

Es sei realistisch, mit einem gewünschten Ergebnis von 40 Prozent eine Alleinregierung anzustreben, sagte Urban. Denn viele Parteien, die zur Wahl antreten, würden es nicht in den Landtag schaffen. „Mit ein bisschen Glück kriegen wir SPD und Grüne auch noch raus“, sagte Urban mit Blick auf Umfragen, nach denen die beiden Parteien jeweils zwischen fünf und sieben Prozent liegen.

Die sächsischen Grünen zeigten sich am Montag entschlossen, das zu verhindern. Man trete an, um eine stabile demokratische Regierung in Sachsen zu sichern, sagte Ko-Landeschefin Marie Mäser. Die Partei wolle dafür sorgen, „dass weder die AfD noch die Putin-Freunde vom BSW“ Verantwortung tragen würden. Besonders wichtig ist den sächsischen Grünen, ihre Direktmandate zu halten. Die Landtagsabgeordneten Christin Melcher und Claudia Maicher zeigten sich am Montag optimistisch, dass es ihnen gelingen werde, ihre Wahlkreise in Leipzig Mitte-Ost und Leipzig West zu verteidigen. Vor fünf Jahren hatten sie rund 27 und 29 Prozent erreicht. Ein drittes Direktmandat hatten die Grünen in Dresden gewonnen. In Sachsen reicht es, wenn eine Partei nach der Grundmandatsklausel zwei der 60 Wahlkreise direkt gewinnt. Dann ziehen weitere Abgeordnete entsprechend dem prozentualen Wahlergebnis in das Parlament ein. Der Landesverband werde die Kandidatinnen in Leipzig mit einem finanziellen Zuschuss und mit Großflächenplakaten unterstützen, sagte die Ko-Vorsitzende Christin Furtenbacher. In den beiden alternativ geprägten Wahlkreisen versucht auch die Partei Die Linke, die Direktmandate zu gewinnen. Die sächsische Linkspartei liegt in Umfragen bei vier Prozent, würde also den Einzug in den Landtag verpassen.

BSW stellt sich Regierungsfrage

Wagenknecht skeptisch / Von Marlene Grunert, Berlin

Seit die Europawahl gezeigt hat, dass das BSW bei den anstehenden Landtagswahlen zu einer politischen Kraft werden könnte, braucht die Partei einen Plan. Besonders in Thüringen könnte sie Anfang September vor der Entscheidung stehen, Regierungsverantwortung zu übernehmen oder in die Opposition zu gehen. Nachdem sich die dortige BSW-Spitzenkandidatin Katja Wolf offen für eine Koalition mit der CDU gezeigt hat, hob die Parteivorsitzende am Montag ihre Zweifel an einer Regierungsbeteiligung hervor. „Wir sind angesprochen, um die Politik in Deutschland zu verändern“, sagte Sahra Wagenknecht den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Das sei hauptsächlich auf Bundesebene möglich; nicht auf Landesebene also.

Wagenknecht äußerte auch die Befürchtung, dass Menschen enttäuscht sein könnten, wenn sich das BSW an einer Landesregierung beteilige. Wenn die Partei mitregiere, gebe es „eine gewisse Gefahr“, sagte die ehemalige Linken-Politikerin: „Manche Menschen erhoffen sich beispielsweise bessere Renten.“ Die seien auch dringend nötig. In einer Landesregierung werde das BSW so etwas aber „kaum erreichen können“.

Ausschließen wollte Wagenknecht eine Regierungsbeteiligung nicht. Sie stellte gegenüber der Funke Mediengruppe aber klar: „Wir werden nur in eine Regierung gehen, wenn wir substanzielle Verbesserungen für die Menschen durchsetzen.“ Konkret nannte sie „bessere Bildung, keine weitere Schließung von Krankenhäusern, Bürokratieabbau, Corona-Aufarbeitung“.

Zierrt sich die Parteivorsitzende damit, anders als Wolf, vor Kompromissen und Verantwortung? Einer ihrer

Sprecher will es so nicht verstanden wissen. Wagenknechts Auffassung unterscheidet sich „nicht so sehr von der von Katja Wolf“, sagte er der F.A.Z. Ausgeschlossen sei ausschließlich eine Zusammenarbeit mit der AfD. Programmatisch dürfe es auch mit den Grünen nicht gehen. Im Übrigen müsse man die Wahlergebnisse abwarten.

Auch der BSW-Generalsekretär hob am Montag hervor, dass es „keine Unterschiede“ zwischen dem Bundesverband und den Landesverbänden gebe. „Zwischen uns geht kein Blatt Papier, wir stimmen uns eng ab“, sagte Christian Leye der F.A.Z. Das BSW habe immer klargemacht: Man sei bereit, Verantwortung zu übernehmen, ein „Weiter-so“ werde es aber nicht geben. Den Wählern schulde man in dieser Hinsicht „Transparenz“. Der „Verantwortung“ gebühre es außerdem, den Wählern klarzumachen, dass es um einen großen Wechsel gehe – nicht nur um „kosmetische“ Veränderungen.

Aber bestehe politische Verantwortung nicht auch darin, sich um die kleinen, geradezu kosmetischen Fragen zu kümmern? „Natürlich, auch hier kann man spürbare Verbesserungen bewirken“, sagte Leye.

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz signalisierte derweil abermals Offenheit für eine Zusammenarbeit der Thüringer CDU mit dem BSW. „Was auf der Landesebene möglich ist, das muss dann auch auf der Landesbene entschieden werden“, sagte Merz am Sonntagabend in der ARD und verwies auf Thüringen. Dort steht der Landesvorsitzende Mario Voigt einer Koalition mit dem BSW aufgeschlossen gegenüber. Eine Zusammenarbeit im Bund schloss Merz noch einmal aus.

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung

Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Dr. Kim Björn Becker (stv.), Philipp Eppelsheim (stv.), Tatjana Heid (stv.); für „Zeitschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennkamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster; für Sport: Anja Hecke, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe, Sönke Sievers (stv.); für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plattaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt (verantwortlich), Marie Lisa Kehler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Britta Bieger; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolli; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Dr. Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Patrick Welter; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; D: Economy: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Jan Hauser; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunst-

markt: Ursula Scheer; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Dr. Pia Heinemann und Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Jakob Strobel y Serra; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

BILDREDAKTION: Henner Flohr; **CHEFIN VOM DIENST:** Dr. Elena Geus; **GRAFISCHE GESTALTUNG:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (stv.).

ARCHIV: Olivera Kipic.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Dr. Holger Schmidt (verantwortlicher Redakteur Newsletter und Verticals), Ina Lockhart (Social Media), Robert Wenkmann (Art Director), Nina Hewelt (Stv./Kordinatorin Informationsgrafik), Andreas Krobok (Audio/Video), Felix Hooß (Paywall).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Bredl.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Mauker, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2–4, 10117 Berlin, www.republic.de.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 77,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 85,90 €. Abonnenten der ge-

druckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 11,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (FAZ+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abofaz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sobald Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslicenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; **Pressedruck** Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; **Süddeutscher Verlag** Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

AMTliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

ZENTRALE: (0 69) 75 91-0.

KUNDENSERVICE: aboservice@faz.de, Telefon: (0 69) 75 91-10 00 oder unter www.faz.net/meinabo. **ANZEIGENSERVICE:** anzeigenannahme@m-s-medien-service.de oder Telefon: (0 69) 75 91-33 44.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de



OYSTER PERPETUAL COSMOGRAPH DAYTONA

ZWEI WIMBLEDON-SIEGE HINTEREINANDER

Und da ist er. Ein weiterer herausragender Erfolg. Auf ehrwürdigem Boden. Ein zweiter Wimbledon-Sieg in Folge. Herzlichen Glückwunsch, Carlos Alcaraz, zu deinem vierten Grand Slam®-Titel.

#Perpetual



OFFICIAL TIMEKEEPER



Sind Bayerns Bienen schon gerettet?

Vor fünf Jahren wurde ein Volksbegehren zum Artenschutz Gesetz / Von *Timo Fresch, München*

Fünf Jahre ist es her, dass der Bayerische Landtag dem erfolgreichsten Volksbegehren der bayerischen Geschichte, bekannt unter „Rettet die Bienen“, Gesetzeskraft verliehen hat. Die Staatsregierung musste damals zum Naturschutz erst getragen werden, setzte sich dann aber mit Emphase an die Spitze der Bewegung, zuvor Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder als Bäumeumarmern und Bienenbezauberer.

Zum Jubiläum stellte sich die Staatsregierung nun, wenig überraschend, ein überaus positives Zeugnis aus. Die Umsetzung, so ließen Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) wissen, schreite „deutlich voran“. „Der größte Teil der Maßnahmen“, so Glauber, sei umgesetzt. In den ersten vier Jahren seien etwa 140 Millionen Euro zusätzlich zu den bereits vorhandenen Mitteln allein im Umweltbereich bereitgestellt worden. Kaniber hob hervor: „Das Volksbegehren hat Bayern an die Spitze der Länder gebracht!“ Auch in ihrem Bereich sei der „Großteil der Maßnahmen erfolgreich umgesetzt oder auf den Weg gebracht“. Bestes Beispiel hierfür sei „unsere Voreiterrolle in Deutschland im Ökolandbau“. Insgesamt 63 der staatlichen Kantinen erfüllten schon jetzt das bis 2025 avisierte Ziel, mindestens 50 Prozent regionale oder ökologische Produkte einzusetzen. Weitere 22 Kantinen, so heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium, seien „auf einem sehr guten Weg und liegen bei mindestens 30 Prozent“. Die Kantine des Landwirtschaftsministeriums fungiere dabei „als Leuchtturmprojekt“. Mit der rechtsverbindlichen Ausweisung eines eigenen Netzwerkes von mehr als 83.000 Hektar Naturwäldern habe man das gesetzliche Zehn-Prozent-Ziel früher als vorgegeben bereits im November 2022 erfüllt. Und so weiter.

Die Bilanz der Träger des Volksbegehrens, zu denen neben der Initiatorin, der ÖDP, auch die Grünen und der Landeshauptstadt für Vogel- und Naturschutz (LBV) gehören, fällt gemischt aus. Agnes Becker, Landesvorsitzende der ÖDP und eine Art Mutter des Volksbegehrens, lobte am Montag die verpflichtende Einführung von Gewässerrandstreifen. Außerdem sei die Zahl der spät gemeigten Wiesen – wichtig etwa für eine ungestörte Entwicklung der Tierwelt –

mehr als verdoppelt worden, Gleiches gelte für die Zahl der neu gepflanzten Streuobstbäume. Doch bei besonders bedeutsamen Zielen wie dem Ausbau des Biotopverbands und des Ökolandbaus sowie bei der Reduktion des Pestizideinsatzes vermissen die Träger „den großen Wurf“.

Sie machten am Montag in einer Pressekonzferenz darauf aufmerksam, dass die Staatsregierung in ihrer Umsetzungsbilanz keine Gewichtung der Maßnahmen vornehme, sondern die Erstellung von Broschüren gleichrangig werte wie etwa das Schaffen eines Biotopverbands. Becker sagte, dass auch die Betrachtung des Pestizideinsatzes durch die Staatsregierung unzureichend sei. Es sollte dabei nicht nur um die Quantität der Pflanzenschutzmittel gehen, sondern ebenso um ihre Toxizität. Auch Ludwig Hartmann, grüner Vizepräsident des Landtags, kritisierte die Bilanzierungsmethodik der Staatsregierung: „Artenschutz muss gelebt werden, Artenschutz kann nicht herbeigerechnet werden.“ Was zähle, so der LBV-Vorsitzende Norbert Schäffer, sei, „ob es schlussendlich in unserer Landschaft wieder mehr Arten gibt“. Darüber jedoch könne man mangels aktueller Daten noch keine Aussage treffen.

Die Träger stützten ihre Bilanz auf ein Monitoringteam der Hochschule Nürtingen-Geislingen, geleitet von Roman Lenz, Fachmann für Landschaftsplanung und Landschaftsinformatik. Als Lenz sowie Becker, Schäffer, Kaniber und Glauber am Montag zur Podiumsdiskussion im Landtag aufeinandertrafen, zeigte sich neuerlich, dass in der Frage, wie weit man sei, die Meinungen auseinandergehen. Becker hält Bayern keineswegs für einen „Vorreiter“ in Sachen Ökolandbau; gemessen an der beschafften Fläche, liege der Freistaat im Bund nur auf Platz acht. Auch in der Frage, wie man am besten ans Ziel komme, wurden Differenzen ersichtlich. Während die Träger des Volksbegehrens für mehr Ordnungsrecht plädierten, sieht Kaniber darin die Benutzung der „Peitsche“ und setzt stattdessen auf Motivation und Aufklärung. Kaniber und Glauber bekannten sich aber klar zu den Zielen des Volksbegehrens, die etwa Gläubers Parteifreund, der Vizepräsident Hubert Aiwanger, im Bierzelt schon mal infrage gestellt hatte. Glauber: „Was im Bierzelt geredet wird, ist das eine – wir ziehen durch.“

Rassistische Chats nicht strafbar Disziplinarverfahren gegen Polizisten fortgesetzt

tist. WIESBADEN. Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hat eine Entscheidung bestätigt, wonach im Fall rassistischer Inhalte in Chats von Polizisten kein Hauptverfahren durch das Landgericht Frankfurt eröffnet wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte dagegen Beschwerde eingelegt. Laut einer Mitteilung des OLG Frankfurt lag kein hinreichender Tatverdacht vor, da der Chatgruppe vor allem Polizisten angehörten. „Die Verwirklichung der in Betracht kommenden Tatbestände würde ein ‚Verbreiten‘ von Inhalten erfordern“, hieß es. Dieses Tatbestandsmerkmal sei nicht erfüllt.

Den Beschuldigten wurde zur Last gelegt, in der Zeit von Herbst 2014 bis Herbst 2018 in verschiedenen Chatgruppen Bilder und Videos mit verbotenen Inhalten verbreitet zu haben. Dabei soll es sich überwiegend um Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie volkverhetzende Inhalte gehandelt haben. Fünf der insgesamt sechs Beschul-

digten waren zu dieser Zeit Polizeibeamte. Das Verhalten der Polizisten „begründet erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue der im Polizeidienst tätigen Angeschuldigten und erfordert dienstrechtliche Konsequenzen“, so das Gericht.

Die Disziplinarverfahren, die aufgrund der Strafverfahren ausgesetzt waren, sollen laut dem hessischen Innenminister Roman Poseck (CDU) „jetzt umgehend fortgeführt“ werden. Rassistisches und menschenverachtendes Gedankengut dürfe in der Polizei keinen Platz haben, so Poseck. Die SPD im Hessianischen Landtag kritisierte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) dafür, dass er auf eine Bundesratsinitiative aus dem vergangenen Jahr nicht reagiert habe; Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen setzten sich dafür ein, die „Strafbarkeitslücke“ zu schließen, sodass die Verbreitung verfassungswidriger Inhalte nicht länger Voraussetzung für ihre Strafbarkeit wäre.

Wichtiges in Kürze

Paus und Lindner streiten über Ehegattensplitting

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) haben sich widersprüchlich über die geplante Reform der Steuerklassen geäußert. Paus sprach am Montag gegenüber der „Bild“-Zeitung vom „Startpunkt in Richtung Abschaffung des Ehegattensplittings“, das der Vielfalt der Familienmodelle nicht mehr gerecht werde. „Die Aussage der Kollegin Paus ist rätselhaft, denn das Ehegattensplitting wird auf keinen Fall abgeschafft. Im Gegenteil ist die Reform der Steuerklasse die Alternative zur Abschaffung des Ehegattensplittings“, sagte dagegen der Bundesfinanzminister dem Portal „t-online“. (Komentar Seite 8.) F.A.Z.

Mutmaßliches Mitglied der Hizbullah festgenommen

Die Bundesanwaltschaft hat ein mutmaßliches Mitglied der Terrororganisation Hizbullah am Sonntag in Salzgitter festnehmen lassen. Der Mann soll im Auftrag der Organisation in Deutschland „Komponenten zum Bau militäri-

scher Drohnen, insbesondere Motoren“ für Angriffe auf Israel beschafft haben, teilte die höchste deutsche Anklagebehörde mit. Nach den Ermittlungen soll der libanese Staatsbürger sich spätestens im Sommer 2016 im Libanon der Hizbullah angeschlossen haben. Für die schiitisch-islamistische Terrorgruppe gilt in Deutschland seit April 2020 ein Betätigungsverbot. Der Mann sitzt nun in Untersuchungshaft. F.A.Z.

Pakistanische Regierung will Oppositionspartei verbieten

Die pakistanische Regierung will die PTI, die Partei des inhaftierten früheren Ministerpräsidenten Imran Khan, verbieten lassen. Bei der Parlamentswahl im Februar hatten Khans Kandidaten die meisten Sitze errungen, mussten aber als Parteiloße kandidieren. Informationsminister Atta Tarar verwies am Montag auf ausländische Parteispenden und die Veröffentlichung eines internen Dokuments durch Khan als Gründe für das angestrebte Verbot. Der eigentliche Grund scheint aber ein Urteil des Obersten Gerichts vom Freitag zu sein, in dem die Richter der PTI das Recht auf zusätzliche Parlamentssitze zugesprochen hatten. boe.

Die Hurenöhne der Bundesrepublik

Deutschland und die unerfreulichen Regime dieser Welt: Eine „andere Geschichte“ unseres Landes

Empörung! Dazu lädt dieses Buch ein. Und es dürfte dafür in Deutschland sicherlich ein dankbares Publikum finden. Denn es trifft mit seinem Thema einen empfindlichen Nerv der deutschen Gesellschaft: die gnadenlose Spiegelung von Anspruch und Wirklichkeit in den Beziehungen der Bundesrepublik mit Diktaturen. Frank Bösch hat diese „andere Geschichte“ seines Landes aufgeschrieben. Kühl und nüchtern schildert der Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung, wie nicht nur die Regierungen der Bundesrepublik, sondern auch ihre Gesellschaft als Ganzes von Beginn an widersprüchlich handelten, wenn es um den Umgang mit Diktatur und Unterdrückung ging: Zwar grenzte man sich vom Nationalsozialismus und von der DDR ab, um einen möglichst starken Kontrast zum eigenen demokratischen Neuanfang herzustellen. Aber gleichzeitig arbeitete man auf vielfältige Weise mit Diktaturen zusammen – ob in Afrika, Lateinamerika oder Asien.

Ausgangspunkt für dieses Verhalten war der Kalte Krieg. Schon unter Konrad Adenauer schien für die intensive Zusammenarbeit mit undemokratischen Staaten das viel zitierte Diktum von Franklin D. Roosevelt über die amerikanische Unterstützung von Nicaraguas Diktator Anastasio Somoza zu gelten: „Er mag ja ein Hurensohn sein, aber er ist unser Hurensohn.“ Nach dieser Logik suchte auch die Bundesrepublik den Schulterchluss mit zahlreichen antikommunistischen Autokratien. Neben der Westbindung ging es dabei nach Bösch um Prestigebildung für den jungen westdeutschen Staat – in Form von internationaler Aufwertung und der Sicherung eines Platzes in der Abwehrront gegen den Kommunismus.

Es war aber nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft, die sich in diesen Rahmenbedingungen bewegte. Der Eiserner Vorhang durch Europa schnitt den Handel zwischen West und Ost weitgehend ab. Ersatz sollte her für die schon damals stark exportorientierte Wirtschaft der Westdeutschen. Staatsempfänger für autokratische Herrscher dienten daher auch dem Zweck, die eigene wirtschaftliche Expertise und die Exportgüter anzupreisen. Bösch unterstreicht, wie eine üppige Unterstützung mit Entwicklungshilfe, günstigen Krediten und Hermes-Versicherungen die ökonomische Zusammenarbeit förderte. Sind es im



Anbahner mit Diktator: Franz Josef Strauß 1983 bei Erich Honecker Foto dpa

kollektiven Gedächtnis der Westdeutschen nicht zuletzt die Vereinigten Staaten gewesen, die als westliche Führungsmacht den Schulterchluss mit Diktaturen vorlebten, so zeichnet Bösch ein Bild vom transatlantischen Binnenverhältnis, das in Deutschland weniger verbreitet sein dürfte: Es waren westdeutsche Unternehmen, unterstützt vom Bundeswirtschaftsministerium, die immer wieder die Grenzen des Zulässigen in ihrer Kooperation mit sozialistischen Staaten erprobten, die vom Westen systematisch bei Militär- und Hightech-Produkten sanktioniert wurden. Daher sah sich Washington mehrfach gezwungen, die Geschäfte der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie mit der DDR und der Sowjetunion zu bremsen.

Adenauer musste 1962 auf Druck der USA hin den bereits angelaufenen Verkauf von Rohrleitungen an die Sowjetunion stoppen. Schon zu dieser Zeit prägen weniger moralische Argumente als demonstrative Treue zum transatlantischen Partner die westdeutsche Sanktionspolitik, wie Bösch klar herausarbeitet und dabei anmerkt, dass die Bundesregierungen später keine derartige Rücksicht mehr nahmen. Die Folgen dieser Politik reichen bis heute.

Auch die nationalsozialistische Vergangenheit setzte der westdeutschen

Kooperation mit Diktaturen mitunter Grenzen. Bösch verdeutlicht dies unter anderem an der Zusammenarbeit mit Francos Spanien angesichts der Verbindung aus der Zeit vor 1945: Die Deutschen hätten kreativ die Grenzen der vertretbaren Annäherung ausgetestet – zunächst mit in-formellen Treffen, dann auf Ministeriebene. Die geheim geplante Stationierung der deutschen Luftwaffe in Spanien hätte hingegen in den USA, in Westeuropa und bei den Sozialdemokraten als großer Tabubruch gegolten, was kaum verwundert angesichts der unrühmlichen Rolle, die Hitlers Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg bei der Bombardierung von zivilen Zielen gespielt hatte.

Bösch weist ebenso darauf hin, dass die enge Kooperation der Bundesrepublik mit Portugal unter der Salazar-Diktatur in den 1960er-Jahren bei Waffenlieferungen leicht eingeschränkt wurde, um angesichts der portugiesischen Kolonialkriege nicht den afrikanischen Markt für deutsche Unternehmen zu gefährden. Nach seiner Analyse hing oft von anderen Partnern und Märkten ab, wie eng die westdeutsche Zusammenarbeit mit Diktaturen ausfiel. Dabei waren es nicht allein die USA, die den Westdeutschen verschiedentlich Grenzen setzten, sondern später auch die

Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Nationen.

Die zunehmenden Proteste in Westdeutschland gegen den Umgang der Bundesrepublik mit Diktaturen und der Regierungswechsel 1969 führten dann zu einem Wandel. Bösch beschreibt, wie sich nun die Besuche von Diktatoren oft von Bonn nach Bayern verlagerten, um sichtbare staatsoffizielle Handschläge, Proteste und Medienberichte in der Bundeshauptstadt zu vermeiden: Einige Autokraten seien oft direkt „privat“ nach Bayern gereist, wo sie fürstlich empfangen worden seien, um dann ebenfalls „privat“ kurz die Kanzler und Minister in Bonn zu treffen.

Die Rolle der Bundesländer in diesem Wandel unterschied sich dabei nach Parteifarbe. Bösch erinnert daran, dass besonders der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in zahlreiche Diktaturen reiste. Damit wollte er die regionale Wirtschaft fördern. Das ist allerdings keine exklusiv bayerische Tradition, die bis in die Gegenwart reicht. So waren es nach Böschs Beobachtung ebenfalls unionsgeführte Bundesländer, die eine Schlüsselrolle beim Aufbau der Zusammenarbeit mit China spielten. Die sozialliberale Bundesregierung hielt sich hier zurück, allerdings nicht aus moralischen Gründen, wie Bösch betont, sondern um Verstimmungen mit der Sowjetunion zu vermeiden: „Ost- und Fernostpolitik ergänzten sich somit.“

So betrachtet erscheint auch die Ostpolitik selbst in einem anderen Licht. Ihre Anbahnung ähnelte nach Böschs Darstellung der Annäherung an antikommunistische Diktaturen: Wirtschaftskontakte, dialogorientierte private Reisen und informelle Unterhändler hätten die Annäherung eingeleitet, auf die dann Staatsbesuche und Abkommen gefolgt seien. Wie bei anderen Diktaturen hätten deutsche Großinvestitionen und Handelsverflechtungen langfristige, recht krisenfesten Bindungen geschaffen: „Weder der Afghanistan-Einmarsch der Sowjetunion 1979 noch das Kriegsrecht in Polen 1981 behinderten die Fortsetzung der Kooperation, ungeachtet massiver US-Proteste.“

Und mit Blick auf Iran sollte man nicht vergessen, dass es die Bundesregierung unter Willy Brandt war, die zahlreichen Autokratien deutsche Atomkraftwerke offerierte, die Iran, Brasilien und Argentinien dann auch tatsächlich kauften. Washington intervenierte wieder in Bonn – erneut erfolglos. THOMAS SPECKMANN

Frank Bösch: Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. C.H. Beck Verlag, München 2024. 622 S., 32,- €.

Eine Serie von Kriegserklärungen?

Rashid Khalidi präsentiert eine palästinensische Sicht auf den Konflikt im Nahen Osten

Am 1. März 1899 schrieb Yusuf Diya al-Khalidi, Angehöriger einer der angesehensten Jerusalemer Familien, ehemals Bürgermeister von Jerusalem und Abgeordneter im osmanischen Parlament, einen Brief an den französischen Oberabbiner Zadok Kahn zur Weiterleitung an Theodor Herzl, den Begründer des politischen Zionismus. Er drückte darin seine Sympathie für die Juden und sogar für den Zionismus aus, warnte aber eindringlich vor dem Versuch, ihn in Palästina zu verwirklichen. Das Land habe bereits eine dichte nichtjüdische Bevölkerung und könne nur unter Blutvergießen von anderen übernommen werden. Er schloss: „Um Gottes willen, man soll Palästina in Ruhe lassen!“ Dieser Rat wurde nicht angenommen, erwies sich aber in der Folge als prophetisch. Das hier anzuzeigende Buch des Urruößbenners von Yusuf Diya, Rashid al-Khalidi, zeichnet die heftigen Auseinandersetzungen nach, die sich aus der Verwirklichung des Zionismus in Palästina ergaben. Das Buch ist kein trockenes wissenschaftliches Werk, sondern erzählte Geschichte. Es verbindet die Nachzeichnung des Geschichtsverlaufs mit den persönlichen Erfahrungen des Autors, der sich neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auch immer wieder in der palästinensischen Politik engagierte hat.

Khalidi argumentiert, dass die Geschichte Palästinas seit der Zeit, als das zionistische Aufbauwerk dort im Ernst begann, als ein ebenso langer Krieg gegen die arabischen Bewohner des Landes gelesen werden müsse. Vor dem Ersten Weltkrieg war Palästina, ethnisch gesprochen, ein weitgehend arabisches Land. Wenn sie dort einen jüdischen Staat errichten wollte, brauchte die zionistische Bewegung mächtige Bundesgenossen, die ihr intensive jüdische Besiedlung, Übernahme von Ländereien und schließlich den Zugriff auf die politische Macht ermöglichen würden. Khalidi unterscheidet sechs Etappen, die er Kriegserklärungen nennt. Vielleicht

kann man auch einfach von sechs „Runden“ der großen Auseinandersetzung in Palästina sprechen.

Die erste Schutzmacht der Zionisten war Großbritannien. Es eroberte Palästina gegen Ende des Ersten Weltkriegs und hatte schon 1917 in der „Balfour-Deklaration“ aus eigenen strategischen Interessen den Zionisten Unterstützung bei der Gründung eines „jüdischen Nationalheims“ in Palästina versprochen. Dazu gehörten: Erleichterung jüdischer Einwanderung und Landerwerb, Begünstigung der Keimform eines jüdischen Staats und Unterdrückung arabischen Widerstands gegen die Besiedlung. Diese Besiedlung, die entscheidende Vorbereitung der Gründung des Staats Israel, war nur möglich durch die Unterstützung der britischen Mandatsmacht. Diese verabschiedete sich allerdings 1939 von ihrer einseitig prozionistischen Politik, woraufhin sich die Zionisten nach einer anderen Schutzmacht umsahen. Das wurden dann mehr und mehr die USA.

In der nächsten größeren Auseinandersetzung, dem UN-Teilungsbeschluss vom November 1947, der Gründung Israels und dem Krieg von 1948, konnte Israel gleich auf mehrere Unterstützer rechnen: Die USA und die Sowjetunion verhalfen der UN-Resolution zur Billigung, die Tschechoslowakei lieferte Waffen an die Haganah und Israel. Israel behielt denn auch im Krieg die Oberhand.

Die dritte Kriegserklärung war für Khalidi dann der Junikrieg von 1967. Bis dahin war die amerikanische Unterstützung für Israel nicht absolut gewesen; die meisten Waffen, ebenso wie die Hilfe bei der Entwicklung von Kernwaffen, kamen aus Frankreich; auch Deutschland spielte eine Rolle. Nun erschien für Israels Präventivkrieg gegen Ägypten, das bei allem Säbelrasseln keinen Angriff auf Israel vorhatte, die Billigung durch die USA essenziell. Sie kam. Aus jener Zeit resultiert das besondere Bündnis beider Länder, das seitdem immer enger geworden ist und sich in beinahe bedingungsloser

politischer und militärischer Unterstützung manifestiert.

Die vierte „Runde“ war die groß angelegte israelische Intervention im Libanon 1982, deren erklärtes Ziel die Zerstörung der PLO war. Dieses Kapitel ist besonders anschaulich erzählt, weil der Autor die Ereignisse mit seiner Familie in Beirut hautnah erlebt hat. Die fünfte „Runde“ war die (erste) palästinensische Intifada, der Aufstand in der Westbank und im Gazastreifen gegen die Besatzung, unter Verzicht auf tödliche Gewalt und mit einem realistischen Ziel, einem palästinensischen Staat an der Seite Israels. Sie schaffte es, die festgefahreten Fronten des Konflikts in Bewegung zu bringen, wurde aber unter Einsatz aller Mittel niedergeschlagen. Sie führte aber immerhin zur Madrider Friedenskonferenz 1991 und den folgenden israelisch-palästinensischen Verhandlungen in Washington, die zu Beginn mit großen Hoffnungen verbunden waren. Khalidi fungierte dabei als Berater der palästinensischen Delegation. Die eigentliche Einigung Israels mit der PLO war aber das in Geheimverhandlungen erzielte Vertragswerk von Oslo, das die israelische Besatzung und den Siedlungsbau nicht beendete und das Khalidi in einer genauen Analyse der Texte von Oslo als Kapitulation der palästinensischen Führung bewertet.

Die sechste Runde der Auseinandersetzungen begann mit der Al-Aqsa-Intifada (2000–2005), die durchaus nicht auf Gewalt verzichtete und ein Rückschlag für die Palästinenser war, setzte sich fort mit dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen, der Machtübernahme der Hamas dort und den fortgesetzten großen Militärschlägen Israels gegen Gaza 2006–2014.

In all diesen Auseinandersetzungen waren die Zionisten beziehungsweise Israel die stärkere Partei, sie waren jeweils proaktiv, denn sie waren es ja, die den Status quo im Land ändern wollten, und sie behielten auch stets die Oberhand. Aber anders als geplant konnten

sie die Palästinenser als Faktor nicht ausschalten. Diese blieben und sind so nach wie vor ein Störfaktor bei der Verwirklichung der israelischen Pläne.

Khalidi spart durchaus nicht mit palästinensischer Selbstkritik. Wenn die Palästinenser ihre erklärten Ziele nicht erreicht haben, sagt er, lag das auch an eigenen Fehlern. Das Alles-oder-nichts-Programm der Frühzeit der PLO („Befreiung ganz Palästinas“) und in dem Zusammenhang ihre ausschließliche Orientierung auf den bewaffneten Kampf, terroristische Kampfformen eingeschlossen, half zwar, die palästinensische Sache auf der Tagesordnung der Weltpolitik zu etablieren, erwies sich aber in der Auseinandersetzung mit Israel als hinderlich. Das Programm wurde richtigerweise revidiert. Dann aber ließ sich das Gros der PLO in seiner Gestalt als PA (Palestinian Authority) auf den Deal von Oslo und seine Rolle als „Subunternehmer der israelischen Besatzung“ ein. Und auch die alternative palästinensische Führung, Hamas, wiederholt teilweise die Fehler der frühen PLO und hat kein wirklich vorwärtsweisendes Programm zur Beendigung des Konflikts.

Khalidi hat keine Rezepte zur Lösung des Konflikts. Er argumentiert aber, dass jede Lösung zwei Prinzipien beachten muss: Sie muss die Existenz der beiden großen nationalen Gruppen im Land, der arabischen Palästinenser und der jüdischen Israelis, anerkennen und ihre gegenseitige Tolerierung sichern, und sie muss die völlige individuelle und kollektive Gleichheit der Menschen im Land enthalten. ALEXANDER FLORES

Rashid Khalidi: Der Hundertjährige Krieg um Palästina. Eine Geschichte von Siedlerkolonialismus und Widerstand. Unionsverlag, Zürich 2024. 384 S., 26,- €.

Impfrate bei Kindern stagniert

sml. FRANKFURT. Die weltweite Impfrate bei Kindern hat sich seit der Corona-Pandemie noch immer nicht erholt. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des UN-Kinderhilfswerks UNICEF sind im Vergleich zu den Zahlen von 2019 insgesamt 2,7 Millionen Kinder mehr entweder gar nicht oder unzureichend geimpft. Die neuesten Zahlen zeigten, „dass viele Länder weiterhin zu viele Kinder vernachlässigen“, kritisierte UNICEF-Direktorin Catherine Russell.

2023 bekamen lediglich 84 Prozent der Kinder alle notwendigen Impfdosen gegen Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus. 14,5 Millionen Kinder bekamen im vergangenen Jahr keine einzige Dosis dieser Dreifachimpfung. Zum Vergleich: 2022 waren es 13,9 Millionen Kinder. Auch in Europa sind laut WHO rund 500.000 Kleinkinder nicht ausreichend geimpft. Insgesamt bleiben die Zahlen im Vergleich zum Jahr 2022 weitgehend unverändert. 2019 hatte die weltweite Kinderimpfquote noch bei 86 Prozent gelegen. Ein Grund könnte die Impfskepsis sein, die seit der Pandemie gewachsen ist. Mehr als die Hälfte der ungeimpften Kinder lebt außerdem in Gebieten, die von Konflikten betroffen sind und in denen der Zugang zu Impfungen erschwert sein könnte.

Auch die Impfungen gegen Masern stagnierten zuletzt. Weltweit sind rund 35 Millionen Kinder gar nicht oder unzureichend gegen die tödliche Kinderkrankheit geschützt. 83 Prozent der Kinder bekamen im vergangenen Jahr die erste Dosis des Masernimpfstoffs. Nur 74 Prozent bekamen die zweite Dosis. Um Ausbrüche von Krankheiten zu verhindern, die durch Impfungen vermieden werden können, ist laut WHO jedoch eine Impfquote von 95 Prozent notwendig. Maserninfektionen nahmen zuletzt wieder zu: In den vergangenen fünf Jahren kam es in 103 Ländern zu Ausbrüchen. Insgesamt seien 2023 mehr als 300.000 Infektionen registriert worden – dreimal so viele wie 2022.

„Masernausbrüche sind ein Frühwarnzeichen. Sie zeigen Impflücken auf und betreffen vor allem die Schwächsten“, sagte WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus. Mehr als die Hälfte der nicht gegen Masern geschützten Kinder lebt in zehn Konfliktstaaten, darunter Sudan, Jemen und Afghanistan. In Deutschland besteht für Kinder in Bildungseinrichtungen eine Masernimpfpflicht. Ungeimpfte können von Kindertagesstätten ausgeschlossen werden.

Eine positive Entwicklung beobachten die WHO und UNICEF jedoch bei der Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV). Demnach stieg der Anteil der geimpften Mädchen, die mindestens eine Dosis des HPV-Impfstoffs bekommen haben, weltweit von 20 Prozent im Jahr 2022 auf 27 Prozent im Jahr 2023. Entscheidend ist auch hierbei der Wohlstand: Während in Ländern mit höherem Einkommen 56 Prozent der Mädchen geimpft sind, haben in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen nur 23 Prozent die Impfung bekommen. Obwohl das Virus Gebärmutterhalskrebs verursachen kann, wüssten nicht alle Menschen genau, was HPV ist. Umso wichtiger ist laut UNICEF und WHO daher die Ausweitung von Impfungen und Öffentlichkeitsarbeit.

Vereint mit Hund und Vater

ceh. LOS ANGELES. Die am Wochenende verstorbene amerikanische Schauspielerin Shannen Doherty hat ihre Beisetzung schon vor Monaten geplant. Neben einer Trauerfeier in kleinem Kreis bat die Dreifundfzigjährige um eine Einäscherung. Ihre Asche soll anschließend mit der ihres vor 14 Jahren verstorbenen Vaters Tom Doherty und der ihres Hundes Bowie vermischt werden. Das Tier wich bis zu ihrem Tod nicht von ihrer Seite. „Es soll eine gesunde Mischung aus meinem Vater, mir und Bowie werden“, ließ Doherty die Fans im Januar in ihrem Podcast „Let’s Be Clear“ wissen.

Die Schauspielerin, die durch die Serie „Beverly Hills, 90210“ berühmt wurde und später für „Charmed“ vor der Kamera stand, war am Samstag zu Hause in Malibu verstorben. In den vergangenen Jahren hatte sie in Interviews immer wieder über ihre Brustkrebsdiagnose vor fast zehn Jahren erzählt. Vor etwa vier Wochen war Doherty zum letzten Mal in Kalifornien fotografiert worden. Auch ihr Freund Chris Cortazzo, mit dem sie damals ein Restaurant besuchte, soll ein paar Gramm ihrer Asche bekommen, um sie an einer Halskette zu tragen.



Sie galten als Traumpaar: Die Faszination für John F. Kennedy junior und seine Ehefrau lässt nicht nach – was auch an Gerüchten über ihre letzten Monate liegt. Foto Getty

Unerfahren – und nicht unbesiegbar

Vor 25 Jahren stürzte John F. Kennedy junior mit Frau und Schwägerin im Flugzeug ab. Sein Tod wirkt bis heute nach.

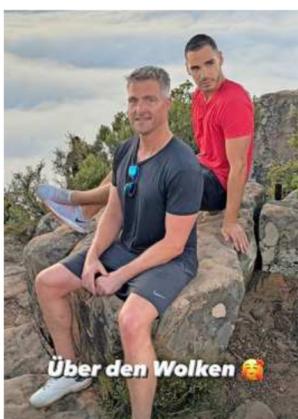
Von Christiane Heil, Los Angeles

Der Sheriff von Dukes County, einer Inselgruppe an der Küste des Bundesstaats Massachusetts, erinnerte sich auch noch Jahre später an das ungewöhnliche Wetter in den Stunden vor dem Absturz. Der Sonnenuntergang sei blutrot gewesen, die Luft vor der Prominenteninsel Martha’s Vineyard neblig und feucht. „Jeder Pilot weiß, dass man die Insel bei diesem Wetter nur anfliegen sollte, wenn man sich auskennt“, verwies Sheriff Robert Ogden auf die eher dünne Flugerfahrung von John F. Kennedy junior. Ogden gehörte damals zu den Einsatzkräften, die nach dem Verschwinden von Kennedy juniors Piper Saratoga am 16. Juli 1999 nach dem Sohn des ermordeten Präsidenten John F. Kennedy, dessen Ehefrau Carolyn Bessette-Kennedy und ihrer Schwester Lauren Bessette suchten. Schaulustige fernhielten und den Tross der Reporter lenkten. In den Stunden nach der Vermisstenmeldung hatte die Einsatzleitung Ogden und seine Kollegen aus dem Sheriffsbüro auch auf einem Rettungsschiff in das Suchgebiet vor Aquinnah im Westen von Martha’s Vineyard geschickt. Wegen rauer See musste der Einsatz aber abgebrochen werden. Am Morgen des 17. Juli 1999 wurden die ersten Wrackteile angespült – fast surreal in der Nähe des Strandes der Red Gate Farm

Zu zweit auf Wolke 7

Ralf Schumacher zeigt sich mit Partner auf Instagram

F.A.Z. FRANKFURT. Der ehemalige Rennfahrer Ralf Schumacher zeigt sich in einem Instagram-Post vor romantischer Kulisse Arm in Arm mit einem Mann. Das Schönste im Leben sei, wenn man den richtigen Partner an seiner Seite habe, mit dem man alles teilen könne, schrieb der Neunundvierzigjährige am Sonntagabend dazu. Innerhalb kurzer Zeit markierten Zehntausende den Post mit „Gefällt mir“.



Verliebt: Schumacher Foto etn_inst/Instagram

bei Aquinnah, dem Anwesen von Kennedy juniors verstorbener Mutter, der früheren First Lady Jacqueline Kennedy Onassis.

Auch 25 Jahre später lässt der Absturz viele Amerikaner nicht los. In ihrem wenige Wochen vor dem Jahrestag des Unglücks veröffentlichten Buch „Once Upon A Time“ versucht die Autorin Elizabeth Beller die These zu widerlegen, eine Pediküre bei Bessette-Kennedy habe den Abflug verzögert und den „Crash“ provoziert. RoseMarie Terenzio, in den Jahren vor dem Absturz Kennedy juniors Assistentin, zeichnet unter dem Titel „JFK Jr.“ derweil das Bild eines sympathischen Sprosses einer der bekanntesten amerikanischen Familien mit einem Faible für Abenteuer. „Er unternahm viele verrückte Dinge, aber ich glaube nicht, dass er einen Todeswunsch hegte“, erinnerte sich der Schriftsteller William Cohan, ein Internatsfreund des Achteunddreißigjährigen, in einem Interview für Terezios Buch. „Ich glaube, er hielt sich für unbesiegbar, was nach dem Mord an seinem Vater und seinem Onkel ziemlich verrückt ist.“

Die Umstände des Absturzes scheinen Cohans Einschätzung zu bestätigen. Als Kennedy junior am Abend des 16. Juli 1999 mit seiner Ehefrau Carolyn und ihrer Schwester Lauren von New Jersey aus abhob, galt er als Anfänger. Der Jurist und Verleger des politischen Magazins „George“ hatte die Pilotenprüfung erst ein Jahr zuvor bestanden. Seine Berechtigung zum Instrumentenflug, an der Küste Neuglants ratsam, stand noch aus. Dennoch plante Kennedy junior, mit der Piper Saratoga etwa 300 Kilometer zur Hochzeit seiner Cousins Rory Kennedy nach Hyannis Port auf Cape Cod zu fliegen. Auf dem Weg zum Sommerort der Familie wollte er seine Schwägerin Lauren Bessette zur Martha’s Vineyard absetzen. Kennedy und die 34 Jahre alte Bankerin erreichten den Flughafen in New Jersey wie geplant gegen 18.30 Uhr. Bessette-Kennedy ver-

spätete sich wegen des dichten Verkehrs in Manhattan und traf erst gegen 20 Uhr, kurz vor Sonnenuntergang, ein.

Der Nachtflug schreckte Kennedy ebenso wenig wie sein nach einem Gleitschirmunfall noch nicht ausgeheiltes Fußknöchel. Als das Flugzeug nicht wie erwartet in Martha’s Vineyard landete, begann einer der aufsehenerregendsten Sucheinsätze von Küstenwache und Air Force. Am 21. Juli entdeckten die Einsatzkräfte das Wrack etwa zwölf Kilometer vor Martha’s Vineyard. Wie Kennedy junior saßen auch seine Ehefrau und ihre Schwester angeblich noch in ihren Sitzen. „Das Flugzeug traf gegen 21.41 Uhr auf das Wasser“, stellte die Nationale Behörde für Transportsicherheit (NTSB) später fest. Laut NTSB hatte Kennedy junior bei Dunkelheit und Nebel die Orientierung („spatial disorientation“) verloren.

Während Taucher die Leichen und Wrackteile aus etwa 30 Metern Tiefe holten, legten Tausende vor Kennedy juniors und Kennedy-Bessettes Wohnung an der North Moore Street in Manhattan Blumen nieder und entzündeten Kerzen. Immer wieder stellten trauernde New Yorker auch Pappfiguren auf, die den Verstorbenen in seiner wohl berühmtesten Pose zeigten: Ende November 1963 im Alter von drei Jahren, mit hellblauem Mäntelchen und Militärgruß am Sarg seines Vaters, der einige Tage zuvor im texanischen Dallas erschossen worden war. Das Bild des Fotografen Stan Stearns ging damals um die Welt und machte „John-John“ in den durch die Schüsse auf den Präsidenten erschütterten Vereinigten Staaten zu einem Symbol der Hoffnung und Resilienz.

Der Absturz ließ auch Erzählungen über den „Kennedy-Fluch“ wiederaufleben. Fast genau 30 Jahre zuvor, am 18. oder 19. Juli 1969, war das Auto von Senator Edward „Ted“ Kennedy, Kennedy juniors Onkel, auf der Insel Chappaquiddick etwa 15 Kilometer entfernt von Martha’s

Vineyard von einer Brücke ins Wasser gestürzt. Kennedy konnte sich retten, seine Begleiterin Mary Jo Kopechne ertrank unter ungeklärten Umständen. Neben den tödlichen Anschlägen auf Präsident John F. Kennedy sechs Jahre vor Chappaquiddick und seinen Bruder, den damaligen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten Robert F. Kennedy, ein Jahr vor dem Unglück an der Brücke, befeuerten im Frühjahr 1984 auch der Drogentod von David Kennedy, einem Cousin von Kennedy junior, und der tödliche Skiunfall von dessen Bruder Michael LeMoynes Kennedy Ende 1997 Spekulationen über einen „Kennedy curse“. William Safire, damals politischer Kolumnist bei der „New York Times“, forderte seine Kollegen auf, Kennedy junior eine Sensationsberichterstattung wie die nach dem Tod von Diana, der Prinzessin von Wales, zu ersparen. „Ich glaube nicht an Flüche oder andere Arten der Vorherbestimmung“, schrieb Safire. Wie Dianas Tod sei auch Kennedy juniors Tod ein Unfall gewesen, offenbar begünstigt durch Fehleinschätzungen eines unerfahrenen Piloten.

Dass die Faszination für Kennedy junior und seiner Ehefrau 25 Jahre nach dem Unglück nicht nachgelassen hat, garantieren auch die Gerüchte über die letzten Monate des Paares. Bessette-Kennedy, eine frühere Pressesprecherin des Designers Calvin Klein, litt angeblich unter der Prominenz ihres Ehemanns und ließ sich von einem früheren Liebhaber über Spannungen in der Beziehung hinwegtrösten. Kennedy junior, dessen im Sommer 1995 gegründete Zeitschrift „George“ immer weniger Leser fand, zog sich angeblich regelmäßig in ein Hotel zurück. Sechs Tage nach dem letzten Flug wurden die Eheleute neben Lauren Bessette dennoch gemeinsam beigegeben – bei einer Seebestattung von einem Kriegsschiff vor Martha’s Vineyard, nur wenige Kilometer vom Absturzort entfernt.

Ein Novum im Vatikan

Erstmals auch Frauen unter den „Sampietrini“

rüb. ROM. Die Dombauhütte des Vatikans hat erstmals zwei Frauen in die Gilde der „Sampietrini“ aufgenommen. Die hoch spezialisierten „Sampietrini“, deren Name sich von „San Pietro“, der italienischen Bezeichnung für die Vatikan-Basilika, ableitet, sind seit Jahrhunderten für Wartungsarbeiten sowie für Reparaturen im Petersdom zuständig. Wie Pater Enzo Fortunato, Sprecher des Petersdoms, nun mitteilte, haben die 26 Jahre alte Lisa aus dem Raum Padua und die 21 Jahre alte Miriana aus Reggio di Calabria zunächst jeweils ein Studium der Kunstgeschichte absolviert, ehe sie dann in der Kunstgewerbeschule der Dombauhütte des Vatikans, der „Scuola Arti e Mestieri“, die Kurse für Dekorateur, Stuckateure und Maurer durchliefen.

Die von Kardinal Mauro Gambetti initiierte und von Papst Franziskus persönlich gesegnete Ausbildungsstätte besteht seit dem Januar 2023 wieder. Der erste Jahrgang bestand aus 20 Studenten. Neben Italienern stammten mehrere von ihnen aus Peru, Deutschland sowie Belarus. Acht der 20 Eingeschriebenen waren Frauen. Die Kosten für externe Dozenten sowie für Verpflegung und Unterkunft wurden von Wohltätern übernommen.

Bisher waren Frauen vor allem in der Mosaikwerkstatt der Dombauhütte tätig, aber noch nicht im Kernteam der „Sampietrini“. Schon während der 120

Ein Novum im Vatikan

Erstmals auch Frauen unter den „Sampietrini“

Jahre während Errichtung des Petersdoms von 1506 bis 1626 waren Frauen auf der monumentalen Baustelle tätig. Es handelte sich meist um Witwen und Waisen von Männern, die beim Bau der größten Kirche der Welt das Leben verloren hatten. Aus zeitgenössischen Chroniken geht hervor, dass die Frauen damals im Wesentlichen die gleiche Bezahlung bekamen wie die Männer und von ihren männlichen Kollegen mit Respekt behandelt wurden.

Auch die beiden nun fest in das Team der „Sampietrini“ aufgenommenen Frauen bekommen nach Angaben des Vatikans dieselbe Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen und führen dieselben Maurer- und Stuckateurarbeiten wie diese aus. Gut vier Dutzend Frauen haben in der Geschichte des Petersdoms an dessen Bau und Erhalt mitgewirkt, als Mosaikgerinnen und Glaserinnen, Schlosserinnen und Tischlerinnen. Und jetzt auch als Maurerinnen und Stuckateurinnen.

Die Archivarinnen der Bauhütte von Sankt Peter, Simona Turriziani und Assunta di Sante, haben im Jahr 2017 eine reichhaltig dokumentierte Recherche über die rund 50 Frauen veröffentlicht, die am Petersdom mitbauten. Zu den bemerkenswertesten Fällen gehörte jener der römischen Kunsthandwerkerin Francesca Bresciani, die für den Bildhauer und Architekten Gian Lorenzo Bernini die Lapislazuli-Teile des Tabernakels von Sankt Peter bearbeitete.

Fahrlässige Tötung durch Eltern?

rso. STUTTGART. Im Fall des Offenburger Schülermords werden nun auch die Eltern des 15 Jahre alten Schülers angeklagt, dem vorgeworfen wird, am 9. November 2023 in einem Klassenraum der Waldbachschule einen gleichaltrigen Mitschüler erschossen zu haben. Der mutmaßliche Täter benutzte dafür eine Pistole des Typs Beretta (Kaliber 7,65 Millimeter) und führte 41 Schuss Munition sowie einen Brandsatz mit sich. Schon kurz nach dem Mord im Herbst hatte die Staatsanwaltschaft auch Ermittlungen gegen die Eltern aufgenommen, weil es Hinweise darauf gab, dass sie nicht über einen Waffenbesitzschein verfügten und die Waffe ungesichert aufbewahrt hatten.

Wenn die Anklage wegen fahrlässiger Tötung und wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz vom Landgericht Offenburg zur Hauptverhandlung zugelassen wird, müssen die Eltern sich wegen fahrlässigen Verhaltens vor Gericht verantworten. „Die Eltern werden für den Tod des Schülers mitverantwortlich gemacht, der unerlaubte Waffenbesitz und die unerlaubte Zugriffssicherung könnten zu einer fahrlässigen Tötung geführt haben, die aus unserer Sicht vorhersehbar und vermeidbar gewesen ist“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Offenburg der F.A.Z. Kommt es zu einer Verurteilung der Eltern, könnten sich hieraus auch zivilrechtlich noch Schadenersatzforderungen der Hinterbliebenen ergeben.

Seit April verhandelt eine Jugendkammer unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen den 15 Jahre alten Schüler, ihm wird Mord in Tateinheit mit versuchtem Mord vorgeworfen. Sollte er verurteilt werden, droht ihm eine Jugendstrafe zwischen sechs Monaten und zehn Jahren. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft könnten im Fall des Jugendlichen die Merkmale Heimtücke und Tötung mit gemeingefährlichen Mitteln erfüllt sein; der getötete Mitschüler sei wehrlos gewesen, die Verwendung des Brandsatzes sei gemeingefährlich gewesen. Die Jugendkammer will wahrscheinlich in der nächsten Woche ein Urteil mitteilen. Eine öffentliche Verurteilung ist nicht vorgesehen.

Die schnelle Aufklärung des Falls ist auch einem Vater eines Mitschülers zu verdanken: Der zufällig an der Schule anwesende, aus dem Irak stammende Sabah Ayoub hatte den Täter gestoppt und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten, er war hierfür vom baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobl (CDU) mit dem Landesrettungspreis ausgezeichnet worden. Der Fall hatte über die Region hinaus für Entsetzen gesorgt. Der reguläre Unterricht an der Waldbachschule war für mehrere Tage ausgesetzt worden, Schüler wurden zeitweise von Psychologen betreut.

Kurze Meldungen

Charles III. in der Ferne

König Charles III. und Königin Camilla werden im Oktober Australien und Samoa einen offiziellen Besuch abstatten. Das teilte der Buckingham-Palast in London mit. Bei der Visite in Samoa, einer Inselgruppe östlich von Australien im Südpazifik, handelt es sich um einen offiziellen Staatsbesuch, der „die festen bilateralen Beziehungen“ zwischen beiden Ländern hervorheben solle. Den Anlass der Reise bietet allerdings auch das jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Staaten, welches in diesem Herbst von Samoa ausgerichtet werden wird. In Australien wird der britische König, der auch australisches Staatsoberhaupt ist, den Regierungssitz Canberra und den Bundesstaat New South Wales besuchen. Lt.

Will Smith auf der Bühne

Der amerikanische Schauspieler Will Smith steht beim Jubiläumskonzert des italienischen Ausnahmetenors Andrea Bocelli in der Toskana auf der Bühne. Er erfülle ihm mit Stolz, diesen brillanten Künstler, gefeierten Schauspieler, Produzenten und Musiker zu Gast zu haben, teilte der 65 Jahre alte Bocelli am Wochenende auf seinem Instagram-Konto mit. Der blinde Sänger feiert in dieser Woche sein dreißigjähriges Bühnenjubiläum im Teatro del Silenzio in seinem Heimatort Lajatico. Neben Smith sind weitere Stars angekündigt, unter ihnen Musiker Ed Sheeran, Schauspieler Johnny Depp und Queen-Gitarrist Brian May. Wie das Branchenblatt „Entertainment Weekly“ berichtete, soll die dreitägige Veranstaltung von Sam Wrench gefilmt werden und im Herbst in Kinos gezeigt werden. Der 33 Jahre alte Engländer führte auch bei dem erfolgreichen Taylor-Swift-Konzertfilm „The Eras Tour“ Regie. dpa



Die Ehe schützen

Von Reinhard Müller

Jede Vereinfachung des sogenannten Steuerrechts ist aller Ehren wert. Das derzeitige Dickicht führt dazu, dass selbst Experten sich kaum in der Lage sehen, eine vollständig korrekte Steuererklärung abzugeben. Hinter der alten, neuen Forderung der grünen Bundesfamilienministerin Lisa Paus, das Ehegattensplitting abzuschaffen, steckt aber anderes – und mehr.

Das Splitting, ursprünglich eingeführt zum Schutz der Eheleute und ihrer Freiheit, ihr Leben zu gestalten, ist mittlerweile zum symbolischen Feindbild für die Lebensform der Ehe zwischen Mann und Frau geworden. Dabei wird unterschlagen, dass das Grundgesetz aus gutem Grund Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt. Die Ehe steht für Beständigkeit und Erneuerung. Dass viele Ehen geschieden werden und Ehen kinderlos bleiben, widerspricht dem nicht. Das Gemeinwesen hat wie im Grunde jedes seiner Mitglieder ein natürliches Interesse an seinem Erhalt und an gewissen Bindungen. Hier ist das Institut der Ehe mit seinem Schutz ein Baustein. Die Privilegierung und Entlastung von „Ehe und Familie“, über deren Ausgestaltung man natürlich streiten kann, muss weiter ernst genommen werden – gerade in Zeiten von Orientierungslosigkeit, Belieblichkeit, drohenden Freiheitsbeschränkungen und Belastungen. Hier geht es schlicht um Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Aber offenbar sind die Zeiten vorbei, da das auch Themen der Grünen waren.

Nicht immun

Von Kim Björn Becker

Es gibt unterschiedliche Gründe dafür, dass Kinder zu selten gegen bestimmte Krankheiten geimpft sind, wie die Weltgesundheitsorganisation gerade mit Besorgnis festgestellt hat. Zu den gut nachvollziehbaren Gründen zählt, dass der Zugang zu medizinischer Versorgung in vielen Ländern nicht gut genug ist – sei es, weil Bürgerkrieg und Terrorismus herrschen, sei es, weil Ärzte und Impfstoffe oft schlicht nicht vorhanden sind. Zu den weniger nachvollziehbaren Gründen zählt die seit der Corona-Pandemie deutlich gestiegene Impfskepsis, die gerade in reichen und gut versorgten Regionen der Hauptgrund dafür sein dürfte, dass Eltern ihren Kindern den Schutz vor schweren Erkrankungen vorenthalten.

Sie mögen dies oft mit besten Absichten und dem Recht auf ihrer Seite tun, doch richtig wird die Entscheidung dadurch nicht automatisch. Es kann individuelle Gründe geben, eine empfohlene Schutzimpfung nicht zu geben, darüber wird jeder verantwortungsvolle Kinderarzt mit den Eltern sprechen. Wer jedoch nur ein vages Misstrauen gegenüber Impfstoffherstellern, Praxen oder „dem Gesundheitssystem“ unkritisch höher gewichtet als den durch wissenschaftliche Studien begründeten Rat von Medizinern, trifft meist keine gute Entscheidung. Aufklärung ist der Schlüssel, und Geduld in den Sprechzimmern der Kinderärzte. Es gilt auch hier: Was der Mensch zu verstehen gelernt hat, das fürchtet er nicht mehr.

Elly Schlein eint die Opposition

Das Verfassungsreferendum könnte zum Duell mit Giorgia Meloni werden

Von Matthias Rüb, Rom

Matteo Renzi, das einstige Wunderkind der italienischen Sozialdemokratie, hat sich wieder einmal als Orakel betätigt. Und zwar von London aus, wo der bis heute politisch überaus umtriebige Ministerpräsident der Jahre 2014 bis 2016 soeben eine weitere Tätigkeit aufgenommen hat: als „ständiger Strategieberater“ am Tony Blair Institute. „Meiner Meinung nach hat der Niedergang von Giorgia Meloni bereits begonnen“, ließ Renzi wissen, „und ihr Absturz wird durch innere Spaltungen in ihrer Koalition noch beschleunigt werden.“ Meloni, Parteichefin der rechtskonservativen Brüder Italiens, führt seit Oktober 2022 eine Mitte-rechts-Koalition mit Matteo Salvini von der rechtsnationalen Lega und Antonio Tajani von der christdemokratischen Forza Italia.

Auch zu Elly Schlein, der anderen mächtigen Frau in der italienischen Politik, gab Renzi seine Einschätzung zum Besten. Schlein ist seit März Parteichefin der italienischen Sozialdemokraten – ein Posten, in dem Renzi von 2013 bis 2018 zunächst glänzte und später verblasste, ehe er die Partei 2019 schließlich verließ und seine eigene liberale Kleinpartei gründete. Renzi lobte Oppositionsführerin Schlein in den höchsten Tönen, obschon der wirtschaftsfreundlichen Pragmatiker und die klassenkämpferische Ideologin weltanschaulich Welten trennen. Schleins Botschaft, auf der Linken ein breites Bündnis schmieden zu wollen, bezeichnete Renzi als „erfolgreiche und einigende Formel“. Denn eine vereinte Linke sei in der Lage, den Niedergang Melonis noch zu beschleunigen. Ob Schleins Bemühungen um eine informelle Allianz mit der links-populistischen Fünf-Sterne-Bewegung, mit dem Listenbündnis von Grünen und Linken sowie auch mit „Rechtsabweichlern“ wie Renzi und dem früheren Wirtschaftsminister Carlo Calenda nachhaltig Früchte tragen werden, steht dahin. Immerhin schließt Schlein, anders als Enrico Letta, ihr unmittelbarer Amtsvorgänger als Parteichef, das Zusammengehen mit dieser oder jener Partei rechts oder links der Sozialdemokraten nicht von vornher-

rein aus. Unter Schlein stehen die Türen für alle offen, die unter einem gemeinsamen Dach gegen die regierende Rechte antreten wollen.

Obschon Schlein zum linken Flügel der Sozialdemokraten gehört und sich deutlich von Volksparteichefs der Mitte wie Renzi (oder Tony Blair oder Gerhard Schröder) unterscheidet, hat sie seit ihrer überraschenden Wahl an die Parteispitze vor knapp anderthalb Jahren ihre politischen Ansichten hinter pragmatische Erfolgsaussichten zurückgestellt. Bei der Auswahl von Kandidaten für Regional- und Kommunalwahlen hat sie meist eine glückliche Hand bewiesen. Das ordentliche Abschneiden der Sozialdemokraten bei den Europawahlen – mit 24,1 Prozent der Stimmen und 4,7 Prozentpunkten Rückstand auf Wahlsiegerin Meloni – dürfte Schlein auch als persönlichen Er-

folg verbuchen. Ihre Position als Parteiführerin ist vorerst unangefochten. In jüngsten Umfragen liegen die Sozialdemokraten stabil bei 24 Prozent, während Melonis Brüder Italiens als stärkste politische Kraft bei 29 Prozent verharren. Kumuliert kommt das rechte Regierungslager auf den gleichen Stimmenanteil von etwa 48 Prozent wie die Oppositionsparteien links der Mitte. Bei den im Herbst anstehenden Regionalwahlen in Umbrien und zumal in der Emilia-Romagna – Schleins politischer Heimatregion – können die Sozialdemokraten mit zwei weiteren Siegen rechnen. Das würde Schleins Position als Parteichefin und als Oppositionsführerin weiter festigen.

Den internen Machtkampf auf der Linken um den informellen Titel des Oppositionsführers hat Schlein klar gegen Fünf-Sterne-Chef Giuseppe Conte ge-

wonnen. Die Fünf-Sterne-Bewegung verliert im ganzen Land weiter an Unterstützung, selbst in ihren Hochburgen im Süden des Landes wurden sie vielerorts von den Sozialdemokraten überflügelt.

Auch auf der politischen Bühne in der Hauptstadt hat Schleins Stimme auf Seiten der Opposition das größte Gewicht. Beim Streit über die von der Regierung angestoßene Verfassungsreform, die vor allem eine künftige Direktwahl des Regierungschefs sowie eine Schwächung der Position des Staatspräsidenten vorsieht, folgten alle Kräfte der Linken dem Aufruf Schleins zu einer Demonstration. „Dies ist ein entscheidender Schritt in der italienischen und europäischen Geschichte. Seien wir bereit, geeint und geschlossen“, rief Schlein die bei diesem Anlass schon einmal geeinten Anhänger der Opposition auf. Die Linke warnt, dass ein italienischer Regierungschef mit einer sehr starken Position den systemisch-politischen Konsens der Republik Italien faktisch aufkündigen würde. Die Rechte sieht in der Reform ein Heilmittel gegen die notorische politische Instabilität im Land: Seit Ende des Zweiten Weltkriegs gab es in Rom fast 70 Regierungen, die im Durchschnitt gerade einmal 18 Monate hielten.

Zu einem veritablen politischen Duell zwischen Meloni und Schlein wird es kommen, wenn das Volk in einem Referendum über die Verfassungsreform der Mitte-rechts-Koalition befinden muss – mutmaßlich im nächsten Frühjahr. Zwar hat Meloni schon wissen lassen, sie werde nicht von ihrem Regierungssamt zurücktreten, sollte die Reform bei der Volksabstimmung durchfallen – anders als Matteo Renzi, der nach der Ablehnung seiner eigenen Verfassungsreform durch das Volk im Dezember 2016 demissioniert hatte. Auch zu diesem Thema hatte Matteo Renzi naturgemäß etwas zu sagen: „Rat an Meloni zum Referendum von einem Experten auf diesem Gebiet: Wer ein Verfassungsreferendum verliert, muss nach Hause gehen. In jedem Fall.“ Anschließend wäre der Weg dann frei für Neuwahlen, bei welchen Elly Schlein eine realistische Siegchance hätte.



Neue Stärke: Elly Schlein spricht zu Demonstranten am 18. Juni.

Foto AFP



Kimberly CHEATLE

Bidens Bewacherin

Nach dem Attentat auf Donald Trump wurde Kimberly Cheatle in den „Situation Room“ des Weißen Hauses zugeschaltet, wo sich Präsident Joe Biden unterrichten ließ. Es mag der unangenehmste Termin für die 51 Jahre alte Frau aus Illinois gewesen sein, seit sie vor knapp zwei Jahren die Leitung des Secret Service übernahm. Dessen Aufgabe ist der Schutz von amtierenden, ehemaligen und künftigen Präsidenten sowie Vizepräsidenten samt ihrer Familien. Nicht nur in Trumps Umfeld wird gefragt, wie es dem Täter in Butler gelingen konnte, von einem Dach auf den Republikaner zu schießen.

Allerdings hatte Cheatle einen Vorteil: Sie kennt den Präsidenten bestens. Denn sie zählte selbst zu Bidens Personenschützern, als der von 2009 bis 2017 Vizepräsident war; schon seinen republikanischen Vorgänger Dick Cheney hatte sie bewacht. Dabei entsteht Nähe. Seine Frau Jill und er hätten gelernt, so Biden bei Cheatles Ernennung zum Chef aller 7800 „Special Agents“ der Behörde, „ihrem Urteil und ihrem Rat zu vertrauen“. Sie sei eindeutig die Beste. Biden hatte durch die Ernennung der zweiten Frau an der Spitze des Dienstes einen Neuanfang symbolisieren wollen. Eine Affäre um gelöschte Textnachrichten von Agenten, die während des trumpistischen Umsturzversuchs am 6. Januar 2021 im Dienst waren, hatte den Secret Service zuvor in Verruf gebracht – nicht zum ersten Mal.

Cheatle hat Soziologie studiert. Dass sie sich gleich beim Secret Service bewahrt, führt sie auf ihren älteren Bruder zurück, der als Polizeianwärter bei einem Autounfall ums Leben gekommen war. Zunächst wurde sie Ermittlerin gegen Bankbetrug. Schon während der Terroranschläge vom 11. September 2001 aber war sie im Weißen Haus eingesetzt und musste helfen, Cheney in einen Bunker zu bringen.

Nach ihrer Zeit an Bidens Seite wurde sie Leiterin der Personenschutz-Abteilung – und forderte den Nachbau eines Weißen Hauses zum Üben für die Agenten. Daraus wurde nichts, und Cheatle verließ den Staatsdienst, um bei PepsiCo für Sicherheit zu sorgen. Dann aber – sie saß gerade mit ihren Eltern in einem Diner – kam Bidens Anruf, ob sie als Direktorin zurückkäme. Sie bejahte.

Der Präsident wird ihr allerdings nicht helfen können, wenn kommende Woche ein noch unangenehmerer Termin auf Cheatles Terminplan steht: eine Anhörung im Repräsentantenhaus am 22. Juli. Dann werden vor allem Republikaner von ihr wissen wollen, warum Trump nicht besser geschützt war. Das „vollständige Vertrauen“, das Biden seiner früheren Beschützerin aussprach, wird es ihr dort eher schwerer als leichter machen.

ANDREAS ROSS

Putins und Trumps gemeinsame Feinde

Moskau wirft Washington vor, das Attentat „provoziert“ zu haben / Von Friedrich Schmidt

Moskau nutzt das Attentat auf Donald Trump, um das negative Bild der Demokratie, insbesondere der amerikanischen, zu verstärken und so zugleich Präsidenten Wladimir Putins Herrschaft zu idealisieren. Putins Sprecher Dmitri Peskow sagte am Sonntag zu dem Anschlag in Pennsylvania, Russland verurteile „alle Erscheinungen von Gewalt im Zuge des politischen Kampfes entschieden“ und habe dies immer getan. Zwar widerspricht diese Aussage vielen Episoden auch der jüngeren, von Putin dominierten russischen Vergangenheit, doch ging es Peskow darum, eine Verbindung zum geopolitischen Ringen mit Washington zu ziehen, in dem der Gegner für alles Schlechte steht. Das amerikanische politische System habe „der ganzen Welt wiederholt ein Beispiel für Gewalt im Zuge des politischen Kampfes gegeben“, sagte Peskow und wiederholte russische Klagen über die Gegner. Die amerikanische Regierung bevorzuge es, „alle Fragen aus einer Position der Stärke heraus zu lösen“, und suche niemals „Kompromisse“.

In Wirklichkeit hatte Präsident Joe Biden zum Beispiel als Reaktion auf den Forderungskatalog, den Moskau im Dezember 2021 vor dem Hintergrund des russischen Truppenaufmarschs an den Grenzen zur Ukraine sowie auf der besetzten Halbinsel Krim unterbreitete, durchaus vorgeschlagen, etwa über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen zu sprechen. Doch war Putin schon damals nicht bereit, von seinen Maximalpositionen abzurücken, die darauf hinauslaufen, eine Moskauer Einflusszone in Mittel- und Osteuropa wie-

derherzustellen. Weiter baut Putin darauf, dass im Abnutzungsring mit der Ukraine und einem „kollektiven Westen“ die Zeit für ihn spielt. In diesem Sinne suggerierte Peskow eine Verbindung zwischen amerikanischer Außenpolitik und dem Attentat auf Trump. „Jetzt hat sich die Gewalt im Grunde genommen ins Innere des Landes verlagert“, sagte er.

Putin behauptet, es sei ihm „im Großen und Ganzen egal“, wer in Washington regiere.

Für Putin wären eine Abkehr der Vereinigten Staaten von ihren Verbündeten und eine isolationistische Außenpolitik, wie sie viele für den Fall einer neuerlichen Wahl Trumps skizzieren, von Vorteil. Schon seit Monaten weist der Kreml regelmäßige Berichte zurück, nach denen es schon jetzt Kontakte zwischen Trump und Putin gebe. Nachdem Trump behauptet hatte, dass er den seit einviertel Jahren in Russland unter Spionagevorwürfen festgehaltenen amerikanischen Journalisten Evan Gershkovich freibeiheben werde, sagte Peskow, Putin habe „natürlich keinerlei Kontakte“ zu Trump, derlei Gespräche liefen am besten im Verborgenen. Jüngst wies Peskow zurück, dass Putin und Trump schon über eine Friedenslösung für die Ukraine sprächen. Putin selbst hat Biden wiederholt als den im Vergleich zu Trump „kalkulierbare-

ren“ Politiker bezeichnet. So Anfang Juni, als Putin hinzufügte, es sei „uns im Großen und Ganzen egal“, wer die amerikanischen Präsidentenwahlen im November gewinne, denn wesentliche Änderungen in der Washingtoner Politik seien nicht zu erwarten. Auf die Frage, ob sich die amerikanische Ukrainepolitik nach einem Wahlsieg Trumps ändern würde, sagte Putin, das sei „schwer zu sagen“. Anfang Juli äußerte Putin, „die Tatsache, dass Herr Trump als Präsidentschaftskandidat sagt, er sei bereit und willens, den Krieg in der Ukraine zu beenden, nehmen wir sehr ernst“, indes sei „die Schlüsselfrage“, was Trump konkret vorschlage.

In Moskaus Sinne ist es bereits vorzugswürdig, wenn Vorschläge aus Washington kommen, ohne dass die Ukraine, deren praktische Vernichtung man anstrebt, einbezogen wird. Allerdings ist Trump auch für Russland schwer zu fassen. Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 schürte Moskau Macht- und Medienapparat vor dem heimischen Publikum Hoffnung auf einen Sieg des vermeintlich aussichtslosen Kandidaten der Republikaner und wirkte überrascht, als dieser dann die in Moskau verhasste Hillary Clinton besiegte. Doch als Präsident traf Trump auch Entscheidungen, die nicht nach Putins Geschmack waren, erlaubte etwa, anders als sein Vorgänger Barack Obama, der Ukraine auch „tödliche Waffen“ wie Javelin-Panzerabwehrwaffen zu verkaufen.

Geht es allerdings darum, Amerikaner Wahlen, Justiz und Medien in Verruf zu bringen, ist schon seit jener Zeit ein Paar-

lauf Putins mit Trump zu beobachten, der bis in eine gemeinsame Rhetorik geht.

Dem eigenen Publikum erklärte Putins Macht- und Medienapparat den Umstand, dass sich die von Moskau mit Blick auf eine Präsidentschaft Trumps geschürten Hoffnungen auf einen „großen Deal“ nicht realisierten, mit Winkelzügen eines amerikanischen „Establishments“ und „tiefen Staats“. Als die beiden Präsidenten vor sechs Jahren in der finnischen Hauptstadt Helsinki aufeinandertrafen, schenkte der Amerikaner dem Moskauer Herrscher an dessen Seite öffentlich mehr Glauben als seinen eigenen Geheimdiensten, was die russische Einmischung in den Wahlkampf 2016 betraf. In dieser Tradition steht, dass Moskau wie Trump dessen Probleme mit der amerikanischen Justiz durchgehend als politische Abrechnung bezeichnet. Es auch ist kein Zufall, dass Putin, der in Russland dauerhaft akkreditierten Korrespondenten keine Interviews gibt, im vergangenen Frühjahr just dem angezeigten Trump-Anhänger Tucker Carlson ein Gespräch gewährt hat. Biden, hieß es nun in den sonntagabendlichen „Nachrichten der Woche“ im russischen Staatsfernsehen, habe Trump verteuft, als russischen Spion dargestellt und Prozesse gegen den Rivalen inszeniert. Dieses Putin und Trump gemeinsame Negativbild der amerikanischen Regierung schwingt mit, wenn Peskow nach dem Attentat Bidens „Administration“ vorgeworfen hat, sie habe eine „Atmosphäre um den Kandidaten Trump geschaffen, die das provoziert hat, womit Amerika heute konfrontiert ist“.



Jetzt Sommerangebot sichern

Starten Sie Ihre neue Wochenendtradition.

6 Ausgaben der Sonntagszeitung für nur 6 Euro.

Lassen Sie sich inspirieren und erfrischen Sie Ihren Geist in den schönsten Wochen des Jahres mit vielfältigen Themen von Politik und Wirtschaft bis Leben und Reisen.

Bis 31.8.24 bestellen: (069) 75 91-33 59 [faz.net/angebot-sommer](https://www.faz.net/angebot-sommer)

Für sie ist er ein Erwählter

Beim Attentat auf Donald Trump sehen christliche Nationalisten die Vorsehung walten.

Von Frauke Steffens, New York

In Amerika dürfe man politische Konflikte niemals mit Gewalt lösen, sondern nur an der Wahlurne: Präsident Joe Biden ließ am Sonntagabend in einer Rede an die Nation erneut keinen Zweifel daran, dass der Mordversuch an seinem Vorgänger Donald Trump, der einen Zuschauer das Leben kostete, zu verurteilen ist. Kein Demokrat, vom New Yorker Trump-Ankläger Alvin Bragg bis zum Senats-Mehrheitsführer Chuck Schumer, hatte sich mit entsprechenden Erklärungen nach der Tat lange Zeit gelassen. Bei vielen Republikanern stießen sie dennoch auf taube Ohren. Denn für sie steht fest: Schuld an dem Anschlag in Butler, Pennsylvania, zu dessen Motiv es noch viele Fragen gibt, sind die Demokraten. Man solle für Amerika beten, schrieb nach der Tat etwa die rechtsnationalistische Abgeordnete Marjorie Taylor Greene, die selbst für besonders aufwieglerische Rhetorik bekannt ist. Die Linke wolle einen Bürgerkrieg.

Jede politische Kritik werde nun von den MAGA („Make America Great Again“-Anhängern umgemünzt in eine vermeintliche Vorstufe der Gewalt, deren Opfer Trump wurde – ein „Orwell-sches“ Szenario, so Edward Luce von der „Financial Times“. Damit hat sich die Wahlkampfsituation ohne Zweifel verändert – nur in welche Richtung und mit welchen strategischen Konsequenzen für die Demokraten, ist noch offen. Viele Kommentatoren warteten dennoch nicht lange, um wie der Historiker Timothy Garton Ash beim Anblick des Verletzten, die Faust reckenden Trump zu verkünden: „Dieses Bild könnte die Geschichte der Welt verändern.“

Auch Politiker stritten über die Bedeutung der Tat. Die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez etwa ärgerte sich über den Bericht des Nachrichtendienstes Axios, wonach ein freilich anonym Fraktionskollege gesagt haben soll, man habe sich bereits mit einer zweiten Trump-Präsidentschaft abgefunden. Wenn dies stimme, solle der Politiker sich besser zur Ruhe setzen und Platz machen für solche, „die sich nicht mit „Faschismus abfinden“, so Ocasio-Cortez. Steve Schmidt, ehemaliger Republikaner und 2019 Mitgründer des „Lincoln Project“ gegen Trumps Wiederwahl, schrieb, die Konsequenzen des Anschlags würden sich als „immens“ erweisen und Trump nützen. Der ehemalige Präsident habe auf den Angriff reagiert wie einst Teddy Roosevelt, der 1912 mit einer Kugel in der Brust eine Wahlkampfreude zu Ende gehalten hatte.

Solcher Glorifizierung von unerwarteter Seite widersprachen viele Kommentatoren und warnten davor, die Abstimmung im November vorzeitig für entschieden zu erklären. Keiner wisse, wie der Mordversuch sich auf die Wahl auswirken werde, schrieb etwa Philip Gourevitch vom Magazin „New Yorker“. Dass der Anschlag oder sein Nachspiel Menschen zu Trump-Wählern machen werden, die sonst nicht zur Wahl gingen oder unentschieden sind, kann zumindest infrage gestellt werden.

Gott hat die Republik gerettet

Kaum überschätzen lässt sich aber die Mobilisierungswirkung auf die Kernwählerschaft des 78-Jährigen. Kein Kandidat oder Präsident, auf den ein Attentat verübt wurde, ist zudem so von seinen Unterstützern mit einer göttlichen Mission in Verbindung gebracht worden, die ihn vor dem Tod geschützt habe, wie Trump. Nach dem Anschlag wurde wieder einmal deutlich, wie viele seiner Anhänger den ehemaligen Präsidenten so sehen.

Der republikanische New Yorker Kongressabgeordnete Brandon Williams drückte die Gefühle vieler Trump-Wähler aus, als er auf der Plattform X schrieb, Gott habe mit dem Überleben Trumps „die Republik gerettet“. Das Foto von Trump, wie er verletzt die Faust in die Höhe reckte, zeige einen „Moment extremer moralischer Klarheit – das widerständige Aufstehen gegen extremen Hass“. Das Narrativ vom Überleben Trumps als Rettung der Nation verbreitete sich besonders in christlich-nationalistischen Kanälen schnell. Wissenschaftler, die die verschiedenen Strömungen des weißen christlichen Na-

tionalismus beobachten, sahen auch Versuche, Trumps Überleben als göttliche Vorsehung zu deuten. Der Religionswissenschaftler Matthew D. Taylor, der vor allem zu Bewegungen des sogenannten charismatischen Christentums forschet, sagt gegenüber dieser Zeitung: Es habe bereits vorher viele selbst ernannte Propheten gegeben, die vermeintliche Weissagungen über Trump verbreitet hätten. Diese Gruppen hätten auch bei der Mobilisierung für den Angriff auf das Kapitol am 6. Januar und bei den Unruhen selbst eine wesentliche Rolle gespielt: „Unter ihnen ist der Glaube weit verbreitet, dass Donald Trump von Gott für eine spezielle Sendung vorgesehen ist und deswegen von diesem in seine Rolle gehoben wurde.“

Der Mordversuch von Butler verstärkte dieses Narrativ, so Taylor – gerade auch weil es Menschen gebe, die sich „Propheten“ nennen und die solche Gewalttaten vorhergesagt haben wollen, zum Beispiel auf der unübersichtlich großen Zahl einschlägiger YouTube- und Fernsehkanäle. Viele würden Trump von nun an noch stärker als zuvor als Erfüller oder auch nur als Werkzeug einer göttlichen Mission betrachten, und das unabhängig davon, was über die politische Richtung oder sonstige Motivation des mutmaßlichen Täters ermittelt wird.

Heiliger Kampf gegen Dämonen

„Wir sehen bereits jetzt viele Leute, die glauben, dass Trump durch die Kraft des Gebets gerettet wurde, dadurch, dass sie wissen, wie man richtig betet. Das wird definitiv dazu führen, dass die Leute sich noch enthusiastischer um ihn und diese Weissagungen von seiner Bestimmung scharen“, sagt Taylor. Er sieht darin auch eine Gefahr, weil sich auch Gewalt mit diesen Vorstellungen leichter rechtfertigen lasse. Der politische Gegner werde schließlich mit „Dämonen“ in Verbindung gebracht, gegen die in einen heiligen Kampf zu ziehen für viele Menschen denkbar sei. Bei den rechten sogenannten Milizen sei zu beobachten, wie ihre Sprache immer „spiritueller“ werde, so Taylor.

Er forscht zu einer Bewegung, die sich „New Apostolic Reformation“ (NAR, Neue Apostolische Reformation) nennt, für einen christlichen Gottesstaat kämpft und über Verbindungen zu rechten Politikern verfügt. Vertreter der NAR machen Lobbyarbeit in Washington, manche Beobachter bringen sie auch mit den Forderungen des von der „Heritage Foundation“ veröffentlichten „Project 2025“ für den nächsten republikanischen Präsidenten in Verbindung. In diesen Kreisen, zu denen auch Trumps ehemaliger Sicherheitsberater Mike Flynn und Mississippi Gouverneur Tate Reeves Kontakt haben sollen, erfreuen sich die „Prophezeiungen“ über Trump großer Beliebtheit.

Trump selbst zeigte schon oft, dass er die Sprache der weißen christlichen Nationalisten versteht und sprechen kann – unabhängig davon, ob er glaubt, was sie glauben. In seinem Netzwerk „Truth Social“ schrieb er, Gott allein habe das Undenkbare verhindert, und: „Wir werden uns NICHT FÜRCHTEN, sondern widerstandsfähig in unserem Glauben und widerständig im Angesicht des Bösen bleiben.“ Der sehr religiöse Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, teilte und überschrieb die Aussage bei X mit „Amen“. Nicht nur online, sondern auch in ihren Kirchen verbreiteten Christen verschiedener Strömungen und Konfessionen am Sonntag die Botschaft, dass Trump unter besonderem Schutz gestanden habe.

Das Magazin „Politico“ berichtete etwa über Jack Hibbs, der einer kalifornischen „Megachurch“ von mehr als 10.000 Menschen vorsteht. Hibbs habe im Gottesdienst einen Talar aus kolonialen Zeiten getragen, der sonst an einem Haken hänge, daneben eine Plakette mit der Aufschrift: „Benutzen im Falle von TYRANNEI.“ In seiner Predigt sagte der Pastor, Trump sei geschützt worden, weil er so ein guter Freund Israels sei. Amerikanische Christen vieler Konfessionen glauben, dass der jüdische Staat der beste Sachwalter für das Heilige Land sei, bis der Messias komme. Ähnlich wie Hibbs wollte Pastor Jentezen Franklin aus Georgia Trumps Überleben verstehen. „Politico“ zitierte ihn mit den an Gott gerichteten Worten: „Du hast sein Leben bewahrt, und du bewahrst nichts, für das du keinen Plan hast.“ Taylor sieht den Glauben daran nicht als Nischenscheinung innerhalb des amerikanischen Christentums an; auch prominente Republikaner bekräftigen ihn.

Schon vor dem Anschlag am Wochenende war klar, dass christliche Nationalisten Trump als ihren Kandidaten ansehen – ob nun als ersehnten Anführer oder nur als Mittel zum Zweck. Die Frage, ob die Tat und ihre Folgen Trumps Chancen auf die Präsidentschaft erhöhen, ist dennoch offen, auch wenn viele an dem Narrativ stricken, die Wahl in vier Monaten sei längst entschieden.



Louise Bourgeois' Stoffkopf neben einer antiken Büste in der „Sala degli Imperatori“

Foto A.Osio/The Easton Foundation/VG Bild-Kunst, Bonn 2024

Hermaphrodit trifft Spinne

Duo: Louise Bourgeois in der Galleria Borghese / Von Anne Reimers, Rom

Die Blätter, die aus ihren Fingern und Haaren herauschießen, meint man rascheln zu hören. Die Baumrinde, die sich um ihre Beine nach oben windet, knackt im Ohr des Betrachters. Gian Lorenzo Berninis Marmorskulptur der Daphne, die jährlich von Zehntausenden von Besuchern der Galleria Borghese in Rom bewundert wird, fängt den dramatischen Moment ein, in dem die Quellnymphe aus der griechischen Mythologie sich in einen Lorbeerbaum verwandelt, und zwar genau in dem Moment, als der von einem vergoldeten Pfeil des Eros getroffene, in wahnsinniger Liebe zu ihr entbrannte Gott Apollon sie einfängt.

Berninis zwischen 1622 und 1625 geschaffenes Meisterwerk des italienischen Barocks dominiert, überlebensgroß und durch ein Podest erhöht, die Mitte der „Sala di Apollo e Daphne“. Wer sich vom Anblick der verzweifelt ihren Vater, den Flussgott Peneios, um Hilfe anrufenden Daphne losreißen kann, entdeckt in einer Ecke des Saals die kaum 68 Zentimeter große Marmorskulptur eines jungen Mädchens, die eine andere, autonom vor sich gehende Transformation durchläuft: Ihre obere Körperhälfte, über stramm gestreckten nackten Beinen, bildet ein empor-schießender Schaft eng anliegender Blütenblätter. „Topiary“ ist eine Skulptur der 2010 verstorbenen französisch-amerikanischen Bildhauerin Louise Bourgeois. Ihre phallisch anmutende Form verarbeitet das Thema der Verwandlung so überzeugend, dass die kleine Figur, in die man auch die Entwicklung vom Mädchen zur Frau hineinlesen kann, trotz ihrer kompositorischen Strenge vor Leben zu pulsieren scheint, sodass die bis ins Äußerste dramatisierte Szene Berninis etwas Eingefrorenes bekommt. Doch verwandelt sich hier ein Mädchen in eine blühende Pflanze, oder verhält es sich umgekehrt?

Die nun eröffnete Sonderausstellung der Galleria Borghese, untergebracht in der im frühen siebzehnten Jahrhundert für den Kardinal Scipione Borghese gebauten Sommerresidenz im schattigen Park seiner Villa, ist die Fortsetzung einer Serie, in der zeitgenössische Kunst mit der historischen Sammlung in Dialog gebracht wird. Sie ist zum ersten Mal einer Künstlerin gewidmet und die bisher gelungenste Schau. Unter dem Titel „Louise Bourgeois: Unconscious Memories“ wurden vierundzwanzig Werke, die sich mit den Themen Metamorphose und Erinnerung sowie verschiedenen emotionalen Zuständen beschäftigen, so ausgewählt und platziert, dass sich dem Betrachter die Bezüge zu den sie umgebenden Kunstwerken intuitiv offenbaren. Ausstellungstexte helfen bei der Interpre-

tation. Die von Cloé Perrone kuratierte Ausstellung wirkt dadurch überzeugender als vorausgehende Gastvorstellungen mit Gemälden von Francis Bacon und Lucio Fontana oder Skulpturen von Picasso und Damien Hirst.

Bourgeois, geboren 1911 in Paris, schuf 1967 ihre ersten Werke aus Marmor, nach einem Aufenthalt in Italien, wo sie bis 1972 und dann wieder von 1981 bis 1991 in verschiedenen Ateliers in Pietrasanta und Carrara arbeitete. Aus diesem Material ist jedoch nur ein Teil der Exponate. In der „Sala degli Imperatori“ etwa sind neben achtzehn Steinbüsten von zwölf verschiedenen Cäsaren sechs von Bourgeois aus zusammengefügten Stoffetzen geschaffene Köpfe ausgestellt. Hier unterwandert Bourgeois' künstlerische Strategie von Zerstörung und Wiederaufbau, zusammen mit der Ambiguität des emotionalen Ausdrucks, den Ewigkeitsanspruch der stoischen Gesichter der Imperatoren.

Aus Bronze wurde ihre hängende Plastik „Janus Fleuri“, entstanden 1968, gegossen. Es ist eins ihrer bekannteren Werke (neben der obligatorischen großen Spinnenskulptur im Garten des Museums), dessen Titel auf den doppelgesichtigen römischen Gott des Anfangs und des Endes verweist. Betrachter sehen hier oft eine Verschmelzung von weiblichen und männlichen Geschlechtsorganen, Bourgeois selbst wollte sich jedoch nicht festlegen: Es sei eine „Anspielung auf die Polarität, die wir verkörpern“. „Janus Fleuri“ ist in der „Sala dell'Ermafrodito“ neben der auf einer marmornen Matratze liegenden antiken Skulptur, die dem Saal ihren Namen gibt installiert, was die genannte Lesart gewissermaßen festschreibt. Es ist Bourgeois' Gastspiel, das nun vom Besucher die direktere Konfrontation mit Intergeschlechtlichkeit fordert, denn die antike nackte Figur ist permanent mit dem Rücken zum Raum installiert.

Zwei Säle werden von großen Installationen mit Metallkäfigen aus Bourgeois' „Cell“-Serie, die sie 1991 begann, eingenommen. Mit dem Übergang vom Leben zum Tod beschäftigt sich eine ihrer letzten großen „Zellen“, die in der Mitte der großen Eingangshalle installiert ist: „Cell (The Last Climb)“, ein runder Käfig mit einer Eisentreppe, über die man ihm entgegensteigen kann, entstand 2008. Die Treppe benutzte Bourgeois selbst über Jahrzehnte, denn sie befand sich in ihrem Studio in einer alten Kleiderfabrik in Brooklyn, die 2005 demoliert wurde.

Zwölf im Kreis angeordnete Garnspulen, deren Fäden mithilfe von Nadeln in einer Stoffspindel zusammenlaufen, verweisen auf die vergehende Lebenszeit.

Tiefblaue schwebende Glaskugeln scheinen um die Treppe herum den Weg nach oben anzuzeigen. Was diese Installation in der Galleria Borghese zu einem besonderen Erlebnis macht, ist das im achtzehnten Jahrhundert von Mariano Rossi geschaffene Deckengemälde eines himmlischen Gewölbes, in das der „letzte Aufstieg“ hinaufführt. Dort empfängt Jupiter, auf Wolken schwebend und von göttlichen Strahlen umgeben, den zu ihm aufsteigenden Romulus als Repräsentant der römischen Kultur auf dem Olymp. Der Geist von Louise Bourgeois scheint ihm nachzufolgen.

In der „Sala della Paolina“ entdeckt man eine Skulptur, die überkreuzte Waden und Füße darstellt. Die verkrampte Anspannung der von Bourgeois geschaffenen „Jambes enlacées“ findet ihren Widerhall in den gespreizten Zehen von „Pauline Borghese als Venus Victrix“ von Antonio Canovas berühmter, 1808 vollendeter Skulptur aus weißem Marmor. Bei Bourgeois stand ihr Assistent Jerry Gorovoy Model, der in den letzten dreißig Jahren ihres Lebens zum engsten Vertrauten wurde. Es sind auch seine Hände, die in einer weiteren, unbetitelten Skulptur die ihren schützend halten. Ein kleines, auf seinem Arm platziertes Haus symbolisiert das Gefühl von Zuhause und Schutz, das er ihr vermittelte. Cloé Perrone platzierte diese Arbeit aus rosafarbenem portugiesischen Marmor, der ihr etwas lebendig Pulsierendes verleiht, gegenüber Berninis Skulptur des Aeneas, der seinen Vater Anchises aus dem brennenden Troja trägt, um an einem anderen Ort ein neues, sicheres Heim aufzubauen.

Auch wenn die Ausstellungstexte den Einfluss der italienischen Kunst, und speziell ihres Besuchs der Galleria Borghese, auf das Werk von Bourgeois ein wenig überbetonen: Italien steht in diesem Sommer ganz in ihrem Zeichen. Zeitgleich eröffneten Bourgeois-Ausstellungen in Florenz im Museo Novecento und im Museo degli Innocenti sowie in einer kommerziellen Galerie in Neapel. Schade ist bei der Schau in Rom nur, dass das (soweit bekannt) erste jemals von einer Frau angefertigte große Aktgemälde „Minerva kleidet sich an“ aus dem Jahr 1613 von Lavinia Fontana – von Scipione Borghese persönlich in Auftrag gegeben – wegen der Renovierungsarbeiten im oberen Stockwerk zu Gast im Palazzo Barberini ist. Was hätten diese beiden Künstlerinnen sich durch ihr Werk zu sagen gehabt?

Louise Bourgeois. Unconscious Memories. Galleria Borghese, Rom; bis 15. September. Kein Katalog.



Ev'ge Räume

Von Simon Strauß

Offenes Atelierwochenende in Worspswe. Vierzig Künstler öffnen ihre Arbeitsräume. Durch den Ort rollen die Reisebusse, den Gehweg säumen Seniorenresidenzen und Geschäfte für Hörgeräte. Wo ist nur Rilke? Auf dem Schwarzen Brett wird ein Konzert mit Paul Potts angekündigt. Wer war das noch mal? Ah ja: dieser britische Handyverkäufer, der 2007 bei einer Castingshow mit Puccinis „Nessun dorma“ auftrat und damit binnen Sekunden berühmt wurde – nicht seiner Stimme, sondern eines Gesichts wegen, auf dem sich die Härte des Lebens so spiegeln schien. In der inoffiziellen Worspsweder Hymne, dem von Brahms vertonten Allmers-Gedicht „Ich liege still im hohen grünen Gras“, heißt es an einer Stelle: „Mir ist, als ob ich längst gestorben bin, und ziehe selig mit durch ev'ge Räume“ – die Zeile könnte man sich auch gut von Paul Potts vorgetragen vorstellen. Sie passt auch zum Worspsweder Durchschnittsbesucher, der mit seinem Elektrofahrrad leicht wackelig über die Bergstraße manövriert. Wird das legendäre Worspswe gerade zur Pensionopolis? Nur auf den ersten Blick. Auf den zweiten gibt es Kräfte, die sich der Musealisierung entgegenstemmen. Ihre Zentrale ist das „Haus 6“ an der Findorffstraße – benannt nach jenem „Moorkolonisator“, der im 18. Jahrhundert die Besiedelung der Region vorantrieb. Eine Besiedelung eigener Art unternahm ein siebenköpfiges Künstlerkollektiv in den vergangenen Jahren. Mit vereinten Kräften hat man ein altes Straßenhaus erhalten und mehrere Atelierräume geschaffen. Geheizt wird mit Holzöfen, getrunken unten in der kollektiv bewirtschafteten Bar – ist das die Entsprechung zu dem, was um die Jahrhundertwende das Künstlerzimmer im „Ristorante Da Angelo“ war, in dem sich Heinrich Vogeler und Paula Modersohn-Becker trafen? Jedenfalls trifft sich hier heute die junge Worspsweder Künstlerszene. Man spricht über Ausstellungsmöglichkeiten und Stipendien, aber auch über die schwierigen Zustände in den Kitis. Das Künstlerleben in der Provinz ist nicht nur idyllisch – und doch findet man hier leichter Atelierräume als in Berlin. Anna Heydel, visuelle Künstlerin und „Haus 6“-Mitglied, steht auf ihrer kleinen Terrasse vor verwilderten Garten und spricht von der sie inspirierenden „Weite“ der hiesigen Natur. Beim „Offenen Atelierwochenende“ macht sie nicht mit, weil sie es unverständlich findet, dass Künstler dafür bezahlen müssen, Teil des Programms zu sein. Auch Franziska Hofmann hält die Türen ihres Ateliers geschlossen. Die Chemnitz-Malerin gehört zu einer Gruppe, die eine Produzentengalerie betreibt. Ob sie damit der alten Worspsweder Kollektividee entspreche? Hofmann wiegelt ab, nur nicht zu viel Mythos. Das Leben an diesem Ort, der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts so bekannt ist, als wäre hier eine entscheidende Schlacht geschlagen worden, hat an paradigmatischer Kraft verloren. Vor einigen Wochen ist mit Uwe Häfler einer der letzten altvorderen Worspsweder Maler gestorben. Die Frage, was dieser Ort in Zukunft sein will, wenn nicht nur Museum, wird sich bald stellen. Jene „versunkene Glockenstimmung“, die Paula Modersohn-Becker bei ihrem ersten Besuch hier empfand, spürt man auch heute.

Morgen

Natur und Wissenschaft
Gezielter Sport hilft Krebspatienten, ihrem Leiden zu entfliehen

Geisteswissenschaften
Carl Zuckmayers Entwurf zu einem Theaterstück über den 20. Juli

Dresdens nächster Personalwechsel

Nach Marion Ackermann, der Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, übernimmt auch die Chefin der Ethnographischen Sammlungen Léontine Meijer-van Mensch einen neuen Posten. Die Direktorin der Völkerkundemuseen in Leipzig, Dresden und Herrnhut geht nach sechs Jahren im Herbst als Gründungsdirektorin des neuen Stadtmuseums nach Rotterdam. F.A.Z.



Einer der letzten Vorposten des römischen Katholizismus vor der orthodoxen Herrschaft Pleskau: Ruine der Burg Vastseliina in Ostestland, begonnen 1342

Foto Jan Brachmann

Kreuzzug mit Stein und Mörtel

Die Behauptung, die Grenze zwischen Ost und West in Europa verlaufe durch Deutschland und die Berliner Mauer sei deren Symbol gewesen, löst in Lettland und Estland nur Achselzucken aus. Denn die wirkliche Grenze zwischen Ost und West, dem sogenannten Lateineuropa und dem orthodoxen Europa, verläuft hier – und zwar schon seit mehr als achthundert Jahren. Sie ist eine der stabilsten kulturellen und politischen Scheidelinien unseres Kontinents. Nicht zufällig entzündeten sich an ihr entlang erneut die geostrategischen Krisen der Gegenwart.

Die Bischofsburg Vastseliina (ehemals Neuhausen) in Südestland, nur wenige Kilometer von der heutigen Grenze zu Russland entfernt, markierte einen der letzten Vorposten des römischen Katholizismus vor der orthodoxen Herrschaft Pleskau. Der Bau der Burg, die zum Bistum Dorpat (heute Tartu) gehörte, wurde 1342 durch den Ordensmeister Burchard von Dreileben mit einem mächtigen Wohnturm begonnen und im fünfzehnten Jahrhundert mit einer Ringmauer und runden Feuerwaffentürmen erweitert. Auch die lutheranischen Schweden, die das Gebiet des alten Livlands im siebzehnten Jahrhundert besetzt hatten, behielten die Burg als Grenzbefestigung bei. Im Jahr 1705 wurde sie durch das russische Heer Peters I. gestürmt und ruiniert. Reste der ehemaligen „Frauenburg“ (sie war der Gottesmutter Maria geweiht) kann man heute immer noch auf einem hohen Wall mit weiter Aus-

Reich an Ranküne und Mord:
Ein Band stellt Geschichte, Funktion
und Architektur mittelalterlicher Wehrbauten
im Baltikum vor.

sicht bestaunen. Sie sind durch ihre gewaltigen Ausmaße und das Ineinander von Feldstein und Backstein eindrucksvoll. Wie alle Fragmente stimulieren sie die Phantasie.

Dem Wissbaren und Dokumentierten aber folgen die Forscher Alexander Baranov, Villu Kadakas, Juhan Kreem und Ieva Ose in dem von Christofer Herrmann herausgegebenen Handbuch „Burgen in Livland“, das die Geschichte, Funktion und Architektur von mehr als hundert mittelalterlichen Wehrbauten in Estland und Lettland beschreibt und in einem reich bebilderten Katalog bündig zusammenfasst.

Livland umfasst in etwa das Gebiet der heutigen Republiken Lettland und Estland, benannt nach dem ostseefinnischen Stamm der Liven, die am Unterlauf der Düna siedelten. Ende des zwölften Jahrhunderts setzte von Deutschland aus eine intensive Christianisierung der einheimischen Heiden ein, die mit den baltischen Kreuzzügen kurz nach 1200 gewaltsame Züge annahm. Der 1202 gegründete Schwertbrüderorden konkurrierte bald mit dem Königreich Däne-

mark um die Vorherrschaft in der Region; schließlich griff 1230/31 der Deutsche Orden ein und gründete 1237 die Provinz Livland.

Dennoch, so schreiben die Autoren, sei es falsch, von einem Deutschordensstaat zu reden. Denn so mächtig der Deutsche Orden auch war, fand er sich dennoch in seiner landesherrlichen Souveränität dauerhaft eingeschränkt durch die Bischöfe von Riga, Kurland, Dorpat und Ösel-Wiek. Die Burgendichte in Livland fällt unterschiedlich aus: zwischen den Flüssen Düna und Aa recht hoch, ebenso in Südestland und Kurland (Westlettland). Weniger Burgen finden sich dagegen in Lettgallen und Semgallen (also Süd- und Ostlettland) sowie in Nordestland. Dabei trifft man heute ausgerechnet in Nordestland, nämlich in der Hauptstadt Tallinn (früher Reval) und in Kuressaare (Arensburg) auf der Insel Saaremaa (Ösel), auf zwei der größten und besterhaltenen Burgen des gesamten Bestandes.

Die wichtigen Bauwerke sind Zeugnisse einer Verwaltungsstruktur. Das Stiftsterritorium eines Bischofs unterteilt-

sie sich in Vogteien; die Orden bildeten hingegen Konvente mit Komturen, unterhielten aber auch Vogtsburgen und Landmeisterresidenzen. Ausländische Mächte wie Schweden und Dänemark verlehnten hingegen Land an Vasallen, die ihre eigenen Burgen bauten.

Das Buch führt konzipiert in verschiedene Burg- und Bautypen ein, erläutert deren Raumstruktur und erzählt in knappen Katalogtexten deren Geschichte, die reich an Ranküne und Mord ist. Ebenso anschaulich wie dicht gedrängt bekommt der Leser hier eine Einführung in die mittelalterliche Geschichte Lettlands und Estlands, erfährt etwas über das berühmte Steinmetzgewerbe Revals, wo es viel Naturstein zum Bauen und Verziern gab, und bekommt vorgeführt, dass das Bauen der Kreuzzügler mit Stein und Mörtel bereits eine Demonstration der Überlegenheit über das Bauen der Einheimischen mit Holz und Erde war. Vor achthundert Jahren machte die Wetter- und Feuerfestigkeit der Steinbauten Eindruck. Heute erleben Holz und Erde im nachhaltigen Bauen ihre große Renaissance.

JAN BRACHMANN



Christofer Herrmann (Hrsg.): „Burgen in Livland“. Mittelalterliche Wehrbauten in Estland und Lettland. Michael Imhof Verlag, Petersberg 2023, 288 S., Abb., geb., 24,95 €.

Auf dem Weg zum Erweckungserlebnis

Christopher Harding will herausfinden, warum der Westen seit jeher so fasziniert von Asien ist

Dieses Buch verrät nicht, was unter dem Zentralbegriff seines Titels zu verstehen wäre – Faszination. Das ist schade. Von etwas fasziniert zu sein, bedeutet mehr, als es nur interessant zu finden. Faszination ergreift die Betrachtenden, bewegt und verändert sie, kann sie manchmal überwältigen. Immer sind Gefühle im Spiel: Vergnügen, Begeisterung, Liebe, aber auch Furcht vor dem Unheimlichen und sogar Hass. Eine Emotionsgeschichte des „Westens“ mit Blick auf den „Osten“ wäre etwas Neues gewesen. Weil jedoch



Christopher Harding: „The Light of Asia“. A History of Western Fascination with the East. Allen Lane, London 2024, 464 S., Abb., geb., 37,- €.

Christopher Harding, ein in Edinburgh lehrender Kulturhistoriker Japans und Indiens, auf Vorklärung und Eingrenzung verzichtet (man will das Publikum nicht mit vermeintlicher Pedanterie verschrecken), vergibt er die Chance einer einigermaßen präzisen Suchoptik. Deshalb hat er es nicht nur mit Faszination, sondern viel umfassender mit Repräsentationen aller Art zu tun: Japanbildern, Chinabeschreibungen, Indienphantasien. Wie hätte das gut gehen können?

Das Quellenmaterial ist riesig, die Forschungsliteratur unüberschaubar, selbst wenn man, wie Harding es tut, das muslimische Asien unberücksichtigt lässt. Zwischen 1965 und 1993 veröffentlichte der amerikanische Historiker Donald F. Lach (1917 bis 2000), der alle erforderlichen europäischen Sprachen las, in neun Bänden mit 3800 Seiten eine Geschichte der Asienliteratur zwischen etwa 1500 und 1700. Hätte er „Asia in the Making of Europe“ ins achtzehnte, neunzehnte oder gar zwanzigste Jahrhundert fortgesetzt, hätte er bei unverminderter Darstellungsbreite leicht fünfstelligen Seitenzahlen erreicht. Für ein knappes Buch mit großzügigem Satzspiegel wie dem von Christopher Harding wären daher Auswahlkriterien unerlässlich gewesen. Er hat sie nicht, sieht man ab von einer Beschränkung auf englischsprachiges Material.

So schlittert er über die glatte Oberfläche der Geistesgeschichte und stoppt nur kurz an den unvermeidlichen Stationen von Herodot über Marco Polo und die Jesuitenmissionare des siebzehnten Jahrhunderts bis zu Leibniz, Voltaire, Goethe, den Brüdern Schlegel und Schopenhauer. Manches liest sich wie ausgeschriebene Lexikonartikel, nirgends ein origineller interpretierender Gedanke.

Ausnahmen sind gelungene Kapitel über Sir William Jones, den sprachbegabten und philosophisch gestimmten Juristen im Kalkutta des späten achtzehnten Jahrhunderts, über Samuel Taylor Coleridges und Ralph Waldo Emersons Visionen (Harding sagt: „intuitions“) von Indien und vor allem über Sir Edwin Arnold (1832 bis 1904), dessen langes Erzählgedicht „The Light of Asia“ in den Jahrzehnten nach der Erstausgabe von 1879 ein Millionenpublikum fand und für die Kenntnis des Buddhismus in der anglophonen Welt von immenser Bedeutung war.

Zum großen Nachteil des Buches ignoriert Harding, dessen „Osten“ sich spätestens von etwa 1800 an auf Indien (und spurenweise Japan) verengt, die gesamten Asienwissenschaften von den Philologien bis zur Geographie und zur entstehenden Ethnologie. Den Entlarver dieser Wissenschaften, Edward Said mit seinem Klassiker „Orientalism“ (1978), erwähnt er nur mit geradezu strafender Beiläufigkeit. Man muss Saids polemischer Einseitigkeit und erst recht der denunziatorischen Geisteshaltung seiner postkolonialen Anhängerschaft nicht unbedingt folgen, um bei Harding ein ideologiekritisches Misstrauen gegenüber den liebevoll porträtierten Indienenthusiasten zu vermischen. Seine Faszination mit den Faszinierten tendiert zur Identifikation.

Das wird auch im letzten Drittel des Buches sichtbar, der besser gelungen ist als der Rest. Hier kennt Harding sich aus, hat gründliche Quellenstudien betrieben und nimmt sich Zeit. In ihren abwechslungsreichen Biographien und ihrem von südasiatischer „Spiritualität“ geprägten Denken, das ein westliches „Ich“ und den westlichen „Logozentrismus“ hinter sich ließ, werden drei Indienbegeisterte vorgestellt: die schweizerische Psychiaterin Erna Hoch, die von 1956 bis 1988 in indischen Kliniken tätig war, der englische Buddhist, Schriftsteller und schließlich Guru der amerikanischen „counterculture“ Alan Watts (1915 bis 1973) und der ebenfalls aus England stammende Benediktinermönch und Praktiker einer christlich-indischen Religionssynthese Bede Griffiths (1906 bis 1993). Alle drei hatten gemeinsam, dass sie auf unterschiedliche Weise von Carl Gustav Jung beeinflusst waren. Alle drei lernten südasiasische Sprachen, orientierten sich in der Fülle der indischen religiösen, mythologischen und philosophischen Literatur und beschrieben ihre eigenen Konversions- und Erweckungserlebnisse. Sie führten ein Leben, wie Harding schreibt, „eingetaucht in asiatische Weisheit“.

Wie „authentisch“ war das Ganze? Die stille Professorin Erna Hoch trat nicht öffentlich auf, sie lebte ihren besonderen Glauben. In großem Gegensatz dazu war Alan Watts, wie selbst der bewundernde Harding zugeht, ein Showman und Selbstinszenator mit einstudiertem Charisma (wie Videos im Internet dokumentieren). Im Hippie-Milieu, das sich bald zu einem New-Age-Lebensstil verbürgerte, lebte er für Asien, aber auch von ihm. Und Griffiths warf alles Mögliche, zuletzt sogar das, was er für Quantenphysik hielt, in den Schmelztiegel eines formlosen Holismus. Das große „Ganze“ konnte nicht groß und ganz genug sein.

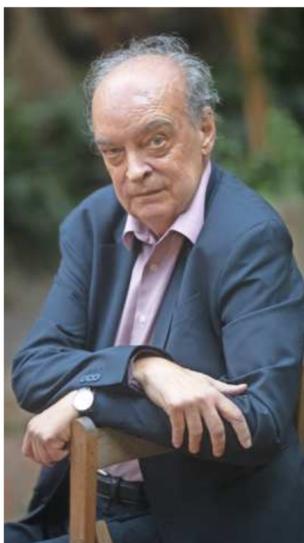
Sind aber drei Suchende zwischen den Kulturen „the West“? Und ist der religiöse Markt der indischen und indischeren Meditationslehrer, Sektenerführer und Wunderheiler der 1970er Jahre „the East“? Wohl kaum. Indem Christopher Harding seine lückenhafte, konzeptionslose und schlecht recherchierte Geschichte der europäisch-nordamerikanischen Perzeption (um einen neutralen Oberbegriff zu wählen) Asiens ausgerechnet an diesem Punkt kulminieren lässt, zeigt er die Brüchigkeit seiner gesamten Konstruktion. JÜRGEN OSTERHAMMEL

Das lachende Idol im Nachbarzimmer

Der katalanische Schriftsteller Enrique Vila-Matas lässt in seinem neuen Roman „Montevideo“ viele Türen für einen namenlosen Erzähler aufgehen

Der Katalane Enrique Vila-Matas (1948 in Barcelona geboren, wo er auch heute lebt) gehört zu den renommiertesten spanischen Autoren, ausgezeichnet mit allen wichtigen Literaturpreisen seines Landes. Inzwischen ist sein umfangreiches Werk in 32 Sprachen übersetzt. Während er in Frankreich hochgeehrt ist, gilt es ihn in Deutschland noch zu entdecken. Hier schreibt einer wie besessen in und mit der Literatur, ist stund besessen und spielt grazios und frech mit Zitaten aus dem Kosmos der Weltliteratur. Vila-Matas gesteht, er sei umgeben von Buchzitaten und Autoren, „ich leide an der Literaturkrankheit“. Wenn er an seinen Büchern sitze, „ist das für mich die Ausübung von Freiheit, alle Genres stelle ich mir zur Verfügung, alle Waffen, die ich habe, um zu schreiben“. Nicht zufällig sind Vila-Matas' wichtigste Quellen „Ulysses“, „Tristram Shandy“, „Don Quijote“ und „Moby-Dick“.

In seinem jüngsten Roman führt ihn Julio Cortázar durch das fiktive Labyrinth literarischer Räume und Verschachtelungen. Zwar heißt der Roman „Montevideo“, aber erst nach der Hälfte des Buches gelangt der namenlose Ich-Erzähler dorthin. Zunächst reist der Schriftsteller, der unter erheblichen Schreibblockaden leidet, im Jahr 1974



Den Handlungsort seines neuen Romans kennt er aus eigener Erfahrung: Enrique Vila-Matas

Foto EPA

nach Paris, wo Vila-Matas von 1974 bis 1976 gelebt hat, „in der anachronistischen Absicht, ein Schriftsteller der 20-er Jahre zu werden, Typ „verlorene Generation“. Er möchte „ein Löwenjäger à la Hemingway“ werden. Das klappt natürlich nicht, und die Hemmungen, überhaupt etwas zu erzählen, setzen vehement ein und verführen den Gescheiterten zu den irrwitzigsten Überlegungen über das Wesen und Unwesen des Schreibens. Um nicht belästigt zu werden von neugierigen Nachfragen zu seinem Schaffen, leiht er sich einen Satz von Marcel Duchamp aus: „Je n'ai plus d'idées“ – ich habe keine Ideen mehr. Ob dies ein echtes Zitat ist, da kann man sich bei Vila-Matas nie sicher sein.

Nach seinem eigenen Bekenntnis interessiert ihn am meisten „die Wahrheit einer Lüge“. Nicht erlogen ist das immer wieder gern wiederholte Zitat des Schreibers Bartleby von Herman Melville: „I would prefer not to...“ – ich würde vorziehen, das nicht zu tun. Vila-Matas liebt die Sonderlinge und kauzigen literarischen Typen, sie regen seine Phantasie an, versteht er sich doch selbst als „Phantast unter Phantasten“.

Zweite Station des Reisetagebuchs, das kein Reisetagebuch ist, ist der portugiesische Küstenort Cascais, wohin der Autor zu einem Filmfestival eingeladen

ist. Vila-Matas war früher Redakteur der Filmzeitschrift „Fotogramas“, und Filme, Regisseure, Schauspieler geistern oft durch seine Texte. Nun trifft die Ich-Figur auf den Schauspieler Jean-Pierre Léaud, eine Ikone aus ihrer Jugendzeit. Sie wagt ihn aus Scham nicht anzusprechen, aber Léaud, der im Nebenzimmer schläft, peinigt sie nachts durch ununterbrochene heftigste Lachanfänge. Der Erzähler weiß sich nicht anders zu helfen, als an Kafka zu denken.

Nach hundert Seiten gelangt der namenlose Schriftsteller endlich nach Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, einer Kapitale von Kunst und Kultur in Südamerika. In einem dortigen Hotel spielt die Erzählung „Die verstellte Tür“ von Cortázar. Der Protagonist findet das Hotel im Zentrum, früher hieß es Hotel Cervantes, es geht um das Zimmer 205 im zweiten Stock, ein düsteres Verlies mit einem Schrank, hinter dem sich eine Tür ins Nebenzimmer befindet. „Mir wurde immer klarer, dass die Atmosphäre im Hotel zum Gruseln war, und jede Nachforschung, die Licht ins Dunkel bringen wollte, würde sich als eine Art verstellte Tür erweisen und sich tendenziell in einen falschen Schritt meinerseits verkehren.“

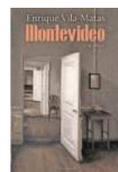
Nun beginnt ein heilloser Verwirrspiel. Der Erzähler rückt den Schrank

von der Wand, die Tür dahinter ist leicht geöffnet. Zimmer 206 ist dunkel und leer, dort steht nur ein roter Koffer, angeblich von Marlene Dietrich. Wie von magischen Kräften gezogen, begibt sich der Erzähler in ein Abenteuer ohne Ende. Er beginnt über den Sinn von Türen zu reflektieren: als Transit, Einladung zum Eintritt, Metapher für das Weibliche. Irritiert zieht sich der Besucher zurück, und als er ein zweites Mal den Ort aufsuchen will, ist alles verschwunden. Das Zimmer ist plötzlich hell und licht, statt der Tür ist ein Lichtschalter an der Wand, die verstellte Tür hat sich in ein Nichts aufgelöst.

Weitere Stationen sind Reykjavik, dann Bogotá und schließlich wieder Paris. Die verstellte Tür aus Montevideo ist immer mit dabei, mal als Realität, mal als Fiktion. Dazwischengeschoben ist ein Spaziergang durch St. Gallen und ein Besuch der berühmten Bibliothek. Auch ein Besuch des Münsters von Basel mit innerer Einkehr am Grabmal des Humanisten Erasmus. Enrique Vila-Matas geht der Stoff nicht aus, denn er will keine durchgehende Geschichte erzählen, er lässt gewitzt und selbstironisch seinen Gedanken übers Schreiben freien Lauf. Da gibt es keine Ordnung oder Logik, sondern philosophische Reflexionen, manchmal auch

lustige Geschichten über Zechprellerei und immer wieder geistreiche Anspielungen und Zitate aus seinem schier unerschöpflichen Lesefundus. Ein Salto folgt dem anderen: Robert Walser, Kafka, Proust, Melville, Barthes, Valéry, Perec... – lustig und verzweifelt zugleich. Die Übersetzerin Petra Strien-Bourmer folgt diesen Spuren mit Bravour.

Leitfaden des Autors scheint der berühmte Satz des jungen Arthur Rimbaud zu sein: „Je est un autre“ – ich ist ein anderer. Wie Leser und Leserin damit klar kommen, ist ihm gleichgültig. Sein Wunsch ist: „Ich würde egal was dafür geben, einen Tag lang durch die Straßen irgendeiner Stadt auf der Welt zu spazieren und dort jemandem zu begegnen, der mich anspricht, um mir zu sagen, es falle ihm jeden Tag schwerer zu verstehen, was ich schreibe. Das zu hören, wäre phantastisch.“ LERKE VON SAALFELD



Enrique Vila-Matas: „Montevideo“. Roman. Aus dem Spanischen von Petra Strien-Bourmer. Wallstein Verlag, Göttingen 2024, 268 S., geb., 26,50 €.

Ich und das Klavier

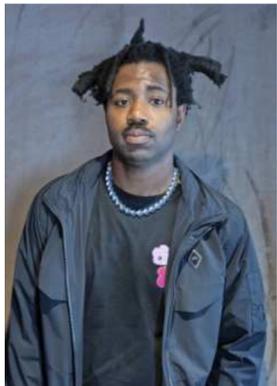
Der Popkünstler Sampha ist im Aufwind

Der britische Musiker Sampha, 1988 als Kind sierra-leonischer Eltern in Westlondon geboren, begann früh mit dem Klavierspiel und mit dem Songschreiben, für sich und für andere. Spätestens seit der Zusammenarbeit mit dem Rapper Drake für dessen Album „Nothing Was the Same“ gilt er als Meister, auf dessen Produzentendienste unter anderen Kanye West (der sich nun Ye nennt), Frank Ocean, Kendrick Lamar oder Solange regelmäßig zurückgreifen. 2017 veröffentlichte Sampha sein Solodebüt „Process“, Ende 2023 das großartige „Lahai“. Seine funkeln Musik bewegt sich zwischen Jazz, Soul, Rap, Dance, Jungle und westafrikanischem Folk.

Dass er seinen Auftritt auf dem wahrscheinlich letzten Melt-Festival in der Eisenstadt Ferropolis direkt am Ufer des Gremminer Sees vor spärlichem Publikum hinlegen musste, wird auch an der späten Stunde gelegen haben, deutet aber auch auf die Diskrepanz zwischen seiner Bedeutung als Mann im Hintergrund und der als Interpret. Live aber ist er eine Sensation. Und nach den ersten Songs des lässig mit grün-weiß gestreiftem Hemd und Leinwand bekleideten Künstlers beginnt sich das Areal zu füllen.

Der Musiker steht leicht erhöht auf einem Podest vor dem E-Piano, umringt von seiner vierköpfigen Band, mit der die Chemie zu stimmen scheint. Seine durchdringende und doch federleichte Stimme, ein heiseres und gleichzeitig schillerndes Falsett, wird von Pianistin Elsas, Perkussionist Ruthven, Schlagzeuger Blake Cascoe und Bassistin Rosetta getragen und zum Strahlen gebracht, und spätestens bei Songs wie dem eingängigen „Dancing Circles“ oder dem schwebenden Elektro-Stück „Satellite Business“ springt der Funke auf das Publikum über.

„Krass, was der Typ kann, was hat der denn für eine Bandbreite?“, kann man zwischen den Stücken begeistert aus der Menge vernehmen. Tatsächlich ist Samphas Flexibilität erstaunlich: Die solistisch vorgetragene Liveversion seiner extrem persönlichen Ballade „No One Knows Me Like the Piano“, in der es um sein Verhältnis zur Musik, seine Kindheit in London und das Bedürf-



Freigeist: Sampha Foto Picture Alliance

nis nach Sicherheit und Geborgenheit geht, ist in ihrer Verletzlichkeit anrührend. Im nächsten Moment versammeln sich alle fünf Musiker zu einer hypnotischen Trommel-Session am Bühnenrand und bringen das Publikum zum Rasen. Auf dem in ihrer Mitte aufgebauten Set erzeugen sie einen mitreißenden, afrikanisch anmutenden Groove, der sich bis zur Ekstase steigert und sich anschließend entlädt in den für Sampha so typischen, jedes Mal überraschenden und beinahe improvisiert anmutenden akustischen und elektronischen Klängen.

Ganz offensichtlich ist hier ein Freigeist am Werk, der Genre-Grenzen ausdehnt und manchmal sprengt, der sich mühelos zwischen unterschiedlichen Stimmungen und Klängen hin- und herbewegt und als Performer in der Interaktion mit seinem Publikum zu seiner vollen Strahlkraft findet. „Next thing I’m drifting into open sky / And I don’t feel so scared / Dreamin’ with these open eyes / I’m grabbin’ at the air“, singt Sampha im Pre-Chorus des ätherisch-schönen R&B-Stücks „Spirit 2.0“, und für einen Moment hat die Zuhörerin vor dem sternklaren Himmel und dem spiegelglatten See tatsächlich das Gefühl, mit der Menge abzuheben. Und man denkt, dass es doch ein Glück ist, diesen Mann noch nicht ganz an der Weltspitze angekommen zu sehen, so dass man ihn noch abseits großer, seelenloser Hallen bewundern kann – denn eigentlich will man das Geheimnis gerne noch ein wenig länger hüten. SELMA SCHILLER

Fühlen Sie sich an Bord ganz wie zu Hause!

Das Wunderbare ist immer schön: Songs von Kurtág und eine Kammeroper von William Kentridge beim Festival in Aix

Von Anja-Rosa Thöming, Aix-en-Provence



Seelenzustände des Dichters Franz K: Anna Prohaska und Patricia Kopatchinskaja in den „Kafka-Fragmenten“ von György Kurtág, inszeniert von Barrie Kosky

Foto Monika Rittershaus

Die Inszenierung der „Kafka-Fragmente“ von György Kurtág und die Aufführung der Kammeroper „The Great Yes, the Great No“ von William Kentridge stehen in denkbar größtem Gegensatz zueinander. Die eine erzählt von der Einsamkeit eines um sich selbst kreisenden Geistes, inszeniert im leeren schwarzen Raum, die andere von den Hoffnungen und Ängsten einer zusammengewürfelten Gruppe Ausgewanderter, szenisch und musikalisch kraftvoll bunt.

Als diesjährige Uraufführung des Opernfestivals in Aix wurde „The Great Yes, the Great No“ in der Grande Halle des LUMA in Arles gespielt, zu Füßen des „Twisted Tower“ von Frank Gehry. Mitautoren sind neben Kentridge der „Storyer“ – Theaterentwickler – Phala O. Phala, auf musikalischer Seite der „Choral Composer“ Nhlahlhla Mahlangu, der Arrangeur Nathan Koci und der musikalische Leiter Tlale Makhene. Außerdem haben alle Darsteller, Tänzer und Chor-sängerinnen aktiv an der theatralischen Form mitgewirkt; diese gleichsam internationale Teamarbeit unterscheidet sich von eurozentrischen Vorstellungen, wirkt fesselnd und erfrischend.

Grundidee für das Setting ist die historische Überfahrt des Frachters Capitaine Paul Lemerle im März 1941 von

Marseille zur karibischen Insel Martinique. Europäische Flüchtlinge entkam so den Nationalsozialisten im besetzten Frankreich, darunter Anna Seghers, André Breton, Claude Lévi-Strauss, der Maler Carl Heidenreich. Der Südafrikaner Kentridge interessiert sich genauso für internationale Künstler und Poeten, die dieselbe Route nahmen: die Tänzerin Josephine Baker, die Autorin Suzanne Césaire oder Léopold Sédar Senghor; dieser hatte in Paris die anticolonialistische Bewegung „Négritude“ gegründet. Einen Gastauftritt bekommt, ironisch als „zweite Joséphine“ apostrophiert, Napoleons erste Frau Joséphine – ihre Familie auf Martinique profitierte von der Arbeit entwürzelter Sklavinnen und Sklaven, die die Zuckerrohr-Industrie in Gang hielten.

In sehr beweglichem Variété-Spiel halten sich die Darsteller Kartenmasken mit den Porträts der historischen Personen vor Gesicht. Der Erzähler (Hamilton Dhlamini) ist ein etwas unheimlicher Typ. Breit lächelnd verkündet er: „Here on board make yourself at home!“

Mit dem Erörten des Schiffshorns legt der Dampfer ab. Wir sehen eine Reling im Hintergrund, einen Ausguck, eine Kabine, Kisten. Das Kammerensemble – Klavier, Cello, Akkordeon, Banjo, Perkussion – gleicht einem Kaffeehaus-Or-

chester, spielt aber nur ab und an Tanzmusik. Wichtiger ist seine Funktion als Spiegel von Gedanken und Emotionen: Das Akkordeon „atmet“ zuweilen ohne messbaren Ton, das Schlagzeug flüstert; das Cello stimmt ein mit tieftraurigem Ostinato-Spiel in Gestalt einer Tenor-„Arie“ über die Bedrücktheit, Europa verlassen zu müssen.

Stark wirkt ein gesungenes Ostinato des Frauenchors. Die sieben Sängerinnen strahlen durch ihren klanglich unverrückbaren Zusammenhalt die weiche Macht der Humanität aus. Sie singen in den afrikanischen Sprachen Zulu, Xhosa, Setswana, Swasi, Tsonga jene Verse, die wir in Übertiteln lesen, Verse von Breton, Anna Achmatowa oder Aischylos: „The house of justice has collapsed / There has been wrong done. I ask for right.“ Die Sprachverschiebung signalisiert die tiefe Verunsicherung von politisch Vertriebenen ebenso wie von versklavten Menschen.

Bei William Kentridge nimmt die Filmkunst einen zentralen Platz ein (Kinematographie: Duško Marović). Auf einem gigantischen Scheibenkarussell drehen sich Ausschnitte von Landkarten, Pässen, Gesichtern sowie, als *running gag*, die klassische italienische Espresso-Kanne. Sie schiebt sich komisch vor Gesichtern von großsprecherischen weißen Männern. In

einer Filmsequenz wagt sie einen getanzten Pas de trois mit Milchkönnchen und Schreibmaschine, begleitet von Cello und Akkordeon. Die Produktion thematisiert die Ängste auf der Überfahrt in ein unbekanntes Land nicht zuletzt mit hervorragend gemachtem Unterhaltungstheater. „Le merveilleux est toujours beau“ (Das Wunderbare ist immer schön); der Vers von Breton könnte über dem ganzen Abend stehen.

Eines der Privilegien beim Besuch des Festivals d’Art Lyrique in Aix ist es, große Künstlerinnen unserer Zeit zu hören. Der Doppelabend „Songs and Fragments“, mit den „Kafka-Fragmenten“ von György Kurtág und den „Eight Songs for a Mad King“ von Peter Maxwell Davies, wurde getragen von Anna Prohaska (Sopran), Patricia Kopatchinskaja (Violine) und Johannes Martin Kränzle (Bariton), alle drei beeindruckend souveräne Musiker mit einem reichen Ausdrucksspektrum. Dazu spielt im Théâtre du Jeu de Paume das Ensemble Intercontemporain unter der Leitung von Pierre Bleuse („Eight Songs“), und es inszeniert ein Star unter den Opernregisseuren, Barrie Kosky.

Die „Eight Songs for a Mad King“ (1969) gehen auf die psychische Verwirrung des englischen Königs George III. (1760 bis 1820) zurück. In dreißig „verrückten“ Minuten gestaltet Johannes Mar-

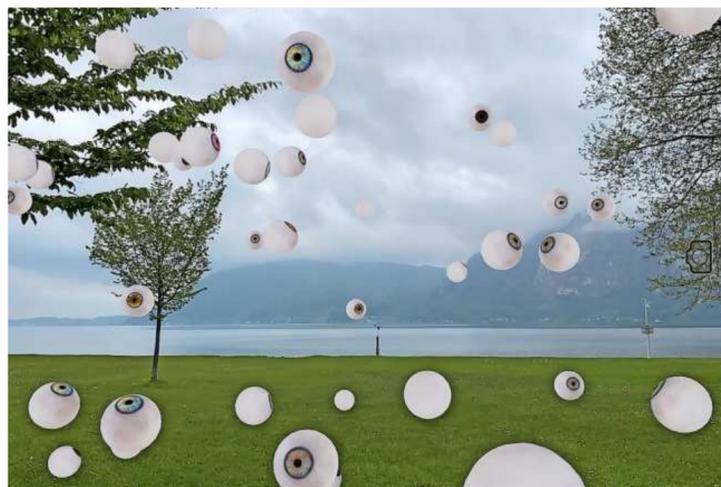
tin Kränzle den König – oder einen Mann, der meint, er sei der König – mit erschütternder Energie, singt, krächzt, brummt, heult, stottert. Der große Sänger-Darsteller Kränzle steht nackt und allein auf leerer Bühne, von einem Verfolger beleuchtet wie ein Clown bei seiner Zirkusnummer. Mit gelben Fingernagel-Extensions an einer Hand und einer geschminkten Wunde an der Schläfe füllt er den Raum mit seiner ganzen Persönlichkeit, nutzt die abwechslungsreichen Charaktere der „Songs“ zu einem schrägen Porträt.

Dazu kommen „konventionelle“ Instrumente wie Cembalo, Geige, Flöte, Klarinette, die einen vertrauten Rahmen bieten; hier blitzt ein Foxtrott auf, dort spielt ländliche Musik. In der großen Schlusszene erklingen als Reminiszenz die ersten gesungenen Worte aus Händels „Messias“ mit dem Jesaja-Vers „Comfort ye, my people“ (Tröste dich, mein Volk) – ein hilfloser Versuch, die eigene Isolation zu überwinden.

Die Fragmente, die Kurtág aus Franz Kafkas Tagebüchern und Textentwürfen kompiliert und zu vierzig ruhelosen Miniaturen für Sopran und Geige vertont hat, fallen in der kargen szenischen Darbietung dagegen ziemlich stark ab. Daran kann die herausragende musikalische Leistung von Anna Prohaska und Patricia Kopatchinskaja kaum etwas ändern.

Einfach sagen, was man will

Halbzeit bei der Kulturhauptstadt Salzburg – mit einer Tagung über die Rache des Tafelbilds. Wie bitte? Von Hannes Hintermeier, Vorchdorf



Digitale Augen schauen dich an: So stellen sich Eva Schlegel und 2MVD-Architekten die Zukunft der Bräuweise am Traunsee vor. Foto Eva Schlegel

eine Biographie über Maria Lassnig vorgelegt hat, zunächst bei der Aversion dieser Malerin gegenüber der Fotografie („Was geht mich die Fotografie an, dieses Hundertstelsekundenglück?“), um bei Vergütungsfragen zu enden: Kunsthandwerk sei lange Zeit besser bezahlt worden, so habe Ottavio Miseroni für eine Saliera das Zwanzigfache dessen erhalten, was man für ein Rembrandt-Gemälde zu zahlen bereit war. Die Kunstkritikerin und Bloggerin Nina Schedlmayer untersuchte aus feministischer Perspektive die männlich be-

setzte Malerei, bis hin zu dem Seitenhieb, „Maler hätten vielleicht ein bisschen Spaß mit Aktmodellen im Atelier“ gehabt. Dass Schedlmayer am Ende eine Reihe bedeutender Malerinnen wie Miriam Cahn und Katharina Grosse aufzählte, zeigte, dass sich die Lage verändert hat. Der 1976 geborene Schedlmayer gelang es nicht, den Altersdurchschnitt des Podiums von sechs- und sechzig Jahren zu senken. Man kennt und duzt sich. Nur bei Frau Schweeger war das nicht durchgehende der Fall. Die Biennale-Teilnehmerin Eva Schlegel berichtete

aus ihrer Werkstatt, in der zuletzt die Stahl-Spiegelskulptur „Cloudspace“ verwirklicht wurde. Für die Kulturhauptstadt hat Schlegel drei Installationen namens „Memories from the Future“ zusammen mit den Architekten von 2MVD realisiert. Erneut also kein Tafelbild, nirgends.

Bis der Kulturhistoriker Wolfgang Kos, ehemaliger Leiter des Wien Museums, die Bilder des Flamen Joachim Patinir einer Betrachtung unterzog, Welt darstellten im Kleinformat. Von der Renaissance beamte sich Kos zu Lightshows der Sechzi-

gerjahre und zur „Erweiterten Fotografie“ eines Peter Weibel.

Bei der abschließenden Diskussion am nächsten Vormittag war als zweiter Primärproduzent der Medienkünstler Peter Kogler dabei, Documenta-Teilnehmer und Professor an der Münchner Akademie der Bildenden Künste. Mit einem autobiographischen Abriss lokalisierte er die Position des Tafelbilds in der Kunstgeschichte der vergangenen fünf Jahrzehnte. Etwa, indem er daran erinnerte, wie sich seit den Siebzigerjahren die Verbindlichkeit von Kunstzentren und Ismen aufgelöst und einer fragmentierten Szene mit vielen Einzelpositionen Platz gemacht habe: „Malerei ist dennoch eine Konstante geblieben, weil sie für den Markt interessant war.“ Er selbst habe sich nie als Maler verstanden. Es sei eben leichter, sich ein Bild an die Wand zu hängen, „als eine Performance ins Zimmer zu stellen“, so Moderator Rainer Rosenberg, der den Rednern viel Auslauf ließ und erst am Ende mit der Pointe herausrückte, die Rache des Tafelbilds sei eben, dass es immer noch da sei.

Vehement politisch argumentierte Elisabeth Schweeger, die es als Erfolg des Kulturhauptstadtjahres ansieht, dass Künstler mit Managern der österreichischen Bundesbahn über eine bessere Taktung in ländlichen Regionen verhandeln. Sie brachte das Kunststück fertig, erst einer partizipativen, eingreifenden Kunst das Wort zu reden, um dann den Verdacht zu äußern, zu viel Partizipation schwäche womöglich die Qualität des Gebotenen.

Ein Blick aus dem Tagungssaal hinunter auf die Schloßstraße kontextualisierte die Debatte auf skurrile Weise. Vor dem Rathaus kam es zu einer Intervention des richtigen Lebens. Absperrgitter wurden aufgestellt, Quadfahrer mit Spiegelbrillen machten sich wichtig. Dann marschierten fünfhundert uniform gekleidete Kinder und Jugendliche auf, die sich für vier Tage beim Jugendcamp der Bezirksfeuerwehr Gmunden in Vorchdorf versammelt hatten. Abschlusskundgebung. Mit Blasmusik und Ansprachen wurde die Ortsmitte zu einer sozialen Skulptur, welche die Kulturblase beinahe zum Platzen gebracht hätte.

Bring mich zurück nach Konstantinopel

Russland fälscht und überbaut die antike Stadt Chersones auf der Krim, die zum Weltkulturerbe gehört. Dort entsteht ein Disneyland-Park und ein neues Heiligtum für Putin. Von *Konstantin Akinscha*

Evelina Kravchenko, Archäologin an der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, feierte im Jahr 2013 gemeinsam mit vielen ihrer Kollegen, dass die Ausgrabungsstätten der antiken Stadt Chersones auf der Krim in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurden. Von den Überresten der im 6. vorchristlichen Jahrhundert gegründeten griechischen Kolonie, zu denen die vergleichsweise gut erhaltene antike Stadt Taurische Chersones und deren landwirtschaftliche Flächen (Chora) gehören, waren zuvor, wie es die UNESCO verlangte, sowjetische „Restaurierungen“ mit viel Einsatz von Beton entfernt worden. Die sorgfältige Arbeit der ukrainischen Archäologen, die vom Institut für Klassische Archäologie der University of Texas unterstützt wurde sowie vom Packard Humanities Institute, das den Bau eines hochmodernen Restaurierungs- und Konservierungszentrums in Chersones finanziert hatte, wurde schließlich von der UNESCO belohnt.

Doch im Folgejahr 2014 wurde die Krim von Russland besetzt und annektiert. Seither führt Kravchenko ihren persönlichen Krieg und versucht, die Zerstörung der antiken Stätte durch die neuen Herren publik zu machen. Ihre Bemühungen um Aufmerksamkeit in der Ukraine und international hatten bisher keinen durchschlagenden Erfolg. Die Wissenschaftlerin hat indes Wichtiges zu erzählen.

Das Gelände der antiken Taurischen Chersones liegt in der Nähe der Schwarzmeerhafentstadt Sewastopol. Zu byzantinischer Zeit wurde die abgelegene Chersones ein Verbannungsort für römische Päpste und abgesetzte Kaiser. Der Legende nach wurde die Stadt im Jahr 988 von Fürst Wladimir dem Großen, der in Kiew herrschte, erobert. Wladimir soll der Evakuierung der byzantinischen Festung nur unter der Bedingung zugestimmt haben, dass der byzantinische Kaiser Basilius II. ihm seine Schwester Anna zur Frau geben würde. Der unerhörten Forderung des barbarischen Kriegsherrn wurde demnach unter der Bedingung stattgegeben, dass er sich taufen ließe. Altrussischen Chroniken zufolge kam es infolge dieses Ehevertrags zur Taufe der Kiewer Rus. Griechische Quellen wissen davon freilich nichts.

Doch die Legende wurde zum Kernstück des ideologischen Konstrukts, das der Metropolit der russisch-orthodoxen Kirche Tichon (Schewkunow), der als Beichtvater von Präsident Putin gilt, entworfen hat. Tichon ist ein großer Bewunderer des Byzantinischen Reiches, das seiner Meinung nach Russlands spiritueller Vorläufer war und vom teuflichen „kollektiven Westen“ auf verärrerliche Weise zerstört wurde. 2008 drehte Tichon den propagandistischen Dokumentarfilm „Untergang eines Imperiums. Die Lektionen von Byzanz“, worin der Zusammenbruch des unglückseligen Byzanz als Warnung an die Russische Föderation erscheint, die von denselben westlichen Feinden umgeben sei, die auf ihren Untergang hinarbeiten.

Chersones wurde zum Kernstück dieser Neuauflage des Ende des 15. Jahrhunderts

formulierten Konzepts von Moskau als „Drittem Rom“. Da Kiew, bekannt als „Mutter der russischen Städte“, an die Ukraine verloren ging, suchten Putins Ideologen fieberhaft nach einem Ersatz, der die „historische Legitimität“ des Regimes des neuen „Fürsten Wladimir“ begründen könnte. Die Taurische Chersones bot sich hierbei geradezu an. Also erklärte man den Ort der legendären Taufe des Fürsten Wladimir zur heiligsten Stätte Russlands.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hatte Chersones schon im 19. Jahrhundert als heilige Stätte anerkannt. An der angeblichen Stelle der Taufe des Fürsten stand seit 1850 ein Kloster, 1891 wurde dort eine neobyzantinische Kathedrale errichtet. Sie gehörte freilich nicht zu den anerkannten Wallfahrtsorten. Während der Zeit des Russischen Reiches blieben Metaphern wie „Jerusalem der russischen Lande“ oder „Pompeji der russischen Orthodoxie“ Kiew vorbehalten.

Doch für Putins Propaganda sind die Ruinen von Chersones zum „russischen Pompeji“ geworden. Das überrascht kaum. Hatte doch Putin schon 2015 bei einem Besuch mit Silvio Berlusconi auf der Krim seinen Wunsch kundgetan, im Taurischen Chersones einen grandiosen neuen archäologischen Park zu errichten. Der Auftrag zum Bau des neuen russischen Tempelbergs erhielt das Verteidigungsministerium. Aus dem Museum von Chersones wurden unterdessen die wertvollsten Exponate, darunter eine Sammlung byzantinischer Objekte aus Gold, in den Nowgoroder Kreml transferiert. Einige sind dort ausgestellt, andere verschwanden in Depots.

Für den Bau des archäologischen Parks wurden Scharen russischer Archäologen aus der Petersburger Eremitage und der Russischen Akademie der Wissenschaften nach Chersones entsandt. Diese meldeten stolz, sie hätten bei Ausgrabungen am Rande der antiken Stadt, wo sich früher eine russische Militärbasis befand, Millionen von archäologischen Objekten gefunden. Alle Funde wurden zur „Restaurierung“ nach Russland geschickt, ungeachtet der Packard-Restaurationswerkstatt vor Ort. Gemäß dem UNESCO-Protokoll umfasst das Territorium von Chersones die wichtigste geschützte Stätte der antiken Stadt sowie eine Pufferzone, wo der Bau jeglicher Gebäude von der UNESCO koordiniert und genehmigt werden muss. Doch just in dieser Zone wird die neue, „verbesserte“ Chersones errichtet.

Vorbereitend wurde eine dicke Schicht archäologischen Bodens mit Bulldozern abgetragen und auf die Müllhalde von Sewastopol gebracht, wo Einheimische nun antike Münzen und andere Artefakte ausgraben und auf dem Schwarzmarkt verkaufen. Der neue Museumskomplex wurde in der Pufferzone auf den Überresten eines antiken Tempels, von Keramikwerkstätten und der städtischen Nekropole errichtet. Zudem wurden im Herzen der antiken Stadt auf den Ruinen einer römischen Festung ein neues, mehr als sechzig Tonnen schweres Freilichttheater für Oper und Ballett gebaut.

Neue Touristenpfade wurden durch die geschützte archäologische Stätte gezo-



Für die Kanalisation der Wladimir-Kathedrale (oben) wurden die antiken Überreste von Chersones beschädigt. Die Museumsbauten zerstören mit ihrer Künstlichkeit.

Fotos Imago, Mikhail Razvozhnev/Telegram



gen, die schon durch den Bau einer Kanalisation rund um die Wladimir-Kathedrale beschädigt wurde. Nun entsteht eine neue „antike“ byzantinische Stadt als Herzstück des Parks. Dieses Disneyland russischer Heiligkeit, dessen computer-generierte Pracht auf der Website mojaistorija.rf (in kyrillischen Buchstaben) zu bewundern ist, wird Museen der Antike, von Byzanz, des Christentums sowie ein Museum für „Neurussland“ und die Krim umfassen, wo Putins Konzept der russischen Geschichte gelehrt wird, mit dem er die Besetzung der Krim sowie

der südlichen und östlichen Gebiete der Ukraine rechtfertigt.

Zum archäologischen Park, der unter der Regie der Stiftung der Russisch-Orthodoxen Kirche „Meine Geschichte“ (Moja istorija) geschaffen wird, gehört auch ein neues Kloster, das im früheren Museumsgebäude aus ukrainischer Zeit untergebracht ist. Dazu kommt eine Filiale des Internationalen Kinderzentrums Artekt, dem zu sowjetischen Zeiten berühmten Ferienlager für junge Pioniere in Gursuf auf der Krim. Diese Mischung aus Neu-Byzanz und neuen Pionieren gilt

in Russland als ideologisches Projekt von höchster Wichtigkeit und wird von Putin persönlich kuratiert. German Gref, der Geschäftsführer der Sberbank, der größten Bank Russlands, wurde beauftragt, den Park zu finanzieren und zu managen. Die Eröffnung des „russischen Pompeji“ ist noch für diesen Monat geplant. In Moskau kursieren Gerüchte, man wolle zu diesem Ereignis, das Putin so wichtig ist, den Papst einladen.

Tragisch ist an der Situation nicht nur die sinnlose Zerstörung der archäologischen Stätte der antiken Taurischen Chersones, sondern auch, dass Putin aufrichtig an seine Rolle als Nachfolger seines Namensvetters, des heiligen Fürsten Wladimir, glaubt. Die Krim wurde ein Eckpfeiler für die Schimäre der „historischen Legitimität“ des russischen Präsidenten.

Evelina Kravchenkos Bemühungen, die Beschädigung des UNESCO-geschützten Denkmals öffentlich zu machen, verdeutlichen die Schwierigkeiten, das kulturelle Erbe inmitten politischer Konflikte zu schützen. Die zaghaften Proteste der UNESCO, die einst von der Ukraine verlangte, strenge Konservierungsstandards einzuhalten, können gegen die russischen Veränderungen in Chersones nichts ausrichten. Die Situation zeigt, wie begrenzt der Einfluss internationaler Denkmalschutzorganisationen in umstrittenen Gebieten ist, und verdeutlicht den Konflikt zwischen kulturellem Schutz und autoritärer Macht.

Konstantin Akinscha, 1960 in Kiew geboren, ist ukrainischer Kunsthistoriker.

Würzburg immer später

Und schon wieder eine Bauverzögerung: Die Sanierung des Würzburger Mainfranken-Theaters wird deutlich länger dauern als geplant. Wie der Bayerische Rundfunk berichtet, hat die Stadt einem an den Bauarbeiten beteiligten Planungsbüro wegen angeblicher Qualitätsmängel gekündigt, deswegen muss nun eine neue Ingenieurfirma gefunden werden. Die Ausschreibung wird bis 2026 dauern, weswegen man mit einer Verzögerung der Wiedereröffnung des Hauses bis 2029 rechnet. Ursprünglich sollte diese bereits vor zwei Jahren erfolgen. Die ursprünglichen Kosten von 72 Millionen Euro sind mittlerweile auf 103 Millionen gestiegen; dass sie weiter steigen werden, gilt als ausgemacht. Der Intendant Markus Trabusch wird die Wiedereröffnung nicht mehr gestalten, er hat angekündigt, das Haus „aus Gründen der persönlichen Lebensplanung“ 2026 zu verlassen. Die Schauspielsparte des Mainfranken-Theaters kann derzeit nur das neu errichtete Kleine Haus bespielen, Musiktheater wird weiterhin im Ausweichquartier Theaterfabrik Blaue Halle in einem Gewerbegebiet im Nordwesten der Stadt stattfinden. Ob der Freistaat angesichts der Entwicklung seine Ankündigung, das Mainfranken-Theater zu einem Staatstheater in städtischer Trägerschaft zu machen, weiterverfolgt, ist noch nicht abzusehen. F.A.Z.

Humboldt sucht Spender

Das Humboldt-Forum in Berlin benötigt für die Fertigstellung der rekonstruierten Barockfassaden des Berliner Schlosses weitere Spenden. Dabei geht es um acht Balustradenfiguren, die je zur Hälfte über den Portalen an der Nord- und Südseite der Schlossfassade angebracht werden sollen, sowie um die Kassettendecke im Durchgang des Nordportals V. Zuletzt hatte das Humboldt-Forum im März acht neue Balustradenkulpturen erhalten. Vor drei Jahren war die Stiftung Humboldt Forum, die das Gebäude betreibt, wegen der Entgegennahme von Zahlungen rechtslastiger Spender in die Kritik geraten. Seit Ende 2022 nimmt die Stiftung deshalb keine anonymen Spenden mehr an. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Humboldt-Generalintendant Hartmut Dorgeloh, kündigte an, bei der Überprüfung von Spendern gemeinsam mit dem Förderverein Berliner Schloss nach dem Vieraugenprinzip vorzugehen. Zugleich sprach er sich für eine Veröffentlichungspflicht bei Spenden für öffentliche Projekte „ab einer gewissen Größenordnung“ aus. F.A.Z.

Frühchristliche Kirche entdeckt

Türkische Archäologen haben in der Stadt Harran nahe der Grenze zu Syrien die Fundamente einer christlichen Basilika ausgegraben. Das mehr als sechzig Meter lange Gebäude entstand vermutlich im fünften Jahrhundert. Um 1260 wurde es bei der Eroberung des Zweistromlands durch die Mongolen zerstört. Allerdings habe man an der Nordwand auch die Spuren eines Erdbebens entdeckt, erklärte ein Vertreter der Universität Harran in der „Hürriyet Daily News“. Harran hieß in der Antike Carrhae und war in den Jahren 53 vor und 260 nach Christus Schauplatz zweier Schlachten, bei denen römische Heere vernichtet geschlagen wurden. Später diente es dem letzten Umayyaden-Kalifen Marwan II. als Residenz. kil

Er war dem revolutionären Habitus auf der Spur

Ein streitbarer Intellektueller: Zum Tod des Politikwissenschaftlers und Wagner-Kenners Udo Bernbach

Dass ausgerechnet Richard Wagner zu einem Lebensthema werden würde, war für Udo Bernbach, 1938 in Berlin geboren, wohl kaum absehbar. Von Hause aus Germanist und Historiker, promoviert bei Dolf Sternberger mit einer Studie zur späten Reichsregierung 1917/18, wurde er 1971 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, der er bis zu seiner Emeritierung treu blieb. In einem Lebensalter, in dem Forschungsthemen eigentlich gesetzt sind, erschien dann aber das erste Buch über Wagner: „Der Wahn des Gesamtkunstwerks“.

Damit wurde alles anders – und doch auch wieder nicht, verrät der unvoreingenommene Zugang zu Wagner zugleich jene Neigung zum präzisen, analytischen Blick, den eben Sternberger stets angemahnt hatte. Mitten in den neuen Debatten über den Komponisten, die in den Siebzigerjahren auch Bay-

reuth erreichten und in denen es immer wieder um den Nationalsozialismus ging, rückte Bernbach den Revolutionär, den Linkshegelianer und den Anarchisten ins Zentrum. Die 1994 zunächst noch vorsichtig, dann immer deutlicher vorgebrachte These, dass der Bruch in Wagners Weltanschauung nach 1849 eine ebenso erfolg- wie folgenreiche Erfindung Cosimas und ihres Bayreuther „Kreises“ war, hatte gravierende Folgen.

Wagner ist nämlich, so Bernbachs Grundgedanke, seinem revolutionären Habitus zeitlebens treu geblieben. In dieser Kontinuität gibt es eben keinen Bruch, aber eine Unzahl von Brechungen, die am Ende aus dem Scheitern der Revolutionen 1848/49 und der Frage nach einer angemessenen Reaktion hervorgingen. Auch der Antisemitismus, zweifellos eine Konstante in Wagners Denken, ließ sich in ein solches Kontinuum der Widersprüche einfügen.



Udo Bernbach

Foto Picture Alliance

Hinzu kamen viele weitere Bücher, die den verzweigten Wegen der Wagner-Rezeption gewidmet waren. Dass Wagner und Bayreuth schließlich, ab den 1880er-Jahren, zu einem Mythologem ausgerechnet der Reichsgründung auf-

stiegen, gehört zu den befremdlichsten Querständen dieser Wirkungsgeschichte. Besonderes Aufsehen erregte schließlich die Biographie Houston Stewart Chamberlains, der als Anwalt des chauvinistisch-völkischen Bayreuth und Antisemit zum Stichtwortgeber Hitlers wurde. Chamberlain erscheint bei Bernbach jedoch nicht als frauenhafter Demagoge, sondern als belesener, abwägender Gebildeter – was die Ausmaße des Bayreuther Abgrunds der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nicht verringert, sondern um eine furchtbare Dimension erweitert hat.

Bernbach konnte ein streitbarer Intellektueller sein, doch ebenso liebte er die kluge Nachdenklichkeit. Vielleicht ist auch diese Paarung ein spätes, unbewusstes Erbe Sternbergers. Nun ist Udo Bernbach, wenige Monate nach seinem 86. Geburtstag, in Hamburg gestorben. LAURENZ LÜTTEKEN

Wir trauern um

Rolf Kissel

15. April 1929 – 25. Juni 2024

Rolf Kissel studierte freie Kunst an der Städelschule von 1956 bis 1961. Kunst war sein Lebensinhalt, soziale Verantwortung sein Credo.

Er ist in seinem 96. Lebensjahr nach kurzer Krankheit friedlich eingeschlafen.

Karin Beuslein
Prof. Dr. Rainer Diederich
Matthias Jochheim
Dr. Stephan Mann
Hans Möller
Eva Claudia Scholtz

Die Beisetzung findet am 17. Juli 2024 um 10.30 Uhr auf dem Waldfriedhof in Frankfurt-Oberrad statt.
Traueradresse: Eva Claudia Scholtz cscholtz@gmx.net

Ein ungedeckter Scheck

Claudia Roth sucht mit der Branche nach 17 Monaten den Dialog über Kernfragen der künftigen Filmförderung.

Blind Booking“ ist ein neuer Trend, seine Reise online zu buchen. Dabei kennt der Urlauber anfangs weder den genauen Ort noch den Preis oder das Verkehrsmittel. Er weiß nur, dass er unbedingt verreisen möchte. Eines ähnlichen Modells scheint sich die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM), Claudia Roth, bei der Durchsetzung zweier wichtiger Punkte ihrer Filmförderung zu bedienen, des Steueranreizmodells und der Investitionsverpflichtung für Plattformen und Sender. In Workshops in Berlin wurde in der vergangenen Woche erstmals über deren Kriterien und Umsetzung mit Branchenvertretern gesprochen. Die Kinovertreter und Verleiher sollen in dieser Woche gehört werden. Nach Aussagen eines Teilnehmers waren sich beim Steueranreizmodell zwar alle Beteiligten einig, dass es notwendig sei, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Filmstandorts Deutschland zu verbessern, doch seien viele konkrete Fragen weiterhin offen.

Achim Rohne, Geschäftsführer des Verbands Technischer Betriebe für Film und Fernsehen, stellt gegenüber der F.A.Z. fest, Claudia Roth habe „viele Monate verstreichen lassen, um jetzt endlich mit der gesamten Filmwirtschaft in den Dialog zu gehen. Auf der Berlinale 2023 wurde eine seit Jahren überfällige Filmförderreform verkündet, aber erst ein Jahr und fünf Monaten später im Detail mit den Verbänden diskutiert. Nach fünf Stunden gemeinsamer intensiver Arbeit kam Hoffnung auf, dass mit einem attraktiven Anreizsystem der Produktionsstandort Deutschland endlich wieder international wettbewerbsfähig werden könnte.“

Doch ist es nicht mehr als eine „Hoffnung“ auf eine baldige Verbesserung der schwierigen wirtschaftlichen Situation in Teilen der Filmwirtschaft. Denn die größten Dissonanzen bestehen nach wie vor zwischen Bund und Ländern bei der Finanzierung. Anfang Juli hatte sich die Ampelkoalition grundsätzlich darauf verständigt, dass es eine von Bund und Ländern gemeinsam erbrachte Filmförderzulage für Produzenten von Filmen und High-End-Serien von bis zu 30 Prozent der deutschen Herstellungskosten geben soll. Damit könne eine Reform realisiert werden, wie ein Sprecher von Claudia Roth der F.A.Z. sagte, „in der Filme besser ausgestattet sind, die Förderung automatisiert und Deutschland auch international attraktiver wird.“

Bisher erfolgt die nationale wirtschaftliche Förderung von Filmen und High-End-Serien durch Steuermittel, die der Bundestag jährlich festsetzt. Für 2024 sind 133 Millionen Euro vorgesehen. Künftig sollen sich auch die Bundesländer an dieser Alimentierung beteiligen. Als Begründung des Paradigmenwechsels hört man aus dem BKM das Argument, dass ja auch die Länder von zusätzlichen Produktionen profitieren.

Welche Länder davon in welcher Höhe und ab wann „profitieren“, gehört gegenwärtig zu den vielen Hochrechnungen, die unterschiedlich interpretiert werden. Skeptisch reagiert Heike Raab, Koordinatorin der Rundfunkpolitik der Länder, auf Nachfrage der F.A.Z. auf die Schönwetterprognosen aus Berlin. Die Rundfunkkommission diskutiere schon länger über eine Reform der Bundesfilmförderung. Die Länder erachten eine Reform als richtig, sagt sie. „Das Wachstumspaket der Bundesregierung zum Haushalt kennen wir nur als Eckpunktepapier, nicht aber, wie die Ideen konkret umgesetzt werden sollen. Darüber muss erst noch gesprochen werden“, sagt Heike Raab.

Claudia Roth geht davon aus, dass die zu erwartenden Steuerausfälle anteilig von Bund und den Ländern getragen werden. Das hatten die Länder jedoch bereits im Januar als unangemessen abgelehnt, denn die Finanzierung aus der Körperschafts- beziehungsweise Einkommenssteuer würde wegen der Verteilung der Gemeinschaftssteuern dazu führen, dass aus einer Bundes- eine nahezu hälftige Bundes- und Landesförderung wird. Im Jahr 2023 haben die Länder mit 205 Millionen Euro fast

40 Prozent der gesamten deutschen Filmförderung getragen. „Keiner kennt die Haushaltsvorlage der Bundesregierung“, stellt Heike Raab fest. „Wir schauen erst mal, was am Ende drinsteht. Für uns Länder ist immer die föderale Vielfalt wichtig. Deshalb können wir nur einer Reform zustimmen, bei der die Film- und Medienförderungen der Länder den regionalen Film- und Kunstbetrieb gedeihen lassen.“

Um endlich zu Ergebnissen zu kommen, wurde auf Initiative der Länder eine Arbeitsgruppe mit der Kulturstatsministerin gebildet, der Bayern, NRW, Berlin und Sachsen angehören. Nach einem aktuellen „Eckpunktepapier“ der Staatsministerin vom Juni ist zur Finanzierung der Filmförderungszulage anfangs mit Steuerausfällen von rund 200 Millionen Euro jährlich zu rechnen. Allerdings seien durch das Tex-Intensive-Modell zusätzliche Einnahmen von Steuern und Sozialabgaben von 226 bis 532 Millionen Euro zu erwarten.

Doch selbst in der Arbeitsgruppe geht man davon aus, dass die möglichen Effekte schöngerechnet werden, die prognostizierten Auftragssteigerungen nicht mehr als eine Vermutung und ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft sind. Die angepeilten Hebeleffekte würden sich vielleicht bei den drei großen Standorten ergeben, nicht aber bei der Mehrheit der Bundesländer, die sich alle zu einem steuerlichen Anreiz verpflichten müssten, so ist zu hören. Deshalb betrachten die meisten Staatskanzleien und Länderfinanzministerien das Steueranreizmodell nach wie vor skeptisch. Ein Gesetzentwurf, den die Arbeitsgruppe erstellt hat, fand nicht die Zustimmung aller 16 Bundesländer.

Kontroverser ging es beim zweiten Workshop zu, bei dem über die Details der Umsetzung der Investitionsverpflichtungen von Videoplattformen und Mediatheken gesprochen wurde. Hier war man sich nicht über das Ziel einer solchen Verpflichtung einig. Wie mit den anderen Branchenverbänden wurde vom BKM auch mit diesen wichtigen Inhaltebietern über viele Monate kein Interessensausgleich gesucht. Immerhin sollen alle TV-Sender ab 2025 mit einer Abgabe von 20 Prozent auf den Onlineumsatz kräftig zur Kasse gebeten werden.

Der Vaunet (Verband privater Medien) begrüßt, dass sich die Koalition endlich grundsätzlich auf ein steuerliches Anreizmodell verständigt hat. Dieses präferiert der Verband, weil damit eine Verbesserung der Förderung und ein direkter Nutzen für die Produktionswirtschaft einhergingen, ohne die Verwerter zu belasten. Auch deshalb stellen die privaten Anbieter eine Investitionsverpflichtung, die nicht einmal eine Produktion am Standort Deutschland garantiert, infrage. Man habe den Eindruck, dass die Initiatoren dieses Modells noch nicht ausreichend den unterschiedlichen Geschäftsmodellen Rechnung getragen hätten. Insgesamt, so ein Branchenvertreter, wird die Bereitschaft vermisst, dass selbst konstruktive und auf Streamingseite mitgetragene Kompromissvorschläge, die außerhalb der Investitionsverpflichtung liegen – etwa für den Bereich der Rechenteilung – nicht offen diskutiert würden, hieß es nach dem Workshop.

Trotz aller Differenzen sollen Referentenentwürfe für die Filmförderzulage sowie die Investitionsabgabe im zweiten Halbjahr 2024 im Kabinett beschlossen werden. Daran schließt sich das parlamentarische Verfahren an. „Im weiteren Prozedere muss der Finanzminister handeln und unter Einbeziehung der Länder auf Basis des Entwurfs der BKM zugänglich ein zustimmungsreifes Gesetz ausarbeiten. Es ist kurz vor zwölf, denn wenn auf den kommenden internationalen Filmfestivals im Herbst kein Anreizsystem für Produktionen in Deutschland vorgestellt werden kann, geht ein weiteres Produktionsjahr verloren. Dann mit gravierenden Auswirkungen auf Firmexistenzen, technische Ressourcen und Arbeitsplätze“, sagt Achim Rohne.

Doch selbst die Kulturstatsministerin glaubt nicht mehr an eine Verabschiedung noch in diesem Jahr. Nach Auskunft ihres Sprechers sollen alle Säulen der Reform der Filmförderung in dieser Legislaturperiode eingeführt werden. Die BKM werde sicherstellen, dass es zu keiner Förderlücke bis zur Einführung der Filmförderungszulage komme. Wenigstens ein Trost: Es darf weiter auf eine große Reform gehofft werden. HELMUT HARTUNG



Die Turnerin Pauline Schäfer-Betz

Foto SWR

Ist die Zeit des Kinderquälens vorbei?

Die Doku „60 Sekunden Perfektion“ schaut hinter die Kulissen des Turnsports

Erst Fußballeuropameisterschaft im eigenen Land, dann die Tour de France, vom 26. Juli bis zum 11. August die Olympischen Sommerspiele in Paris: Wer sich für Spitzensport interessiert, hat diesen Sommer das große Los gezogen und kann wochenlang vor den Geräten sitzen bleiben. Selbes gilt für die Sportjournalisten, die gerade im Dauereinsatz sind. Rund um die Ereignisse selbst kommentiert eine Berichterstattungsindustrie die Ereignisse mit Experten und Ex-Athleten, bettet ein, zieht Schlüsse, analysiert, beschwört aber vor allem die Emotionen der Wettkämpfer. Sportberichterstattung ist Emotionsvermittlungsmanagement. „Was haben Sie gefühlt?“, die althergebrachte Reporterfrage, meist floskelhaft beantwortet, stellt beim Sport Euphorie und Empathie, Freude und Niedergeschmettertsein, Sieg und Niederlage in den Mittelpunkt.

Bei „60 Sekunden Perfektion“, einer mehrteiligen SWR-Olympiavorbereitungsreportage im Fach Kunstturnen, ist das nicht anders. Turnen, laut Weltmeister und „Sportler des Jahres“ Lukas Dauser vermutlich „die härteste Sportart der Welt“, wird hier in vier Dreiviertelstunden zur Sache der Herausforderung und Überwindung des eigenen Körpers gemacht – und die Attraktivität des Sports als Emotionalisierungsanlass für Zuschauer.

Nur drei Folgen sind vorerst in der Mediathek zugänglich: „Schmerzen“, „Sieger“ und „Skandal“, die Folge „Showdown“ fehlt noch, was schade ist, denn sie beschäftigt sich final mit den Themen, die das Kunst- oder Geräteturnen zuletzt geprägt haben: In Folge drei und vier geht es um sexuelle Missbrauch im amerikanischen Turnsport und die Konsequenzen des deutschen Verbandes, es geht – ansatz-

weise schon in den ersten beiden Folgen – um das Verhältnis von Trainerinnen und Trainern zu den ihnen Anvertrauten. Es geht um die Selbstbestimmung ihrer Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Um Teamgedanken in einem Sport, der noch vor kurzem mit Drill, Disziplin und Demütigung verbunden war.

Fälle von psychischem und physischem Missbrauch kommen nach und nach ans Licht, in Deutschland stand beispielsweise das Turnspringen im Fokus. Die ehemalige Weltklassesportlerin Kim Bui hat über ihre Erfahrungen mit Bulimie, Schlankeitsdruck und Sexismus ein viel beachtetes Buch geschrieben. In den ersten beiden Folgen von „60 Sekunden Perfektion“ ist sie in Interviewpassagen und mit dem deutschen Turnerinnenteam in ihrer jetzigen Mentorenrolle präsent. Wie die amerikanischen Turnerinnen auch turnt das deutsche Team nicht mehr halb nackt, sondern in Ganzanzügen.

Formal folgt „60 Sekunden Perfektion“ der üblichen, uninspirierten Sport-Countdown-Dramaturgie und setzt auf die entsprechende Musiksoße. In den ersten beiden Folgen geht es zentral um Elisabeth Seitz, die sich in der Vorbereitung auf die Turn-WM 23 in Antwerpen einen Achillessehnenriss zuzieht. Was besonders bitter für das deutsche Frauen-Team ist, weil nur die besten 12 der 24 Startnationen das Team-Olympiaticket, also fünf Startplätze, lösen. Operation, Reha und Rekonvaleszenz mit 30 Jahren, darum geht es zwischen Wettkampfbereitstellung und Leistungskommmentierung. „60 Sekunden Perfektion“ feiert die Opferbereitschaft der Athleten, und stellt das neue nationale Turn-„Mindset“ der Trainer und Betreuer vor: Teamgedanke statt Einzelkämpfer-

tum, Empowerment statt Herabsetzung. Fair Play, Gönner-Können – das sieht wie Bundesjugendspiele ohne Siegeswillen aus. Die Turnerinnen selbst sprechen übers Miteinander. Mehrfach betont der Bundestrainer Gerben Wiersma gegenüber den Athletinnen, dass es darum gehe, „Spaß“ zu haben. Was Ehrgeiz nicht ausschließt, aber auch als mentale Sportlerinnen-Überforderung sichtbar wird. Gewinnen sollen sie auch als Vorbilder.

Die Europameisterin 2022 am Stufenbaren und dreimalige Olympiateilnehmerin Elisabeth Seitz wird schließlich wieder superfit mit der 16-jährigen Helen Kevric um den letzten verbliebenen Olympia-Startplatz konkurrieren. Wer gesehen hat, wen die ARD inzwischen als Expertin fürs Turnen bei den Olympischen Spielen verpflichtet hat, weiß, wie der Zweikampf zwischen Kevric und Seitz ausgeht.

Lukas Dauser und Fabian Hambüchen, beide Weltmeister, bestreiten große Teile der zweiten Folge „Sieger“, die das Männerturnen beobachtet. Als Dokumentationsformat ist „60 Sekunden Perfektion“, abgesehen von der nervtötenden Musik, durchschnittlich, als Hintergrundreportage freilich aussagekräftig: Spaß und Sein-Bestes-Geben, Dabeisein-ist-alles sei das, was hierzulande zählt. Wenn zusätzlich zum guten Gefühl Medaillen abfallen, umso besser. Definitiv positiv ist die Vermittlung der Botschaft, dass Kinderquälens und Verbissenheit um jeden Preis im Sport keinen Platz (mehr) haben sollten. HEIKE HUPERTZ

Turnen – 60 Sekunden Perfektion steht in der ARD-Mediathek. Die Ausstrahlung im Ersten findet am 20. Juli um 18.15 Uhr statt. Der SWR zeigt die Serie am 25. Juli ab 1.05 Uhr nachts.

Fake News über Luxemburg

Der MDR korrigiert „Brisant“ nach Bericht der F.A.Z.

Die Überschrift lautet: „Richtigstellung“. Zwei Tage nach Veröffentlichung des Artikels „Blick in die Schatzkammern: Wie reich sind die europäischen Royals?“ gesteht der MDR alle Faktenfehler ein, die diese Zeitung aufgedeckt hatte.

Der Artikel, der von der „Brisant“-Online-Redaktion verantwortet wurde, ist nicht mehr im Internet auffindbar. Der MDR schreibt: „Der gesamte Artikel befindet sich nun in der Überarbeitung und wird vorerst depubliziert.“ Mit Depublizierung ist gemeint, dass der Artikel aus dem Internet entfernt wird. „Brisant“ selbst spricht verharmlosend nur von „Ungenauigkeiten“. Das Wort „Fehler“ kommt der „Brisant“-Redaktion nicht über die Lippen, sie verlinkt auf ihrer Website auf die Richtigstellung des MDR.

Tatsächlich hatte die „Brisant“-Redaktion einfachste Grundsätze der Recherche missachtet. Der MDR gesteht das wie folgt ein: „So ist die Rede vom Großherzog Henri von Luxemburg und einem geschätzten Privatvermögen von rund 3,3 Milliarden Euro“. Hierbei ist erstens die Quelle der Schätzung aus dem Jahr 2019 im Text nicht benannt worden: Damals war das der „Business Insider“. Zweitens

ist die Quelle nicht gegenrecherchiert worden. Bereits 2019 wurde die Schätzung des „Business Insider“ vom großherzoglichen Hof in Medienberichten dezentiert. Eine Anfrage an den Hof ist durch die BRISANT-Online-Redaktion ebenfalls nicht erfolgt.“

Die F.A.Z. hatte darauf hingewiesen, dass die genannten 3,3 Milliarden Euro eine Phantasiezahl ohne Realitätsbezug seien, und Hinweise des Palastes sowie luxemburgischer Medien zitiert. Zudem hatte die F.A.Z. die Beschriftung eines ausgewählten Fotos gleich in dreifacher Hinsicht als falsch bezeichnet. Nun hat sich der MDR dieser Kritik vollumfänglich angeschlossen, der Sender schreibt:

„Außerdem enthält die Bildunterschrift eines verwendeten Fotos auf der Online-Seite mehrere Fehler. Die Schlussfolgerung ‚Der milliarden schwere Adel‘ basiert lediglich auf der nicht gegenrecherchierten Quelle. Die Information der Foto-Agentur über den Anlass, dass sich die Menschen auf dem Foto bei einem Requiem zu Ehren von Otto von Habsburg zusammengefunden haben, wurde unrichtig publiziert. In der Bildunterschrift steht, dass die Beteiligten bei einem Konzertbe-

such seien. Außerdem wurde die richtige Information der Foto-Agentur, dass sich auf dem Foto die Frau von Hans Adam II. von und zu Liechtenstein befände, falsch verarbeitet, so dass nun in der Bildunterschrift steht, sie sei die Frau vom Großherzog Henri von Luxemburg.“

Der Vorfall könnte die Debatte erneut entfachen, ob es tatsächlich Aufgabe der ARD ist, Klatschgeschichten über Royals im Stil der Regenbogenpresse zu verbreiten. Falschangaben über den Reichtum einer Familie können zudem deren Sicherheit gefährden. Ein Sohn des luxemburgischen Großherzogs lebt mit seiner deutschen Frau und den gemeinsamen Kindern in Frankfurt am Main.

Erst vor vier Wochen musste der MDR einen anderen „Brisant“-Bericht korrigieren. In der Sendung vom 11. Juni berichtete man über eine Familie aus Deutschland, die während ihres Urlaubs in Ägypten von der FTI-Pleite überrascht wurde. Obwohl die Reise in Deutschland bezahlt war, wurde die Familie vom Hotelmanagement mit einer Geldforderung konfrontiert und fühlte sich bedroht. „Brisant“ hatte den Namen des Hotels falsch benannt. JOCHEN ZENTHÖFER

fair“-Ausgaben auf durchschnittlich 130.000 Abrufe gekommen. Im linearen TV kam „Hart aber fair“ im ersten Halbjahr 2024 im Schnitt auf 2,19 Millionen Zuschauer (Marktanteil 9 Prozent). Bei „Caren Miosga“ waren es 3,24 Millionen (Marktanteil 14,1 Prozent), „Maischberger“ kam auf 1,43 Millionen Zuschauer und 11,7 Prozent. epd/F.A.Z.



Verachtung

Von Michael Hanfeld

Mit seinen Einlassungen auf der Plattform X hat sich der Gagschreiber und Autor Sebastian Hotz, bekannt unter dem Künstlernamen „El Hotzo“, keinen Gefallen getan. Was hätten der „letzte Bus“ und Donald Trump gemeinsam, hatte er nach dem Attentat auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten geschrieben. Seine Antwort: „leider knapp verpasst“. Die zweite Bemerkung lautete: „Ich finde es absolut fantastisch, wenn Faschisten sterben.“

Nach aufbrander Kritik löschte Hotz die beiden Einträge und schob die Erklärung nach: „Absolut niemand zwingt einen, Mitleid mit Faschisten zu haben, man kann es ohne die geringste Konsequenz einfach lassen.“ Auch mit dieser Abschtichtung – zwischen dem Bedauern darüber, dass Trump den Anschlag überlebt hat, und fehlendem Mitleid „ohne die geringste Konsequenz“ –, kommt „El Hotzo“ bei seinem früheren und seinem aktuellen öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber indes nicht gut an. Er war Gagschreiber für das „ZDF Magazin Royale“ des Unterhalters Jan Böhm, und er ist Gastgeber des Radioformats „Theoretisch Cool“ bei Radio Fritz, dem Jugendradio des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Beide Sender distanzieren sich von Hotz, wie die Nachfrage der F.A.Z. ergibt. Hotz sei „kein Mitarbeiter des ZDF“ hieß es vom Sender aus Mainz am Sonntagabend. Er habe „zeitweise als freier Autor für das ZDF Magazin Royale gearbeitet“. Zurzeit gebe „es keine Zusammenarbeit mit ihm“. Die Äußerungen auf seinen Social-Media-Accounts stünden „in keinem Zusammenhang mit dem ZDF“. Deutlich wurde am Montag dann auch der RBB. „Die zitierten Posts sind menschenverachtend und widersprechen den Werten des RBB, in unseren Sendungen hätten solche Äußerungen keinen Platz“, sagte ein Sprecher des Senders auf Anfrage. „Wir suchen jetzt Kontakt zum Autor und werden mit ihm sprechen. Dann entscheiden wir über unser weiteres Vorgehen.“ Dass jemand, der ein Attentat bejubelt, beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk sein Auskommen findet, dürfte in der Tat schwer zu erklären sein. Auf die rechtliche Dimension hat der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hingewiesen: „Die öffentliche Billigung von schweren Straftaten“ ist gemäß Paragraph 140 Strafgesetzbuch selbst strafbar, sie wird geahndet mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldbuße. Er gehe davon aus, so Kubicki auf der Plattform X, „dass die Staatsanwaltschaft sich mit diesem Tweet beschäftigen wird“. Wir sind derweil gespannt, was der RBB nun macht.

Die Europameisterin 2022 am Stufenbaren und dreimalige Olympiateilnehmerin Elisabeth Seitz wird schließlich wieder superfit mit der 16-jährigen Helen Kevric um den letzten verbliebenen Olympia-Startplatz konkurrieren. Wer gesehen hat, wen die ARD inzwischen als Expertin fürs Turnen bei den Olympischen Spielen verpflichtet hat, weiß, wie der Zweikampf zwischen Kevric und Seitz ausgeht.

Lukas Dauser und Fabian Hambüchen, beide Weltmeister, bestreiten große Teile der zweiten Folge „Sieger“, die das Männerturnen beobachtet. Als Dokumentationsformat ist „60 Sekunden Perfektion“, abgesehen von der nervtötenden Musik, durchschnittlich, als Hintergrundreportage freilich aussagekräftig: Spaß und Sein-Bestes-Geben, Dabeisein-ist-alles sei das, was hierzulande zählt. Wenn zusätzlich zum guten Gefühl Medaillen abfallen, umso besser. Definitiv positiv ist die Vermittlung der Botschaft, dass Kinderquälens und Verbissenheit um jeden Preis im Sport keinen Platz (mehr) haben sollten. HEIKE HUPERTZ

Jeweils knapp 50 Millionen

HR und SWR schließen 2023 mit Überschuss ab

Beim Hessischen Rundfunk (HR) und beim Südwestrundfunk (SWR) klingen die Kassen. Die Rekordergebnisse des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch den Rundfunkbeitrag mit mehr als neun Milliarden Euro im Jahr 2023 schlagen sich nieder. So schloss der HR das Geschäftsjahr 2023 mit einem Überschuss von 49,2 Millionen Euro ab. Ausgaben von 527,5 Millionen stehen Erträge von 576,7 Millionen Euro gegenüber. Der SWR nahm 2023 rund 1,35 Milliarden Euro ein, die Ausgaben lagen bei rund 1,3 Milliarden, bleibt ein Bilanzüberschuss von 48,8 Millionen Euro. Die Zahlen sind umso bemerkenswerter, als der HR über Jahre ein rechnerisches Defizit angehäuft und der SWR 2022 noch ein Minus von 70 Millionen Euro bilanziert hatte. Auch anlässlich der Ende Juni erst angekündigten massiven Umschichtungen in allen Geschäftsbereichen und in den Programmen hatte der SWR darauf verwiesen, dass man mit einem „dauerhaften strukturellen Defizit“ von rund 70 Millionen Euro pro Jahr rechne. Im Internetauftritt des Senders heißt es zudem unter dem Stichpunkt „Finanzen“: „Allerdings hat sich die finanzielle Lage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den vergangenen Jahren stetig verschlechtert.“ Die aktuellen Zahlen der Sender sagen (auch wenn die Mehrerträge zum Teil für die Jahre 2025 bis 2028 zurückgelegt werden müssen) etwas anderes. miha.

Kurze Meldungen

Klamroth mit Gnadenfrist

Die ARD will für ihre politischen Talkshows im Ersten für 2025 ein neues Gesamtkonzept erarbeiten. Die nonlinearen Angebote sollen gestärkt werden, teilte die ARD-Programmdivision mit. Auch 2025 sollen die drei Sendungen „Caren Miosga“, „Maischberger“ und

„Hart aber fair“ auf ihren bisherigen Sendeplätzen zu sehen sein. Die Zukunft von „Hart aber fair“ war zuletzt unklar. Im Vertrag zwischen dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) und dem Unternehmen Florida Factual, das die von Louis Klamroth moderierte Talkshow produziert, wurden zwei Ziele festgelegt: Die TV-Marktanteile dürften

im ersten Halbjahr 2024 nicht niedriger ausfallen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Und die Ausgaben in der ARD-Mediathek sollten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres im Schnitt 250.000 Abrufe erreichen. Der Vertrag sah für den WDR die Option vor, die Sendung zum Jahresende 2024 zu beenden, sollten diese Ziele nicht erreicht

werden. „Hart aber fair“ erreichte nur das erste Ziel. Die Zahl der Onlineabrufe beziffert die ARD-Programmdirektion auf durchschnittlich 200.000 pro Ausgabe. Die vertragliche Ausstiegsoption wurde jedoch nicht gezogen. Zugutegehalten wird der Talkshow, dass es insgesamt eine Steigerung gab. Im Gesamtjahr 2023 waren die „Hart aber

17 Milliarden im Haushalt noch ungeklärt

Der Entwurf für den Haushalt 2025 steht. Ein zweistelliger Milliardenbetrag kaschiert, dass die Regierung mit ihrer Arbeit längst nicht fertig ist.

Von Manfred Schäfers, Berlin

Der Haushaltsentwurf 2025 ist fertig – und doch nicht. Denn in der Vorlage, die das Kabinett am Mittwoch beschließen wird, steht nach wie vor eine ungeklärte Lücke von 17 Milliarden Euro. Globale Kreditaufnahme geringer sind als die geplanten Abflüsse. Da die Ministerien erfahrungsgemäß nicht alles komplett ausgeben, was ihnen zur Verfügung steht, geht das Finanzministerium regelmäßig davon aus, dass im Haushalt immer ein paar Milliarden Euro fehlen können, ohne dass dies am Ende zu Problemen führt. Aber ein zweistelliger Milliardenbetrag gilt als zu hoch, daher will die Regierung die globale Minderausgabe bis Mitte August auf 9 Milliarden Euro drücken – das wäre etwa das Niveau früherer Jahre. In einem Monat geht der dicke Gesetzesentwurf an den Bundestag, damit sich die Abgeordneten nach der Sommerpause erstmals darüber beugen können. Die abschließende Lesung ist Ende November geplant.

Dem Kabinettsbeschluss ist ein langes Ringen vorausgegangen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) haben insgesamt rund 80 Stunden miteinander verhandelt, bis das Rahmengerüst für das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm stand. Teil der Einigung ist ein Nachtragshaushalt für dieses Jahr, die mittelfristige Finanzplanung bis einschließlich 2028 und Eckpunkte zur Stärkung der Wachstumskräfte. All das soll das Kabinett jetzt absegnen. Für das laufende Jahr bereitet die Regierung eine um 11,3 Milliarden

Euro höhere Nettokreditaufnahme vor – was die Schuldenregel wegen der schwachen Konjunktur zulässt. Das Geld fließt in den Klimafonds, wird für das Bürgergeld benötigt, ermöglicht es, geringere Steuereinnahmen auszugleichen.

Im Haushaltsentwurf 2025, aber auch in der weiteren Finanzplanung stecken noch viel Arbeit. Die Bundesregierung prüft drei Maßnahmen, mit denen sie 2025 die globale Minderausgabe auf das übliche Niveau drücken will: die Nutzung von Mitteln bei der staatlichen Förderbank der KfW, die für die Gaspreisbremse nicht benötigt wurden, sowie Darlehen einerseits für die Deutsche Bahn und andererseits für die Autobahn GmbH des Bundes. Die Frage ist, ob diese als finanzielle Transaktion zu werten wären. In dem Fall stiege der zulässige Rahmen für die Neuverschuldung des Bundes. Dahinter steht die Überlegung, dass solchen Krediten neue Vermögenswerte gegenüberstehen, sich also die Schuldenlage des Bundes netto nicht verändert.

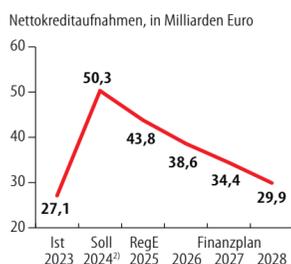
Ob dies in den drei Prüffällen möglich sein wird, ist rechtlich und politisch heikel. Die KfW-Restmittel gehen auf Notlagenkredite zurück. Die Verschiebung der Corona-Kredite in den Klimafonds hatte das Bundesverfassungsgericht im November gestoppt – und damit die Ampelkoalition in eine tiefe Krise gestürzt. Man kann davon ausgehen, dass Lindner sich keine neue Ohrfeige aus Karlsruhe einhandeln will und daher nichts mittragen dürfte, was verfassungsrechtlich nicht sicher ist. Bei den möglichen Darlehen für die Bahn und die Autobahn GmbH dürften die Konditionen eine Rolle spielen – und die offene Frage, wie sie später zurückgezahlt werden sollen. Nach F.A.Z.-Informationen will sich der Finanzminister doppelt absichern. Er baut auf ein Gutachten von Johannes Hellermann, Lehrstuhlinhaber

Entwurf für den Bundeshaushalt 2025

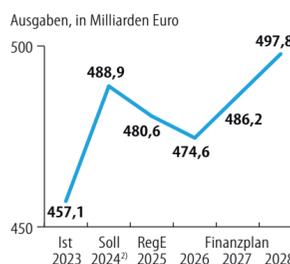
Veränderung gegenüber dem Soll 2024¹⁾, in Millionen Euro

Bundesministerium für Arbeit und Soziales	3582
Bundesministerium für Digitales und Verkehr	2523
Bundesministerium für Verteidigung	1298
Bundesministerium für Bildung und Forschung	833
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	694
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	569
Bundesministerium des Inneren	403
Bundesministerium der Finanzen	332
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	247
Bundeskanzleramt	36
Bundesministerium der Justiz	13
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	-68
Bundesministerium für Gesundheit	-269
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	-833
Auswärtiges Amt	-836
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	-937

1) Ohne Nachtragshaushalt.



2) Mit Nachtragshaushalt. / Quelle: Bundesministerium der Finanzen / FA.Z.-Grafik nhe.



für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld, dazu wird er außerdem seinem Wissenschaftlichen Beirat um eine Stellungnahme bitten.

Die weitere Finanzplanung enthält ebenfalls noch erheblichen Handlungsbedarf, der mit globalen Minderausgaben kaschiert wird. Im Bundesfinanzministerium beziffert man diese Aufgabe auf 13 Milliarden Euro für die Jahre 2026 und 2027. Im Jahr 2028 beträgt er sogar rund 39 Milliarden Euro. „Der größte Teil (28 Milliarden Euro) ist auf die Erhöhung des Einzelplans für das Bundesministerium für Verteidigung auf 80 Milliarden Euro nach Auslaufen des Sondervermögens

Bundeswehr zurückzuführen“, heißt es. Es ist schwer vorstellbar, dass die Ampelkoalition diese Lücken mit dem nächsten Finanzplan schließen kann. Das dürfte eine der ersten Aufgaben der nächsten Regierung werden.

Zu den Maßnahmen, mit denen SPD, Grüne und FDP die Wachstumskräfte stärken wollen, gehören höheren Freibeträge für Erwachsene und Kinder in der Einkommensteuer, der Abbau der kalten Progression, die Erhöhung des Kindergelds, stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme, die Verlängerung der depressiven Abschreibung und die Ausweitung der Forschungsförderung.



Transatlantische Schuldenberge

Von Gerald Braunberger

Pierre Moscovici, der Präsident des französischen Rechnungshofs, hat nicht zum ersten Mal die Alarmglocke geläutet. Eine Reduzierung der staatlichen Neuverschuldung sei für jede neue Regierung unerlässlich, sagte Moscovici in Paris. Ansonsten drohe die Politik den finanziellen Spielraum zu verlieren. Moscovici steht nicht allein. François Villeroy de Galhau, der Gouverneur der Banque de France, warnt ebenfalls schon seit Langem – wie übrigens auch Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire, der in den sieben Jahren seiner Amtszeit allerdings wenig unternommen hat, um die ausufernden Defizite in den Griff zu bekommen. Die Sanierung der französischen Staatsfinanzen erfordert eine lange währende Haushaltsdisziplin, die nicht als gesichert erscheint. Keine größere politische Gruppierung in der Nationalversammlung spricht sich für eine straffe Konsolidierungspolitik aus.

Auf der anderen Seite des Atlantiks sieht es nur auf den ersten Blick besser aus. Präsident Bidens „Inflation Reduction Act“ wurde zwar gerade auch von manchen deutschen

Ökonomen gelobt, aber er hat der schon seit Langem steil steigenden Staatsverschuldung einen weiteren Schub verliehen. Die längerfristigen Prognosen der amerikanischen Staatsverschuldung werfen mittlerweile ebenfalls Fragen nach ihrer Nachhaltigkeit auf. In der Vergangenheit wurden solche Besorgnisse mit dem Argument beantwortet, als Produzent der mit Abstand wichtigsten Währung der Welt und als Heimstätte hocheffizienter Kapitalmärkte besäßen die Vereinigten Staaten ein „exorbitantes Privileg“ (Charles de Gaulle), das ihnen eine im Vergleich zu anderen Ländern höhere Verschuldung gestatte.

Aber auch ein solches Privileg muss nicht ewig währen. Wie in Paris ist auch in Washington keine bedeutende Kraft erkennbar, die der Konsolidierung der Staatsfinanzen Vorrang gewähren will. Die Idee, Staatsverschuldung lasse sich mit künftigem Wirtschaftswachstum finanzieren, klingt verlockend. Aber sie ist trügerisch, denn sie entstammt einer Zeit, als das Potentialwachstum der westlichen Länder ungleich höher war als heute.

Handelspolitik unter China-Schock

Von Hendrik Kafsack, Brüssel

Ihre Chinapolitik wird EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Wiederwahl Ende der Woche nicht kosten. Die Zeit des naiven Globalisierungsglaubens ist vorbei. Von der Leyen hat das früh erkannt und 2023 eine neue Chinapolitik ausgerufen, die auf klare Kante und wehrhafte Wirtschaft setzt.

Es war höchste Zeit. Zu lange hat die EU passiv zugehört, wie China die Handelspolitik für geopolitische Ziele genutzt, gezielt Abhängigkeiten aufgebaut, die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen monopolisiert und wie es mit hohen Subventionen Produktion aufgebaut hat.

Das De-Risking von China auszurufen, um die zu große Abhängigkeit zu mindern, war richtig. Auch das Brüssel Nadelstiche gegen unfairen Wettbewerb setzt wie mit den Zöllen auf chinesische Elektroautos, ist per se nicht falsch. Peking braucht ab und an klare Kante, um es an internationale Handelsregeln zu erinnern.

Die Kommission droht aber zu überziehen. Sie nutzt die ihr zur Verfügung stehenden Schutzinstrumente gegen unfairen Wettbewerb momentan so roge wie nie, um China auszuweichen, ob es um Beteiligungen an Bahnprojekten in Bulgarien und Solarparks in Rumänien oder die Lieferung von Windturbinen geht. Der Erfolg dieser Strategie gibt ihr vermeintlich recht. Die Chinesen haben zwar reagiert und gleich mehrere Verfahren gegen EU-Produkte eingeleitet. Das ist aber bisher nur Säbelraseln. Peking gibt sich zahm und setzt auf Verhandlungen.

Wohin die am Ende führen, bleibt abzuwarten. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump kann ein Lied davon singen, was Deals mit Peking wert sind. Von der Leyen sollte sich aber auch unabhängig davon fragen, inwieweit sie ihre Handelspolitik am Vorbild der USA orientieren will.

Genau das tut sie mit dem aggressiven Vorgehen gegen China. Wie die USA setzt die EU-Kommission mit dem Schutz vermeintlich unentbehrlicher Branchen auf Abschottung. Sie verschleierte das nur, indem sie auf Basis von scheinbar objektiven Fakten und Formeln einen durch unfaire Praktiken Chinas verursachten Schaden kalkulierte, der ausgeglichen werden muss. Zölle von 17,4 oder 37,6 Prozent wirken viel weniger willkürlich als die von Präsident Joe Biden verhängten 100 Prozent auf E-Autos aus China. Aber Brüssel handelt so politisch wie Washington – und was nicht passt, wird passend gemacht.

Das hat etwas Verzweifeltes. Die Kommission wirkt getrieben von der Angst, dass die EU mit China nicht mithalten kann und wie die

USA Anfang dieses Jahrtausends ihren ganz eigenen China-Schock erlebt mit Deindustrialisierung und einem Zulauf für Populisten. Ihr Handeln entspringt der späten Erkenntnis, dass strikte Klimaziele und Auflagen für Autos zwar das klimapolitische Gewissen beruhigen. Eine automatische Vorreiterrolle im Wettbewerb um grüne Technologien folgt daraus aber nicht.

Es ist ein Symbol des Scheiterns. Die EU scheitert wegen des Widerstands von Staaten wie Frankreich daran, sich mit Handelsabkommen Märkte jenseits von China zu erschließen. Die EU hat die Wettbe-

Das aggressive Vorgehen der EU gegen China zeigt keine Stärke. Es hat etwas Verzweifeltes.

werbsfähigkeit und Innovationsförderung zu lange vernachlässigt.

Es ist das Eingeständnis, dass die EU keine Antwort auf den Erfolg Chinas hat. Der ruht nicht nur auf Staatshilfen und unfairem Wettbewerb. China ist innovativ, wie etwa die Patentanmeldungen in der Künstlichen Intelligenz zeigen. China baut nicht nur billige, sondern gute E-Autos, Solarpaneele, Windturbinen.

Das einzugestehen ist schwer. Viel leichter ist es, die Schuld für das eigene Versagen bei anderen zu suchen. Auch das erinnert an Trump. Zur Not redet man sich ein, dass es um die nationale Sicherheit geht, Elektroautos Spionagemaschinen auf vier Rädern sind und Peking Windräder via Satellit abschalten kann. Das mag dann nicht mehr naiv sein, aber paranoid.

Nur, die Wettbewerbsfähigkeit der EU wird die Flucht in Abschottung und Staatshilfen nicht retten. Glaubt die Kommission ernsthaft, sie könne durch die Blockade chinesischer Hersteller von Solarpaneelen und Windturbinen die Produktion in Europa erhalten? Dieses Rennen ist längst verloren. Die Autozölle erkaufen den trägen Europäern im Idealfall etwas Zeit, im schlimmsten bremsen sie nötige Kooperation mit den Vorreitern aus China aus. Zugleich verteuert das Vorgehen den Green Deal und verringert die Auswahl für den Verbraucher. Das ist ein hoher Preis für den Schutz einiger Produzenten.

Die EU sollte ihren China-Schock als Chance sehen. Sie muss sich abermals neu erfinden. Klare Kante kann sie auch mit guten Ideen zeigen, für das nächste große Ding im globalen Innovationswettbewerb.

Trump verspricht neue „America First“-Ära

Das Parteiprogramm der Republikaner ist für Einfuhrzölle und „faire Vereinbarungen“ mit Handelspartnern

lid. NEW YORK. Ein Ende der Inflation und „die großartigste Wirtschaft in der Geschichte“: Die Republikaner machen in ihrem offiziellen Wahlprogramm große Versprechungen. Das 16 Seiten lange Dokument wurde kurz vor ihrem Parteitag in Milwaukee in dieser Woche veröffentlicht, der trotz des Attentats auf ihren Präsidentschaftskandidaten Donald Trump planmäßig über die Bühne gehen soll. Das Programm ist klar auf Trump zugeschnitten und unterstreicht, wie sich die Partei ihm untergeordnet hat. Es trägt Trumps Wahlkampfslogan „Make America Great Again“ als Titel und verspricht eine „America First“-Politik, wie sie von Trump seit seinem ersten Wahlkampf gepredigt wird. Neben Themen wie Einwanderungs- oder Außenpolitik nehmen auch Wirtschaftsfragen breiten Raum ein. Einige Kernpunkte wie Steuererleichterungen oder der Abbau von Regulierungen decken sich dabei zwar mit der traditionellen Parteiphilosophie. Dafür ist anders als in früheren Programmen keine Rede von einer Reduzierung der Staatsschulden, und es wird ausdrücklich versprochen, dass „nicht ein Penny“ von staatlichen Sozialprogrammen wie der Medicare-Krankenversicherung für Senioren gestrichen werden soll. In der Vergangenheit waren Kürzungen bei solchen Programmen ein zentrales Anliegen der Republikaner.

Die Wahlprogramme der großen amerikanischen Parteien sind üblicherweise ausführliche Dokumente mit Leitlinien für ein breites Spektrum von Themen, und sie werden in erster Linie in politischen Kreisen aufmerksam verfolgt, und nicht so sehr in der breiten Öffentlichkeit. 2016 hatte das Programm der Republikaner noch 66 Seiten. 2020 hat sich die Partei inmitten der Pandemie gar keine Mühe gemacht, ein neues Programm aufzulegen, und diesmal spiegelt das

knappes Dokument in erster Linie wider, was von Trump auch auf seinen Wahlkampfundgebungen oder in Einträgen auf seiner Onlineplattform Truth Social zu hören ist. Es konzentriert sich auf allgemeine politische Richtlinien, bescheinigt dem Land, sich heute in einem „ernsthaften Verfall“ zu befinden, und enthält wenig konkrete Vorhaben. Wie die „Washington Post“ berichtete, hat Trump selbst an dem Programm mitgeschrieben. In einer Präambel werden zwanzig „Versprechungen“ in Großbuchstaben gemacht, wie Trump sie auch gern auf Truth Social benutzt. Eines davon lautet, die „größte Abschiebungaktion in der amerikanischen Geschichte“ durchzuführen. Für besonders viel Aufmerksamkeit im neuen Programm sorgte

der Umstand, dass hier anders als in früheren Programmen kein nationales Abtreibungsverbot mehr gefordert wird. Beobachter meinen, Trump wolle hier gemäßigte Töne anschlagen, weil er das Thema seit der Aufhebung des nationalen Rechts auf Abtreibung durch den Obersten Gerichtshof vor zwei Jahren als möglichen wunden Punkt in seiner Kampagne sehe.

Mit Blick auf die Wirtschaft versprechen die Republikaner, „die schlimmste Inflationskrise in vier Jahrzehnten“ rückgängig zu machen, unter anderem mit dem Abbau von Regulierungen. Beispielsweise sollen „marktverzerrende Restriktionen bei Öl, Erdgas und Kohle“ aufgehoben werden, es solle auch weniger strenge Regulierung auf Gebieten wie

Künstliche Intelligenz und Kryptowährungen geben. Das Programm sieht weiterhin vor, die in Trumps erster Amtszeit 2017 verabschiedete Steuerreform über ihre bisherige Geltungsdauer bis 2025 hinaus permanent zu machen. Es solle zudem weitere Steuerentkennungen geben. Beispielsweise sollen Trinkgelder in der Gastronomie und Hotellerie steuerfrei gemacht werden, diesen Punkt hat Trump zuletzt auch wiederholt auf seinen Kundgebungen erwähnt. Das Programm enthält keine konkreten Details über eine weitere Senkung des Unternehmenssteuersatzes, der im Zuge der Steuerreform schon von 35 auf 21 Prozent gefallen ist. Trump hat kürzlich aber gegenüber Topmanagern gesagt, er peile eine weitere Absenkung auf 20 Prozent an. Der amtierende Präsident Joe Biden hat dagegen Pläne für Steuererhöhungen angekündigt.

Passend zu Trumps „America First“-Philosophie ist auch die Handelspolitik Gegenstand des Wahlprogramms, wenn auch in sehr vager Form. Die Partei sagt, sie wolle faire Vereinbarungen mit Handelspartnern, und sie unterstütze Einfuhrzölle, sie erklärt außerdem „strategische Unabhängigkeit von China“ zum Ziel. Trump ist im Wahlkampf schon ein einiges konkreter geworden als jetzt in dem Programm. Er hat gesagt, er wolle Einführen in die USA pauschal mit einem Zoll von 10 Prozent belegen, für Einfuhren aus China sollten es sogar 60 Prozent sein. Viele Ökonomen haben gesagt, solche Zölle würden die Inflation in den USA wieder nach oben treiben, also das Gegenteil dessen erreichen, was Trump als Ziel ausgibt. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie des Thinktanks Peterson Institute for International Economics würden die von Trump vorgeschlagenen Zölle den durchschnittlichen amerikanischen Haushalt mindestens 1700 Dollar im Jahr kosten.



MAGA: Trumps Wahllogan wurde in den USA zum geläufigen Kürzel. Foto AFP

BIO ALS WOHLSTANDSPRODUKT

Die Zahl der Bio-Bauernhöfe ist erstmals seit drei Jahrzehnten nicht mehr gestiegen. Warum?

Wirtschaft, Seite 17

GEGEN DAS GEFÄNGNIS-ELEND

James Timpson stellte ehemalige Häftlinge ein. Nun soll er die Lage als britischer Minister verbessern.

Unternehmen, Seite 20

KAMPFANSAGE AN LIDL UND CO.

Der Gemischtwarendiscounter Action wächst rasant. Die Chefin sagt: Das Tempo erhöht sich noch.

Unternehmen, Seite 22

Die globalen CO₂-Emissionen steigen immer weiter an, und das, obwohl einige Länder wie Deutschland große Anstrengungen im Klimaschutz unternehmen. Das liegt auch daran, dass trotz der sich zuspitzenden Klimakrise vielerorts der Anreiz für eine ambitionierte Klimapolitik gering ist, stehen doch immer noch genügend fossile Energieträger zu relativ niedrigen Preisen zur Verfügung. Und während jedes Land die vollen Kosten seiner Klimapolitik trägt, verteilt sich der Nutzen lokaler Klimaanstrengungen diffus über die ganze Welt. Wir brauchen daher ein starkes Engagement der Akteure, die willig sind, den Klimawandel zu bekämpfen. Doch ist es sinnvoll, sich dabei auf nationale CO₂-Reduktionsziele zu konzentrieren? In diesem Artikel argumentiere ich, dass wir erstens dazu neigen, uns zu sehr auf die eigene Klimabilanz zu fokussieren, sodass wir zweitens Chancen für wirksamere Klimapolitik verpassen.

Warum fokussieren wir uns auf den eigenen CO₂-Fußabdruck? Erinnern Sie sich noch an Greta Thunbergs Segeltörn nach New York City? Greta Thunberg hat im Kampf gegen den Klimawandel mehr erreicht als die meisten Menschen. Für meine Fragestellung ist aber weniger ihr Verhalten relevant, sondern die Berichterstattung über den Segeltörn: Manche lobten die CO₂-Einsparung, andere kritisierten, dass durch nötige Rücktransporte am Ende mehr CO₂ ausgestoßen wurde. Interessanter ist aber die globale Perspektive. Bei einem damaligen Preis von etwa 10 Dollar pro Tonne CO₂ im kalifornischen Emissionshandel hätte selbst bei konservativer Schätzung der Gesamtkosten des Segeltörns die tausendfache Menge an CO₂ und weit mehr reduziert werden können, wenn mit diesem Geld Emissionsrechte gekauft und gelöst worden wären. Der Punkt ist: Eine Diskussion darüber, inwieweit der Blick auf die persönliche Klimabilanz dem Klimaschutz bestmöglich dient oder nicht, findet selten statt – so auch im Kontext des Segeltörns.

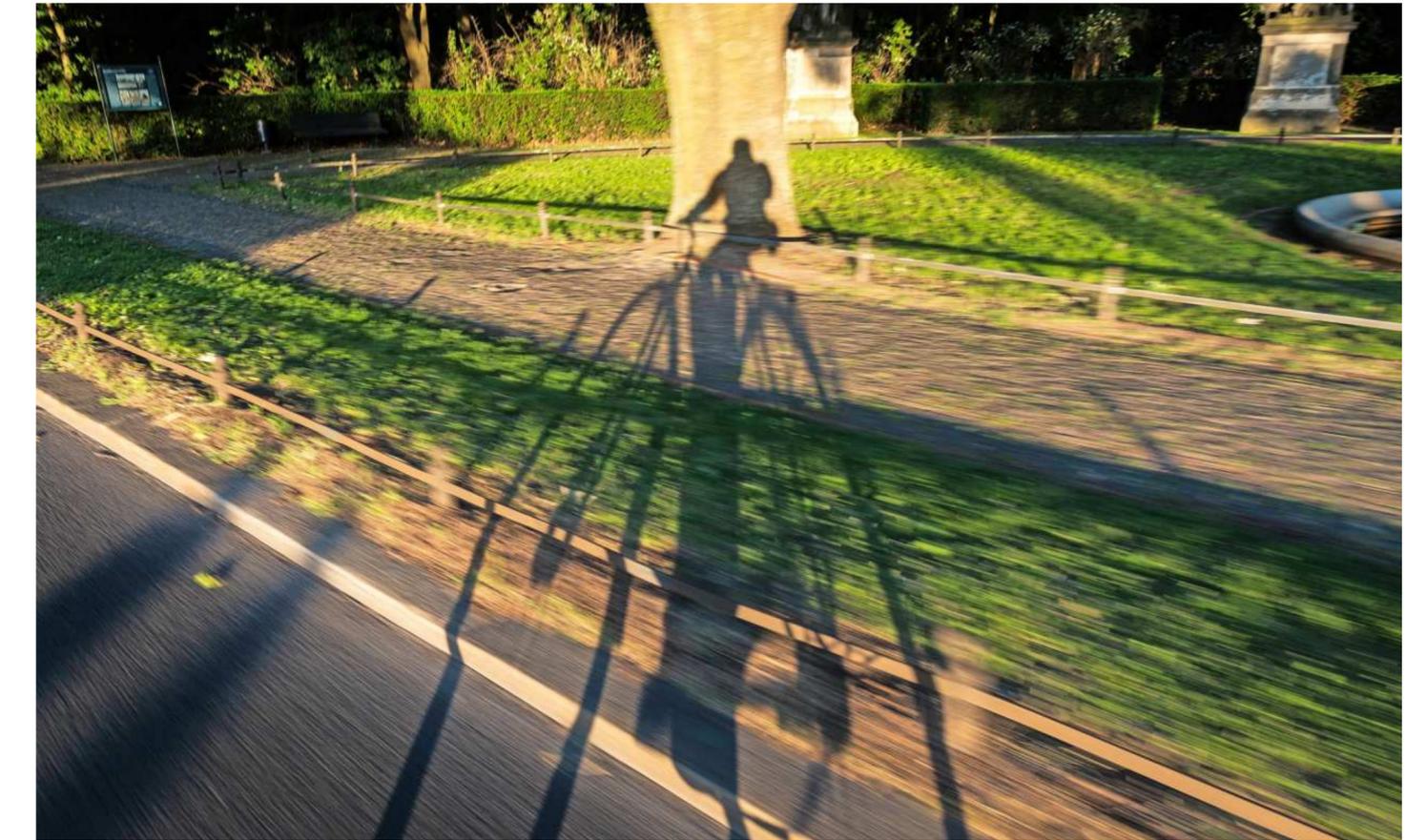
Aus verhaltenswissenschaftlicher Sicht überrascht dies nicht. Der eigene Fußabdruck kommt als moralische Messlatte schnell in den Sinn, bei Individuen, Unternehmen, Universitäten und Ländern. Doch der kürzlich verstorbene Psychologe und Wirtschaftsnobelpreisträger Daniel Kahneman hat darauf aufmerksam gemacht, dass moralisches Denken ebenso überzeugend wie trügerisch sein kann. Eine Ursache dafür sind kognitive und motivationale Mechanismen, die in der Wissenschaft zusammenfassend als „warm glow“ bezeichnet werden. Menschen tun, was sich gut und richtig anfühlt, und die eigene Klimabilanz zu verbessern ist dafür im Kontext des Klimawandels ein guter Kandidat.

Politik und Wirtschaft heizen diesen warm glow mitunter zusätzlich für ihre Zwecke an. Die Manipulierbarkeit unseres moralischen Denkens wurde vielfach nachgewiesen; das Konzept des individuellen Fußabdrucks wurde nicht von ungefähr vom Öl- und Energiekonzern BP popularisiert. Wer lässt sich nicht gerne davon überzeugen, mit seinen Konsum- und Politikentscheidungen zur Rettung der Welt beizutragen? Manchmal ist es ja auch so. Doch manchmal kann der warm glow auch ein schlechter Ratgeber sein.

Das Segeltörn-Beispiel zeigt, dass mehr möglich ist. Ähnliches gilt bei sogenannten „Wasserbetteffekten“, bei denen die Senkung von Emissionen an einer Stelle zu einer Erhöhung an anderer Stelle führt. So ist es zwar richtig, dass Deutschland aus der Kohle aussteigt und erneuerbare Energien ausbaut, doch ist nicht das Ergebnis, sondern der Weg in die nachhaltige Energieversorgung entscheidend dafür, wie viel Deutschland damit auch global erreichen kann. Richtig ist nämlich auch, dass Deutschland durch zusätzliche Anstrengungen nicht mehr an globalen CO₂-Emissionen im Stromsektor einsparen kann, als der europäische Emissionshandel mit seiner Emissionsobergrenze erreicht. Denn durch zusätzliche Anstrengungen werden Emissionsrechte nicht mehr gebraucht, sodass deren Angebot im Emissionshandel steigt, der CO₂-Preis sinkt und schließlich die frei gewordenen Emissionsrechte an andere Emittenten verkauft werden.

Ähnliche Anreizwirkungen können entstehen, wenn durch regionale Anstrengungen eingesparter fossiler Brennstoffe anderswo verkauft werden, wenn energieintensive Produkte anderswo hergestellt werden oder wenn durch den Umstieg auf Busse und Bahnen Platz auf der Straße geschaffen wird – und dadurch neuer Individualverkehr induziert wird. In diesen Fällen wird zwar die eigene Klimabilanz verbessert, doch die Klima-Altruisten subventionieren damit gewissermaßen die CO₂-Emissionen der Klima-Egoisten. Nicht alle Maßnahmen, die die eigene CO₂-Bilanz verbessern, senken auch die globalen Emissionen.

Wissenschaftliche Experimente haben unter kontrollierten Bedingungen gezeigt, dass sich zwar viele Entscheider nicht bloß egoistisch verhalten, dass sie sich aber auch überraschend wenig für das Ergebnis ihres altruistischen Verhaltens interessieren. In einem solchen Ex-



Tiergarten-Idylle: Radeln ist gesund, nutzt aber nicht automatisch dem Klimaschutz.

Foto Karsten Thielker

Klimaschutz und moralisches Denken

Den persönlichen oder nationalen CO₂-Fußabdruck zu senken fühlt sich gut an. Aber nicht immer verbessert dies die globale Klimabilanz. Andere Maßnahmen erreichen mehr. Woran das liegt und wie es gelingt, Gutes besser zu tun.

Von Axel Ockenfels

periment war ein Teil der Versuchspersonen bereit, uneigennützig Geld zu investieren, um ihren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern. Doch war das Verhalten generell weitgehend unabhängig davon, ob der im Experiment genutzte Marktmechanismus zu einem Wasserbetteffekt und damit zu einer Verpuffung des Klimanutzens führte oder nicht. Andere Studien zeigen, dass klimafreundliches Verhalten auch zu einer Art psychologischen Wasserbetteffekt führen kann, da es manchmal (meist unbewusst) als Freibrief für künftiges, weniger umweltbewusstes Verhalten genutzt wird. Wer sich auf das gute Gefühl verlässt, bleibt hinter den Möglichkeiten zurück.

Wasserbetteffekte können vermieden werden; eine Preisuntergrenze im Emissionshandel würde sie eindämmen. Manchmal gibt es auch Umwege, die zum Erfolg führen können. Deutschland plant im Zuge seines Kohleausstiegs, Emissionsrechte zu verknappen und entsprechend auf Einnahmen aus dem Verkauf der Emissionsrechte zu verzichten, um so letztlich auch die globale Bilanz zu verbessern. Ob und in welchem Umfang solche Behelfsmaßnahmen tatsächlich ergriffen werden, spielt im öffentlichen Diskurs – und für die deutschen Klimaziele – allerdings keine besondere Rolle. Den wenigsten sind die Wasserbett- und ähnliche Anzeizeffekte bekannt.

Dies passt zu einem weiteren Verhaltensphänomen, das Psychologen wie Jonathan Haidt untersucht haben. Menschen neigen dazu, ihre kognitiven Fähigkeiten in erster Linie zur Verteidigung ihrer moralischen Intuition einzusetzen, anstatt sie kritisch zu hinterfragen. In Fällen, in denen der Einfluss des Einzelnen sehr gering ist, ist es ja auch nicht unbedingt irrational, individuelle Überzeugungen zu pflegen, die sich gut anfühlen – auch wenn dies im Ergebnis zu individuellen Fehleinschätzungen und kollektiven Fehlentwicklungen führen kann. Konfrontiert mit dem Hinweis auf die mitunter begrenzte Wirksamkeit unilateraler Maßnahmen, wird gelegentlich auf deren Symbolcharakter verwiesen. Symbole sind nützlich. Doch warum sollten wirksamere Maßnahmen nicht ebenso oder sogar besser als Symbole und Vorbilder dienen können?

Überhaupt ist die intuitive Vorstellung, Deutschland müsse sich vor allen Dingen auf die Reduktion seines Anteils von der-

zeit knapp 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen konzentrieren, bei genauem Hinsehen weniger überzeugend. Erstens trägt Deutschland als ein reiches Land, das sehr viel zum Klimawandel beigetragen hat, eine Verantwortung, die weit größer ist als der heutige Anteil an den Emissionen. Zweitens ist ein Rückgang des Anteils nicht nur wegen der Wasserbetteffekte ein problematischer Erfolgsindikator für die Klimapolitik. Laut der Website „World in Data“ hat sich der Anteil Deutschlands am globalen CO₂-Ausstoß seit Beginn der deutschen Energiewende im Jahr 2000 im Vergleich zu 2022 fast halbiert. Der Rückgang ist zum einen auf Erfolge bei der Verringerung der deutschen Emissionen (um 233 Millionen Tonnen) zurückzuführen, zum anderen aber auch auf den massiven Anstieg der globalen Emissionen im gleichen Zeitraum (um 11,649 Millionen Tonnen). Vor diesem Hintergrund besteht die zentrale Herausforderung darin, gemeinsam mit möglichst vielen Ländern die Klimaziele zu erreichen.



Foto Fabian Suertz

Der Autor

Axel Ockenfels (55) ist Wirtschaftspräsident am Max-Planck-Institut für Verhaltensforschung und Spieltheorie an der Universität zu Köln. Zudem ist er seit einem Jahr Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn und hat dort die Abteilung „Economic Design & Behavior“ gegründet. Er nutzt Erkenntnisse der Verhaltensforschung, um die Funktionsweise von Märkten zu verbessern.

Der Schlüssel zum Erfolg sind reziproke Kooperation und Innovation. Die Kooperationsforschung der Politikwissenschaftlerin und Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom und vieler anderer hat sich in Tausenden Studien über diverse Forschungsdisziplinen hinweg mit der Frage beschäftigt, wie Kooperation entsteht. Die wichtigste Erkenntnis ist, dass Kooperation wechselseitige (reziproke) Verpflichtungen erfordert. Reziprozität ist ein unverzichtbares Prinzip, nicht nur weil es die Kooperationswilligen vor Trittbrettfahrern schützt, sondern vor allem weil es die Egoisten motiviert, zum gemeinsamen Ziel beizutragen.

Ohne Reziprozität ist Egoismus ansteckender als Altruismus. Mit wechselseitiger Kooperation hingegen multiplizieren sich die eigenen Anstrengungen, und Vorreiter können begründet darauf vertrauen, dass andere folgen werden. Dies gilt sowohl im Kleinen, beim Abwasch in der Wohngemeinschaft, als auch im Großen, bei Handelsabkommen. Länder bauen nicht einseitig Zölle ab, in der Hoffnung, dass andere Länder dem Beispiel folgen und ihre Zölle ebenfalls senken. Zölle werden unter der Bedingung gesenkt, dass auch die Verhandlungspartner ihre Zölle senken. Ähnliches gilt für Abkommen zur Rüstungsbegrenzung oder zur Mindestbesteuerung von Unternehmen. Reziprozität ist deshalb so wirksam, weil sie auf gegenseitigem, kollektivem Handeln beruht, den eigenen Beitrag strategisch in die Verhandlung einbringt, belohnt und sanktioniert und nicht auf unkoordinierte, fragmentierte Maßnahmen setzt, die zum Trittbrettfahren einladen.

Bis vor wenigen Jahren setzte die internationale Klimadiplomatie weitgehend auf freiwillige nationale Selbstverpflichtungen, ohne Gegenseitigkeit. Doch angesichts der ernüchternden Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen werden zunehmend reziproke Elemente in den Instrumentenkasten der Klimadiplomatie aufgenommen. Dazu gehört eine Initiative des Bundeskanzleramtes, das in Anlehnung an den Wirtschaftsnobelpreisträger William Nordhaus mit der Idee angetrieben ist, einen gemeinsamen Mindestpreis für Treibhausgasemissionen in einem Klimaklub auszuhandeln. Solche länderübergreifenden Preisvereinbarungen wären nicht nur besonders wirksam im Kampf gegen den Klimawandel. Sie würden auch faire Wettbewerbsbedingungen ermöglichen

und dazu beitragen, dass bei allen Entscheidungen die Klima-Kosten berücksichtigt werden, die anderen Menschen durch das eigene Verhalten auferlegt werden.

Zu einem wichtigen Hebel der reziproken Klimapolitik könnte auch die geplante Vertueuerung CO₂-intensiver Importe in die EU werden, die Länder betrifft, die eine weniger ambitionierte Klimapolitik verfolgen. Dadurch entstehen Anreize für andere Länder, sich der CO₂-Bepreisung anzuschließen. Auch können Klimapartnerschaften und Klimafonds genutzt werden, um ärmere Länder zu belohnen, wenn sie sich an international koordinierten Klimamaßnahmen beteiligen. Eine weitere Initiative zielt auf die Begrenzung des Methanausstoßes durch eine Koordination nationaler Regulierungsstrategien in den USA und Europa ab. Andere Blaupausen zur Stärkung internationaler Kooperation liegen vor. Deutschland und die EU könnten zum Motor für solche Entwicklungen werden.

Reziproke Klimaabkommen sollten eine Priorität der Klimapolitik sein. Richtig ist aber auch, dass Kooperation eine schwierige Herausforderung ist. Bei den oben genannten Initiativen ist noch unklar, ob und wann sie zum Erfolg führen. Das ist aber keine Entschuldigung für Untätigkeit. Länder und Unternehmen können auch durch eine Beschleunigung der Technologieentwicklung zum Klimaschutz bewegt werden, und Deutschland kann hier eine wichtige Rolle spielen. Gelingt es, grüne Energie günstiger als fossile Energie zu erzeugen, liegt es im Eigeninteresse von Ländern und Unternehmen, Öl, Gas und Kohle in der Erde zu lassen. Jeder Schritt in diese Richtung erhöht die Kooperationsanreize anderer Länder. Darüber hinaus helfen Innovationen vor allem auch armen Ländern, ihren zunehmenden Energiebedarf umwelt- und klimafreundlich zu bedienen.

Die technologischen Umbrüche unserer Zeit bergen große Chancen. Es braucht aber intelligente Förderinstrumente: Der Markt schafft von sich aus zu wenig Innovationsanreize, und Patente führen zu hohen Preisen für wenige Nutzer – das Gegenteil von dem, was der Klimawandel erfordert. Auch ökonomische Innovationen helfen, beispielsweise neue Anreize für Technologieentwicklung, Strom- und Klimamärkte. Der Emissionshandel hat sich etwa als erfolgrei-

ches Instrument erwiesen und wird häufig kopiert.

Einseitige CO₂-Reduktion kann zwar auch zu Innovationen führen, allerdings ist die Klimapolitik bei einem Fokus auf die eigene Klimabilanz nicht spezifisch darauf ausgerichtet: Die Fördermittel für Klimainnovationen sind global und national gering im Vergleich zu den Aufwendungen zur Erreichung heimischer CO₂-Reduktionsziele – obwohl Deutschland im internationalen Vergleich reicher an klugen Köpfen als an Sonne und Wind sein dürfte. Schon etwa 10 Prozent der Bundesförderung für effiziente Gebäude oder der garantierten Einspeisevergütungen für Wind- und Solarparks in manchen Jahren würden ausreichen, um eine gewaltige Innovationsinitiative in der Größenordnung des Budgets der gesamten Max-Planck-Gesellschaft mit ihren vielen wissenschaftlichen Durchbrüchen in 84 Instituten zu finanzieren.

Ein stärkerer Fokus auf Kooperation und Innovation heißt natürlich nicht, dass die nationale und die persönliche Klimabilanz keine Rolle spielen sollten. Ein wichtiger Beitrag der deutschen Energiewende war die weltweite Verbilligung erneuerbarer Energien. Individuelle Kaufentscheidungen können grüne Investitionen auslösen. Und teilweise ist es gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Wachstum der CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Das gute Gefühl und die diversen Wasserbetteffekte taugen nicht als faule Ausreden für ein Nachlassen nationaler Anstrengungen. Aber wenn der warm glow mitunter schon Gutes bewirken kann, müssen wir Gutes besser tun – und die Klimaziele gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft erreichen. Unilaterale CO₂-Reduktionsziele haben das Problem der internationalen Kooperation nicht gelöst und die dramatische Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen nicht umgekehrt.

Klimaschutzmaßnahmen müssen sich daher mehr als bisher daran messen lassen, ob sie andere zum Klimaschutz bewegen. Das ist auch deswegen nötig, weil es vor allen Dingen auch die Nicht-OECD-Länder sind – die oft eine geringere Zahlungsbereitschaft und Zahlungsfähigkeit für ehrgeizige Klimapolitik besitzen –, die bis Ende des Jahrhunderts die prognostizierten CO₂-Emissionen drastisch senken müssen, wenn die Welt ihre Klimaziele erreichen möchte. Deshalb braucht es mehr Politik- und Anreizarchitekturen, die die individuellen Maßnahmen der willigen Akteure zu Wirksamkeit über den eigenen Tellerrand hinaus verhelfen.

Auf lokaler Ebene kann es zum Beispiel sinnvoll sein, Fahrrad zu fahren und sich zugleich für einen neuen Fahrradweg einzusetzen, damit der Umstieg auf das Fahrrad nicht nur Platz auf der Straße und auf Parkplätzen für die Autofahrer macht. Wer dem Wasserbetteffekt im europäischen Emissionshandel entgegen möchte, kann auch als Privatperson Emissionsrechte stilllegen lassen – und sich zugleich für einen Mindestpreis für CO₂-Emissionen einsetzen. Unternehmen und Forschungseinrichtungen können ihr Klimabudget in die Erforschung und Entwicklung grüner Technologien investieren. Und auf nationaler und internationaler Ebene kann eine stärkere Fokussierung der Klimapolitik auf Innovationen und reziproke Klimaabkommen die Wirksamkeit der eigenen Anstrengungen vervielfachen.

Der Blick über den Tellerrand ist unbedenklich. Aber ist es nicht auch ein Gebot der moralischen Ernsthaftigkeit, den Klimawandel als kollektive Herausforderung anzuerkennen und zu bekämpfen?

„Bio ist ein Wohlstandsprodukt“

Erstmals seit 30 Jahren ist die Zahl der Biohöfe in Deutschland gesunken. Was die Gründe dafür sind – und was eine Bäuerin dazu sagt, die der Öko-Landwirtschaft den Rücken gekehrt hat.

Von Anne Kokenbrink,
Frankfurt

Jahrelang kannte die Biowelt nur eine Richtung: nach oben. Steigende Umsätze und satte Gewinne veranlassten immer mehr Landwirte, ihre Betriebe auf Bio umzustellen. Zuletzt war davon weniger zu spüren. Erstmals seit 1994 ist die Zahl der Biobetriebe in Deutschland rückläufig, wenn auch nur leicht. Im Jahr 2023 wirtschafteten 36.680 Betriebe ökologisch, das waren 182 weniger als im Jahr zuvor. Das geht aus den Strukturdaten des Bundeslandwirtschaftsministeriums hervor.

Aus Sicht des Bioverbands BÖLW gibt es dafür mehrere Gründe. „Schon in den vergangenen Jahren haben auch Öko-Betriebe ihren Betrieb eingestellt oder sind zum Teil zur konventionellen Bewirtschaftung zurückgekehrt“, sagt die Vorstandsvorsitzende Tina Andres auf Nachfrage. Die vergangenen beiden Jahre seien „Ausnahmestadien“ gewesen mit zahlreichen Herausforderungen für Biobauern durch den russischen Angriff auf die Ukraine und der Hyperinflation. „Hinzu kommt die Einführung einer neuen europäischen Agrarförderung, die für Biobetriebe deutlich mehr Bürokratie mit sich bringt und die Umstellung damit nicht unbedingt erleichtert“, sagt Andres.

Dass viele Landwirte vor einer Umstellung auf Bio zurückschrecken, wundert den Agrarökonom Achim Spiller von der Universität Göttingen nicht. „Ein so kleines Marktsegment ist anfälliger für Preiskrisen“, sagt er. Schneller als auf dem konventionellen Markt könne es zu einem Überangebot kommen, dann könnten auch auf dem Biomarkt die Erzeugerpreise schneller sinken.

Jenny Pöhl ist eine der Bauern, die mit Bio Schluss gemacht haben. Nach rund zehn Jahren bewirtschaftet sie ihren Milchviehbetrieb mit 120 Kühen wieder konventionell. Anfang vergangenen Jahres hat sie das Bioland-Schild von ihrem Kuhstall in Hessen abgeschraubt. „Rein wirtschaftlich war es für uns nicht mehr tragbar“, sagt sie. Der Preis, den sie für den Liter Biomilch bekam, habe sich dem konventionellen Milchpreis angenähert. „Dabei sind die Kosten bei Bio deutlich höher, vor allem für das Futter“, sagt sie. Damals, vor zehn Jahren, sei die Umstellung auf Bio attraktiv gewesen. Der Milchpreis war im Keller, mit Bio war mehr zu verdienen.

Inzwischen, seit Inflation und Ukraine-Krieg, sei der wirtschaftliche Vorteil



Bio-Bohnenernte: Die Bedingungen, den Hof von konventionell auf bio umzustellen, waren zuletzt herausfordernd. Foto dpa

kaum noch gegeben. „Für mich persönlich ist Bio ein Wohlstandsprodukt“, sagt sie. Bio ist zuletzt vor allem in den Discounter gewachsen, wo es günstig angeboten wird. Dort werde die Ware „verramscht“, so Pöhl. Neben dem Preisdruck mache dem Betrieb „das ganze Drumherum“ zu schaffen, etwa die Dokumentation mit den „immer mehr ausufernden Kontrollen“. „Bestimmte Medikamente durften wir den Tieren bei Bioland nicht geben, obwohl sie eigentlich das Mittel der Wahl wären“, sagt sie. Schließlich müsse man bei jedem Tier auch wirtschaftlich denken. Und nicht nur im Stall, auch auf dem Acker seien manche Auflagen zu streng, findet die Landwirtin.

Politisch scheint das Ziel hingegen gesetzt: Bis 2030 soll ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Derzeit liegt der Anteil bei 11,4 Prozent, das sind 0,2 Prozentpunkte mehr als 2022. Das Ziel liegt damit noch in weiter Ferne.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Ophelia Nick, ist trotzdem optimistisch. „Der Umstieg auf Öko bietet vielen Höfen und vielen Verarbeitern eine Zukunftsalternative. Auch in Zeiten voller Unsicherheit investieren Betriebe in den Umstieg“, sagt sie. „Wir ebnet mit unserer ‚Biostategie 2030‘ weiter den Weg, damit noch mehr

Betriebe umstellen können.“ Auch der Bioverband sieht sich auf einem guten Weg. Dennoch sieht sie die Biobranche auf Kurs. Man vernehme „sehr deutliche Signale“, dass noch „erhebliches Potential für weiteres Biowachstum gesehen wird“.

Ob das klappt, hängt nicht zuletzt von den Verbrauchern ab. Die müssen für Bio nach wie vor tiefer in die Tasche greifen. Wie tief, zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft anhand eines Warenkorb zur Grill Saison, die am Montag veröffentlicht wurde. Mit durchschnittlich über 48 Euro ist ein Bio-Grillwarenkorb 80 Prozent teurer als die klassische Alternative mit konventionellen Lebensmitteln (26,86 Euro). Vor allem Biofleisch schlägt hier zu Buche. „Die hohen Preise sind dafür verantwortlich, dass Bioprodukte auch 2024 noch kein Massenphänomen sind. Nicht jeder kann sich Bio-Lebensmittel leisten“, sagt Adriana Neligan, Ökonomin beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW). „Bio muss noch mehr zu einem attraktiven Geschäftsmodell werden. Ansonsten wird es nicht gelingen, das Ziel, 30 Prozent der Agrarflächen bis 2030 auf Bio umzustellen, zu erreichen.“

Ähnlich äußert sich Teja Tscharrnke, Leiter der Abteilung Agrarökologie an der Universität Göttingen. Viele Verbraucher akzeptierten die höheren Kosten für Bio-Lebensmittel, weil die Bio-Zertifizierung in der Bevölkerung großes Vertrauen ge-

nieße. „Allerdings ist zu bezweifeln, dass durch eine Verdreifung des Anbaus auf 30 Prozent so viel mehr Haushalte bereit oder in der Lage sind, diese Kosten zu tragen“, sagt er. „Eine eingeschränkte Nachfrage ist auch deswegen zu erwarten, weil die Vorteile des Bioanbaus oft überschätzt werden. Bio-Lebensmittel kommen nicht nur vom idyllischen Familienbetrieb mit Hofladen.“ Agrarökonom Spiller verweist in diesem Zusammenhang auf die Erträge, die bei Bio je nach Ackerkultur um bis zu 50 Prozent niedriger sind. „Je höher der Anteil des Ökolanbaus, desto stärker fällt die geringere Flächeneffizienz ins Gewicht“, sagt er.

Der oft geringere Ertrag macht auch Landwirtin Pöhl zu schaffen. Die Auflagen für Düngung und Pflanzenschutz seien streng, der Ertrag dadurch automatisch geringer – und die Risiken höher. „Wir hatten jedes Jahr einen Totalausfall bei der Ernte. Das muss man finanziell einkalkulieren“, sagt sie – und geht noch weiter: „Bio macht die Menschheit nicht satt.“ Die Bäuerin erzählt von Berufskollegen, die wie sie mit Bio aufgehört haben. Auf der anderen Seite könne es sich für andere Betriebe lohnen. Ohnehin gebe es kein richtig oder falsch, kein besser oder schlechter. Den Schritt „zurück“ hat sie nicht bereut. Für ihre Kühe hat sich kaum etwas geändert. Sie stehen in einem Frischluftstall und kommen im Frühjahr auf die Weide.

Chinas Wirtschaft schwächelt in den Frühlingsmonaten

Die Kommunistische Partei berät über Reformen

dpa-AFX. PEKING. Der Auftakt eines wichtigen Treffens der Kommunistischen Partei Chinas zum künftigen Kurs der zweitgrößten Volkswirtschaft wird von schwachen Wirtschaftsdaten begleitet: Wie das Pekinger Statistikamt mitteilte, wuchs die chinesische Wirtschaft im zweiten Quartal um 4,7 Prozent und damit langsamer als von Analysten im Schnitt erwartet. Der Wert lag auch unter den Wachstumsraten der beiden Vorquartale, als noch 5,3 und 5,2 Prozent erreicht worden waren. Weitere Konjunkturdaten zeichnen ein gemischtes Bild der chinesischen Wirtschaft. So legte die Industrieproduktion im Juni im Vergleich zum Vorjahr zwar nur um 5,3 Prozent zu, nach 5,6 Prozent im Vormonat. Analysten hatten aber eine stärkere Abschwächung erwartet.

Für eine herbe Enttäuschung aber sorgte der Umsatz im Einzelhandel. Dieser stieg im Juni nur um 2,0 Prozent und damit deutlich moderater als noch im Mai. Dies ist der schwächste Wert seit mehr als einem Jahr. Analysten hatten hier lediglich mit einer leichten Eintrübung des Wachstums gerechnet. Die Investitionen außerhalb des Landwirtschaftssektors zogen im ersten Halbjahr wie erwartet um 3,9 Prozent an. Bis Ende Mai gerechnet hatte der Wert 4,0 Prozent betragen.

Die Veröffentlichung der Daten am Montag fiel auf den gleichen Tag, an dem sich die Parteiführung in Peking zu ihrem sogenannten Dritten Plenum traf. Das Treffen des Zentralkomitees, das in der Regel nur alle fünf Jahre stattfindet, hat in der Vergangenheit oft wichtige Weichen für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Landes gestellt.

Historisch am bekanntesten ist das Dritte Plenum im Jahr 1978, auf dem

weitreichende Reformen eingeleitet wurden, die als Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Chinas gelten. Dieses Mal findet das Treffen mit deutlicher Verspätung statt, was im Vorfeld für Unruhe gesorgt hatte.

Die viertägige Sitzung, so sagen Wirtschaftsvertreter, wäre für Peking eine gute Gelegenheit, um Aufbruchstimmung zu verbreiten und damit der Wirtschaft und den Märkten Rückenwind zu geben. Analysten hatten im Vorfeld jedoch gedämpfte Hoffnungen für kurzfristige Impulse.

„Das Dritte Plenum wird das kollektive Bemühen in den Vordergrund stellen, damit China seine Ziele der technologischen Unabhängigkeit und Modernisierung der Industrie erreicht“, glaubt Jeroen Groenewegen-Lau vom China-Institut Merics in Berlin: „Vorübergehende Wohlstandsverluste werden in Kauf genommen“, so der China-Experte. Ob und wann etwaige Erfolge bei der Bevölkerung ankommen, darüber werde das Plenum voraussichtlich keine genaue Auskunft geben.

Auch Chinas Staatspresse legte im Vorfeld des Treffens ihren Fokus auf Bestrebungen der Führung, China zu einer Hightech-Macht zu machen. Es werde mit der Vorlage eines „Fahrplans für die kontinuierliche Vertiefung der Reformen“ gerechnet, zitierte die Staatszeitung „Global Times“ kurz vor dem Plenum namentlich nicht genannte Experten.

Das Parteitreffen finde demnach in einer Zeit statt, „die von Veränderungen geprägt ist, wie es sie seit einem Jahrhundert nicht mehr gegeben hat“. Es werde ein klarer Weg für „das Streben des Landes nach einer qualitativ hochwertigen Entwicklung“ aufgezeigt werden.

EZB eher zögerlich in die Pause

Fragen zu Frankreich am Donnerstag erwartet

sibi. FRANKFURT. An diesem Donnerstag trifft sich der EZB-Rat zur Juli-Sitzung. Eine Zinssenkung wird aber nicht erwartet. Doch dürfte EZB-Präsidentin Christine Lagarde sich zur Entwicklung von Konjunktur und Inflation äußern. Daraus erhoffen Analysten sich Anzeichen für den weiteren Zinskurs der Notenbank. „Die EZB ist weiterhin zuversichtlich, dass die Inflation später im Jahr 2025 wieder das Zielniveau erreichen wird, aber im Moment fühlt sich die Inflation noch zu hoch an“, sagte Mark Wall, Europa-Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Daher sei es unwahrscheinlich, dass Lagarde am Donnerstag eine weitere Zinssenkung signalisiere.

Voraussichtlich werde die EZB die Datenabhängigkeit des weiteren geldpolitischen Kurses besonders betonen und versuchen, eine Vorbestlegung für den nächsten Zinsschritt zu vermeiden, meint Michael Holstein, der Chefvolkswirt der DZ-Bank. Die Vorbestlegung auf eine Juni-Zinssenkung sei wohl im EZB-Rat nicht einhellig für gut befunden worden: „Das wird man nun, im Hinblick auf die Sitzung am 12. September, sicherlich vermeiden wollen.“

Interessant werde sein, wie Lagarde sich zu den jüngsten Inflations- und Lohnzahlen äußere, sagte Marco Wagner, EZB-Beobachter der Commerzbank. Die Kerninflation habe sich in den vergangenen Monaten bei knapp 3 Prozent festgesetzt. Die Lohnindikatoren der EZB ließen weiter kräftige Lohnanstiege erwarten. „Außerdem könnte Lagarde darauf zu sprechen kommen, dass sich einige Ratsmitglieder Sorgen um das Wachstum machen“, meint Wagner: „Zuletzt gab es bei den Einkaufsmanagerindizes einen Rücksetzer. Das ist nur einer von meh-

ren Gründen, weshalb ich in den kommenden Quartalen grundsätzlich mit weiteren Zinssenkungen rechne.“ In einer Befragung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim unter 103 professionellen Prognostikern erwarteten die meisten Zinssenkungen im September und Dezember um jeweils 0,25 Prozentpunkte.

Fragen könnte es zum Anstieg der Renditen französischer Staatsanleihen im Zusammenhang mit der Wahl geben, sagt Gunter Deuber, Ökonom der Raiffeisen Bank International. Hier könnte es darum gehen, inwiefern die EZB bereitstehe, ihr Notfall-Anleihekaufprogramm TPI („Transmission Protection Instrument“) zu nutzen. „Lagarde dürfte hier wenig Konkretes verlaublichen und auf die Bedeutung der Einhaltung der definierten Regeln verweisen“, sagt Deuber. Sie könnte jedoch darauf hinweisen, dass die Bewegungen bei Euro-Staatsanleihen auf den derzeitigen Spread- und Rendite-niveau kein relevantes Entscheidungsthema für die EZB seien.

„Ein stärkeres Gewicht sollte die EZB der Diskussion der Konjunkturdaten auf der Pressekonferenz widmen“, sagte Karsten Junius von der Bank J. Safra Sarasin. Diese seien zuletzt fast durchgehend enttäuschend ausgefallen. Die wirtschaftliche Erholung werde bislang nur vom privaten Konsum getrieben. „Dieser dürfte dank fallender Inflationsraten und stark steigender Nominallöhne weiter wachsen“, sagte Junius. Für einen richtigen Aufschwung sei das aber zu wenig: „Dazu müssten auch die Investitionen anspringen.“ Mit der sehr restriktiven Zinsniveau und den vielen politischen und geopolitischen Unsicherheiten sei das allerdings kaum zu erwarten.

„Besorgniserregende Lage“

Französischer Rechnungshof fordert Schuldenabbau

niza. PARIS. Der französische Rechnungshof hat wegen der hohen französischen Staatsverschuldung abnormales Alarm geschlagen. „Obwohl sich die Wirtschaftslage normalisiert hat und die Inflation zurückgegangen ist, befindet sich Frankreich heute in einer besorgniserregenden Lage“, schreibt er in einem am Montag veröffentlichten Bericht. Die Staatsverschuldung werde „immer höhere Kosten auf, die alle anderen Ausgaben einschränken, die Investitionsfähigkeit des Landes beeinträchtigen und es im Falle eines neuen makroökonomischen Schocks gefährlich exponieren“. Diese Lage sei umso besorgniserregender, als der Pfad zur Senkung des Staatsdefizits die unerlässlichen Investitionen, die zur Bewältigung des Klimawandels getätigt werden müssen, nicht einschließe. Frankreich müsse nun „harte Anstrengungen unternehmen“, um die Kontrolle über seine öffentlichen Finanzen wiederzuerlangen und seine Verpflichtungen sowohl gegenüber den Mitgliedsländern der Eurozone als auch künftigen Generationen zu erfüllen.

Der Schuldenabbau sei „weder links noch rechts“, sondern liege im allgemeinen Interesse, sagte der Präsident des Rechnungshofs, Pierre Moscovici, parallel zur Veröffentlichung des Berichts der Zeitung „Les Echos“. Ohne gesunde Staatsfinanzen lasse sich keine gute Politik betreiben. Er forderte die künftige französische Regierung ein-drücklich zur Konsolidierung auf. „Wenn die Schuldentilgung jeglichen Handlungsspielraum absorbiert, wird es unmöglich sein, in die Zukunft zu investieren, insbesondere in den ökologischen Umbau“, erklärte Moscovici, der als Mitglied der Sozialistischen Partei zwischen 2012 bis 2014 französischer Finanzminister war, danach für fünf Jahre als EU-Währungskommissar nach Brüssel wechselte und dem französischen Rechnungshof seit Juni 2020 vorstehe. Der Zustand der französischen Staatsfinanzen stehe zudem im Gegensatz zu dem der europäischen Partner, die mit dem Abbau von Defiziten und Schulden begonnen haben. Diese Diskrepanz sei nicht akzeptabel, monierte Moscovici.

Warum der Wind-Ausbau auf See nicht rundläuft

Branche: Deutschland könnte Ziel für 2030 verfehlen / Engpässe bei der Produktion und beim Transport

hade. FRANKFURT. Die deutschen Windenergie-Verbände gehen davon aus, dass Deutschland sein Ausbauziel für die Windenergie auf See für das Jahr 2030 nicht erreichen wird. Statt der vorgesehenen 30 Gigawatt dürften bis dahin nur knapp 27 Gigawatt am Netz sein, heißt es in einer Bilanz, welche die Verbände BWE, BWO, VDMA, Stiftung Offshore Windenergie und weitere am Montag vorstellten. Demnach sind bisher Anlagen mit einer Kapazität von 8,9 Gigawatt in Betrieb – davon 7,3 Gigawatt in der Nordsee – und viele weitere geplant.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres trugen sie 13,8 Terawattstunden (6,3 Prozent) zur deutschen Stromerzeugung bei. Hinzu kamen 36 Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 377 Megawatt. Außerdem stehen die Parks Gode Wind 3 in der Nordsee und Baltic Eagle in der Ostsee kurz vor der Fertigstellung und sollen noch vor Jahreswechsel in Betrieb genommen werden.

Das Wachstumspotential von Windparks gerade in der Nord- und Ostsee gilt als groß, denn dort lassen sich wegen besserer Windverhältnisse deutlich höhere Volllaststunden erzielen als bei Anlagen an Land, im Endeffekt laufen die Anlagen viel häufiger. Mit dem Windstrom könnte in Zukunft außerdem erneuerbarer Wasserstoff erzeugt werden. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen bis 2030 sogar 40 und bis 2045 70 Gigawatt Leistung installiert sein.

Doch die Branche steckt in Schwierigkeiten. „Kostensteigerungen bei Rohstoffen sowie Engpässe bei Produktions- und Transportkapazitäten wirken sich stark aus“, sagt Lara Seche, die beim Energieversorger EnBW für die Entwicklung von Offshore-Projekten zuständig ist. Fehlende politische Unterstützung habe zudem zu einem „Verlust von Wertschöpfungstiefe“ geführt. Die Betreiber müssen also einen immer größeren Anteil von Zulieferern beziehen. Dies habe die Lage zusätzlich ver-

scharft, zumal es nur noch drei westliche Hersteller gebe, die überhaupt Turbinen anbieten.

Und so sind die Sorgen groß, dass der Bau vieler Windparks trotz gewonnener Ausschreibungen noch scheitern könnte. „Das Ausschreibungsdesign muss künftig stärker auf eine sichere und termingerechte Projektrealisierung ausgerichtet werden“, fordern deshalb die Verbände. Erst Mitte Juni hatten sich EnBW und Total Energies Flächen mit einer Kapazität von 2,5 Gigawatt gesichert; dafür zahlen sie insgesamt mehr als 3 Milliarden Euro. Die Windparks sollen 2031 ans Netz gehen. Die jüngsten Ergebnisse bestätigten zwar „das anhaltende Interesse von Investoren am deutschen Markt“, aber die hohe Gebotssumme werde „den Kostendruck in der industriellen Wertschöpfungskette zusätzlich erhöhen und dringend benötigte Investitionen ausbremsen“. Die Bundesregierung hatte in ihrer Wachstumsinitiative in der vergangenen Woche

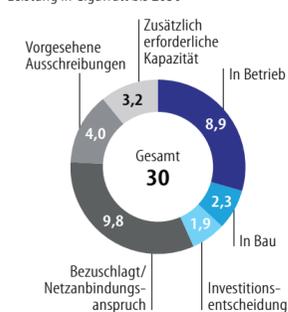
angekündigt, das Ausschreibungsdesign noch einmal zu überdenken.

Bislang fließen die Erlöse aus den Ausschreibungen zu 90 Prozent in die Senkung der Stromkosten, kommen also den Verbrauchern über die Offshore-Netzzulage zugute. Die Investoren müssen diese allerdings erst nach der Fertigstellung des Windparks über einen Zeitraum von 20 Jahren in gleichbleibenden jährlichen Raten an den zuständigen Übertragungsnetzbetreiber zahlen. Jeweils 5 Prozent der Erlöse fließen außerdem in die Förderung einer umweltschonenden Fischerei sowie in den Schutz der Meere; sie müssen von den Investoren innerhalb eines Jahres an den Bund überwiesen werden.

Für Ausschreibungen im Jahr 2023 hatte der Bund jedoch beschlossen, dass diese insgesamt 10 Prozent der Einnahmen breiter verwendet werden sollen. Die Verbände fordern, einen substanziellen Teil dieser Einnahmen in den Ausbau der Infrastruktur und Logistik zu stecken, die für die Windparks erforderlich sind. „Es ist wichtig, dass die Offshore-Windindustrie ihre Kapazitäten weiter ausbauen und die Innovations- und Technologieführerschaft erhalten kann“, teilten die Organisationen mit. Dies sei nur möglich, „wenn sich die Projekte nach dem Zuschlag in der Ausschreibung auch realisieren lassen und in Aufträge der europäischen Windindustrie münden“. Insbesondere Investitionen in Schwerlast- und Lagerflächen in Häfen sowie deren Anbindung an das Hinterland seien dringend nötig. Das liegt auch daran, dass Windparks und deren Turbinen immer größer werden: Die neu gebauten Windräder sind im Durchschnitt 116 Meter hoch, haben einen Rotordurchmesser von 186 Metern und eine Leistung von 10,5 Megawatt. Gebraucht werden außerhalb Konverterplattformen sowie Spezialschiffe, mit denen die Parks errichtet und betrieben werden sollen. Die industrielle Kapazität müsse dazu „in wenigen Jahren erheblich gesteigert“ werden, fordern die Verbände.

Ausbauziel der Windenergieleistung auf See

Leistung in Gigawatt bis 2030



Werden immer höher und größer: Windparks in der Nordsee Foto dpa

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Flächendeckende Betreuung

Zu „Streit über Kindergrundversicherung spitzt sich zu“ (F.A.Z. vom 13. Juli): Selbstverständlich muss – vor allem für Kinder aus prekären Verhältnissen – mehr getan werden. Weil aber nicht alle Kinder vernunftbegabte Eltern haben, sind Sozialtransfers an Eltern das falsche Mittel. Eine Kindergrundversicherung ist gleichermaßen phantasielos wie unsinnig. Wer jemals unangemeldete Hausbesuche in sozialen Brennpunktvierteln gemacht hat, weiß, dass viele Kinder mit Süßigkeiten vor dem TV sitzen, Kindergeburtstage werden bei McDonalds gefeiert, und in denselben Haushalten befindet sich in der Regel kein einziges Buch.

Flächendeckende Ganztagesbetreuung (die Erzieherinnenausbildung ist lang, aber simpel, würde das geändert, könnte auch mehr Personal gefunden werden) und kostenloses Vollwertessen an allen Kitas und Schulen wären wichtig. Ebenso sollte die Mehrwertsteuer für Obst und Gemüse sowie

Spielsachen, Kinderbücher und Kinderkleidung erheblich gesenkt werden. All das wäre zielführend, nicht aber Geldüberweisungen an Familien.

EVA GRUBER, MÜNCHEN

Frohgestimmt

Zum Kreuzworträtsel in der F.A.Z. vom 12. Juli: Man knobelt sich aus BLOSS GESTRANDET das GROSS-STADTLEBEN und findet, dass bei den FREILANDTOMATEN die MORDTATEN ANFIEL, löst den Rest mit links und geht froh gestimmt und heiter in das Wochenende.

Christian Meurer sei Dank! Einfach genial, was ihm Woche für Woche einfällt.

ALEXANDRA GRÄFIN LAMBSORFF, BONN

Nichts vom digitalen Euro gehört

Der Artikel „Weniger Kreditkartenzahlungen durch digitalen Euro“ (F.A.Z. vom 28. Juni) verströmt wie die meisten anderen zu dem Thema etwas Geheimnisvolles. Man weiß nicht so recht, woher das Ganze kommt und wohin es führen wird. Viele Verbände und Organisationen haben zwar Bedenken, sind aber nicht dagegen, weil sie sich der Zukunft nicht verschließen wollen. Es überwiegt die Hoffnung, dass sich am Ende alles positiv fügt. Vielleicht ist die gedankliche Verknüpfung mit Ephraim Kishons Bürokratie-Satire „Der Blaumilchkanal“ etwas zu hart. Immerhin endet die Geschichte versöhnlich, mit einer Ausnahme: Derjenige, der von Anfang an skeptisch war, wird am Schluss ironischerweise in die Psychiatrie gesteckt, wo alles angefangen hatte.

Nach einer Forsa-Umfrage haben 59 Prozent der Bundesbürger noch nie

vom digitalen Euro gehört. Wie viele der anderen 41 Prozent dem digitalen Euro entgegenfeiern, ist nicht bekannt. Man darf aber wohl annehmen, dass bei den meisten der Wunsch erst noch geweckt werden muss. Um hier weiterzukommen, schlage ich vor, den Blick auf diejenigen zu werfen, die schon seit längerem den digitalen Euro haben – die Beschäftigten der Euro-Zentralbanken. Ihre Gehaltskonten werden bei ihren Zentralbanken geführt. Sie könnten den Schleier des Geheimnisses etwas lüften, indem sie Auskunft darüber geben, welche Vorteile der digitale Euro im Alltag hat und welches besondere Lebensgefühl sich mit dem digitalen Euro verbindet.

DR. HANS PETER BASLER, FRANKFURT AM MAIN

Ein Gaskraftwerk ist kein Campingkocher

Zu den Beiträgen „Ampel plant Strompreis-Aufschlag“ und „Fragwürdige Umlage“ von Christian Geinitz in der F.A.Z. vom 9. Juli: Ich habe mein ganzes Arbeitsleben im Kraftwerksbau zugebracht und weiß, wovon ich rede, wenn ich Ihnen sage, dass sich seit Beginn der Energiewende vor etwa 15 Jahren diesen Irrweg verfolgte. Schon zu Beginn haben Fachleute, also Leute mit Sachverstand, auf all die Probleme, die sich heute unter der Ampelregierung zusammengesammelt haben, gewarnt. Da das Thema aber ideologisch aufgeladen ist, hatte bis heute Sachverstand keine Chance.

Wer glaubt, dass eine Gasturbine, weil sie Gasturbine heißt, jedes Gas feuern kann, der irrt. Moderne Gasturbinen laufen nur in einer engen beschriebenen Gasspezifikation, und weil nun mal Erdgas und Wasserstoff Gase sind, heißt das noch lange nicht, dass die Gasturbine beide Gase ohne Weiteres verbrennen kann. Es handelt sich ja nicht um Campingkocher. Man schaue sich nur Heizwert und Dichte an. Das heißt, jede Gasturbine, die heute mit Erdgas betrieben wird, muss

später auf Wasserstoff komplett umgebaut werden. Mir ist nicht bekannt, dass irgendwo heute eine nur mit Wasserstoff betriebene Gasturbine läuft, neben den von Ihnen aufgezählten Problemen, Wasserstoffnetz et cetera. Betreffs der CO₂-Abscheidung gab es in Deutschland genügend weit vorangeschrittene Verfahren.

So hatte unsere ehemalige Bundeskanzlerin vor Jahren in Schwarze Pumpe eine 25-Megawatt-Versuchsanlage eingeweiht. Nur wohin mit dem CO₂? Inzwischen haben Kanadier diese Anlage gekauft und lachen sich tot, wie man seine Entwicklungen für einen Appel und ein Ei verschleudern kann. Den Gegnern geht es ja auch gar nicht um die CO₂-Abscheidung, sondern darum, dass damit die Kohlekraftwerke weiterlaufen könnten, und das ist der Punkt, um den sich die grüne Welt dreht. Es gibt wahrscheinlich auch kein Land auf der Welt, das ein nagelneues, modernstes Kraftwerk wie Hamburg-Moorburg stilllegen oder abbauen würde.

EBERHARD GRALLA, ADELSDORF

Die Frackingmethode

Zu dem Beitrag „Ein Plan zur grünen Transformation“ in der F.A.Z. vom 17. Juni: So richtig und klug die Ratschläge der beiden Wissenschaftler sind und sowenig die Politik darauf eingeht, so wenig wirksam sind alle Versuche, die Frage der grünen Transformation auf den Markt und die Energiekonumenten abzuladen. Die grüne Transformation wird nur erfolgreich sein, wenn Maßnahmen und Methoden eingesetzt werden, die weltweit eingesetzt werden können und großtechnisch machbar sind. Dabei muss viel mehr darauf geachtet werden, dass für jeden Standort die richtigen und kosteneffizientesten Methoden angewandt werden.

Zur Überraschung für alle europäischen Klimaaktivisten ist China das beste Beispiel für eine gelungene Transformation. China ist der größte Wind- und Solarenergiebetreiber, aber auch das Land, das die größten Anstrengungen macht, die Kernenergie als dritte Säule einer CO₂-armen Energieproduktion aufzubauen. Der große Energiehunger Chinas zwingt die Regierung dennoch, weiter Kohle- und Gaskraftwerke zu bauen, weil der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht ausreicht und der Bau von Kernkraftwerken mit dem steigenden Bedarf nicht mithält. Eine Volkswirtschaft zum Energiesparen zu zwingen, wie es die grüne Ideologie versucht, muss scheitern, weil auch für die Transformation viel Energie gebraucht wird. Klimaschutz kann nur mit mehr Energie gelingen. Für ein hoch industrialisiertes Land wie die Bundesrepublik kann ein erfolgreicher Weg nur darin bestehen, alle technischen Möglichkeiten für die Energiewende zu nutzen.

OLOF K. VON LINDEQUIST, BERLIN

Lufthansa im Vorteil gegen Condor

Die Fluggesellschaften streiten über Zubringerflüge nach Frankfurt. Ein Gericht stärkt Lufthansas Sicht, Condor nicht mehr zuarbeiten zu müssen. Eine Notiz des Kartellamts spielt eine Rolle.

Von Timo Kotowski, Frankfurt



Eintracht war einmal: Condor und Lufthansa streiten.

Foto dpa

Es ist eine Geschichte, wie aus einer Familie Konkurrenten wurden. Einst gehörten die Deutsche Lufthansa und der Ferienflieger Condor zusammen. 2009 gab Lufthansa ihre letzten Anteile ab. Seitdem gibt es Rivalitäten, die das Bundeskartellamt und Gerichte beschäftigen. Condor warf Lufthansa den Missbrauch von Marktmacht vor, was der Konzern zurückwies. Nun hat Lufthansa einen juristischen Etappensieg errungen: Obwohl der Konzern auf diversen Inlandsflugstrecken ein Monopol hält, muss Lufthansa Condor – zumindest vorerst – keine besonderen Bedingungen mehr für Zubringerflüge nach Frankfurt zu Condor-Fernflügen anbieten. Der Beschluss gilt ab sofort, wie aus einem Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf hervorgeht.

Lufthansa liebäugelte damit, die Gelegenheit schon im Oktober zu nutzen, verlautet aus der Branche. Condor kann zwar weitere Plätze auf den Lufthansa-Zubringern nach Frankfurt einkaufen, aber nicht mehr zu den bisherigen Bedingungen. Es könnte teurer werden. Das schafft neue Herausforderungen für die Fluggesellschaft, die 2024 nach schwieriger Phase Kurs auf Profitabilität genommen hat.

Darüber spricht man bei Condor wohl nicht gern. Als Anfang Juli der neue Condor-Chef Peter Gerber seine Zukunftspläne vorstellte, bot er Lufthansa im Zubringerstreit einen Friedensschluss in Gesprächen an. Der Gerichtsentscheid blieb unerwähnt, obwohl der schon am 10. Mai erging. Ganz freiwillig streckt Condor also nicht die Hand aus. „Zwischenzeitlich haben Condor und Lufthansa wieder Gespräche aufgenommen, um eine außergerichtliche Einigung zu erzielen“, sagt eine Condor-Sprecherin auf Nachfrage. Auch Lufthansa bestätigt das.

Formal ging es vor dem OLG Düsseldorf um einen Streit zwischen Lufthansa und dem Bundeskartellamt. Dort hatte Condor sich beschwert. Das Kartellamt es bestätigt, dass Lufthansa ihre Marktmacht missbraucht, als sie am 30. November 2020 die Überinkunft über die Zubringerflüge („Special Prorate Agreement“) gekündigt hatte. Deren Urform stammte aus der gemeinsamen Vergangenheit der beiden Unternehmen.

Condor nutzt die Zubringerkapazitäten der Lufthansa mangels eigener Inlandsflüge gern. 20 bis 40 Prozent der Langstreckenpassagiere kommen mit solch einem Flug nach Frankfurt, bis zu 80 Prozent davon in einer Lufthansa-Maschine. Das will

der Konzern unter den bisherigen Modalitäten nicht fortsetzen.

Lufthansa klagte gegen den Behördenbeschluss aus dem August 2022. Das OLG kam im Eilverfahren, das sich fast zwei Jahre hinzog, nun zu dem Schluss, dass die bisherigen Zubringerregeln nicht fortreiben müssen – mindestens bis zur nicht terminierten Entscheidung im Hauptverfahren, vielleicht auch dauerhaft. Der Kartellamtsbeschluss werde wegen „ernstlicher Zweifel“ an der Rechtmäßigkeit „wahrscheinlich“ auch im Hauptsacheverfahren „keinen Bestand haben“, erklärte das OLG. Das die Monopolisierung und damit den Machtmissbrauch infrage stellte, Condor-Kunden könnten auch mit der Bahn nach Frankfurt fahren, hieß es. Lufthansa biete weiterhin Zubringer, nur nicht zu den alten Konditionen. Lufthansa habe ferner ein „schützenswertes Interesse“, nicht zu viele Condor-Passagiere nach Frankfurt fliegen zu müssen, weil dann auf Zubringerflügen Plätze für Lufthansas Fernstreckenkunden fehlen könnten.

Delikat wird die Angelegenheit durch einen Aktenvermerk des Kartellamts. Der war Lufthansa-Juristen aufgefallen. Das Gericht sah darin Gründe, die die „Besorgnis der Befangenheit begründet“ hätten. Salopp gesagt ist damit ein von Lufthansa gehegter Verdacht umschrieben, dass die Prüfung im Condor-Streit möglicherweise gar nicht zugunsten des großen Konzerns ausgehen sollte. Zur Lage, die durch die Kündigung des SPA-Abkommens entstand, hieß es in dem Vermerk: „Das Ziel müsse sein, diesen Zustand rasch zu beenden.“

Datiert ist der Vermerk auf den 18. Dezember 2020. Damals lag dem Kartellamt die Beschwerde von Condor vor. Ein Verfahren aber war noch nicht eröffnet. Man tauschte sich aber mit dem Bundeswirtschaftsministerium aus. Von dort soll

Lufthansa laut Vermerk als „bekannt schwieriger Ansprechpartner“ bezeichnet worden sein. Ins Jahr 2020 fielen auch die zähen Verhandlungen um die Corona-Hilfen für den Konzern. Dazu kam damals die Sorge, mit Condor und Lufthansa könnten sich zwei in der Pandemie gestützte Fluggesellschaften auf unguete Weise bekämpfen, mit ungewissem Ausgang für das kleinere Unternehmen und für den Staat, der Hilfszahlungen wieder zurückbekommen wollte. Lufthansa montierte derweil, die Konzernjuristen hätten bei einer ersten Akteninsicht vom Kartellamt eine andere Vermerkversion vorgelegt bekommen, in der manche spitz Formulierungen fehlte. Ob der Vermerk im weiteren Verfahren der Behörde eine Rolle spielte, ist nicht dokumentiert.

Das Kartellamt ist verstimm wegen des Lufthansa-Verdachts. „Wir entscheiden unvoreingenommen und unabhängig. In allen Verfahren sind diese Prinzipien Grundpfeiler unserer Arbeit“, sagt Präsident Andreas Mundt auf Anfrage der F.A.Z. Man könne nicht nachvollziehen, dass der Eindruck einer politischen Einflussnahme entstanden sei. „Erst recht weisen wir den von Lufthansa erhobenen Vorwurf, dass es tatsächlich eine politische Einflussnahme gab, in aller Entschiedenheit zurück“, erklärt Mundt.

Er setzt zur Gegenwehr an: „Sowohl betreffend die Befangenheitsvorwürfe als auch andere wichtige Fragen haben wir Rechtsmittel zum Bundesgerichtshof eingelegt.“ Weil das OLG keinen direkten Widerspruch gestattet hat, legte das Kartellamt eine Nichtzulassungsbeschwerde ein. Mundt sagt: „Der Beschluss ist nicht rechtskräftig.“ Auch Condor bleibt hoffnungsvoll. Das Gericht habe nur „in einem vorläufigen Verfahren“ entschieden, sagt eine Sprecherin.

Doch die alten Familienbande mit Lufthansa sind längst gerissen. Condor empfand es als feindlichen Schritt, dass der Lufthansa-Konzern mit seiner neuen Tochtergesellschaft Discover Urlaubern Flüge auflegte. Die steuerten mitunter fast zeitgleich dieselben Ziele wie Condor an, und das auch noch im Paket mit den Zubringerflügen, um die Lufthansa und Condor streiten. Der Großkonzern wirkt derweil verschupft, weil der kleinere „Ferienflieger“ das Angebot zu neuen Zielen ausbaue: New York, Los Angeles, Seattle und Toronto sind keine Badeziele und alle auch im Lufthansa-Netz. Obendrein schloss Condor einen Pakt mit Emirates aus Dubai. Dem Unternehmen ist es – zur Freude von Lufthansa – rechtlich verwehrt, Dubai direkt mit Berlin zu verbinden. Das übernimmt künftig Condor und sorgt für die Verknüpfung der deutschen Hauptstadt mit dem Emirates-Drehkreuz.

Lufthansa schaut wachsam auf Condor, seit der kleinere Konkurrent nach der Insolvenz des Mutterkonzerns Thomas Cook auf Käufersuche ging. Ausländischen, möglicherweise staatlichen Fluggesellschaften will Lufthansa auf keinen Fall durch spezielle Zubringerbedingungen helfen. Condor hatte 2020 zunächst mit dem staatlichen Mutterkonzern der polnischen Airline LOT einen Investor präsentiert. Das Geschäft platzte jedoch. Später stieg der Finanzinvestor Attestor ein, der aber nicht ewig an Bord bleiben dürfte. Der nächste Eigner könnte eine andere Fluggesellschaft sein. Condor-Chef Gerber deutete schon an, dass Condor langfristig allein zu klein sein könnte und mit Attestors Hilfe nun attraktiv für neue Partner werden wolle. Zunächst wird aber mit Lufthansa wieder über Zubringerflüge verhandelt. Auf ein Wiederbeleben alter Familienbande deutet derzeit wenig hin.

Atos kann vorerst aufatmen

Gläubiger übernehmen Mehrheit an strachelndem IT-Dienstleister aus Frankreich

niza. PARIS. Atos – auf den Werbebanden der EM-Stadien von dieser Name in weißer Schrift auf blauem Grund schwer zu übersehen. Dabei ist der finanzielle Zustand des französischen IT-Dienstleisters schon seit geraumer Zeit wenig verkaufsfördernd. Am Ende jahrelanger Misswirtschaft und mehrerer Führungswechsel stand in den vergangenen Monaten eine Übernahme, in der neben dem Beratungsunternehmen und größten Einzelaktionär Onepoint sowie den Konzernen Airbus und Thales der tschechische Investor Daniel Křetínský und der französische Staat mitgemischt haben. Zahlreiche Führungskräfte haben Atos zuletzt verlassen.

Doch nun zeichnet sich eine Lösung für das Überleben des Konzerns ab, der mit rund 94.000 Mitarbeitern in 69 Ländern immer noch ein Branchenschwergewicht ist. Am Montag erklärte die Atos-Geschäftsführung, mit Banken und Anleihegläubigern eine Einigung über die Finanzierung ihres unlängst ausgearbeiteten Restrukturierungsplans erzielt zu haben. Dessen Umsetzung soll in der kommenden Woche in einem beschleunigten Schutzschirmverfahren starten, was nach französischem Insolvenzrecht die Restrukturierung in finanziellen Schwierigkeiten erleichtert. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung des Handelsgerichts in Nanterre bei Paris.

Insgesamt legen die Gläubiger im Rahmen dieser Einigung knapp 1,7 Milliarden Euro an Zusage auf den Tisch. Hinzu kommen ein Schuldenschnitt in Höhe von rund 3 Milliarden und eine Kapitalerhöhung in Höhe von 233 Millionen Euro. All das soll Atos die nötige Luft zur

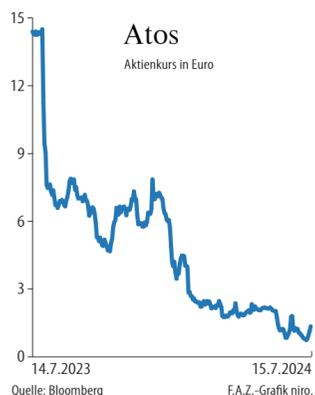
Neuaufstellung verschaffen. Von einem „wichtigen Schritt“, der den „Fortbestand der Aktivitäten“ sichere, sprach Jean-Pierre Mustier, der von 2016 bis 2020 der italienischen Bank Unicredit Vorstand und im vergangenen Oktober als Krisenmanager an die Verwaltungsratspitze von Atos berufen worden war.

Die Eigentumsverhältnisse werden durch die Kapitalerhöhung kräftig durcheinandergewirbelt. Demnach sollen Banken, Anleihegläubiger und Hedgefonds künftig zwischen 74,12 und 99,94 Prozent an Atos halten, je nachdem ob sich die Altaktionäre daran beteiligen. Größter Aktionär nach Onepoint war bislang der deutsche Siemens-Konzern. Dessen IT-Sparte SIS gehörte zu den zahlreichen Akquisitionen, mit denen Atos unter der Führung

des heutigen EU-Binnenmarktkommissars Thierry Breton binnen weniger Jahre sehr groß geworden ist. Einige dieser Zukäufe galten schon damals als übersteuert und strategisch zusammenhanglos.

Von einigen Aktivitäten hat sich Atos in den vergangenen Krisenmonaten schon getrennt, weitere Verkäufe sollen folgen. Unter anderem bietet der französische Staat 700 Millionen Euro für die als militärisch sensibel eingestuftes Atos-Aktivitäten, zu denen die Simulationsberechnungen für die französischen Atomkraftwerke und die Verarbeitung großer Datenmengen für die französischen Streitkräfte gehören; sie sollen nicht in die Hände ausländischer Akteure fallen. Zudem will Atos seine Kraftwerkssoftware Worldgrid zum Preis von 270 Millionen Euro an den französischen Ingenieurdienstleister Alten veräußern.

Atos war nicht nur „Technologiepartner“ der Fußball-EM, sondern steht seit mehr als 20 Jahren auch in Diensten des Internationalen Olympischen Komitees und damit der bevorstehenden Olympischen Sommerspiele in Paris. In dieser Funktion kümmert sich der Konzern etwa um die Verwaltung der Akkreditierungen und die Cybersicherheit. Der Aktienkurs von Atos setzte seinen jüngsten Aufwärtstrend am Montag fort und legte um knapp 30 Prozent zu. Seit vergangener Woche ist der Titel kein Pennystock mehr, nachdem sein Wert zuvor bis auf 0,64 Euro gefallen war. Von früheren Höchstständen bleibt der Aktienkurs aber meilenweit entfernt. Hatte der Börsenwert Ende 2020 noch rund 10 Milliarden Euro betragen, ist er seither auf rund 150 Millionen Euro geschrumpft.



Evonik erwartet mehr Gewinn

joja. DÜSSELDORF. Der Spezialchemiekonzern Evonik hat im zweiten Quartal mehr verdient, als Analysten erwartet haben, und deshalb vorab vorläufige Kennzahlen veröffentlicht. Dafür gab es gleich mehrere Gründe: Zum einen zählte das Sparprogramm aus, hinzu kommen gesunkene Herstellungskosten, höhere Preise bei Produkten etwa für Tiergesundheit sowie bessere Verkäufe im Segment Specialty Additives – solche Stoffe kommen etwa in Matratzen oder Bodenbelägen vor. Eine breite makroökonomische Erholung hingegen sei noch ausbleibend. Gleichwohl erreichte Evonik auf Basis vorläufiger ungeprüfter Zahlen ein bereinigtes operatives Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) von 578 Millionen Euro, was 29 Prozent über dem Vorjahreswert liegt. Analysten hatten 531 Millionen Euro erwartet. Der Umsatz lag mit rund 3,9 Milliarden auf dem Niveau des Vorjahres, die bereinigte Ebitda-Marge stieg um 3,1 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent.

Die vorläufigen Ergebnisse stimmen den Essener M-Dax-Konzern optimistischer für das Gesamtjahr. So hat der Vorstand den Ausblick für den bereinigten operativen Gewinn um 200 Millionen Euro erhöht – der Spezialchemiekonzern erwartet nun ein Ebitda zwischen 1,9 und 2,2 Milliarden Euro (zuvor 1,7 bis 2 Milliarden Euro). Der Aktienkurs lag am Montag im Tagesverlauf trotzdem leicht im Minus. Die endgültigen Geschäftszahlen legt Evonik am 1. August vor.

Zwei Tage voller Angebote



amazon
prime day

Exklusiv für Prime-Mitglieder

MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

Der Mann gegen das Gefängnis-Elend

Unsere Gefängnisse stehen kurz vor dem Zusammenbruch“, sagt die neue britische Justizministerin Shabana Mahmood. In ein paar Wochen würden die Haftanstalten in England und Wales komplett überfüllt sein. Mahmood hat deshalb eine umstrittene Notmaßnahme angekündigt: Mehrere Tausend Gefangene sollen nach 40 Prozent ihrer Haftzeit vorzeitig entlassen werden, um Druck von den Haftanstalten zu nehmen. Andernfalls drohe „der totale Zusammenbruch von Recht und Ordnung in unserem Land“, sagte Mahmood. Die frühere Tory-Regierung habe eine Zeitbombe hinterlassen.

Die Misere in den britischen Haftanstalten hat sich seit Jahren immer mehr verschärft. Überfüllte Gefängnisse, Drogen, Gewalt und Langeweile sowie erschreckend hohe Rückfallquoten der entlassenen Häftlinge sind die Hauptprobleme des Justizvollzugswesens.

Der Mann, der daran etwas ändern soll, heißt James Timpson, er ist 52 Jahre alt, Familienunternehmer, Philanthrop und seit Langem Befürworter einer Reform des Gefängniswesens. Vorige Woche ernannte ihn Premierminister Keir Starmer zum neuen Minister für die Gefängnisse. Sein offizieller Titel lautet „Staatsminister für Gefängnisse, Bewährung und Strafaussetzung“. Dahinter verbirgt sich viel Elend. Auf Timpson wartet eine Mammutaufgabe.

Seinen Familiennamen kennt wohl jeder Engländer. In fast jedem größeren Ort findet man eine der Schuster- und Schlüsselwerkstätten der Timpson-Kette. Die Unternehmensgruppe hat insgesamt rund 2000 Läden und FranchiseGeschäfte im ganzen Land. Die Expansion war zum großen Teil James Timpsons Werk in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

Als er 2002 Chef des Familienunternehmens in Manchester wurde, hatte er kurz darauf eine ungewöhnliche Begegnung, die sein Unternehmen, sein Leben und das Leben vieler Tausender Menschen veränderte. Es geschah während einer Konferenz in einer Haftanstalt für junge Erwachsene, Her Majesty's Prison Thorn Cross, nahe Manchester gelegen. Dort führte ihn ein Häftling, der wegen Drogendelikten einsaß, durch die Justizvollzugsanstalt. Der junge Mann namens Matt beeindruckte Timpson mit seiner Persönlichkeit. „Ich gab ihm meine Geschäftskarte und sagte: Wenn du hier rauskommst, ruf mich an, und ich gebe dir einen Job“, erzählt er. So kam es. Nach der Haftentlassung des jungen Manns rief dessen Mutter an. Timpson stellte Matt in einer Schusterwerkstatt ein und sorgte für die Ausbildung. Matt soll einer der loyalsten Mitarbeiter geworden sein und arbeitete sich zum Filialleiter hoch. Mit dieser Geschichte, die der Unternehmenschef schon hundertfach berichtet hat, fing alles an.

Seitdem ist Timpson nicht nur ein erfolgreicher Unternehmer, der gemeinsam mit seinem Vater John Timpson, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats, das vor mehr als hundert Jahren gegründete Familiengeschäft groß gemacht hat. Zu den Schusterwerkstätten und Schlüsselgeschäften kamen Fotokabinen, Wäschereien, Pubs und vor Kurzem auch ein Hotel in Frankreich. Der Umsatz der Gruppe beträgt mehr als 300 Millionen Pfund im Jahr, die Gewinnmarge 10 Prozent.

Noch mehr ragen die Timpsons aber als Unternehmer mit einer sozialen Ader

James Timpson hat Hunderte Ex-Häftlinge in seinem Unternehmen eingestellt. Nun wurde er zum Minister für die Gefängnisse in England ernannt und soll die dortige Misere ändern.



James Timpson

Foto Picture Alliance

hervor. Dafür wurde der Vater geadelt, und die Söhne bekamen Verdienstorden. Sie haben es sich zur Mission gemacht, entlassene Strafgefangene einzustellen. Von ihren rund 5500 Angestellten sind mehr als 550 Ex-Häftlinge. „Ungefähr 12 Prozent unserer gegenwärtigen Belegschaft kamen direkt aus dem Gefängnis zu uns“, heißt es im jüngsten Geschäftsbericht. Timpsons Ltd. hat ein eigenes Programm eingeführt, um in Gefängnissen fähige künftige Mitarbeiter zu rekrutieren. Damit waren sie auf der Insel Pioniere. Inzwischen stellen mehr Unternehmen Ex-Häftlinge ein.

Nun übernimmt der stämmige gebaute Timpson-Chef eine gewaltige Aufgabe. Ihm obliegt künftig die Verantwortung für die überbelegten und oft maroden Haftanstalten. Seit Jahren wurde zu wenig investiert. Mehr als 87.000 Strafgefangene sitzen in England und Wales ein. Das ist die größte Häftlingspopulation Westeuropas. Tausende weitere Fälle lie-

gen bei den Gerichten. Nach einer offiziellen Prognose könnten in drei Jahren weit über 100.000 Häftlinge in „His Majesty's Prisons“ sitzen, wenn die Trends so weitergehen. Derzeit sind nur noch 700 Plätze frei.

Die Gefängnisse auf der Insel stehen in einem schlechten Ruf. Viele Gebäude, die oft noch aus viktorianischer Zeit stammen, sind baufällig. Sie wären geeignet als Kulisse einer düsteren Erzählung von Charles Dickens, dessen Vater selbst mal in Schuldgefängnis saß. Charles Taylor, der Chefinspektor für die Gefängnisse, berichtet von haarräubenden Zuständen. Als er in der Haftanstalt Bedford die Tür zu einer Zelle mit drei Männern öffnete, sei er fast rückwärts umgefallen, so intensiv war der Gestank, der von schwarzem Schimmel an den Wänden herrührte. Illegale Drogen sind ein Riesensproblem. Stichprobentests in mehreren Anstalten zeigen, dass 40 Prozent der Insassen Rauschmittel konsumieren.

Nicht wenige Häftlinge fingen erst im Gefängnis damit an. Gefangene sind oft 22 Stunden am Tag in den Zellen eingesperrt. Das Justizpersonal ist überarbeitet und demotiviert.

Die vorzeitige Entlassung Tausender Straftäter sorgt für Kontroversen. Die Regierung Starmer setze die Öffentlichkeit einer Gefahr aus, warnt die frühere Tory-Innenministerin Suella Braverman. Absehbar wird es Empörung geben, falls Ex-Häftlinge nach der vorzeitigen Freilassung neue Verbrechen begehen. Von der Massenentlassung sollen Gefangene ausgeschlossen sein, die wegen Sexualstraftaten einsetzten oder wegen schwerer Gewalttaten zu mehr als vier Jahren verurteilt wurden. Die Vereinigung der Gefängnisdirektoren unterstützt die Pläne.

Aus seiner langjährigen Erfahrung mit Strafgefangenen und Haftanstalten kommt Timpson zu dem Schluss, dass eine tiefgreifende Reform des Justizvollzugswesens nötig sei. Etwa ein Drittel der Häftlinge sollten gar nicht im Gefängnis sitzen, sagt Timpson, vor allem nicht die weiblichen Strafgefangenen, die etwa wegen kleinerer Diebstähle verurteilt wurden. Knast sei etwas für harte Straftäter, nicht für kleine Fische. Aus dem Knast kämen keine geläuterten Bürger, sondern neue Kriminelle. Timpson sieht die Reform in den Niederlanden als Vorbild. Dort wurden mehrere Gefängnisse geschlossen, und mehr Straftäter werden zu gemeinnütziger Arbeit als zu Haftstrafen verurteilt.

Timpsons Berufung signalisiert eine Abkehr von der Devise „Prison Works“ (Gefängnis wirkt), die vor drei Jahrzehnten der Innenminister und spätere Tory-Vorsitzende Michael Howard ausgegeben hatte. Er setzte auf die abschreckende Wirkung von Haftstrafen. Seit den 1990ern hat sich die Zahl der Häftlinge verdoppelt. Starmer, ehemals oberster Staatsanwalt von England, neigt wie seine Justizministerin Mahmood der Ansicht zu, dass die Gefängnisse nicht funktionieren. Allerdings gibt es in Teilen der Labour-Partei die Tendenz, ganz auf Strafen zu verzichten und nur noch Sozialarbeit als Lösung zu sehen.

Timpson ist kein naiver Gut Mensch. In den vergangenen Jahren war er in erster Linie Geschäftsmann und lenkte das hochprofitable Großunternehmen, auch wenn der studierte Betriebswirt seine Familie bescheiden als „die Schuster“ bezeichnet. Timpson sagt, dass er Ex-Häftlinge nicht aus reiner Wohltätigkeit einstelle, sondern weil er in ihnen tatkräftige Mitarbeiter erkenne.

Aber seine Mission geht weiter. Sieben Jahre lang leitete Timpson die Organisation Prison Reform Trust. Den früheren Tory-Justizminister Dominic Raab überzeugte er, in Gefängnissen Beiräte für die Berufsausbildung und Arbeitsmarktperspektiven der Häftlinge einzurichten. Er selbst sponserte Schuster-Ausbildungswerkstätten. Es sei gelungen, die Beschäftigungschancen der Häftlinge nach der Entlassung signifikant zu steigern, angeblich von 14 auf 30 Prozent. Studien belegen, dass Ex-Häftlinge mit Job viel seltener rückfällig werden. Das könne der Gesellschaft Milliarden Schäden ersparen, betont Timpson.

Zu seiner Berufung als Minister schrieb er: „Es ist ein echtes Privileg. Ich freue mich, das System für die hart arbeitenden Mitarbeiter zu verbessern, mehr Leben zum Besseren zu wenden und die Kriminalität zu senken.“

PHILIP PLICKERT

Burberry-Aktie stürzt nach Verlustprognose ab

Premiumstrategie geht nicht wie geplant auf

ppl. LONDON. Die britische Modemarke Burberry hat nach schlechten Geschäftszahlen ihren Vorstandschef Jonathan Akeroyd entlassen und die Dividendenzahlung ausgesetzt. Das Unternehmen veröffentlichte am Montag die Warnung, dass es operativen Verlust im ersten Halbjahr geben könne. Der Aktienkurs stürzte daraufhin um mehr als 17 Prozent ab. Der Vorsitzende Gerry Murphy sagte zum Ergebnis für das erste Quartal des Geschäftsjahrs (von April an), es sei „enttäuschend“. Burberry hatte schon zuvor von stark sinkenden Umsätzen berichtet.

Seit Jahresanfang hat das Modeunternehmen nun fast 50 Prozent seines Börsenwerts eingebüßt und wird aktuell noch mit gut 2,6 Milliarden Pfund Wert taxiert. Akeroyd war zwei Jahre lang Vorstandschef. Das Unternehmen schrieb, er scheide „in beiderseitigem Einverständnis“ aus. Nachfolger wird mit sofortiger Wirkung der Amerikaner Joshua Schulman, ein früherer Topmanager der US-Modemarken Michael Kors und Coach sowie der Schuhmarke Jimmy Choo. „Josh ist eine bewährte Führungspersönlichkeit mit einer herausragenden Bilanz beim Aufbau globaler Luxusmarken und der Förderung von Gewinnwachstum“, ließ sich der Burberry-Chairman zitieren.

Die traditionsreiche Modemarke, die vor allem für Trenchcoats mit Karomuster bekannt ist, aber auch Schuhe, Handtaschen, Gürtel, andere Lederwaren und Accessoires verkauft, litt zuletzt unter einer deutlich schwächeren Kundennachfrage. Unter Akeroyd wollte das 1856 gegründete

Unternehmen seine „Britishness“ als Merkmal betonen und in die oberste Preisklasse für Modeartikel vorstoßen. Diese Strategie scheint indes misslungen. Der Chairman Murphy sagte, Burberry sei „vermutlich ein bisschen zu weit“ gegangen mit dem Sprung ins Premiumsegment.

In den Monaten April bis Juni sind die Verkäufe in allen wichtigen Regionen mit Ausnahme von Japan gefallen. Global sank der Umsatz um 21 Prozent. Die schlechte Entwicklung soll sich im zweiten Quartal fortgesetzt haben. Akeroyd hatte als langfristiges Ziel 5 Milliarden Pfund Jahresumsatz ausgegeben. Im vergangenen Geschäftsjahr erzielte Burberry 3 Milliarden Pfund (minus 4 Prozent zum Vorjahr). Nach Murphys Worten sind die Verbraucher verunsichert wegen des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds. Analysten von Bernstein sagten indes, die Premiumstrategie und der Relaunch der Marke unter Kreativdirektor Daniel Lee seien offenkundig gescheitert.

Auch einige andere Unternehmen der Luxusbranche kämpfen derzeit, etwa Kering, deren Hauptmarke Gucci in den ersten drei Monaten gut 18 Prozent Umsatzverlust meldete, was vor allem an einem scharfen Abstieg in der Region Asienpazifik lag. Im Gegensatz dazu hat Hermès einen 17-prozentigen Anstieg seiner Umsätze verbucht. Der Luxusgüterkonzern LVMH (mit der Modemarke Louis Vuitton) hat im ersten Vierteljahr 2024 nach dem Rekordumsatz im Vorjahr nur noch einen geringen Zuwachs von 3 Prozent geschafft.

Meta kommt Trump entgegen

Ende der Sanktionen auf Facebook und Instagram

lid. NEW YORK. Meta hebt die gegen Donald Trump verhängten Sanktionen jetzt vollständig auf. Wie der Internetkonzern mitteilte, muss der frühere amerikanische Präsident fortan nicht mehr mit einer besonders strengen Bestrafung rechnen, wenn er gegen Nutzerregeln auf den Plattformen Facebook und Instagram verstößt.

Trump war nach dem Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 von den beiden Diensten ausgeschlossen worden. Die Sperre wurde zunächst auf unbestimmte Zeit verhängt und dann auf zwei Jahre begrenzt. Im Januar 2023 wurden Trumps Konten wieder freigegeben, allerdings noch mit der Auflage, dass es bei weiteren Verfehlungen „erhöhte Strafen“ geben werde, also zum Beispiel einen weiteren Ausschluss für zwei Jahre. Das gilt jetzt nicht mehr.

Nick Clegg, der im Internetkonzern Meta als Präsident unter anderem für politische Fragen zuständig ist, begründete den Schritt mit Chancengleichheit. Mit dem Beginn des Republikanischen Parteitags in dieser Woche stünden nun die formellen Nominierungen der Präsidentschaftskandidaten bevor. Meta sei der Auffassung, dass Amerikaner von allen Nominierten „auf der gleichen Basis“ hören können sollten.

Die bisherigen Sanktionen seien eine Antwort auf „extreme und außergewöhnliche Umstände“ gewesen. Meta habe die angedrohten Strafen niemals verhängen müssen. Clegg wies darauf hin, dass alle Kandidaten weiterhin den gleichen Regeln unterworfen seien wie andere Nutzer, etwa mit Blick auf Hetze oder Anstiftung zur Gewalt.

Trump wurde nach dem Sturm aufs Kapitol von einigen Internetplattformen ausgeschlossen, darunter auch von Twitter. Dort wurde das zunächst als permanent beschrieben. Nachdem im Herbst 2023 der Tesla-Vorstandschef Elon Musk Twitter übernommen hatte, wurde Trumps Sperre dort aber aufgehoben. Musk nannte die Plattform in X um. Seit der Freischaltung seines Nutzerkontos hat Trump bislang erst einen Eintrag auf X veröffentlicht. Er nutzt in erster Linie seine eigene Plattform Truth Social als Sprachrohr. Hier hat der frühere Präsident rund 7 Millionen Follower, viel weniger als die 87 Millionen auf X. Auf Facebook und Instagram ist Trump recht aktiv. Auf Facebook hat er rund 34 Millionen Follower, auf Instagram 25 Millionen. Der amtierende Präsident Joe Biden hat 11 Millionen Facebook- und 17 Millionen Instagram-Follower.

Banker Ringer geht

Nach der Übernahme der Großbank Credit Suisse durch UBS hat ihr oberster deutscher Investmentbanker die Bank und die Branche verlassen. Joachim Ringer, bis vor Kurzem Leiter des Investmentbankings für Deutschland und Österreich, widmet sich nun dem Ingenieurdienstleister GFI Engineering, den er 2022 zusammen mit einem Partner erworben hatte. Entsprechende F.A.Z.-Informationen bestätigte Ringer auf Anfrage. Außerdem sitze er im Aufsichtsrat des Mannheimer Energieunternehmen Paul Tech. GFI Engineering in Neuss beliefert unter anderem die Auto- und Zugindustrie, beispielsweise mit Montagevorrichtungen für ICE-Züge. Nach der Übernahme eines Konstruktionsdienstleisters aus dem Münsterland erzielt das Unternehmen mehr als 10 Millionen Euro Jahresumsatz.

Ringer ist auch aus dem Vorstand der formell noch bestehenden Credit Suisse (Deutschland) AG ausgeschieden, wie einem Eintrag im Handelsregister im April zu entnehmen ist. Er hatte 13 Jahre lang für die US-Investmentbank Morgan Stanley gearbeitet, anschließend in der Deutschen Bank. Im Jahr 2016 kam er zu Credit Suisse und leitete seither das Investmentbanking hierzulande. Der Zusammenbruch der Investmentgesellschaft Archegos zog 2021 internationale Investmentbanken in Mitleidenschaft, am schwersten Credit Suisse, die 5,5 Milliarden Dollar verlor. Davon erholte die Bank sich nicht mehr, weswegen jenes



Joachim Ringer

Foto Credit Suisse

Jens Odewald

Auf die Frage nach seinem Motto antwortete Jens Odewald im Fragebogen des F.A.Z.-Magazins: „Jeder Tag hat neue Chancen“. Nach diesem Motto hat dieser tatkräftige Mann sein Leben auch gelebt. Schon sein erster Arbeitgeber von 1968 bis 1974, der Mineralölkonzern Esso, hatte dem promovierten Juristen, Betriebswirt und Steuerberater das Potenzial für eine Spitzenposition in der Wirtschaft bescheinigt. Nach vier Jahren als Finanzchef von Kühne & Nagel Deutschland wechselte Odewald Ende der Siebzigerjahre in den Vorstand des Warenhauskonzerns Kaufhof.

Als Odewald 1985 den Vorstandsvorsitz von Kaufhof übernahm, betrug der Umsatz des Unternehmens 8 Milliarden DM. Durch Zukäufe unter anderem der Schuhgruppe Reno, der Elektronikmärkte Media-Markt und Saturn-Hansa sowie dem Weinversender Hawesko veränderte der ehrgeizige Manager den Warenhauskonzern in ein diversifiziertes Handels- und Dienstleistungsunternehmen, das im Jahre 1995 einen Umsatz von 25 Milliarden DM erwirtschaftete. Damals verließ Odewald Kaufhof; als Grund für die Trennung wurden unterschiedliche Auffassungen über die Geschäftspolitik genannt.

Der Mittfünfziger entschloss sich, keine neue Tätigkeit als Spitzenmanager in einem großen Unternehmen anzustreben, sondern sich beruflich auf eigene Füße zu stellen. Odewald gründete 1997 in Berlin die Beteiligungsgesellschaft Odewald & Compagnie und warb in einem ersten Schritt bei Geldgebern 220 Millionen DM

ein. Später legte das Unternehmen weitere Fonds auf, deren Mittel vor allem für Beteiligungen an Mittelständlern verwendet wurden. Vor ein paar Jahren hatte er sich aus dem aktiven Geschäft zurückgezogen, aber regelmäßige Tage im Büro waren ihm wichtig geblieben.

Odewald war zudem politisch engagiert und unter anderem mit Helmut Kohl gut bekannt. Im Zuge der Wiedervereinigung übernahm er neben seiner Tätigkeit bei Kaufhof den Vorsitz des Verwaltungsrats der Treuhandanstalt in Berlin. 1993 verließ Odewald die Treuhand, aber er kehrte 1995 für nahezu vier Jahre als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Treuhand-Nachfolgegesellschaft BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH zurück.

Eine Vielzahl von Mandaten in der Wirtschaft und in anderen Institutionen legen Zeugnis von Odewalds herausragender Vernetzung und von einem großen Engagement ab. Sein Rat wurde sehr geschätzt. So war er Vorsitzender der Stiftung Humboldt-Universität und weiteren Stiftungen verbunden, darunter der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Humboldt-Forum im Berliner Schloss. Von 1994 bis 2016 gehörte er dem Kuratorium der FAZIT-Stiftung, des Mehrheitsgesellschafters der F.A.Z. GmbH, an. Im Fragebogen des F.A.Z.-Magazins hatte Odewald auf die Frage nach seinem Traum vom Glück geantwortet: „Die ideale Aufteilung zwischen Arbeit, Pflichten und Freizeit mit der Familie“. Am vergangenen Freitag ist Jens Odewald im Alter von 83 Jahren verstorben. gb.

Die Bahn am „Wendepunkt“

Wissing und Lutz: Startsignal für Generalsanierung

tih. GERNESHEIM. Die Riedbahn war bislang wohl nur den wenigsten Deutschen ein Begriff. Das ändert sich gerade mit dem Start der Generalsanierungsarbeiten auf der 70 Kilometer langen Zugstrecke zwischen Frankfurt und Mannheim. In einer Auftaktveranstaltung am Montagmittag im südhessischen Gernsheim gaben Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) und Bahnchef Richard Lutz das Startsignal für die fünf Monate dauernden Bauarbeiten.

Damit auch niemand die Wichtigkeit des Pilotprojektes unterschätzt, das eine umfassende Sanierung der veralteten deutschen Schieneninfrastruktur einleitet, sparten die beiden nicht mit großen Worten. „Ganz Deutschland schaut auf die Riedbahn“, sagte Wissing. Und Lutz sprach von einem „Wendepunkt“: „Wir bauen eine neue und bessere Bahn – für unsere Kundinnen und Kunden und für ein modernes, nachhaltiges Deutschland. Ich bin froh, dass es endlich losgeht.“

Ob alle Zugpassagiere auch so froh sind, darf bezweifelt werden. Denn während der Bauarbeiten müssen sie viel Geduld mitbringen. Die Strecke, die mit 300 Zügen täglich zu den höchstbelasteten und meistbefahrenen gehört, wird bis Mitte Dezember komplett gesperrt. Fern- und Güterzüge werden umgeleitet. ICE-Nutzer müssen mit zusätzlichen Fahrzeiten von bis zu 30 Minuten rechnen. Im Nahverkehr sind für bis zu 16.000 Berufspendler und Regionalreisende 150 lilafarbene Busse im Einsatz, die bis zu 1000 Fahrten täglich in dichtem Takt absolvieren sollen.

Die Riedbahnsanierung kostet 1,3 Milliarden Euro. Das laut DB „enorme Bauvolumen“ umfasst 117 Kilometer Gleise, 15 Kilometer Lärmschutzwände,

140 Kilometer Oberleitungen und 150 Weichen. 20 Bahnhöfe werden generalsaniert und 380.000 Tonnen Schotter bewegt. „Das ist viermal so viel, wie mit dem bisherigen Sanierungsverfahren möglich war“, hieß es.

Die Effekte der Generalsanierung seien immens, betont die Deutsche Bahn und zählt auf: attraktive und barrierefreie Bahnhöfe, eine leistungsfähige Infrastruktur, die für den digitalen Betrieb ausgerüstet sei, pünktlichere Züge. Durch die Erneuerung aller überalterten Anlagen könnten infrastrukturbedingte Störungen um mehr als 80 Prozent reduziert werden. Neue zusätzliche Überholmöglichkeiten sollen Verspätungen vermeiden helfen. Und für mindestens fünf Jahre seien an der Verbindung keine größeren Bauarbeiten mehr erforderlich. Mit der Riedbahn als einem Pilotprojekt beginnt eine Serie weiterer Sanierungen hoch belasteter Schienenkorridore. Die Planungen für 41 Strecken mit einer Länge von 4000 Kilometern reichen bis in das Jahr 2030.

Zum Start in Gernsheim sagte Verkehrsminister Wissing, in den kommenden 152 Tagen werde ein neues Sanierungs- und Modernisierungskonzept umgesetzt, damit der jahrzehntelange Sanierungsstau im Schnelldurchgang aufgearbeitet werden könne. Der Bund habe dafür alle Voraussetzungen geschaffen, sowohl gesetzlich als auch finanziell. „Das gilt es jetzt seitens der Bahn erfolgreich umzusetzen – zuerst auf der Riedbahn, dann in ganz Deutschland.“ Bahnchef Lutz versicherte, mit der Generalsanierung mache man die Schiene fit für die Zukunft. „Das ist das Ziel unserer Strategie der Starken Schiene und der gemeinwohlorientierten Ausrichtung unserer Infrastruktur.“

Der Kuschelkurs von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán mit Putin und sein industriepolitischer Nationalismus könnten nun bittere Folgen haben: Spaniens Regierung stellt sich gegen Ungarns geplante Übernahme des Schnellzugherstellers Talgo. Die Regierung werde „alles in ihrer Macht Stehende tun“, um den Verkauf zu verhindern, hatte Verkehrsminister Oscar Puente gesagt, kaum dass die Offerte im März offiziell geworden war. Dabei ist es bisher geblieben. Wirtschaftsminister Carlos Cuervo hob erst dieser Tage die „strategische Bedeutung“ des Unternehmens hervor.

Schon länger ist klar, dass Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán es gerne provokant mag: Kaum hatte er Anfang Juli die EU-Präsidentschaft übernommen, reiste er ungestimmt nach Russland und China, mit deren Staatschefs er bestes Einvernehmen pflegt – ganz im Gegensatz zu seinen EU-Kollegen. Im Streit über Ungarns mangelnde Rechtsstaatlichkeit hält Brüssel Milliardenzahlungen zurück. Derweil setzt Orbán zu Hause den Kurs der Renationalisierung von Schlüsselbranchen und der Einflussnahme auf Investoren bis hin zur „kalten Enteignung“ fort. Wegen solcher aus Budapest zurückgewiesenen Vorwürfe des österreichischen Handelskonzerns Spar verlangt die Wiener Regierung gegen Budapest ein EU-Vertragsverletzungsverfahren. Das ist nur ein Beispiel.

Die Ablehnung gegenüber einem ungarischen Einstieg bei Talgo klingt bitter für die privaten Investoren um den Private-Equity-Fonds Trilantic, der 40 Prozent an Talgo hält. Sind die Budapester doch bereit, 619 Millionen Euro für den an der Börse nur mit knapp 500 Millionen Euro bewerteten Konzern zu zahlen. Entsprechend zügelte hatten die Aktionäre zugestimmt. Doch die Regierung lässt prüfen, ob der Verkauf der „kritischen Infrastruktur“ an die Ungarn opportun ist. Sie kann ihn untersagen, die Prüfung läuft, Fristsetzungen wurden unterbrochen. Dass die Aktie, für die 5 Euro geboten werden, um 4 Euro notiert, zeigt, dass die Anleger der Offerte wenig Chancen einräumen.

Es ist nicht nur mangelnde politische Sympathie für den rechtskonservativen Orbán, die die linke Regierung in Madrid umtreibt. Es sind mutmaßliche Verbindungen nach Russland. Ob das so sei, sei schwer zu beweisen, sagt Maria Leenen von der Beratungsgesellschaft SCI Verkehr. „Klar scheint, dass die ungarische Regierung auf der Käuferseite als Darlehensgeber und mit 45 Prozent an der Ganz-Mávag Europe Zrt. beteiligt ist, einer eigens für die Übernahme von Talgo gegründeten Gesellschaft.“

Der staatliche ungarische Corvinus Fonds hält 45 Prozent, die anderen 55 Prozent gehörten der Ganz-Mavag Holding Kft, heißt es in Industriekreisen. Dahinter stehe am Ende der staatliche ungarische Energiekonzern Mol. Mol und der für das Konsortium namensgebende ungarische Hersteller von Maschinen und rollendem Material, Magyar Vagon, hätten zumindest bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine enge Beziehungen nach Moskau gepflegt. Damit sei es vorbei, versicherte



Umworbene: Für den Hersteller des spanischen Hochgeschwindigkeitszuges Talgo gibt es mehrere Bewerber. Foto Deposit

Madrid will Bahnkonzern nicht an Orbán verkaufen

Talgo könnte viele Züge bauen, doch es fehlt an Kapazitäten. Dem Angebot aus Ungarn trauen die Spanier aber nicht. Sie hoffen auf Škoda.

Von *Andreas Mihm, Wien, und Hans-Christian Rößler, Madrid*

Anfang Juli Andrés Tombor, ein führender Vertreter des ungarischen Konsortiums, in Madrid, wo er Bedenken zu zerstreuen sucht, kaum dass Orbán in Moskau war.

Ein Verkauf des zweitgrößten Bahnherstellers der Welt ist damit vielleicht politisch inopportun, würde aber industriepolitisch sinnvoll sein. Die Ungarn bieten neben Geld das, was Talgo dringend braucht, um sein überquellendes Orderbuch abarbeiten zu können: Produktionskapazitäten. „Talgo hat ein Problem mit fehlender Fertigungs- und Zulassungskapazität“, sagt auch SCI-Beraterin Leenen. „Da knirscht es an diversen

Stellen, die vielen Aufträge bekommt das Unternehmen nicht oder nur unter erheblichen Mühen abgebildet.“ Entsprechend ließ sich Tombor in Madrid ein: „Talgo hat einen Mangel an industrieller Kapazität. Wir haben die Kapazität, die Produktion drastisch zu steigern.“ Zugleich käme Orbán seiner Strategie einen Schritt näher, staatlich kontrollierte nationale Champions mit europäischer Ausstrahlung zu schaffen, diesmal auf dem Bahnsektor.

Talgo wäre ein passender Kandidat. 2023 hatte der Konzern Rekordzahlen gemeldet: Der Umsatz von 652 Millionen

Euro lag um 39 Prozent über dem Vorjahr, das Ebitda legte mit 76,5 Millionen Euro mehr als die Hälfte zu, der Reingewinn mit 12,2 Millionen achtmal über Vorjahresniveau. Dennoch ist er kaum die Hälfte dessen wert, was er beim Börsengang 2015 mit 1,25 Milliarden Euro auf die Waage brachte. Die Verschuldung ist kolportierte 329 Millionen Euro hoch, der Auftragsbestand 4,1 Milliarden Euro. Die Hälfte davon entfällt auf Züge. Mit deren Auslieferung hinkt Talgo hinterher, weshalb Vertragsstrafen in dreistelliger Millionenhöhe drohen. Auch beim 2023 vergebenen Auftrag der Deutschen Bahn für

56 Schnellzüge über 1,4 Milliarden Euro ist Talgo im Verzug.

In Madrid spielen neben politischen auch technische Erwägungen eine Rolle, wie Julio Gómez-Pomar von der privaten IE Universität gegenüber der F.A.Z. betont: Talgo sei das einzige Unternehmen, das Hochgeschwindigkeitszüge mit variabler Spurweite anbiete, sagt der frühere Präsident der Eisenbahngesellschaft Renfe. Es bestehe die Sorge, dass sich Talgo mit einem neuen Großaktionär auf den mitteleuropäischen Markt konzentrieren und das Angebot für Spanien vernachlässigen könnte.

Wer käme also alternativ als Käufer und industrieller Partner infrage? Für chinesische Bieter dürften dieselben politischen Fallstricke wie für die Ungarn gelten, Siemens und Bombardier hätten genug mit sich selbst zu tun, sagen Marktkenner. Bliessen Stadler aus der Schweiz, die baskische CAF und Škoda Group aus der Tschechischen Republik. Stadler ist schon groß in Spanien engagiert, CAF hat abgewinkt. Leenen sagt: „Škoda scheint aktuell Interesse bekundet zu haben, und das könnte durchaus passen.“

Wer im Gerangel um Talgo siegt, wird politisch entschieden. Spaniens linke Minderheitsregierung hat mehrfach eingegriffen, als strategisch wichtige Unternehmen ins Visier ausländischer Investoren kamen. Der linke Koalitionspartner Sumar will wichtige Betriebe unter stärkere staatliche Kontrolle bringen. Zugleich versuchte man, auch privates spanisches Kapital zu mobilisieren.

In Madrid prüft man offenbar für Talgo eine Lösung, wie sie bei Telefónica zum Tragen kam: Nachdem die staatliche Saudi Telecom Company Interesse an Telefónica angemeldet hatte, hatten sich neben den Saudis auch die staatliche spanische Industrie holding SEPI und die Sparkassenstiftung Critería Caixa engagiert. Beide gelten als potentielle Partner für ein Gegenangebot für Talgo mit einem industriellen Partner, zum Beispiel Škoda. Laut dem Onlineportal „El Confidencial“ könnte der spanische Finanzinvestor bis zu 29,9 Prozent übernehmen. Damit blieben 10,1 Prozent für den industriellen Partner, um auf die 40 Prozent zu kommen, von denen sich der Investmentfonds Trilantic trennen will. Eine Komplettübernahme Talgos, wie von den Ungarn angestrebt, wäre damit vom Tisch.

Vertreter von Škoda waren laut Medienberichten im April auf Einladung der Regierung in Madrid. Am Montag berichtete die spanische Wirtschaftszeitung „Cinco días“, dass die Gespräche mit Škoda Fortschritte machten. So ein Investment sollte der Konzern trotz hoher Verschuldung stemmen können, hat er doch das Prager Investmenthaus PPF als Eigner im Rücken. Talgo wäre für die Škoda Group eine perfekte Erweiterung um Hochgeschwindigkeitszüge, die bisher nicht zu ihrem Portfolio gehören.

Spaniens Bahngesellschaft Renfe ist schon in der Tschechischen Republik aktiv. Sie hält die Hälfte des Kapitals am tschechischen Bahn- und Busbetreiber Leo Express. Der fährt seine Gäste aber nicht mit Zügen von Talgo oder Škoda, sondern nutzt solche von Stadler.

Swatch schockiert die Anleger

rit, ZÜRICH. Die überraschend schwachen Ergebnisse im ersten Halbjahr haben die ohnehin gebeutelte Aktie der Swatch-Gruppe am Montag auf Talfahrt geschickt. Der Kurs des Schweizer Uhrenherstellers, der unter seinem Dach Marken wie Omega, Breguet, Blancpain, Longines, Glashütte Original, Tissot und eben Swatch beherbergt, sackte um 10 Prozent auf 169,70 Franken nach unten. Der Umsatz fiel in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres um gut 14 Prozent auf 3,4 Milliarden Franken. Der Konzerngewinn brach um 70,5 Prozent auf 147 Millionen Franken ein. Die operative Umsatzrendite schmolz auf 5,9 Prozent zusammen, nach 17,1 Prozent in der Vorjahreszeit.

Der Vorstand unter Führung von Nick Hayek führt den Umsatzschwund auf „die stark gesunkene Nachfrage nach Luxusgütern in China“ zurück, von der vor allem die Marken Breguet, Blancpain und Omega betroffen waren. Mit Uhren der Marke Swatch setzte der Konzern in China zwar 10 Prozent mehr um. In diesem niedrigpreisigen Marktsegment aber sind die Margen traditionell viel geringer als im Markt für Luxusuhren. Swatch ist stärker als andere Schweizer Uhrenhersteller vom wichtigen chinesischen Markt abhängig, der auch Hongkong und Macau umfasst.

Sinkende Umsätze führen zu überproportional fallenden Ergebnissen, weil der Konzern auf allen Fertigungsstufen unterwegs ist und die Kosten bisher nicht wesentlich angepasst hat. „Die Strategie, alle Produktionskapazitäten aufrechtzuerhalten und qualifiziertes Personal nicht zu entlassen, wird es dem Konzern wie in der Vergangenheit ermöglichen, sich schneller zu erholen und vom nächsten Aufschwung stärker zu profitieren“, schreibt das Unternehmen, das 33.000 Mitarbeiter beschäftigt.

„Ein in jeder Hinsicht hässliches Halbjahr“, urteilte Jean-Philippe Bertschy, Analyst der Bank Vontobel. Beim Uhrenexport aus der Schweiz verliere die Swatch-Gruppe erhebliche Marktanteile. Man habe immer vor der „gefährlichen Strategie des Unternehmens“ gewarnt, weiterhin auf hohem Niveau zu produzieren in der Hoffnung, dass der Umsatz sich erhole. Trotzdem hat Bertschy nach eigener Aussage nicht erwartet, dass der negative Hebel im operativen Ergebnis so stark sein würde. Binnen 18 Monaten seien netto Barmittel von 1,1 Milliarden Franken abgezossen, rechnete der Analyst vor und mahnte „einschneidende Maßnahmen“ an. Obwohl der Swatch-Vorstand erwartet, dass die Marktlage in China bis zum Jahresende schwierig bleibt, stellt er für das zweite Halbjahr bessere Ergebnisse in Aussicht. Dann soll das eingeleitete Kostensenkungsprogramm stärker wirken.

FIRMENINDEX	Seite	Burberry	20	Deutsche Lufthansa	18	KPMG	22	Swatch	21
3i	22	Condor	18	EnBW	17	Meta	20	Talgo	21
Action	22	Corvinus Fonds	21	Evonik	18	Lidl	20	Total Energies	17
Alphabet	22	Credit Suisse	20	EY	22	PwC	22	Trilantic	21
Atos	18	Deloitte	22	GFI Engineering	20	Renfe	21	UBS	20
		Deutsche Bahn	20	Goldman Sachs	22	Škoda Group	21	Wiz	22

Die F.A.Z.-Wetterinformationen

im Internet: www.faz.net/wetter

Frankfurter Allgemeine Buch

Herausforderungen ökonomisch meistern

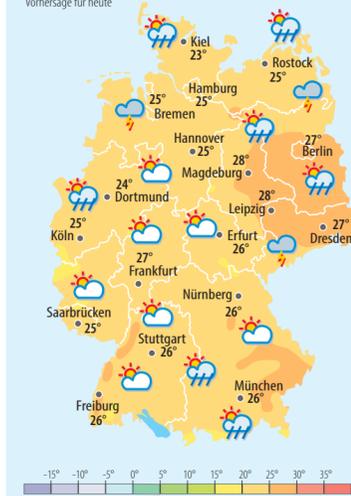
Der Band versammelt achtzehn vom Verein für Socialpolitik herausgegebene Texte, die zeigen, wie ökonomisches Denken zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen kann. Das Buch liefert damit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

WIRTSCHAFT VERSTEHEN, ZUKUNFT GESTALTEN
 Regina T. Riphahn (Hg.)
 176 Seiten - 28 Euro
 ISBN 978-3-96251-203-3
www.fazbuch.de - 0711-7899 2044
faz@zeitfracht.de

StädteWetter Deutschland

Stadt	16.07.	17.07.	18.07.
Aachen	21°	23°	27°
Arkona	24°	23°	23°
Berlin	27°	26°	28°
Bremen	25°	23°	26°
Brocken	16°	15°	20°
Cottbus	28°	26°	29°
Cuxhaven	24°	21°	24°
Dresden	27°	26°	28°
Düsseldorf	24°	25°	29°
Erfurt	26°	26°	29°
Essen	23°	24°	28°
Feldberg	14°	16°	20°
Feldberg/TS	19°	22°	25°
Frankfurt	27°	28°	31°
Freiburg	26°	27°	30°
Garmisch	24°	22°	27°
Greifswald	25°	23°	24°
Großer Arber	18°	17°	21°
Hamburg	25°	23°	27°
Hannover	25°	24°	27°
Helgoland	21°	19°	20°
Kahler Asten	18°	19°	24°
Karlsruhe	26°	27°	31°
Kassel	25°	25°	28°
Köln	25°	26°	30°
Konstanz	26°	26°	30°
Leipzig	28°	26°	29°
Lübeck	25°	23°	26°
Magdeburg	28°	26°	29°
Mannheim	26°	27°	31°
München	26°	25°	29°
Norderney	21°	20°	22°
Nürnberg	26°	26°	30°
Oberstdorf	24°	22°	28°
Osnabrück	24°	25°	28°
Passau	28°	26°	31°
Rostock	25°	22°	22°
Saarbrücken	25°	27°	31°
Stuttgart	26°	26°	31°
Sylt	21°	19°	21°
Trier	24°	27°	31°
Zugspitze	9°	9°	12°

Vorhersage für heute



Wetter in Deutschland heute

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern	Zuerst im Nordosten, später im Nordwesten wieder dunkle Wolken, kräftige Regengüsse und Gewitter. Aber auch Aufheiterungen. Höchstwerte von 20 bis 25, örtlich bis 27 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus südlichen bis westlichen Richtungen.
Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen:	Zunächst dunkle Wolkenfelder und gebietsweise kräftige Regengüsse und örtlich Gewitter. Im Laufe des Nachmittags kaum noch Schauer oder Gewitter und immer mehr Sonnenschein. Anstieg der Temperaturen auf 21 bis 28 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis West.
Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	In den südlichen Regionen heiter bis wolkig und trocken, sonst wechselnd bewölkt und vom Rheinland-Münsterland gebietsweise Schauer. Am Nachmittag 19 bis 26 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen frischer bis starker Westwind.
Baden-Württemberg, Bayern	Häufig Sonne und Wolken und trocken. Im äußersten Südosten Wolkenfelder und an den Alpen kräftige Schauer und Gewitter, mitunter Unwetter durch Starkregen, Hagel und Sturmböen. Höchsttemperaturen von 21 bis 28 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Vorhersage:

Im Westen und Südwesten gibt es einen Mix aus Sonne und viel gelben Wolken, und es bleibt weitgehend trocken. Im Nordosten, Osten und Südosten gehen Regengüsse nieder. Örtlich entladen sich Gewitter, die mit Starkregen, Hagel und Sturmböen einhergehen. Später gibt es vor allem im Norden, Nordwesten und an den Alpen noch Schauer und einzelne Gewitter. Die Temperaturen steigen auf 20 bis 28 Grad. Der Wind weht schwach bis mäßig, im Norden frisch aus Süd bis West.

Biowetter

Personen mit Erkrankungen der Atemwege müssen sich heute auf Beschwerden einstellen. Anfangs kommt es bei Bluthochdruckpatienten zu Kreislaufproblemen, sie lassen aber im Laufe des Tages allmählich nach. Auch Rheumatische Schmerzen nehmen ab. Für Wetterfähige beginnt der Tag häufig mit Kopfschmerzen, sie klingen jedoch langsam ab.

StädteWetter in Europa

Stadt	16.07.	17.07.	18.07.	Stadt	16.07.	17.07.	18.07.
Amsterdam	20°	23°	25°	Mailand	33°	33°	34°
Athen	38°	39°	39°	Malaga	36°	30°	31°
Barcelona	29°	30°	30°	Mallorca	32°	33°	34°
Belgrad	42°	41°	39°	Moskau	31°	31°	25°
Bozen	35°	34°	35°	Neapel	34°	34°	36°
Brüssel	22°	24°	27°	Nizza	28°	28°	29°
Budapest	36°	38°	35°	Oslo	21°	21°	24°
Bukarest	43°	43°	42°	Palermo	30°	31°	31°
Dublin	20°	21°	19°	Paris	25°	26°	30°
Dubrovnik	34°	35°	36°	Prag	27°	26°	29°
Genève	25°	24°	24°	Riga	27°	25°	24°
Istanbul	34°	34°	34°	Rom	36°	37°	36°
Kiew	37°	36°	31°	Sofia	36°	36°	37°
Kopenhagen	21°	23°	23°	Stockholm	24°	25°	23°
Las Palmas	28°	27°	27°	St. Petersburg	26°	30°	24°
Lissabon	27°	30°	33°	Venedig	33°	34°	34°
Ljubljana	34°	31°	31°	Warschau	36°	30°	28°
London	22°	26°	28°	Wien	32°	30°	32°
Madrid	34°	36°	38°	Zürich	25°	26°	30°

StädteWetter Afrika

Stadt	16.07.	17.07.	18.07.
Accra	23°	23°	23°
Algier	35°	33°	32°
Casablanca	25°	26°	27°
Johannesburg	19°	21°	22°
Kairo	39°	39°	40°
Kapstadt	15°	15°	15°

StädteWetter Nordamerika

Stadt	16.07.	17.07.	18.07.
Chicago	29°	24°	23°
Los Angeles	23°	23°	24°
Miami	36°	36°	36°
Montreal	26°	26°	26°
New York	37°	36°	30°
Vancouver	29°	30°	26°

StädteWetter Lateinamerika

Stadt	16.07.	17.07.	18.07.
Buenos Aires	16°	17°	18°
Caracas	32°	32°	33°
Lima	18°	18°	18°
Mexiko-Stadt	22°	23°	22°
Rio de Janeiro	17°	17°	29°
Santiago	29°	30°	15°

StädteWetter Naher Osten

Stadt	16.07.	17.07.	18.07.
Ankara	33°	33°	34°
Antalya	35°	34°	36°
Bagdad	45°	47°	47°
Dubai	49°	48°	48°
Riad	43°	44°	45°

Das besondere Wetterereignis
 Laut Deutschem Wetterdienst war der Zeitraum Juli 2023 bis Juni 2024 in Deutschland der bisher nasseste zwölfmonatige Zeitraum seit 1881.

Hollands ungestüm wachsender Gemischtwarendiscounter Action erhöht das Expansionstempo in Deutschland – und sieht das Land auf lange Sicht als den größten Markt. „Das Ziel ist jedes Jahr, dass wir mehr Länder neu eröffnen als im Jahr zuvor“, sagt Vorstandsvorsitzende Hajir Hajji im Gespräch mit der F.A.Z. Im vergangenen Jahr entstanden in Deutschland 45 Läden neu. Mit 548 Filialen betreibt Action hier schon jetzt mehr als in der niederländischen Heimat – deutlich weniger allerdings als Frankreich. Doch Hajji verweist auf die größere Einwohnerzahl und hohe Nachfrage durch Kunden: „Ich denke, dass Deutschland strategisch mehr Potential hat.“ Das Land wird also irgendwann Frankreich in der Zahl der Filialen überholen? „Ja, das sollte so sein.“ Wann, ließ Hajji offen.

Action ist mit seinem breiten Sortiment zu Niedrigstpreisen eine erstaunliche Wachstumsgeschichte des Einzelhandels. 1993 gegründet, ist die Kette eine Art Kombination von Woolworth, Tedi, Drogerie- und Baumarkt. Vom Shampoo über Bürobedarf und Handtücher bis zu Pflanzen ist alles zu haben. Mehr als zwei Drittel der Waren kosten Unternehmensangaben zufolge weniger als 2 Euro. Der Umsatz hat sich binnen zehn Jahren auf 11,3 Milliarden Euro 2023 verzehnfacht, bei zuletzt 1,6 Milliarden Euro operativem Gewinn (Ebitda).

Die Kette ist der Goldesel für ihren Mehrheitseigner, den britischen Finanzinvestor 3i. Er erwarb eine Mehrheit im Jahr 2011, dem Vernehmen für einen niedrigen bis mittleren dreistelligen Millionenbetrag in Pfund und Euro gerechnet. In seinem jüngsten Geschäftsbericht 2023/24 (zu Ende März) gibt 3i den Wert des aktuellen Pakets von 54,8 Prozent mit 14,2 Milliarden Pfund an, knapp 17 Milliarden Euro. Action sei „der wesentliche Treiber“ für den 3i-Gewinn im Geschäftsjahr gewesen. Die deutsche Konkurrenz nimmt die expandierenden Niederländer ernst: Lidl wirbt auf einem neuen Handzettel gerade explizit für sich, indem es seine Produkte und Preise mit jenen Actions vergleicht.

Wer im Action einkauft, kommt in der Regel nicht wegen eines spektakulären Shoppingerlebnisses. Und so nüchtern wie der typische Laden präsentiert sich die Zentrale in Zwaagdijk im Polder der Provinz Nord-Holland. Der Verwaltungsbau liegt eingeklemmt zwischen Logistikzentren. Im überdachten Fahrradabstellraum liegen Regenjacken und -hosen ausgebreitet auf Rädern, denn der Tag hat – wie zu oft in diesem Jahr – wieder mit Regen begonnen. Zweisprachige Schilder begegnen dem Besucher: auf Niederländisch und daneben Polnisch, wegen der vielen Beschäftigten aus dem osteuropäischen Land.

Gegenüber der Rezeption sind Regale mit aktuellen Action-Angeboten befüllt: Tobleronieriegel, Rollkoffer, Scheibenwischer in Fünf-Liter-Kanister für 1,79 Euro. In der zweiten Etage hat Hajji gerade im Konferenzraum mit Mitarbeitern getagelt, begrüßt nun zum Gespräch. Sie begann in den frühen Action-Jahren 1997 mit 17 Jahren in einer Filiale in Amsterdam-Nord: als Regalauffüllerin und Kassierer. Seitdem arbeitete sie sich hoch, folgte 2022 auf Sander van der Laan, der heute die deutsche Parfümeriekette Douglas führt.

Hajji nennt zwei Komplexe als Gründe für den Erfolg Actions: die „Action-For-



Will den deutschen Markt erobern: Action-Chefin Hajir Hajji, in einer Amsterdamer Filiale

Foto Action

Kampfansage an Lidl & Co.

Der Gemischtwarendiscounter Action wächst rapide, der Umsatz hat sich in zehn Jahren verzehnfacht. In Deutschland betreiben die Niederländer schon mehr Filialen als in der Heimat. Die Chefin sagt: Das Tempo erhöht sich noch.

Von Klaus Max Smolka, Zwaagdijk

mel“, also das Geschäftsmodell, und das Engagement der Beschäftigten. Das Besondere in den Märkten sind die ständig umlaufenden Waren: Von 6000 Produkten in den Regalen steht nur ein Drittel fest im Angebot – der Rest wechselt wie für eine Überraschungstüte, da können Spielzeugschienenbahnen im Regal liegen oder saisonale Produkte zu Ostern oder Weihnachten. Aber auch der erste Teil ist nicht zwingend als konkretes Produkt konstant: Es gibt zum Beispiel immer Shampoo, Schreibblö-

cke und Scheuerlappen, aber die können nach Art und Marke variieren. Hajji zeigt auf das schwarze Schreibetui, das im Gespräch vor ihr liegt. „Wir haben immer ein Etui. Dieses Etui kann heute schwarz sein, in drei Monaten könnte es ein blaues sein.“ Es gebe also ein Basissortiment, aber wie das aussieht, könne stark wechseln – auch abhängig vom jeweiligen Produkttrend. A-Marken wie der Nivea-Deodorant stehen in den Filialen neben Eigenmarken. Vom Cocktailshaker über die Schlafmaske bis

zum Ventilator reicht die Palette. Nur Lebensmittel fehlen weitgehend – außer Kleinigkeiten wie der Packung Kekke, Nüsse oder auch Instantnudeln.

Ordentliche Qualität zum Niedrigstpreis – das ist das Versprechen. „Wir sind sehr kostenbewusst, kaufen in hohen Volumina ein, die Zentralen-Kosten sind recht niedrig“, sagt Hajji. Wichtig ist nach ihrer Darstellung Bescheidenheit in der Handelsspanne. „Wir nehmen keine sehr hohen Margen.“ Zahlen will sie nicht nen-

nen, aber: „Der Unterschied zwischen Action und anderen ist, dass der Verkaufspreis nicht sieben Mal der Einkaufspreis ist.“ Als weitere Gründe nennt sie einheitliche Prozesse und Gestaltung in den Läden. Auch effiziente Logistik und die Filialorte typischerweise abseits der A-Lagen spielen eine Rolle.

Eine motivierte Belegschaft nennt sie als zweiten Komplex. Hajji erzählt die Geschichte, wie sie einst als Neuling im Laden von einem der Gründer auf Verbesserungsmöglichkeiten angesprochen worden sei. In der Zentrale spiegelte sich der Umgang mit und zwischen den Mitarbeitern: „No nonsense, recht informell, zusammen hart arbeiten und etwas schaffen.“ Ein Wertegerüst, das auch von der Region geprägt sein soll – weswegen Hajji die immer wieder einmal aufkommende Idee vom Umzug nach Amsterdam verwirft. Was Mitarbeitergehälter angeht, orientiere man sich an allgemeinen und branchenspezifischen „Benchmarks“, also Vergleichsstandards – Action liege „etwas darüber“.

Action betreibt momentan rund 2700 Läden in zwölf Ländern, davon – nach zwei Neueröffnungen am vergangenen Wochenende (Bochum, Bitterfeld) – die besagten 548 in Deutschland, 416 in den Niederlanden und 825 in Frankreich. In Deutschland blieb der Konzern mit dem Wachstum im vergangenen Jahr leicht hinter seinem – ehrgeizigen – Plan zurück: Deutschlandchef Heiko Großner hatte im September im F.A.Z.-Gespräch 50 neue Standorte für 2023 in Aussicht gestellt – und für das laufende Jahr zwischen 60 und 70. Hajji will das Ziel für dieses Jahr auf Nachfrage nicht wiederholen. Ein paar Läden mehr oder weniger seien nicht entscheidend. Wichtiger sei es, hochwertige Läden zu eröffnen, die Actions Anforderungen genügen und lange Bestand hätten. „Qualität geht vor Schnelligkeit.“ Für 2024 gibt sie nur noch das allgemeine Wachstumsziel aus, also aktiver als im Vorjahr zu sein. „Wenn wir voriges Jahr 45 neue Läden hatten, dann ist unser Ehrgeiz, dieses Jahr mehr Läden zu öffnen als die 45.“ Die Zahlen sind Nettozahlen, entsprechen aber weitgehend den Eröffnungszahlen, weil nur unter ungewöhnlichen Umständen einmal eine Filiale geschlossen werde. Mit seiner ersten Filiale kam Action 2009 nach Deutschland, in Schüttorf.

Kriterien für neue Standorte sind die Ladenfläche, eine absehbar hohe Kundenfrequenz, genügend Parkplätze und auch Platz für eine eigene Mitarbeiterkantine. Das kann in einem Einkaufszentrum sein, im Einzelgebäude oder irgendwo anders in einem Bau in der ersten Etage. In zwölf Ländern ist die Kette jetzt aktiv. „Kommandes Jahr werden wir erstmals zwei Länder in einem Jahr erschließen: die Schweiz und Rumänien“, so die Vorstandsvorsitzende.

Begonnen hat die Action-Geschichte in Enkhhuizen, dem malerischen Grachtenstädtchen am IJsselmeer zwölf Kilometer östlich Zwaagdijks. Hier eröffnete vor mehr als 30 Jahren der erste und noch kleine Laden am Dijk 12: in einem schlichten, aber schmuckten Backsteinbau am Alten Hafen – heute ein Wohnhaus. Das Namensschild an der Klingel ist unbeschriftet. Einen Action gibt es in Enkhhuizen aber immer noch – jetzt gut zwei Kilometer entfernt von dieser pittoresken Lage, in einem Einkaufszentrum außerhalb der historischen Innenstadt.



Prüfer in Sneakern

Von Mark Fehr

Der Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft ist mit Händen zu greifen. Das verändert auch die Wirtschaftsprüfer, die tiefgreifende Veränderungen in der Unternehmenswelt als Bilanzkontrolleure und Beratungsanbieter in unterschiedlichsten Branchen miterleben und mitgestalten, wofür trotz der regulatorischen Trennung von Prüfung und Beratung weite Spielräume bleiben. Dass die traditionell als bieder und konservativ wahrgenommenen Wirtschaftsprüfer immer öfter in Turnschuhen und ohne Krawatte unterwegs sind, hat daher nicht nur mit den modischen Folgen des Homeoffice zu tun. Der betont lockerere Stil rührt auch daher, dass der Berufsstand sich immer stärker für Fachleute und Talente aus Disziplinen jenseits von Buchhaltung und Juristerei öffnet, ja öffnen muss. Gefragt sind nicht mehr nur Kaufleute, Betriebswirte oder Paragrafenkünstler, sondern zunehmend Datenspezialisten, die digitale Werkzeuge für Effizienzsteigerungen und neue Geschäftsmodelle entwickeln und einsetzen, oder Cybersoldaten für die Abwehr von Hackerangriffen oder schließlich Akteure, die durch die Brille der Nachhaltigkeit einen grüneren und diverseren Blick auf die Geschäftsmodelle von Mandanten werfen sollen. Daneben haben Bilanzkandale die Augen dafür geöffnet, dass die klassische Wirtschaftsprüfung nicht nur ein notwendiges Übel ist.

Führende Wirtschaftsprüferinnen und -prüfer, wie die Grant-Thornton-Vorstandssprecherin Heike Wieland-Blöse, fordern mehr Flexibilität ein, um als Arbeitgeber für neue Köpfe aus allen Disziplinen attraktiv zu werden. Das ist nachvollziehbar, schließlich kann man davon ausgehen, dass Digitaltalente und Nachhaltigkeitsprofis sich nicht nur als Handlanger der traditionellen Wirtschaftsprüfung und Steuerberater abspenken lassen wollen, sondern nach Aufstiegsmöglichkeiten und mindestens gleichberechtigten Karrierewegen suchen. Dazu gehört die Aufnahme in den Kreis der Partnerinnen und Partner, was für Fachfremde und Quereinsteiger bisher nur auf Umwegen möglich ist, weil die deutschen Gesetze von Gesellschaftern und Partnern einer Wirtschaftsprüfung- oder Steuerberatungsgesellschaft ein Berufsexamen als Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater verlangen. Der Wandel der Prüfer- und Beraterbranche sollte nicht an regulatorischen Hürden scheitern.

Goldman Sachs legt zu

Starkes Handelsgeschäft im zweiten Quartal

ham. FRANKFURT. Die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs hat im Kapitalmarktgeschäft ein überraschend ertragreiches Quartal hinter sich. Anleger zeigten sich allerdings am Montag besonders angetan davon, dass nach den durchgewachsenen Quartalsergebnissen der Wettbewerber vom Freitag auch das für Goldman eher unbedeutende Zinsgeschäft gut lief.

Wie Goldman Sachs am Montag in New York im Detail mitteilte, verdiente die Bank im zweiten Quartal 2024 fast genau 3,0 Milliarden Dollar. Das sind 17 Prozent mehr als im Vorjahresquartal, in dem allerdings in den USA eine Regionalbankenkrise tobte und Goldman einen fehlgeschlagenen Ausflug ins Privatkundengeschäft mit hoher Risikoversorge zu korrigieren begann. Daher sank die Risikoversorge jetzt im Quartalsvergleich deutlich von 615 Millionen Dollar auf 282 Millionen Dollar. Bei den neuen Rückstellungen handele es sich überwiegend um ausfallgefährdete Kreditkartenschulden von Privatkunden, hieß es am Montag.

Goldmans gesamte Erträge lagen 10 Prozent niedriger als im ersten Quartal 2024, nahmen aber im Vergleich zum zweiten Quartal 2023 um 17 Prozent auf 12,7 Milliarden Dollar zu. Besonders augenfällig war der Anstieg der Erlöse im Zinsgeschäft von 1,7 auf 2,2 Milliarden Dollar. Aber mit 8,2 Milliarden Dollar entfällt bei Goldman der Löwenanteil der Erträge auf das Kapitalmarktgeschäft und hier wiederum mit allein 3,2 Milliarden Dollar auf den Handel mit Zinsen und Währungen (FIC). In diesem FIC-Geschäft ist die Deutsche Bank ein großer Wettbewerber. Die US-Bank steigerte ihre Einnahmen im FIC-Geschäft um 17 Prozent und sprach am Montag vom zweitbesten Quartal überhaupt.

Goldman Sachs kämpft mit J.P. Morgan und Morgan Stanley um die Marktführerschaft im globalen Investmentbanking. In Deutschland war Goldman im zweiten Quartal als Berater beteiligt an zum Beispiel diesen drei Transaktionen: als sich Volkswagen mit 5 Milliarden Dollar an dem amerikanischen Elektroautohersteller Rivian beteiligte, als die Aareal Bank und der Finanzinvestor Advent für 3,9 Milliarden Euro den Softwarehersteller Aareon an die Beteiligungsgesellschaft TPG verkaufen und als Siemens für 3,5 Milliarden Euro seine Antriebspartie Innomotics an den Finanzinvestor KPS verkaufte.

Goldman konzentriert sich neben dem Investmentbanking nun stärker auf die Vermögensverwaltung, wo die beaufsichtigten Vermögen im zweiten Quartal 2024 um 86 Milliarden auf den Rekordwert von 2930 Milliarden Dollar wuchsen. Damit ist die Bank weniger anfällig für Ausfälle im Kreditgeschäft, die ihren breiter aufgestellten Konkurrenten J.P. Morgan und Citigroup im zweiten Quartal zu schaffen machten. Diese Banken hatten am Freitag ihre Nettogewinne gemeldet, die wegen eines starken Investmentbankings und Einmaleffekten höher ausfielen.

J.P. Morgan hat nach einem Nettogewinn im zweiten Quartal von 18,2 Milliarden Dollar nun im ersten Halbjahr 2024 rund 31,5 Milliarden Dollar verdient. Citigroup ist nach einem Quartalsgewinn von 3,2 Milliarden Dollar nun auf 6,6 Milliarden Dollar Nettogewinn im ersten Halbjahr. Goldman Sachs hat im ersten Quartal 2024 rund 4,1 Milliarden Dollar nach Steuern verdient, sodass sich der Nettogewinn zum Halbjahr nun auf rund 7,2 Milliarden Dollar summiert. An diesem Dienstag legen nun Bank of America und Morgan Stanley ihre Quartalsergebnisse vor.

Prüfer und Berater verdienen Milliarden

Wirtschaftsprüfer erhalten immer mehr Aufträge als Helfer in der Krise

mfe. FRANKFURT. Die Branche der Wirtschaftsprüfer und Berater wächst angesichts von internationalen Krisen und Umbrüchen stark. Die Umsätze der deutschen Prüfungs- und Beratungsgesellschaften stiegen im Jahr 2023 um knapp 9 Prozent auf 19,8 Milliarden Euro, zeigt das am Montag veröffentlichte jährliche Ranking des Marktforschungsunternehmens Lünendonk. Das Marktvolumen hat sich demnach innerhalb von zwölf Jahren verdoppelt. Gut die Hälfte des Marktanteils entfällt auf die vier größten Anbieter von Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsleistungen, also PwC, EY, KPMG und Deloitte. Allein diese vier vereinnahmten mit insgesamt 10,2 Milliarden Euro über 51 Prozent der gesamten Umsätze der Branche in Deutschland, obwohl ehrgeizige Angreifer aus den Reihen der mittelgroßen Anbieter ebenfalls stark wachsen und sogar Marktanteile im Premiumsegment der Dax-Kunden erobern haben (siehe Grafik).

Die großen Prüfungs- und Beratungsgesellschaften sind ein Spiegelbild der wirtschaftlichen und technologischen Umbrüche, denn sie prüfen nicht nur die jährlichen Bilanzen von Unternehmen unterschiedlichster Branchen, sondern beraten und unterstützen diese auch dabei, Krisen und Umbrüche zu bewältigen. Für das zurückliegende Geschäftsjahr fällt besonders die Aufholjagd von Deloitte ins Auge. Die Marke ist international Nummer eins auf dem Prüfungs- und Beratungsmarkt, belegt in Deutschland allerdings nur den vierten Platz. Vor vielen Jahren noch musste sich Deloitte sogar Sorgen machen, überhaupt zu den Großanbietern in Deutschland gezählt zu werden. Doch nun hat sich das Unternehmen mit einem starken Wachstum von 22 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro Umsatz ganz nah an den Wettbewerber KPMG herangearbeitet. Für 2023 hat Lünendonk den KPMG-Umsatz geschätzt, weil

Prüfungs- und Beratungsgesellschaften verschiedene Erlöskennzahlen angeben, also nicht nur Umsätze, sondern auch die Gesamtleistung oder die Rechtsberatungseinnahmen unterschiedlich ausweisen, wie Studienleiter Jörg Hossenfelder erläuterte. Er hält es für möglich, dass Deloitte im laufenden Geschäftsjahr KPMG überholt haben könnte. Sehen wird man das, wenn die Prüfungsgesellschaften ab Herbst ihre nächsten Zahlen vorlegen werden.

Die Gründe für die Aufholjagd von Deloitte liegen im von der Transformation der gesamten Wirtschaft getriebenen Wachstum auf dem Beratungsmarkt sowie den von der Regulatorik erzwungenen Prüferwechseln bei den Unternehmen. Hinzu kommt, dass der Wettbewerber EY wegen des Wirecard-Bilanzskandals einen Reputationsschock verkraften muss, der dem Abschluss neuer Mandate im Wege steht. Zudem hat die Wirtschaftsprüferaufsicht APAS ein zwei Jahre dauerndes Verbot über EY verhängt, neue Aufträge für die Bilanzprüfung börsenno-

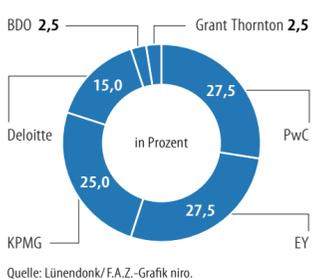
tierter Mandanten anzunehmen. Die Neugeschäftssperre greift seit März, als EY die Entscheidung der APAS nach einer langen berufsaufsichtlichen Untersuchung rechtskräftig werden ließ. Ungeachtet der Auswirkungen des Wirecard-Skandals auf das Prüfgeschäft hat EY im Jahr 2023 den Umsatz über alle Geschäftsbereiche um 15 Prozent auf mehr als 2,5 Milliarden Euro gesteigert und seinen Platz an zweiter Stelle hinter dem deutschen Marktführer PwC behauptet, der seinen Umsatz um fast 22 Prozent auf über 2,9 Milliarden Euro steigerte.

Laut Christoph Schenk, Geschäftsführer für den Bereich Wirtschaftsprüfung bei Deloitte, hat das Unternehmen durch gezielte Investitionen die Grundlage dafür geschaffen, den stark gewachsenen Bedarf der Mandanten an Prüfungs- und Beratungsleistungen bedienen zu können. Bei Deloitte ist der Anteil des Geschäfts mit der Unternehmensberatung mit 60 Prozent besonders hoch, doch wächst der Anbieter auch in der klassischen Wirtschaftsprüfung deutlich. So steigerte Deloitte 2024 die Zahl der Prüfungskunden aus der ersten Börsenliga von sechs auf neun Mandate. Zu den Kunden aus dem Dax zählen nun die Chemieunternehmen BASF, Bayer und Brenntag, der Logistikkonzern Deutsche Post DHL Group, die Deutsche Telekom, der Chiphersteller Infineon, das Pharmaunternehmen Merck, der Rüstungshersteller Rheinmetall sowie das Energieunternehmen RWE.

Auch wenn sich die schwindelerregenden Wachstumsquoten laut einer Branchenumfrage durch Lünendonk im laufenden Jahr wohl nicht wiederholen werden, geht es weiter aufwärts. Denn stufenweise müssen immer mehr Unternehmen Nachhaltigkeitsberichte veröffentlichen und prüfen lassen, was zu neuen Aufträgen in der Prüfung, aber auch in der Beratung führt.

Kampf um Dax-Kunden

Marktanteile 2023 für Bilanzprüfungen der 40 Dax-Unternehmen



Bundesfinanzhof stärkt Termin-Anleger

Das höchste deutsche Steuergericht hält die Besteuerung von Termingeschäften, die einige Anleger in Existenznöte gebracht hat, für verfassungswidrig. Die FDP will rasche Abhilfe, die SPD warten.

Von Martin Hock, Frankfurt

Der Streit um die Besteuerung von Termingeschäften, die einige Anleger ernsthaft in Existenznöte gebracht hat (F.A.Z. vom 24. Mai 2023), setzt sich fort. Nach der Neuregelung von 2020 können Verluste aus Termingeschäften ausschließlich mit Einkünften aus denselben verrechnet werden, vor allem aber nur bis zu einer Höhe von 20.000 Euro in einem Steuerjahr. Da Privatanleger, etwa die mit den beliebten Differenzkontrakten (CFDs), im Laufe eines Jahres meist deutlich höhere Volumina bewegen, hat dies dazu geführt, dass Finanzämter in einigen Fällen trotz hoher wirtschaftlicher Verluste aus den Geschäften hohe Gewinne ansetzen und entsprechend hohe Steuerforderungen stellten. Zunächst hatte das Finanzgericht Rheinland-Pfalz aufhorchen lassen, dass die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes in Zweifel zog (F.A.Z. vom 24. Januar) und einem Anleger recht gab, der auf einen Gewinn von rund 23.000 Euro rund 60.000 Euro Steuern zahlen sollte. Das Finanzamt hatte einen Gewinn von 213.000 Euro angesetzt.

Dabei geht es vor allem um den allgemeinen Gleichheitssatz nach Artikel 3, Absatz 1 des Grundgesetzes. Anders als das Finanzgericht (FG) Rheinland-Pfalz entschied in einem ähnlichen Fall, bei dem der Kläger vom CFD-Verband unterstützt wurde, das FG Baden-Württemberg. Zwar äußerte der Senat ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit, kam aber zu dem Schluss, der Gesetzgeber habe seinen Gestaltungsspielraum nicht überschritten. Mit der Begrenzung auf 20.000 Euro würden Verluste von Kleinanlegern „typischerweise“ sofort berücksichtigt, bei höheren Vermögenswerten profitierten Anleger vom Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent. Die Regelung verstöße

auch nicht gegen das Übermaßverbot, da ja Verluste vorgetragen werden könnten und künftige Gewinne aus Termingeschäften nicht ausgeschlossen seien. Indes ließ das FG die Revision „wegen der grundsätzlichen Bedeutung und zur Fortbildung des Rechts“ zu.

Gerade hinsichtlich des Verlustabzugs kam wiederum der Bundesfinanzhof (BFH) bei der Prüfung des Urteils aus Rheinland-Pfalz jetzt zu einer ganz anderen Einschätzung. Es sei gerade nicht davon auszugehen, dass die Vorträge genutzt werden könnten: Ein Steuerpflichtiger müsste zur Verrechnung eines Verlustes von einer Million Euro noch 50 Jahre leben und in jedem dieser 50 Jahre hinreichend Gewinne aus Termingeschäften erzielen, rechneten die Richter vor. Steuerpflichtige würden vielmehr gedrängt, weitere Termingeschäfte zu tätigen, auch wenn sie wegen der Verluste diese einstellen würden. Damit halte die Gesetzesbegründung nicht stand, Kleinanleger vor einer besonders hohen Verlustanfälligkeit schützen zu wollen. Auch ein etwaiger Abschreckungscharakter sei „kein tragfähiger Rechtfertigungsgrund“.

Insgesamt heißt es im Leitsatz des BFH-Urteils schlicht: „... die Verlustverrechnungsbeschränkung für Termingeschäfte (ist) nicht mit Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar“. Dabei geht es den Richtern nicht nur um die asymmetrische Besteuerung von Gewinnen und Verlusten. Vielmehr sehen diese keinen „sachlich einleuchtenden Grund“ für die Unterscheidung zwischen Steuerpflichtigen mit Verlusten aus Termingeschäften oder mit Verlusten aus anderen Kapitalanlagen.

Generell schätzte der BFH den Charakter von Termingeschäften anders ein. Im Gegensatz zum FG Baden-Württemberg sieht er diese nicht in jedem Fall als hoch-



Folgenreich: Der Bundesfinanzhof ist mit der Besteuerung von Finanzprodukten nicht einverstanden.

Foto Picture Alliance

spekulativ an, sondern betont die regelmäßige Nutzung für Absicherungsgeschäfte. Im Gegensatz dazu hatte sich das FG Baden-Württemberg der von den Verfechtern der Regelung behaupteten, aber nie belegten volkswirtschaftlichen Schädlichkeit von Spekulationsgeschäften zumindest implizit angeschlossen.

Der Politik lasen die Richter aber noch strenger die Leviten: Die Tatsache, dass wie im Fall aus Rheinland-Pfalz wirtschaftliche Scheingewinne versteuert werden müssten, lege zumindest nahe, dass „der Gesetzgeber weniger den Anleger vor hohen Verlustrisiken, als den Fiskus vor Risiken für das Steueraufkommen schützen wollte, die aber weder beziffert noch inhaltlich konkretisiert wurden“. Ein solches fiskalisches Ziel könne die Beschränkung des Verlustausgleichs mit ihren Folgen nicht rechtfertigen.

Der CFD-Verband zeigt sich naturgemäß erfreut über das Urteil des BFH. Der Beschluss habe deutliche Signalwirkung, sagt Vorstand Tobias Stöhr. Zwar obliege die endgültige Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit dem Bundesverfassungsgericht. Doch der Beschluss sei noch deutlicher als die von den Finanzgerichten angemeldeten Zweifel: „Die Verlustverrechnungsbeschränkung für Termingeschäfte ist nicht mit Artikel 3, Absatz 1 des Grundgesetzes vereinbar.“

Deswegen bleibe man optimistisch, dass die vom Verband begleitete Musterklage

im Revisionsverfahren am BFH auch zu dem Ergebnis kommen könnte, dass dieser das strittige Gesetz dem Bundesverfassungsgericht vorlegen wird. „Hervorzuheben ist auch die Schnelligkeit, mit der der BFH zu dem Beschluss gekommen ist“, sagt Stöhr. „Sie unterstreicht die Dringlichkeit einer grundsätzlichen Entscheidung, immerhin sind in Deutschland Tausende von CFD-Anlegerinnen und -Anlegern von teils horrenden Steuerforderungen betroffen.“ Aus diesem Grund sehe der Verband auch großen Handlungsbedarf auf Seiten der Bundespolitik.

Einige Reaktionen aus dieser geben Anlegern Anlass zur Hoffnung. Mit dem Urteil des BFH zeige dieser unmissverständlich auf, dass die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit berechtigt waren, die er schon seit 2019 kritisiert habe, sagte Olav Gutting (CDU), Mitglied des Finanzausschusses: „Die Bundesregierung hat jetzt gegenüber den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen die Pflicht, diesen Systemfehler umgehend abzuschaffen und einer weiteren Schlappe vor dem Bundesverfassungsgericht vorzugreifen.“

Auch der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Fricke, hält es für den „weitaus schlechteren Weg“, jetzt noch auf ein Urteil des Verfassungsgerichts zu warten. Es sei ärgerlich, dass die Politik immer darauf warte, dass die „letzte Instanz“ etwas anordne, statt zu akzeptieren, dass andere auch einmal

recht haben könnten. „Wenn es nach meiner Fraktion und mir ginge, hätten wir die unfairen Regelungen längst aufgehoben.“ Es sei Zeit, eine angemessene und faire Lösung zu finden. „Die aktuellen Regelungen zur Verlustverrechnungsbeschränkung sind spätestens mit diesem Urteil verfassungsrechtlich mit sehr guten Gründen angreifbar.“

Deutlich zurückhaltender ist man bei der SPD, die vielen Betroffenen als Urheber der Gesetzgebung gilt – namentlich der ehemalige finanzpolitische Sprecher der Fraktion Lothar Binding, sodass auch von einer „Bindingsteuer“ die Rede ist. Der BFH habe in einem Verfahren geurteilt, in dem es um die Aussetzung der Vollziehung gegangen sei, also um vorläufigen Rechtsschutz, sagt Bindings Nachfolger Michael Schrodi. „Der Bundesfinanzhof hält die Regelung nach summarischer Prüfung zwar für verfassungswidrig – ob die Beschränkung der Verlustverrechnung gegen das Grundgesetz verstößt, kann aber nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden.“ Betroffene Anleger, die auf eine Änderung hoffen, könnten also gezwungen sein, auf ein Urteil aus Karlsruhe zu warten, was Jahre in Anspruch nehmen kann. Bis dahin bleibt ihnen nur, auf dem Klagewege eine Aussetzung der Vollziehung der Steuerbescheide zu erreichen. Allerdings dürften die Aussichten mit dem Urteil des Bundesfinanzhofs besser geworden sein.



Murks aufräumen

Von Martin Hock

Klarer konnte die Aussage des Bundesfinanzhofs kaum sein: Die Verlustverrechnungsbeschränkung für Termingeschäfte ist nicht mit Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar. Punkt. Auch wenn das höchste deutsche Steuergericht dies nicht zu entscheiden hat, sondern das Bundesverfassungsgericht, so ist die Klarheit der Aussage schon eine Klatsche für den Gesetzgeber. Nicht zuletzt, wenn man in die Begründung schaut. So weist der BFH auf einen Grundwiderspruch des Gesetzes hin: Wie kann es Anlegerschutz sein, wenn man diesen noch größeren Schaden zufügt und gleichzeitig mit der Verlockung von Verlustvorträgen entschafft, dass sie mit diesem Verhalten nicht aufhören? Dass die Münchener Richter dann auf die Idee kommen, es könne in Wirklichkeit um Steuereinnahmen gehen, ist nicht nur ein naheliegender Schluss, sondern eine weitere Malschelle. Man fragt sich: Mangel an Kompetenz oder Absicht? Für Letzteres spricht das Narrativ von volkswirtschaftlichen Schädlichkeit von Termingeschäften, der sich im Gegensatz zum BFH das Stuttgarter Finanzgericht anschloss. Das Gesetz macht es nicht besser. Dann hätte der „Anlegerschutz“ konsequenter umgesetzt werden müssen. Die politischen Reaktionen fallen wie erwartet aus. FDP und CDU wollen aufräumen, die SPD verweist auf die lange Bank des Verfassungsgerichts. Doch um Murks zu beseitigen, sollte es nicht erst eines Urteils bedürfen. Eigentlich.

Klage gegen Restschuldregeln

arp. FRANKFURT. Versicherungsunternehmen und ihr Dachverband haben eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Sie richtet sich gegen das einwöchige Abschlussverbot von Restschuldversicherungen. Diese schließen Kunden üblicherweise nach der Aufnahme eines Kredits ab, um Kreditraten auch tilgen zu können, wenn sie arbeitslos oder berufsunfähig werden.

Nach den Vorgaben des Zukunftsfinanzierungsgesetzes sollen Restschuldversicherungen von Januar kommenden Jahres an frühestens eine Woche nach den entsprechenden Darlehensverträgen abgeschlossen werden dürfen.

Das ist aus Sicht des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und der weiteren klagenden 22 Anbieter solcher Policen nicht mit der europäischen Verbraucherkreditrichtlinie in Einklang zu bringen. Die Richtlinie gebe vor, dass Versicherer ihren Kunden eine Restschuldversicherung zeitgleich zum Abschluss des Darlehensvertrages anbieten können sollen, argumentieren sie. Restschuldversicherungen sind nicht unumstritten. Häufig werden sie den Kunden direkt von den kreditgebenden Banken angeboten, die dafür von den Versicherern hohe Provisionen erhalten.

Die Börse

Dax in Punkten	Bundesanleihe Rendite 10 Jahre
19200	2,85
18800	2,70
18400	2,55
18000	2,40
17600	2,25
16.4.24	16.4.24
15.7.24	15.7.24

	12.7.24	15.7.24
F.A.Z.-Index	2653,71	2631,84
Dax	18748,18	18590,89
M-Dax	25904,22	25688,25
Tec-Dax	3408,93	3384,60
Euro Stoxx 50	5043,02	4983,11
F.A.Z.-Euro-Index	163,48	161,97
Dow Jones	40000,90	40211,72
Nasdaq Index	18398,45	18472,57
Bund-Future	131,81	131,87
Tagesgeld Frankfurt	3,73 %	3,73 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	2,47 %	2,45 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	2,51 %	2,52 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	4,18 %	4,23 %
Gold, Spot (S/Unze)	2411,22	2421,55
Rohöl (London S/Barrel)	85,27	84,84
1 Euro in Dollar	1,0890	1,0907
1 Euro in Pfund	0,8403	0,8405
1 Euro in Franken	0,9747	0,9755
1 Euro in Yen	172,87	172,34

Alle Werte Stand: 22:07 Uhr

Darlehen bleiben teuer

Studie: Banken zurückhaltend mit Zinssenkungen

sibi. FRANKFURT. Zumindest kurzfristig können Verbraucher in Deutschland offenbar nicht mit Zinssenkungen für Ratenkredite rechnen. Die meisten Banken jedenfalls gehen davon aus, in den nächsten Monaten das Zinsniveau eher stabil zu halten. Das geht aus einer Studie der Vergleichsplattform Smava hervor, die der F.A.Z. exklusiv vorliegt. Die Plattform hat die in Deutschland tätigen Banken, deren Kredite sie vermittelt, über ihre Zinspläne befragt. 85 Prozent der befragten Banken gaben an, die Kreditzinsen in den drei nächsten Monaten konstant halten zu wollen, 10 Prozent kündigten an, die Zinsen senken zu wollen, und 5 Prozent rechneten mit einer Erhöhung der eigenen Kreditzinsen. Für den Markt insgesamt erwarten 70 Prozent der Banken gleichbleibende und 30 Prozent sinkende Kreditzinsen. Keine Bank rechnet mit höheren Zinsen.

Nach Zahlen der Bundesbank, die in der Studie zitiert werden, sind Konsumentkredite im Durchschnitt aktuell ein wenig günstiger als zu Jahresbeginn. Laut den zuletzt veröffentlichten Daten wurden über die Laufzeiten hinweg im Schnitt immerhin noch rund 8,5 Prozent Zinsen pro Jahr für einen Konsumentkredit fällig. Smava zufolge sind die Unterschiede je nach Bank aber erheblich. Vergleichen lohnt sich. Es gebe aktuell auch Konsumentkredite zu Zinssätzen zwischen 5 und 6 Prozent. Immer häufiger variieren die Zinssätze für Konsumentkredite allerdings stark in Abhängigkeit von der Bonität des Kreditnehmers. Die besten Werbezinsen bekommen dann nur Kreditnehmer mit der höchsten Bonität, die allerdings im Umkehrschluss einen Konsu-

mentenkredit am wenigsten nötig haben. Für Kreditnehmer schlechterer Bonität verlangen die Banken dann gleichsam Risikoaufschläge.

Die Zinssätze für Konsumentkredite liegen immer deutlich oberhalb der EZB-Leitzinsen und der Zinssätze für hypothekebesicherte Baudarlehen. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB, den Banken für Kredite bei der Notenbank zahlen, beträgt seit der Zinssenkung im Juni 4,25 Prozent. Der Einlagensatz, den Banken für Einlagen bei der Notenbank bekommen, liegt bei 3,75 Prozent. Und die Bankzinsen für hypothekebesicherte Darlehen mit zehn Jahren Zinsbindung betragen aktuell im Schnitt 3,69 Prozent. In der Studie heißt es, für die kommenden drei Monate rechneten 40 Prozent der befragten Konsumentkredit-Banken mit sinkenden Leitzinsen und 60 Prozent mit einer Stagnation.

„Wer auf Kreditzinsen von 2 bis 3 Prozent spekuliert, wird lange warten müssen“, sagte der Smava-Vorstandsvorsitzende Alexander Artopé. „Die Zinsentwicklung kann man nicht beeinflussen; wie viel Zinsen man für den eigenen Kredit zahlt aber schon.“ Die Plattform hat anhand von Beispielen durchgerechnet, was ein Kreditnehmer spart, wenn er statt des von der Bundesbank ermittelten Durchschnittszinssatzes einen günstigeren der Banken der Plattform vereinbart. Für einen Kredit über 5000 Euro für 36 Monate mache der Unterschied 231,60 Euro aus. Wer sich 10.000 Euro über 84 Monate leihe, spare durch den Zinsvergleich 1152,81 Euro. Und wer einen Kredit über 30.000 Euro für 84 Monate aufnehme, der spare durch die Wahl der richtigen Bank 3458,44 Euro.

Kurse reagieren kaum auf Attentat

Anleger rechnen verstärkt mit Trumps Sieg / Doch die Wahl ist noch weit entfernt

mho. FRANKFURT. Nach drei Tagen mit Kursgewinnen ging es am Montag am deutschen Aktienmarkt wieder abwärts. Der marktweite F.A.Z.-Index verlor bis zum Nachmittag 0,4 Prozent auf 2644 Punkte. Der Dax gab etwas weniger stark auf 18.693 Zähler nach. Der Leitindex für den Euroraum, der Euro Stoxx 50, sank um 0,4 Prozent auf 5022 Punkte.

Als Erklärung für die moderaten Kursverluste wurde unter anderem das Attentat auf den US-Präsidenten-Kandidaten Donald Trump ins Feld geführt. „Die Finanzmärkte müssen sich neu sortieren, dürfte das Attentat doch dessen Wahrscheinlichkeit erhöht haben“, heißt es vom Vermögensverwalter Bantleon. Auf den ersten Blick seien das gute Nachrichten für die Wall Street, gelte Trump doch vielen Investoren als wirtschaftsfreundlich. Indes zeigte die Kursreaktion, dass das Attentat sich kurzfristig nur wenig auswirken scheint.

Auch in anderen Segmenten der Finanzmärkte blieben die Reaktionen verhalten. Der Dollar wertete leicht auf, gab aber die Zugewinne am Montag wieder ab. Die Rendite der zehnjährigen amerikanischen Staatsanleihen stieg in der Nacht zum Montag leicht, holte die damit einhergehenden Kursverluste aber wieder weitgehend auf. Einzig der Kurs der Kryptoanlage Bitcoin stieg nach Bekanntwerden des Attentats deutlich um rund 2000 auf gut 63.000 Dollar und bröckelte danach nur allmählich ab. Trump hatte zuletzt die Kryptobranche umgarnt und etwa geäußert, Bitcoin-Mining sei die „letzte Verteidigungslinie“ gegen eine digitale Zentralbankwährung. Alle verbleibenden Bitcoin müssten in den USA hergestellt werden. Damit trifft Trump allerdings nicht den Nerv einer Branche, die sich als global und unabhängig von

nationalen Regierungen begreift. Andererseits wird in den USA die Börsenaufsicht SEC unter ihrem aktuellen Präsidenten Gary Gensler als Feind der Branche angesehen. Hier könnte das Hoffen auf Trump womöglich berechtigt sein.

Deutlicher bergab ging es am Aktienmarkt in Hongkong. Der Hang-Seng-Index fiel um 1,5 Prozent auf 18.016 Punkte. Der Rückgang spiegele zum Teil einen Vorriff auf mögliche höhere Zölle auf chinesische Exporte nach einem Trumps-Sieg wider, schreibt Chris Weston von Pepperstone. Allerdings könnten die Kursverluste auch viel mit schwachen Wirtschaftsdaten zu tun haben. Chinas Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um nur noch 4,7 Prozent, deutlich langsamer als von Analysten erwartet. Die Regierung werde größere politische Unterstützungen in Erwägung ziehen müssen, um ihr Wachstumsziel zu erreichen, sagte Xiaojia Zhi, Ökonomin der Crédit Agricole CIB in Hongkong. Die „zunehmende Wahrscheinlichkeit von Trump 2.0“ bedeute auch, dass China zusätzliche Anstrengungen unternehmen müsse, um die Inlandsnachfrage zu stärken. Insofern gibt es da einen Zusammenhang. Der chinesische Aktienindex CSI 300 legte 0,1 Prozent auf 3476 Punkte zu.

Von einer Trump-Administration erwarten einige Anleger eine tendenziell inflationäre und schuldenintensive Wirtschaftspolitik. Verschärfte Einwanderungsgesetze könnten für steigende Löhne und Preise sorgen. „Die entscheidende Frage ist, ob die Haushaltspolitik unverantwortlich locker bleibt und welche Folgen das für die Inflation und die zukünftige Zinsentwicklung haben könnte“, sagt Nick Ferres, Chef-Investmentmanager von Vantage Point. Andere richten ihr

Augenmerk auf vermutete positive Effekte von Steuersenkungen, höheren Zöllen und geringerer Regulierung auf die Unternehmensgewinne. Dies könnte den Dollar aufwerten und Aktienkurse steigen lassen, aber ebenso die Renditen von Staatsanleihen.

Doch wird der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten noch einige Monate dauern. Vieles kann sich noch ändern. Michael Purves von Tallbacken Capital rechnet mit einer steiler werdenden Zinskurve, was für eine geringe Rezessionsgefahr spräche. Insgesamt aber glaube er nicht, dass die Gesamttrichtung für Aktien sich im Falle einer Wahl Trumps ändere, auch wenn einige Kurse von niedrigeren Unternehmenswerten und geringerer Regulierung profitieren sollten.

Bantleon weist darauf hin, dass die jüngsten Wirtschaftsdaten aus den USA und aus dem Euroraum auf breiter Front enttäuscht hätten. Eine namhafte Abkühlung der US-Konjunktur werde immer wahrscheinlicher, was das Aufwärtspotential von Risikoanlagen begrenze. Kurzfristig dürfte die Aussicht auf sinkende Leitzinsen zwar nochmals stimulieren, mittelfristig sollte das nachlassende Wachstum aber die Gewinnerperspektiven der Unternehmen dämpfen, auch die der großen Technologieunternehmen.

Am Montag wollten Notenbankgouverneur Jerome Powell und die Präsidentin der San Francisco Fed, Mary Daly, sprechen. Von ihren Reden wurden Hinweise auf die künftige Geldpolitik erwartet.

Trumps Chancen könnten infolge des Attentats gestiegen sein. Doch besaß ein Wahlsieg Trumps schon vorher eine große Wahrscheinlichkeit. Daher hat die aktuelle politische Börse sehr kurze Beine, wenn überhaupt.

GOLD STEIGT NICHT IM WERT

Das Edelmetall kann als Versicherung dienen. Das Risiko will man nicht erleben.

Finanzen, Seite 25

SCHLECHTE POSITION IN EURONEXT

Arbeitnehmer der Mailänder Börse protestieren gegen die Übermacht aus Paris.

Finanzen, Seite 25

TORE, POINTEN UND EIN „CHIP“ IM KOPF

Nach 14 Jahren in der Nationalmannschaft gibt Thomas Müller seinen Abschied bekannt.

Sport, Seite 27

NACH DEM WIMBLEDON-SIEG

Aktuell gibt es wohl keinen besseren Spieler als ihn. Wo führt das Carlos Alcaraz hin?

Sport, Seite 27

Dax, M-Dax und Tec-Dax

Table with columns for Dax, M-Dax, and Tec-Dax indices, including weekly and daily changes, and a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table with columns for Dax, M-Dax, and Tec-Dax indices, including weekly and daily changes, and a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table with columns for Dax, M-Dax, and Tec-Dax indices, including weekly and daily changes, and a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Aktien-Indizes

Table showing various stock indices such as DAX, M-DAX, Tec-DAX, and others, with their current values and percentage changes.

Euro Stoxx 50

Table showing the Euro Stoxx 50 index and its constituent companies, including their stock prices and changes.

Europäische Börsen

Table showing stock prices and changes for various European markets and companies.

Amerikanische Indizes

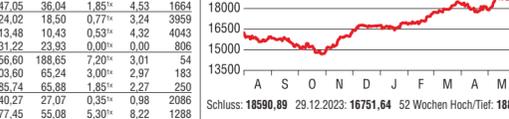
Table showing stock prices and changes for various American markets and companies.

Börsenkennzahlen von Bloomberg. Alle Angaben ohne Gewähr. K.A. = keine Angaben. ... auch in den Dax-Indizes enthalten. ... auch in den Euro Stoxx 50 enthalten.

Internationale Finanzmärkte

Table showing international financial markets data, including statistics for the Dax and other indices.

Dax im Jahresverlauf (Xetra)



Stichtag: 1899,89 / 29.12.2023; 16751,64 / 52 Wochen Hoch/Tief: 18892,92/14630,21

Deutsche Börsen

Table showing stock prices and changes for various German companies listed on the Frankfurt stock exchange.

Europäische Börsen

Table showing stock prices and changes for various European companies listed on different exchanges.

Übersee Börsen

Table showing stock prices and changes for various international companies listed on foreign exchanges.

Dow Jones Industrial Average

Table showing the Dow Jones Industrial Average index and its constituent companies.

New York (USD)

Table showing stock prices and changes for various companies listed on the New York Stock Exchange.

Zinsen, Renditen, Terminkontrakte und Indizes

Table showing interest rates, yields, forward contracts, and various indices.

Benchmark-Anleihen

Table showing benchmark bond yields for various maturities and currencies.

Terminkontrakte

Table showing forward contract rates for various commodities and currencies.

EZB-Daten

Table showing data from the European Central Bank, including interest rates and inflation.

Umsätze der dt. Börse

Table showing trading volumes on the German stock exchange.

Renditen/Kreditlinien

Table showing yields and credit line information for various financial products.

New Yorker Geldmarkt

Table showing the New York money market, including Treasury bills and rates.

Renditen-Indizes

Table showing yield indices for various asset classes and currencies.

Leitzinsen im Ausland

Table showing benchmark interest rates in various foreign countries.

Emissionsrendite Anleihen, Hypothekendarlehen

Table showing yields for government bonds and mortgages.

Restlaufzeit

Table showing durations for various financial instruments.

Öffentliche Anleihen

Table showing yields for public bonds.

Marktkredite bis 5000 Euro

Table showing yields for market loans up to 5000 euros.

Marktkredite bis 10000 Euro

Table showing yields for market loans up to 10000 euros.

Wohnkreditkreditlinie (effektiv)

Table showing yields for residential mortgage lines of credit.

100 % Auszahlung

Table showing yields for 100% cash-out refinancing.

50 % Auszahlung

Table showing yields for 50% cash-out refinancing.

Basiszins nach § 247 BGB (01.07.2024)

Table showing the base interest rate according to German law.

ANZEIGE

Advertisement for PRO D.ECONOMY, featuring a smartphone displaying a financial app interface and text about digital financial services.

Advertisement for 'Wissen für die digitale Wirtschaft', highlighting expert updates and digital tools for business.

Table titled 'Kurse in Euro' listing various international companies and their stock prices in Euros.

Table titled 'Kurse in Euro / Schweizer Franken' listing various international companies and their stock prices in Euros and Swiss Francs.

Table showing various international stock indices and their constituent companies.

Internationale Devisenmärkte

Table showing exchange rates for various international currencies.

Anleihen

Table showing yields and prices for various international bonds.

Unternehmensanleihen

Table showing yields and prices for corporate bonds.

Intern. Warenmärkte

Table showing prices for various international commodities.

Münzen, Barren

Table showing prices for various international coins and bars.

Wichtig: Die Angaben sind ohne Gewähr. ... auch in den Dax-Indizes enthalten. ... auch in den Euro Stoxx 50 enthalten.

Der Preis für Gold hat im Mai zum ersten Mal 2400 Dollar überschritten. Gemessen in der US-Währung, hat sich der Wert damit gesteigert. Aber es gibt auch eine andere Möglichkeit der Betrachtung. Gold hat sich nicht verändert, sondern der Wert des US-Dollars ist gesunken. Dafür spricht, dass zur Zeit der Römer vor gut 2000 Jahren der Preis für eine handgefertigte Toga eine Unze Gold war. Heute entspricht der Preis einer Unze Gold ungefähr dem eines maßgeschneiderten Anzugs.

Gleiches gilt für den Preis eines durchschnittlichen Hauses in den letzten hundert Jahren. 1915 haben rund 169 Unzen Gold ausgereicht, um ein durchschnittliches Haus im Wert von 3200 US-Dollar zu kaufen. Aktuell bei einem Preis von ungefähr 2400 US-Dollar je Unze Gold sind dafür 175 Unzen notwendig, um den durchschnittlichen Preis von 420.000 US-Dollar zu bezahlen. Ein geringerer Hauspreis von 405.000 US-Dollar entspräche 169 Unzen Gold oder ein höherer Goldpreis von 2500 US-Dollar pro Unze.

ÜBERRENDITE

Über lange Zeiträume funktioniert der Inflationsschutz offensichtlich, aber kurzfristig sind die Schwankungen groß. Gold steigt also nicht im Wert, es behält seinen Wert. Die Illusion der Wertsteigerung kommt aus dem Wertverlust der Währung. Im Jahr 1915 konnten mit 2000 US-Dollar mehr als 100 Unzen Gold gekauft werden, während die gleichen 2000 US-Dollar heute nicht für eine ausreichen. Für den US-Dollar ist der Vergleich dabei noch einfach, aber in Deutschland gab es im selben Zeitraum sogar mehrere Währungen. 1915 gab es die Mark, dann kurz die Rentenmark und anschließend die Reichsmark. Die Deutsche Mark galt ab 1948, und seit 1999 gibt es den Euro. Das ist bestimmt kein Werterhalt.

Selbst für kürzere Zeiträume haben künstliche Währungen keine gute Bilanz gegenüber Gold. Der Schweizer Franken hat von 1999 bis heute 81 Prozent seines Wertes verloren und schneidet damit noch am besten ab. Der kanadische, der australische und der US-Dollar sowie der chinesische Yuan und der Euro verloren allesamt zwischen 87 und 89 Prozent und der japanische Yen sogar 92 Prozent. Ein Grund könnte sein, dass der Goldbestand im Wesentlichen stabil ist und nur neu geschürftes Gold hinzukommt. Die Geldmenge dagegen kann von jeder Regierung beliebig ausgeweitet werden.

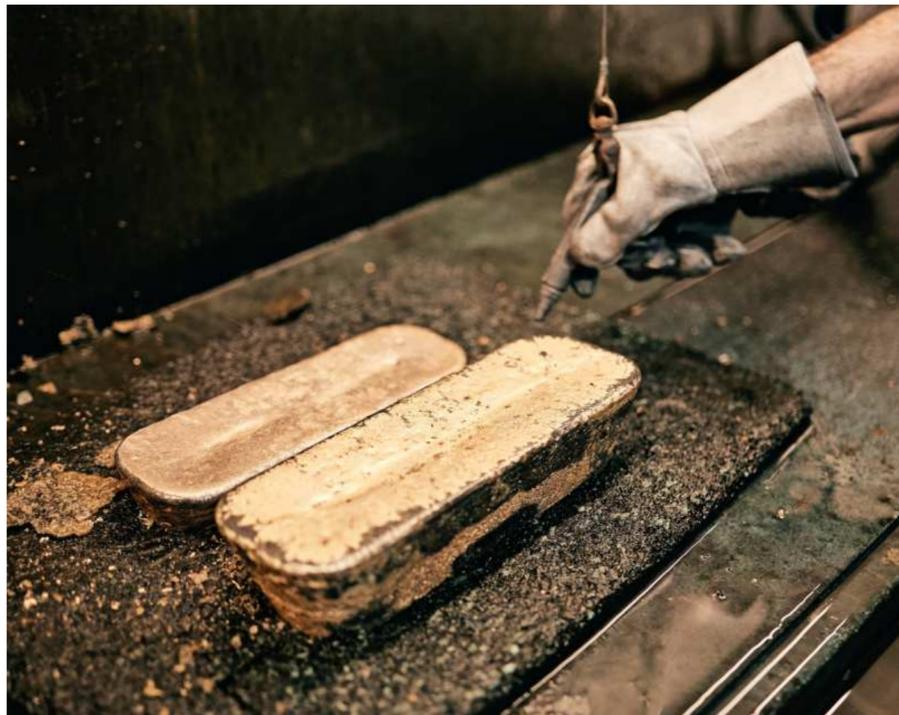
Während der Goldbestand 1915 bei 39.091 Tonnen lag, war es Ende 2023 bereits 212.582 Tonnen. Das entspricht aber lediglich einer Steigerung von 1,58 Prozent im Jahr. Im selben Zeitraum ist jedoch die Geldmenge von 30 Milliarden US-Dollar auf 20.827 Milliarden gestiegen. Das entspricht einer jährlichen Steigerung in Höhe von 6,25 Prozent. Die Geldmenge je Unze ist entsprechend von 23,87 US-Dollar auf 3047,29 US-Dollar gestiegen, immerhin eine Steigerung von 4,59 im Jahr. Das ist etwas mehr als der Anstieg des Goldpreises von 18,99 US-Dollar auf 1943,08 US-Dollar (Ende 2023), wobei der Goldpreis einer Unze aktuell schon bei 2400 US-Dollar liegt. Die jährliche Steigerung lag damit bei 4,38 Prozent.

Aus diesem Grund lohnt eine Investition in Gold nicht aus Sicht der Wertsteigerung. Wer heute Gold kauft, wird langfristig nicht mehr für sein Gold bekom-

Gold steigt nicht im Wert

Das Edelmetall hat seine Stärken als Versicherung. Doch das ist auch eine kleine Wette auf eine Situation, die man nicht erleben will.

Von Daniel Walther



In einer Gold- und Silberseideanstalt in Wimsheim werden Goldbarren getrocknet.

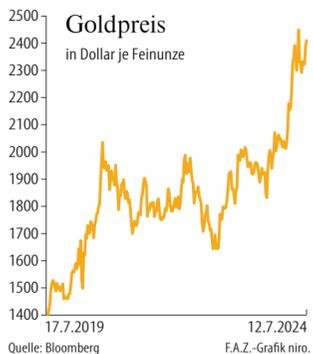
Foto Michael Schulz

men, als heute möglich ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist Gold keine Investition, die nach dem Gesichtspunkt der Rendite beurteilt werden sollte, sondern vielmehr als eine Versicherung. Denn wer heute Gold physisch besitzt, ist unabhängig. Er kann das Gold später wieder zum gleichen Wert verkaufen und benötigt für den Erhalt des Wertes bis zu diesem Zeitpunkt keine Gegenpartei.

Aus diesem Grund ist es schwer, eine pauschale Empfehlung für den optimalen Goldanteil in der Vermögensaufteilung zu bestimmen. Denn es kommt beispielsweise auf die Höhe des Vermögens an und auf das gewünschte Vermögenswachstum. Wer nur geringes Vermögen hat und sich im Aufbau befindet, braucht weniger Gold. Wer bereits ein beachtliches Vermögen hat, von dem er lebt oder welches er sogar verzehrt, für den ist Schutz wichtiger. Zwischen den Extremen kommt es sehr auf die individuelle Situation und die persönliche Risikoeinschätzung an, wie hoch der Anteil sein sollte.

Aber auch die wirtschaftliche Einschätzung der Zukunft spielt eine große Rolle. Wer finanzielle Repression erwartet, also eine hohe Inflation bei gleichzeitig niedrigen Zinsen ohne Wirt-

schaftswachstum oder gar mit einer Rezession, liegt mit Gold richtig. Aber niemand sollte sich ein solches Szenario wünschen. Denn wenn es eintritt, wird die Geldentwertung die Menschen hart treffen. Die Gewinne der Unternehmen und damit die Aktienkurse werden fallen, und es wird zu vielen Entlassungen kommen. Normale Anleihen werden durch die Inflation entwertet, und nur



inflationsschutzte Anleihen erhalten zumindest ihren Wert.

Sollte ein solches Szenario eintreten, wird Gold seine Stärke ausspielen. Aber häufig ist diese Konstellation nicht. Notenbanken und Regierungen werden alles unternehmen, eine solche Phase zu verhindern. Gelingt ihnen das nicht, werden sie wenigstens versuchen, die Dauer zu begrenzen. Wer jedoch mit einer solchen Phase rechnet, also die Wahrscheinlichkeit des Eintritts in der nahen Zukunft hoch einschätzt, sollte einen höheren Anteil am Vermögen in Gold anlegen. Ob ein passender Goldanteil des Bruttovermögens im Bereich ein Prozent, fünf Prozent oder sogar 15 Prozent liegt, muss jeder Anleger anhand der genannten Aspekte selbst festlegen. Die vorhandene Vermögensaufteilung sowie der Schutz für das zu „versichernde“ Szenario, für das auch Gold gedacht ist, sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Wer sich dann entschieden hat, in Gold zu investieren, muss sich noch für die Art der Umsetzung entscheiden. Am einfachsten ist der Kauf von Exchange Traded Commodities (ETC). Das sind Schuldverschreibungen, mit denen Anleger die Rohstoffe nicht direkt besitzen,

sondern an der Wertentwicklung beteiligt werden. Bei der Wahl des richtigen ETCs ist der Verkauf nach einem Jahr ebenso wie bei physischem Gold steuerfrei. Das ist damit kostengünstig, aber mit einem Kontrahentenrisiko behaftet. Gerade in Zeiten großer Krisen könnte das nicht ausreichend sein.

Dann lohnt es sich, auf physisches Gold zu setzen. Damit spielt Gold seine Stärke als Versicherung wirklich aus. Allerdings ist das teuer, weil der Aufschlag gegenüber dem Spotpreis ein paar Prozent betragen kann. Je größer und standardisierter der Goldbarren ist, umso geringer ist der Aufschlag. Je nach Höhe der gewünschten Investition bieten sich Barren mit verschiedenen Gewichten an. Um Flexibilität beim Verkauf zu haben, ist eine Stückelung in mehrere kleinere Barren vorzuziehen, selbst wenn ein Gewicht gekauft wird, für das ein großer Barren existiert.

Interessant ist, dass einige Fonds die physische Lieferung anbieten. Das kann eine günstige Möglichkeit sein, physisches Gold zu kaufen, allerdings können Gebühren anfallen oder es müssen Vorgaben für Mindestmengen beachtet werden. Die Dauer zwischen Kauf und Anlieferung kann in dieser Variante jedoch mehrere Wochen betragen, in denen keine Verfügungsgewalt über das Gold gegeben ist.

Aber mit dem Kauf ist es noch nicht getan, weil das Gold anschließend gelagert werden muss. Ein wenig Gold kann einfach im Haus versteckt werden, aber ab einer gewissen Höhe reicht die klassische Hausratversicherung nicht mehr aus. Wer versichern möchte, braucht dann außerdem einen Safe. Einfacher kann es sein, ein Schließfach bei einer Bank zu mieten. Eine zusätzliche Versicherung ist auch dafür notwendig, weil die Bank höchstens einen geringen Wert versichert.

Alternativ kann es in einem Zollfreilager untergebracht werden. Das kostet

Morgen in Natur und Wissenschaft



Im Rausch der Rezepte

Seit der Cannabisfreigabe bieten Onlinehändler es offensiv zu medizinischen Zwecken an, eine große Kampagne bewirbt es derzeit. Dies ist rechtlich wie gesundheitlich heikel.

Ungedrucktes Gedenkblatt

Klaus Harpprecht schrieb 1969 eine Broschüre für die „Aktionsgemeinschaft 20. Juli 1944“.

Halbbildung mit System

Studenten präsentieren eine kritische Bilanz zu 25 Jahren Bologna-Reform.

zwar deutlich mehr, durchaus bis zu 2 Prozent im Jahr, dafür gibt es keine Begrenzung der Menge. Außerdem ist das physische Gold wirklich dem Eigentümer zugeordnet. Am besten erfolgt die Lagerung im Ausland, damit der Staat selbst bei einer Änderung der Gesetze keinen Zugriff darauf hat. Wer das für abwegig hält, sei an das Goldverbot in den USA aus dem Jahr 1933 erinnert. Selbst wenn Gold langfristig nicht im Wert steigt, auf den Werterhalt kommt es an.

Daniel Walther ist Experte für Finanzanalyse und Vermögensberatung und Vorstandsvorsitzender von Vermögensheld.

Wenn Sie ein Thema besonders oder auch weitergehend interessiert, dann schreiben Sie uns: fragdiefinanz@faz.de

Verdacht auf Betrug im Klimaschutz

dpa-AFX. BERLIN. Nach Hinweisen auf mögliche Betrugsfälle in Klimaschutzprojekten, mit denen Mineralölkonzerne ihre Klimabilanz verbessern wollen, hat die Polizei in Nordrhein-Westfalen und Bayern Häuser von Unternehmen durchsucht. In Räumen von Unternehmen in Kerpen, Köln und Langenbach seien am vergangenen Freitag zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden, teilte die Berliner Staatsanwaltschaft mit. Die Behörde ermittelt nach Angaben eines Sprechers gegen 17 Beschäftigte wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen gewerbsmäßigen Betrages. Im Visier sind die Geschäftsführer der Unternehmen sowie Mitarbeiter von Prüfstellen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft besteht der Verdacht, dass falsche Angaben gegenüber der Deutschen Emissionshandelsstelle gemacht wurden. Nach derzeitigem Stand seien fünf Projekte betroffen. Es soll ein Schaden von mehr als 1,12 Millionen Euro entstanden sein. Das Umweltbundesamt (UBA) hatte Ende Mai Anzeige erstattet. Mit Projekten zur Minderung von Emissionen will die Mineralölindustrie gesetzliche Klimaschutzauflagen erfüllen. Sie werden von deutschen Prüfinstituten zertifiziert und vom UBA genehmigt. Eine Fälschung der Projekte könnte bedeuten, dass die Klimabilanz des Verkehrssektors noch schlechter ist als angenommen.

Strombörse will lernen

hade. FRANKFURT. Die Pariser Strombörse EPEX Spot hat Konsequenzen aus ihrer Technikpanne Ende Juni angekündigt. Damals hatte eine technische Störung dafür gesorgt, dass es im Stromhandel für den Folgetag gesonderte Auktionen für einzelne nordwesteuropäische Länder gegeben hatte. In der Folge stieg der Preis in Deutschland auf durchschnittlich 492 Euro je Megawattstunde, den höchsten Stand seit der Energiekrise 2022. In Frankreich hingegen kostete der Strom nur 2,10 Euro. Das Problem habe in Zusammenhang mit einem Funktionsupgrade des Handelssystems ETS gestanden und seine Verfügbarkeit vorübergehend beeinträchtigt, teilte EPEX Spot mit. Nach der Rückabwicklung des Upgrades habe das System dann zu langsam gearbeitet, um „einen effektiven Zugang zu gewährleisten“. „Ich verstehe, dass Ihr Vertrauen in die Märkte erschüttert worden sein mag“, schrieb Börsenchef Ralph Danielski in einem Brief an die Marktteilnehmer. Zusammen mit einer Taskforce arbeite er daran, die „Resilienz des gesamten Marktkopplungsprozesses“ zu verbessern. Dies betreffe insbesondere die Kommunikation mit dem Markt, Ausweichverfahren und -lösungen sowie Fristen und Zeitpläne.

Der Schaden für die Industrie dürfe in die Millionen gehen. Einen Medienbericht, wonach erste Unternehmen Schadenersatzklagen vorbereiteten, wollte die Strombörse am Montag nicht kommentieren. Der Vorfall verdeutliche die „hohe Abhängigkeit Deutschlands von Importen und wie abrupt die Preise auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren können, die die Importkapazität des Landes verringern“, erklärte Andy Sommer vom Schweizer Energieversorger Axpo.

Rekordhoch bei Blackrock

Bloomberg. NEW YORK. Blackrock verwalte aktuell 10,6 Billionen Dollar – so viel Geld wie nie zuvor. Der in New York ansässige Vermögensverwalter verzeichnete im zweiten Quartal dieses Jahres einen Zufluss von 83 Milliarden Dollar in börsennotierte Indexfonds (ETF). Demnach investierten Kunden 51 Milliarden Dollar in langfristige Investmentfonds. 35 Milliarden Dollar flossen in festverzinsliche Wertpapiere. Die Nettomittelzuflüsse in langfristige Investmentfonds blieben damit hinter der durchschnittlichen Schätzung der von der Nachrichtenagentur Bloomberg befragten Analysten zurück, die bei 86 Milliarden Dollar lag. Das organische Wachstum sei unter anderem durch die steigenden Zuflüsse in ETF begünstigt worden, erklärte Larry Fink, Vorstandsvorsitzender von Blackrock. ETF hätten den besten Jahresstart seit Bestehen des Unternehmens verzeichnet. Im vergangenen Monat hatte Blackrock die Übernahme von Preqin, einem Unternehmen für Privatmarktdaten, für 2,55 Milliarden Pfund bekanntgegeben.

Mailand kämpft gegen den Bedeutungsverlust in Euronext

Arbeitnehmer der Mailänder Börse protestieren gegen die Übermacht aus Paris / Italiens Regierung unterstützt sie dabei

chs. ROM. Selbst den „Sturm auf die Bastille“ hatte der italienische Gewerkschaftssekretär Riccardo Sanno vor einigen Tagen beschworen. „Unsere Mobilisierung geht weiter – bis zum 14. Juli, dem Tag des Sturms auf die Bastille“, erklärte der Sekretär der Gewerkschaft Fisco CGIL, die an der Börse von Mailand mit anderen Arbeitnehmerorganisationen die Interessen der Angestellten vertritt. Am Tag nach dem 14. Juli stellte die Gewerkschaft die Protestaktivitäten zumindest vorerst ein. Doch die Anspielung auf die revolutionäre Geschichte Frankreichs hat Gewicht. Die Arbeitnehmer in Mailand mobilisieren zum Aufstand gegen die Zentralmacht, die aus ihrer Sicht in Paris sitzt.

Die norditalienische Börse verliere an Bedeutung im Euronext-Konglomerat, lautet die Klage. Die italienischen Arbeitnehmer würden schlecht behandelt. Ende Juni setzten die Gewerkschaften sogar den ersten Streik in der mehr als 200 Jahre langen Geschichte der Institution durch. Für zwei Stunden legten sie an einem Donnerstagmittag die Arbeit nieder. Der Handel war nicht beeinträchtigt, doch andere Tätigkeiten ruhten. Mit Transparenten waren die Angestellten auf einer Demonstration im Mailänder Geschäftsviertel unterwegs.

1808 wurde die Börse in der norditalienischen Metropole durch ein Dekret des Vizekönigs Eugene Napoleon gegründet. Im Jahr 2007 übernahm sie die London Stock Exchange, doch die Achse mit England hielt nicht allzu lange. Im Jahr 2021 knüpfte die Institution gewissermaßen an ihre Wurzeln an, indem sie gegen den Verkaufspreis von 4,3 Milliarden Euro unter das Dach der paneuropäischen Börse Euronext schlüpfte. Euronext kontrolliert neben Mailand auch die

Märkte von Paris, Amsterdam, Brüssel, Lissabon, Dublin und Oslo. Der Verbund wird weitgehend aus Paris heraus gesteuert. Euronext-Chairman ist zwar der italienische Ex-UBS-Banker Paolo Novelli, doch als starker Mann gilt der französische Vorstandsvorsitzende Stéphane Boujnah, der das Amt seit 2015 innehat.

Wie viel Föderalismus kann Euronext, wie viel Zentralismus braucht der Börsenverbund? Bei diesen Kernfragen gehen die Meinungen auseinander. Die italienischen Arbeitnehmer fühlen sich an den Rand gedrängt. Mehr oder weniger stillschweigend stützt sie auch die Regierung in Rom in ihrer Forderung, den Bedeutungsverlust aufzuhalten. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihr für die Unternehmen zuständiger Mitstreiter Adolfo Urso, der dem Ministerium „Made in Italy“ vorsteht, lassen sich gerne für nationale Interessen mobilisieren. Urso

hatte beim Verkauf der Mailänder Börse an Euronext bereits eine stärkere Berücksichtigung der ebenfalls interessierten Deutschen Börse und der Schweizer Börse Stix gefordert. Meloni wette in ihrer Autobiographie mit Verweis auf die Euronext gegen den Ausverkauf italienischer Interessen.

Heute sagt Gewerkschaftssekretär Gabriele Poeta Paccati, dass die Arbeitnehmer sich „der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der europäischen Märkte bewusst sind, doch das Problem ist die Art und Weise, wie diese Prozesse gesteuert werden“. Die bei der Übernahme 2021 getroffenen Vereinbarungen seien ignoriert worden. Damals hatten die staatlichen Beteiligungsgesellschaften – die Cassa di Risparmio di Genova und Imperia und die Cassa di Risparmio di Padova und Vicenza – eine gleichgewichtige Kontrolle vereinbart. Beide halten jeweils 7,8 Prozent am

Kapital. Doch Paris sei mit der Zeit immer dominanter geworden, sagt Paccati. Es gelte, „die ständige, systematische und umfassende Desinvestition der Euronext-Gruppe in Italien und die Aushöhlung der italienischen Strukturen von innen heraus“ zu verhindern. Mailand habe seine strategische Autonomie verloren; Aufgaben des Top-Managements seien abgezogen worden; daher würden auch Spitzenkräfte abwandern, klagen die italienischen Gewerkschaften. Daran schließen sie klassische Arbeitnehmerforderungen an: Eine in einem Tarifvertrag vorgesehene Lohnerhöhung habe Euronext nicht umgesetzt. Auch Überstunden und Nachtarbeit würden nicht genügend bezahlt. Von „Ausbeutung“ ist die Rede.

Die italienische Präsidentin der Mailänder Börse, Claudia Parzani, sieht die Lage ganz anders: Die Zahlen für Beschäftigung und für Wertschöpfung zeigten klar, dass Italien seit der Übernahme im Euronext-Verbund an Gewicht gewonnen habe. Euronext habe in Italien wichtige Investitionen vorgenommen, um etwa die Technologie zu verbessern. „Es gibt auch extrem interessante Positionen und Aufgaben in Italien“, sagt Parzani. So werde das Clearing der Derivate in Italien konzentriert, zudem seien die Datenzentren der gesamten Gruppe in der Nähe von Bergamo angesiedelt worden. Im Finanzmanagement seien wichtige Funktionen nach Italien gekommen. Euronext behauptet, hundert neue Arbeitsplätze in Italien geschaffen zu haben. Zum Teil geht das darauf zurück, dass der Börsenverbund vor gut zwei Jahren für 57 Millionen Euro das Technologiegeschäft für die hauseigene Bondhandelsplattform MTS gekauft hat.

Im Anleihegeschäft ist Mailand ein führender Standort von Euronext; allein



Gesteuert aus Paris: die Börse in Mailand

Foto AP

ANZEIGE

ARETE ETHIK INVEST
info@arete-ethik.ch; www.arete-ethik.ch
PRIME VAL Growth A € 152,94 / 145,65 0,49
PRIME VAL Income A € 133,33 / 129,44 0,69

.Deka Investments
www.deka.de | Tel. 069 / 7147-652
DBA ausgewogen € 131,05 / 126,01 1,82
DBA dynamisch € 120,82 / 116,17 2,04

AXXION
www.axxion.lu / info@axxion.lu
MAS Val-Priv Inv P € 357,33 / 340,31 -1,92
Mit Axx-Europa A € 348,78 / 332,17 -1,77

Metzler Asset Management GmbH
RWS-Aktient.Nachh € 115,06 / 109,58 3,25

ODDO BHF Asset Management
Eck-PoliSib DRw € 93,88 / 91,15 0,92
Eck-PoliDm DRw € 119,56 / 116,08 1,59

ÖKOWORLD
www.oekoworld.de
Growing Mixts 2.0 € 277,37 / 264,16 3,38
Klima € 119,49 / 113,80 -0,75

C&P Funds (Creutz & Partners)
C&P Funds Classix € 103,43 / 103,43 -1,00
C&P Funds Detox € 52,32 / 52,32 -1,16

Union Investment
www.union-investment.de
Tel. 069 589 98-6060
PrivatFonds: Nachh € 55,77 / 55,77 1,52
UniNachh AktEu A € 76,20 / 72,57 -2,56

Alte Leipziger Trust
Euro Short Term € 41,44 / 41,03 0,79
Aldien Deutschland € 131,79 / 125,51 0,38
AL Trust Euro Relax € 51,65 / 50,15 0,62

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT
BNP Paribas Funds
Aqua € 224,97 -1,69
China Equity € 136,71 -2,36
Climate Impact € 270,09 -1,18

C&P Funds (Creutz & Partners)
C&P Funds Classix € 103,43 / 103,43 -1,00
C&P Funds Detox € 52,32 / 52,32 -1,16
C&P Funds Quantix € 172,15 / 172,15 1,38

Table: DIE BESTEN RENTENFONDS IM VERGLEICH. Columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %.

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Fonds Service, sortiert nach 3-Jahresperformance, berechnet nach BVI Methode.

Table: Deka Spezial CF, Deka Tresor, Deka Strateg CF A, Div.Strateg Euro CF, Euro Potential CF, EuropaBond CF, EuropaBond TF, Frankf.Sparinvest, Frankf.Sparinvest, GlobalChampions CF, GlobalChampions TF, Mainfr. Strategiekonz., Mainfr. Wertkonz. ausg., Multi Asset In.CFA, MultiAsset-Invest, Multizins-INVEST, NachSakRedETF, Naspas-Fonds, RenditDeka, RenditDeka TF, RentenStratG TF, RentenStratGlob TF, RentenStratGlob PB, Rintfos Rheineidit, Technologie CF, UmweltsInvest CF, UmweltsInvest TF, WeltZins-Invest P.

Table: Commerz Real, hausInvest, DAVIS FUNDS SICAV, Global A, Value Fund A.

Table: Deka Intern. (Lux.) (Deka-Gruppe), 1822 Str.Chn.Pl., 1822 Str.Chance, 1822 Str.Ert.Pl., 1822 Str.Wachstum, Berol.Ca.Chance, Berol.Ca.Premium, Berol.Ca.Sicherh., Berol.Ca.Wachst., DekaEuAktSpezAV, DekaEuAktSpezCF(A), Deka-FlexZins CF, Deka-FlexZins PB, Deka-FlexZins TF, DekaGlobAktLRCF(A), Deka-MegaTrends CF, Deka-Na.Div.Str CF, Deka-Nach.Div.RhEd, Deka-Sachwer. CF, Deka-Sachwer. TF.

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Table: DJE-Renten Glob PA, DJE-Shit Term Bd PA, DJE-Zins&Divid PA, FMM-Fonds.

Table: DWS Offene Immobilienfonds, grundb. europa IC, grundb. europa RC, grundb. Fok Deu RC, grundb. Fokus D IC, grundb. global IC, grundb. global RC.

Table: Fonds Direkt Sicav, Skyline Dynamik € 227,49 / 227,49 1,51

Table: GUINNESS GLOBAL INVESTORS, Global Equity Inc, Global Innovators, Sustainable Energy.

Table: Deka Immobilien Investment, Deka ImmoB Europa, Deka ImmoB Global, Deka-Immo Nordam, Deka-ImmoMetropol, Westlin. InterSel.

Table: Deka-Vermögensmanagement GmbH, Deka-BaAZSt off 25, Deka-PB Wert 4y, Deka-PfSel ausweg, Deka-PfSel dynam, Deka-PfSel moderat, DekaStruk.SChance, DekaStruk.SChance, DekaStruk.SChance, DekaStruk.SChance.

Table: www.hal-privatbank.com, ERBA Invest Op, HAL Euro SmCap Eq, HAL Global Brnd Opp, HAL MultiAsset Com, HAL MultiAsset Dyn.

Table: www.hwb-fonds.com, ERBA Invest Op, HAL Euro SmCap Eq, HAL Global Brnd Opp, HAL MultiAsset Com, HAL MultiAsset Dyn.

Table: Metzler Asset Management GmbH, RWS-DYNAMIK A, RWS-ERTRAG A.

Table: ODDO BHF Asset Management, Basis-Fonds I Nach, Substanz-Fonds, Vermögens-Fonds.

Table: IFM Independent Fund Management AG, ACATIS FV Akt.Gl.

Table: INKA Intern. Kapitalanlagegesellschaft, APO High Yld Spez, StSk. Du. Abs. Ret.

IPConcept
www.ipconcept.com | Die Fonds-Designer
ME Fonds PERGAMONFE 1005 / 957,37 0,44
ME Fonds Special V € 3622 / 3450 -0,73

Kanam Grund
www.kanam-grund.de
info@kanam-grund.de | Tel. 069-7104110
Leading Cities € 91,64 / 86,86 1,14

LRI Invest S.A.
NW Global Strategy € 126,58 / 126,58 3,18

MEAG
www.meag.com
privatanleger@meag.com
Dividende A € 70,07 / 66,73 -2,38
ERGO Vermög Ausweg € 60,00 / 57,42 1,63

Table: Privatnleger@meag.com, Dividende A, ERGO Vermög Ausweg, ERGO Vermög Robust, EuroBalance, EuroErtrag, EuroFlex, EuroInvest A, EuroKapital, EuroRent A, FairReturn A, GlobalAktien, GlobalChance DF, GlobalChance DF, Nachhaltigkeit A, Privatnleger, VermAnlage Komfort, VermAnlage Ret A.

Table: Metzler Asset Management GmbH, RWS-DYNAMIK A, RWS-ERTRAG A.

NOBIS
Lilux Convert € 282,67 / 255,02 1,42
Lilux-Rent € 240,74 / 233,73 0,76

Table: ODDO BHF Asset Management, Basis-Fonds I Nach, Substanz-Fonds, Vermögens-Fonds.

Table: UBS Funds Services Lux S.A., UBS (L) EM Eq P AA, UBS (L) EM Eq P XA, UBS (L) GCB AD T2.

Union Investment
www.union-investment.de
Tel. 069 589 98-6060
PrivFidKontr. € 133,89 / 133,89 1,90
PrivFidKontr.pro € 184,50 / 184,50 2,13

Table: W&W Asset Management Dublin, SouthEast Asian Eq.

Table: SONSTIGE FINANZPRODUKTE, Luxembourg Placement Funds, Solitär, Solitär II.

Table: Union Investment Luxembourg, PrivFidKonse.pro, UniaAsia Pac.net, UniaAsia Pacific A, UniaAussschü.net A, UniaAussschü.net A, UniaDividAss.net A, UniaDividAss.net A, UniaDynam.Gl.A, UniaEMGlobal, UniaEurKap.Corp.A, UniaEurKap.Co.net A, UniaEuropa, UniaGlobal Div A, UniaGlobal Div.net A, UniaIndustrie 4.0A, UniaOpt4, UniaSec. BioPha., UniaSec. High Tech., UniaStruktur, UniaVa. Global A.

Table: Union Investment Real Estate, Unilimmo.Dt., Unilimmo.Europa, Unilimmo.Global.

Table: Universal Investment, Depussa Univ.Rent.

Table: Universal-Investment-Luxembourg S.A., CondoBalance-Ul, CondoChance-Ul, CondoTrends-Ul.

Table: W&W Asset Management Dublin, SouthEast Asian Eq.

Table: SONSTIGE FINANZPRODUKTE, Luxembourg Placement Funds, Solitär, Solitär II.

Table: Union Investment Luxembourg, PrivFidKonse.pro, UniaAsia Pac.net, UniaAsia Pacific A, UniaAussschü.net A, UniaAussschü.net A, UniaDividAss.net A, UniaDividAss.net A, UniaDynam.Gl.A, UniaEMGlobal, UniaEurKap.Corp.A, UniaEurKap.Co.net A, UniaEuropa, UniaGlobal Div A, UniaGlobal Div.net A, UniaIndustrie 4.0A, UniaOpt4, UniaSec. BioPha., UniaSec. High Tech., UniaStruktur, UniaVa. Global A.

Table: Union Investment Real Estate, Unilimmo.Dt., Unilimmo.Europa, Unilimmo.Global.

Table: Universal Investment, Depussa Univ.Rent.

Table: Universal-Investment-Luxembourg S.A., CondoBalance-Ul, CondoChance-Ul, CondoTrends-Ul.

Infront Funds Service
+49 69 26095760
fundsservice@infrontfinance.com
Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

75 Jahre Frankfurter Allgemeine
F.A.Z.-Jubiläums-Edition von Alexander Laible
Zahlreiche Auszeichnungen des Winzers versprechen nicht zu viel. Zum Jubiläum der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat er ein besonderes Sortiment abgefüllt.
Grauer Burgunder trocken 2023er - Selection 75
Strahlender Boskopapfel und Mirabellen zum Auftakt in der Nase. Sehr gefleischig. Umhüllt von Pfirsich und Aprikosen. Sehr saftig mineralisch, tolle Präsenz im Mund. Apfel und Aprikosen schmeicheln dem Gaumen, schöner Schmelz, saftiger tänzelnder Abgang.
Weißer Burgunder trocken 2023er - Selection 75
Weinbergpfirsich und Mango im Auftakt. Umhüllt von Ananas und Heublumen. Sehr gelb am Gaumen. Wunderbare saftige Aprikosen und Pfirsich. Begleitet von Mango, schöner Schmelz, langer Abgang.
Sauvignon Blanc trocken 2023er - Selection 75
Stachelbeeren und Maracuja. Umhüllt von reifer Mango. Anklänge von Cassis in der Nase. Im Mund viel Stachelbeeren und Cassis. Umhüllt von Mango und Maracuja. Sehr finessenreich, unverschämt saftig.
Sichern Sie sich 2x3 Flaschen für 99 Euro zzgl. 10 Euro Versandgebühr, ab 18 Flaschen entfällt die Versandgebühr.

Müllers letzter Moment

Tore, Pointen und einen „guten Chip“ im Kopf: Nach 14 Jahren in der Nationalmannschaft gibt der unvergleichliche Thomas Müller seinen Abschied bekannt.

Von Christian Kamp, Berlin



Thomas Müller hat nicht nur Zuschauern, Gegen- und manchmal auch seinen Mitspielern Rätsel aufgegeben. Er war so frei, auch den Schlüssel zu liefern. Wenn man also etwas über das Geheimnis des Fußballspielers Thomas Müller erfahren will, dann sollte man sich die ohnehin sehenswerte ARD-Dokumentation „Wir Weltmeister“ anschauen. Dort schildert Müller seinen Treffer zum 3:0 im WM-Auftaktspiel 2014 gegen Portugal als „eines meiner Lieblingstore“ überhaupt. „Weil es eine meiner großen Stärken zeigt, die mir auch immer wieder veranschaulichen, wieso ich im Weltfußball gut funktioniere.“

In diesem Fall funktionierte Müllers Kopf nicht so, dass er das Naheliegende tat, sich auf die Flanke von Toni Kroos und einen Abschluss zu fokussieren, sondern darin, den Umweg schon mitzudenken, nämlich, dass Bruno Alves die Flanke blocken würde. So wurde die Antizipation des Abprallers gewissermaßen der Assistent zu Müllers Abschluss. „Das ist eigentlich so eine Art Beispiel für alle Experten, die sich über all die Jahre immer so die Frage gestellt haben, wie macht er das eigentlich?“, sagte Müller und ließ die Antwort folgen: „Eine kleine Analyse-Software, die einfach schnell arbeitet. Vielleicht habe ich einen guten Chip oben drin.“

Müller hatte das Glück, einen der besten Chips auf dem Markt zu haben, einen, der Lauf- und Flugwege berechnete, die sich anderen entzogen. Vielleicht vor allem deshalb, weil das Interface zum Menschlichen, zur Intuition, so gut wie bei kaum einem anderen funktionierte. Es ist aber im Fußball manchmal so, dass auch der beste Chip nicht mehr wie gewünscht funktioniert. Weil die sonstige Hardware nicht mehr State-of-the-Art ist, oder weil die eigene Rechenleistung nicht mehr reicht, um dem State-of-the-Art der anderen zu genügen.

Thomas Müller hat am Montag jedenfalls seinen Rücktritt aus der Nationalmannschaft bekanntgegeben, nach 131 Länderspielen und 45 Toren und im Alter von 34 Jahren. „Als ich vor über 14 Jahren

mein erstes Länderspiel in der deutschen Nationalmannschaft absolvieren durfte, hätte ich mir all das nicht erträumen lassen. Großartige Siege und bittere Niederlagen“, sagte Müller in einem Video, das er über die sozialen Netzwerke verbreitete.

Es war keine ganz große Überraschung mehr, er hatte schon zehn Tage zuvor nach dem Viertelfinal-Aus gegen Spanien von der Möglichkeit gesprochen, dass dies sein letztes Länderspiel gewesen sein könnte. Seine Haltung war aber immer, dass man aus dem Nationalteam nicht zurücktritt. Er wollte das daher, wenn, dann nicht allein entscheiden, sondern im Dialog mit Julian Nagelsmann. „Ich habe Thomas als einen sehr intelligenten Spieler erlebt – fußballerisch, emotional und ganz grundsätzlich“, sagte der Bundestrainer zum Abschied.

In sein letztes Turnier war Müller nicht mehr als der frühere Supercomputer gegangen, sondern als „Connector“, wie Nagelsmann das formuliert hatte, ein Bindeglied zwischen Generationen und Charakteren. Aber auch in dieser Rolle wird er offenbar nicht mehr gebraucht. Zum Einsatz kam er bei der EM im ersten und im letzten Spiel, im ersten wohl auch als Reverenz an das Münchner Publikum, als „Gimmick“-Wechsel, wie Nagelsmann das später nennen sollte, und im letzten, als jemand, der noch einmal für Deutschland Chaos mit Methode stiften sollte. Und tatsächlich schien der Spielverlauf nicht abgeneigt, ihm, Nagelsmann und ganz Fußball-Deutschland noch einmal einen Müller-Moment zu bescheren, aber am Ende reichte es nicht ganz. „Wie er bei der Europameisterschaft vorangegangen ist, wie er den anderen Spielern geholfen, sie unterstützt und motiviert hat, das war beeindruckend“, sagte DFB-Sportdirektor Rudi Völler.

Wenn in diesen Tagen des zehnten Jubiläums auf den größten deutschen Fußballerfolg eines halben Jahrhunderts zurückgeschaut wird, den WM-Titel 2014, sind oft andere im Fokus, allen voran Mario Götze, der Siegtorschütze im Finale, der vorher im Turnier aber nur eine Nebenrolle hatte. Aber wenn man fragt, wer das



Dreimal Müller: Nach seinem letzten Länderspiel beim EM-Aus gegen Spanien (oben), vor dem ersten Länderspiel im März 2010 gegen Argentinien und mit WM-Pokal 2014

Fotos: Picture alliance, dpa (2)



nicht, wo meine Grenzen sind. Ich will nicht darüber nachdenken“, sagte er. „Ich möchte einfach nur den Moment genießen, weiter träumen. Mal sehen, ob es am Ende meiner Karriere 25, 30, 15 oder vier sein werden. Ich weiß es nicht.“

Alcaraz kann es nicht wissen. Jünger waren mit vier Grand-Slam-Titeln nur Mats Wilander und Björn Borg. Wilander gewann danach noch drei, Borg sieben. Mit 21 Jahren schon ganz oben zu sein, muss nicht zwingend dazu führen, dass die Karriere in den Sphären der großen drei enden wird, die den Tennissport in den vergangenen Jahren geprägt haben wie niemand zuvor. Auf das Level zu kommen, um sieben Spiele bei einem Grand-Slam-Turnier gewinnen zu können, ist schwer. Dort jahrelang zu bleiben, noch schwerer. Alcaraz wurde schon jetzt immer mal wieder von Verletzungen zurückgeworfen, zuletzt machte ihm eine am Unterarm zu schaffen. Das könnte ihn daran hindern. Der Körper spielt eine große Rolle, der Kopf aber auch. „Du musst dein Leben nach dem Tennis ausrichten. Es ist ein sehr fordernder Sport“, sagte Rekordspieler Djokovic kürzlich. Doch beim Spanier, der kraftvoll, aber immer mit einem Lächeln auf den Lippen den Tennisschläger schwingt, wagt auch Djokovic eine positive Zukunftsprognose: „Er wird noch viele Grand Slams gewinnen.“

Der 37-Jährige blieb im Wimbledon-Finale so chancenlos wie selten zuvor in seiner Karriere und gestand sich das hinterher auch offen ein. „Er war in jedem Aspekt des Spiels besser als ich“, sagte der Serbe. Krachende Vorhand, gute Volleys und inzwischen auch ein starker Aufschlag: Alcaraz offenbarte keinerlei

Ganze ins Rollen gebracht hat, muss die Antwort lauten: Thomas Müller. Mit seinen drei Toren im Auftaktspiel gegen Portugal, und dann noch mal mit einem weiteren, als die Deutschen in eine Selbstblockade gelaufen waren, beim 2:2 gegen Ghana, und es im finalen Gruppenspiel gegen Jürgen Klinsmanns Team USA einen Problem- und Brustlöser brauchte. Und auch im Jahrhundertspiel, dem 7:1 gegen Brasilien war es Müller, der mit dem 1:0 in der elften Minute dem Wahnsinn Tür und Tor öffnete.

Es war ein Pech für die deutschen Turniermannschaften danach, dass Müller nie wieder so wirkungsvoll war wie in jenem Sommer 2014. Und in dem Sommer vier Jahre davor in Südafrika, als er mit 20 Jahren lustvoll drauflos stürmte und mit fünf Treffern zum (geteilt) besten Torschützen des Turniers wurde. Übrigens mit der Rückennummer 13 des großen Gerd Müller, nachdem er sich im Trainingslager zuvor noch unschuldig-überrascht gezeigt hatte, dass es feste Rückennummern geben würde. Dass man bei Müller auch im Gespräch nie vor Überraschungen und Punkten sicher sein konnte, gehörte zu seinem besonderen Charme der Natürlichkeit, der ihn zu einer der großen Sympathiefiguren im Nationaltrikot überhaupt machte.

Diese Gabe hat Müllers Karriere im Nationalteam womöglich auch etwas über die sportliche Zeit verlängert. Aber wie groß die Sehnsucht nach solchen Typen ist und was sie auslösen können, erlebte man zuletzt noch einmal im September 2023, beim 2:1 gegen Frankreich in Dortmund unmittelbar nach der Trennung von Hansi Flick. Es war noch mal eine ziemlich gute Pointe in Müllers Karriere. Die vielleicht beste aber war, wie er nicht erst 2014, sondern schon 2010 bei einem 4:0 etwas ins Rollen brachte, mit dem 1:0 gegen Argentinien im Viertelfinale nach nur drei Minuten. Es war nur ein paar Monate nachdem er bei seinem Länderspieldebüt von deren Trainer für einen Balljungen gehalten wurde. Wie Müller mit diesem Körper und diesem Kopf funktionierte, musste nicht nur der große Diego Maradona erst begreifen.

Schwächen, überflügelte seinen Gegner in allen Bereichen. Und Djokovic, der in Wimbledon erstmals in diesem Jahr in einem Endspiel stand, hatte dem nichts entgegenzusetzen. Aktuell spielt der Rekordsieger nicht auf dem Niveau von Sinner oder Alcaraz. „Um wirklich eine Chance zu haben, diese Jungs in der Endphase eines Grand Slams oder bei den Olympischen Spielen zu schlagen, muss ich viel besser spielen als heute“, sagte er und kündigte an, dass er versuchen wolle, genau dies noch mal zu schaffen. „Wenn ich mit Widrigkeiten konfrontiert werde, stehe ich normalerweise auf, lerne und werde stärker. Das werde ich machen“, sagte Djokovic. Aber ob ihm das mit 37 Jahren noch mal gelingt?

Zu einer möglichen Wachablösung, über die schon vor den zwei Wochen in Wimbledon spekuliert worden war, wollte Alcaraz nichts sagen, als er nach seinem großen Triumph danach gefragt wurde. Nur so viel war ihm zu entlocken: „Ich denke, mit Jannik im Alter von 21, 22 oder 23 Jahren an der Spitze der Rangliste zu stehen und die Grand Slams zu gewinnen ist gut für das Tennis.“ Neue Gesichter, neue Rivalitäten. Die Fakten sprechen für die junge Generation. Alle drei Grand-Slam-Titel der laufenden Saison gingen an Sinner (Australian Open) oder Alcaraz (French Open und Wimbledon). Als Nächstes steht nun das olympische Tennisturnier in Paris an. Danach warten die US Open als nächstes Highlight. Es ist noch zu früh, um ein abschließendes Urteil zu fällen. Doch vieles deutet im Moment darauf hin, dass das Jahr 2024 eines sein könnte, über das man im Rückblick sagen wird: Ein neues Tenniszeitalter hat begonnen.

Messis Tränen trocknen schnell

Chaotische Zustände beim Einlass zum Finale der Copa América trüben Argentinien's Triumph

MIAMI. Die Hände vor dem Gesicht konnten die Tränen nicht verbergen: Lionel Messi insgesamt 44. Titelgewinn war vielleicht der schmerzhafteste von allen. Noch ist nicht klar, ob es die Schmerzen waren, verursacht von seinem dick geschwollenen Knöchel, die ihm die Tränen in die Augen trieben. Oder die Aussicht darauf, dass es vielleicht das letzte Mal war, dass er mit seiner goldenen Generation auf Titel jagd gegangen ist. Dass er gemeinsam mit Ángel Di María und Nicolás Otamendi (beide 36 Jahre alt) den Pokal der Copa América in den Himmel reckte, ist ein Indiz dafür, dass Messi Karriere im weiß-himmelblauen Dress bald zu Ende geht. Denn seine um ein Jahr jüngeren Mannschaftskameraden haben bereits ihr Laufbahnende im Trikot der argentinischen Nationalmannschaft verkündet. Während des Finales gegen Kolumbien hallten deshalb vor allem „Fideo“-Rufe (Nudel) durch das Stadion. So rufen die argentinischen Fans Di María, der wegen seiner Tore in den vorangegangenen Finalspielen gegen Brasilien (2021) und Frankreich (2022) längst zum Volkshelden aufgestiegen ist.

Drei Titel in vier Jahren: Argentinien's „Albiceleste“ kommt aus dem Jubel nicht heraus. Auch bei der Copa América in den USA, wie zuletzt bei der WM 2022 in Qatar und ein Jahr davor bei der Copa América in Brasilien, hieß auch dieses Mal der Sieger Argentinien. Mitentscheidend war vor allem die starke Defensivleistung des dreimaligen Weltmeisters. Schlussmann „Dibu“ Martínez musste im Turnierverlauf nur einmal richtig greifen: beim 1:1 gegen Ecuador im Viertelfinale. Im anschließenden Elfmeterschießen wurde Martínez seinem Ruf als Spezialist dafür gerecht, er erhielt später die Auszeichnung als bester Torwart des Turniers. Zum besten Spieler wurde James Rodríguez gekürt. Der Kolumbianer hatte mit sechs Torbeteiligungen die „Cafeteros“ ins Finale nach Miami geführt und nach vielen enttäuschenden Jahren zu seiner Form aus jüngeren und besseren Tagen gefunden. Die in der ersten Halbzeit ebenbürtigen Kolumbianer mussten nach dem Seitenwechsel bange Situationen überstehen. Am Ende war es Lautaro Martínez in der 112. Minute der Verlängerung, der das Finale mit seinem Treffer zugunsten Argentinien's entschied – und den nach seiner Verletzung weinenden Messi auf der Auswechselbank wieder zum Lachen brachte. „Dieser Titel bedeutet mir gleich viel wie der erste“, sagte Er-

folgstrainer Lionel Scaloni nach der Partie. Mit den drei Titeln in vier Jahren hat er die erfolgreichste Ära der Verbandsgeschichte geprägt. Seit 2018 ist Scaloni Argentinien's Nationalcoach, wie viele Jahre noch folgen, ist ungewiss. „Man denkt immer ans Gewinnen, nicht ans Titelsammeln. Wir spielen, um zu gewinnen.“ Wenn es so ausgesehen habe, als würde Argentinien vom Gegner dominiert, sei es genau andersherum gewesen: „Wir haben es mit unserer Einstellung und unserem Siegeswillen umgekehrt“, sagte Scaloni, der nun vor einem Umbruch steht: Ohne Di María, Otamendi und wohl auch Messi gilt es, in zwei Jahren eine WM zu spielen, die ein jüngeres argentinisches Gesicht zeigen wird.

Einen Schatten über das Turnier warfen diverse Pannen: So blamierte sich Gastgeber USA durch halb leere Stadien bei den eigenen Spielen. Dagegen füllten die Südamerikaner in Scharen die Arenen, wenn Argentinien, Brasilien oder Kolumbien spielten. Am Rande des Finales kam es jedoch zu erschreckenden Ausschreitungen. Während einige Fans der Polizei Vorwürfe machten, sie eingekesselt zu haben, ließ es vom Stadionbetreiber, einige Tausend Personen seien ohne Tickets an den Eingangstoren erschienen. In Kolumbien, so wurde am Montagabend bekannt, kamen nach der Niederlage des Nationalteams fünf Menschen bei Schlägereien ums Leben. „In den meisten Fällen waren Stichwaffen im Spiel“, zitierte die Nachrichtensendung „Noticias Caracol“ Nicolás Rojas, den Leiter der nationalen Polizei.

Im Chaos in Miami versuchten Besucher durch die Belüftungsschächte ins Stadion zu kommen, andere kletterten über Zäune und Mauern. Unmittelbar vor der Arena, wo sich die Menschen stauten, stürzten Geländer und Rolltreppen zusammen. Dass es bei dem enormen Gedränge, verursacht durch Kontrolle zu nah am Stadion, keine Toten oder Schwerverletzten gab, war letztlich wohl Glück. Zwei Jahre vor der WM im eigenen Land haben die in der Vorrunde kläglich gescheiterten USA nicht nur in sportlicher Hinsicht, sondern auch organisatorisch einiges aufzubereiten. Der Testlauf ist misslungen. Zunächst aber wartet das Land des Siegers auf eine abschließende Erklärung von Lionel Messi. TOBIAS KÄUFER



Lionel Messi

„Jeder Einzelne braucht Sport“

Gregor von Opel übernimmt Führung der DOG

mr. BERLIN. 73 Jahre nach Gründung der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) hat wieder ein Mitglied der Familie von Opel die Führung der Organisation übernommen. Gregor von Opel, 1968 geborener jüngster Sohn des Gründungspräsidenten Georg von Opel, ist vom Präsidium zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten Peter von Löbbecke bestimmt worden. Auf der Mitgliederversammlung im Oktober soll er im Amt bestätigt werden.

„Als ich vor dreißig Jahren der DOG beigetreten bin, war das eher eine familiäre Verpflichtung“, sagt von Opel im Gespräch mit der F.A.Z.: „Im Gegensatz dazu geht es mir heute um die Förderung des Sports, hier gibt es sehr viel zu tun, und ich will meinen Beitrag leisten.“ Weniger die Förderung von Topathleten und Olympiateilnehmern als vielmehr die Ermöglichung von Bewegung von Kindern und Jugendlichen hat sich von Opel auf die Fahnen geschrieben. Betriebswirt und Verwalter des Familienvermögens, leitet er die von Opel Hessische Zoostiftung in Kronberg im Taunus sowie die Stiftung Spazierengehen, beides Gründungen seines Vaters. Auch an der Spitze der DOG will er die Erfolge des vor allem als Ruderer bekannten Unternehmers und Athleten anschließen, der in den Fünfzigerjahren den Goldenen Plan initiierte, das Programm der Bundesregierung zum Sportstättenbau. Bundeskanzler Konrad Adenauer ließ sich wenige Jahre nach dem von den Nationalsozialisten begonne-

nen Krieg auch von dem Argument überzeugen, dass Sport und Vereinsleben wichtige Impulse geben für die Demokratie.

„Wir sind nicht mehr die Nation, die wir waren“, sagt Gregor von Opel, und er meint damit nicht primär das im Vergleich zu früher schlechter Abschnitten deutscher Sportlerinnen und Sportler bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen. Er spielt damit auch auf den verbreiteten Bewegungsmangel von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an. „Jeder Einzelne und die gesamte Gesellschaft brauchen Sport“, sagt er und lobt die Bundesregierung für deren beide Bewegungsgipfel. Insbesondere die Rahmenbedingungen für Bewegung im Verein, im Kindergarten und in der Schule will er helfen zu verbessern. Dazu wolle er Brücken schlagen zwischen Sport, Politik und Wirtschaft, sich für den Sportstättenbau einsetzen und die Gedanken von Fair Play und der Verbindungswirkung des Sports stärken. Dies sei kein Paradigmenwechsel der DOG, sagt er: „Für Jugend Sport haben wir uns schon immer stark gemacht. Breitensport ist nah dran an der DOG.“ Die DOG sei kein Auserlesener Verein, sondern lade alle gemeinnützige Gesellschaft alle Sportbegeisterten ein, sich zu beteiligen. Gregor von Opel ist aus Leidenschaft fürs Radfahren, eines seiner vielen sportlichen Engagements, Gründer und Gesellschafter des Fahrradherstellers Opel mit Sitz am alten Opel-Standort in Rüsselsheim geworden.

In Kürze

Davis-Cup-Team ohne Zverev

Das deutsche Davis-Cup-Team muss in der Gruppenphase in China wohl auf Topspieler Alexander Zverev verzichten. Kapitän Michael Kohlmann berief den Olympiasieger und French-Open-Finalisten aufgrund von Termenschwierigkeiten nicht in seine Auswahl für die Partien gegen die USA, die Slowakei und Chile vom 10. bis 15. September in Zuhai. Die Gruppenphase in China folgt direkt auf die US Open in New York. sid

DFB bittet zur Kasse

Mit Geldbußen in Höhe von insgesamt mehr als 600.000 Euro werden vier Klubs für das Fehlverhalten ihrer Anhänger bestraft. Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes verhängte die höchste Strafe mit 300.000 Euro gegen den 1. FC Kaiserslautern; damit wurde das Zünden von Pyrotechnik im Pokalendspiel sanktioniert. Hannover 96 (80.000 Euro), Eintracht Braunschweig (129.350) und der KSC (5000) wurden ebenfalls zur Kasse gebeten. dpa

Ganz oben

Aktuell gibt es wohl keinen besseren Spieler als ihn. Wo führt Carlos Alcaraz das hin?

Von David Lindenfeld, London



Vier Grand-Slam-Finals bestritten, vier gewonnen: Alcaraz Foto: Reuters

Einmal kam Carlos Alcaraz dann doch noch in die Bredouille. Und es war bezeichnend für diesen Tag, dass es nicht um Tennis ging. In Wimbledon ist es üblich, dass Siegerin und Sieger abends beim „Champions Dinner“ miteinander tanzen. Als Alcaraz nach seinem Triumph beim Interview auf dem Platz gefragt wurde, wie er sich denn auf diesem Gebiet so schlage, strich sich der junge Spanier verlegen durch die Haare. „Könnte besser sein, aber ich werde versuchen, mein Bestes zu geben.“ Es war hinterher dann auf Videos in sozialen Medien zu sehen, dass Alcaraz auf der Bühne die Leichtigkeit fehlte, mit der er zuvor Novak Djokovic im Endspiel 6:2, 6:2, 7:6 (7:4) besiegt hatte. Doch das war zu verkraften, weil dieses Finale ihm zuvor eine wohlverdiente Erkenntnis geliefert hatte: dass es aktuell – außer vielleicht Janik Sinner – keinen besseren Spieler gibt als ihn, woraus sich eine große Frage ableiten ließ: Wo führt Alcaraz das hin?

Vier Grand-Slam-Finals hat er nun bestritten. Alle vier hat er gewonnen. 21 Jahre und 70 Tage war er alt, als er die begehrteste Tennistrophäe am Sonntag zum zweiten Mal in den Londoner Himmel streckte. Mehr Grand-Slam-Titel hatten zu diesem Zeitpunkt in ihren Karrieren weder Rafael Nadal (drei), noch Djokovic (einen) oder Roger Federer (keinen). Es dürften weitere dazukommen. Alcaraz kündigte in Wimbledon jedenfalls eine Rekordjagd an: „Am Ende meiner Karriere möchte ich mit den großen Jungs am Tisch sitzen.“ Gemeint waren Djokovic, Nadal und Federer. Die Ambitionen von Alcaraz sind groß, das Selbstvertrauen noch größer. „Ich weiß

Team der Superlative:
Die Sieger nutzen ihre Bühne.
Foto dpa

Wer soll sie stoppen?

Spaniens junge Auswahl ist die beste des Kontinents – und die Zeit dieser Generation noch lange nicht vorbei.

Von Sebastian Stier, Berlin




Imperium ohne Zweifel
Von Christian Kamp

Um diesen Fußballabend ganz in leuchtendem Rot zu sehen, brauchte es keine spanische Brille. Zum Abschluss der Europameisterschaft schenkte das Team von Trainer de la Fuente dem Publikum, ob im Berliner Olympiastadion oder vor den Bildschirmen, einen bezaubernden Moment. Ob er in der Erinnerung verschmelzen wird zum Gefühl eines stimmungsvollen, optimistischen Fußballsommers, für den Deutschland die Bühne bereitet hat, oder ob sich schon bald wieder eine grauer europäische und globale Realität darüberlegt, liegt außerhalb der Kraft des Spiels. Das sollte aber nicht davon abhalten, den Augenblick zu genießen als das, was er war: die geradezu zwangsläufige Krönung einer Mannschaft, die ein Turnier gespielt hat, wie es nicht oft gespielt wird.

Für gewöhnlich gehört es zum Wesen eines Champions, Brüche zu durchleben, Widerstände zu überwinden. Zumindest an der Oberfläche aber ist dieser spanische Triumph der eines nahezu perfekten Flows. Sieben Spiele, sieben Siege, und alles in allem: null Zweifel an der eigenen Über-

In seinem jugendlichen Elan sprintete Lamine Yamal empor. Mit der gleichen Leichtigkeit, mit der er zuvor beim 2:1 im Finale an den Engländern vorbeigelaufen war. Nur wurde er dieses Mal gestoppt. Von keinem Gegner, sondern von den eigenen Mitspielern. Die machten ihn darauf aufmerksam, dass nach allen Regeln des Anstands zuerst der Trainer das Podest betreten darf. Dann der Kapitän, der Torwart, die Führungsspieler. Yamal reihte sich pflichtschuldig im hinteren Teil des Trosses ein und wartete, bis er unter anderem vom spanischen König Felipe beglückwünscht wurde. Später filmte er die ausgelassenen Tänze seiner Kollegen und posierte mit Familienmitgliedern und dem EM-Pokal. Bei jedem Bild schwang die Frage mit, mit wie vielen Pokalen dieser sportlich gesegnete, gerade 17 Jahre alt gewordene Bursche noch abgeleuchtet werden wird.

Mit dem gleichen Schwung, dem gleichen Enthusiasmus, den er bei den Feierlichkeiten zeigte, hatte Yamal die Bühne dieser Europameisterschaft betreten. Entsprechend wurde er zum besten jungen Spieler dieses Turniers ausgezeichnet. Für die Ehrung wäre auch Nico Williams infrage gekommen, der auf Vorlage von Yamal zum 1:0 getroffen hatte. Der Stürmer ist erst 22 Jahre alt. Oder Pedri, der im Finale verletzt zusehen musste, nachdem Toni Kroos ihn im Viertelfinale rüde abgeräumt hatte. Pedri ging sozusagen als Titelvertei-

diger in dieses Turnier, er hatte den Titel 2021 erhalten. So viel Talent. So viel Fußball.

Nach dem vierten Sieg bei einer Europameisterschaft, der Spanien zum alleinigen Rekordtitelträger macht, verneigte sich die Welt vor dieser Mannschaft. Die Zeitung „Blick“ aus der Schweiz sprach gar vom „besten Europameister aller Zeiten“.

Nun sind Superlative immer auch eine von persönlicher Meinung gefärbte Sache, wer aber diese Mannschaft durch das Turnier hatte brillieren sehen, der wollte dieser These nicht widersprechen. Die Fakten sind auf ihrer Seite, Spanien konnte als einzige Mannschaft alle seine sieben Spiele gewinnen, die Gegnerschaft bestand aus den Besten, die Europa zu bieten hat. Kroatien, Italien, Deutschland, Frankreich und England. Wer den WM-Dritten, den Titelverteidiger, den Gastgeber, den WM-Zweiten und den EM-Zweiten schlägt, darf sich zu Recht beste Auswahl des Kontinents nennen. „Ich bin sehr stolz auf die Mannschaft. Ich denke, mehr kann man nicht verlangen“, sagte Trainer Luis de la Fuente, der darauf hinwies, dass Spanien vor dem Turnier nicht unbedingt zum Kreis der größten Favoriten zählte.

Die letzten Weltmeisterschaften glichen einem Desaster, mit jeweiligem Ausscheiden im Achtelfinale, immer auf die gleiche Weise. Spaniens Mannschaften ersticken am eigenen Ballbesitz. Unfähig, den Gegner ernsthaft in Gefahr zu bringen. Ihnen

fehlt es an Vertikalität, Kreativität und Aktivität. Nach dem Ende der goldenen Ära mit den Titelgewinnen 2008, 2010 und 2012 befand sich die Selección auf einer jahrelangen Suche nach sich selbst. Gefangen im Zwiespalt, die auf Ballbesitz basierende Identität nicht aufgeben zu wollen, aber gezwungen zu sein, Korrekturen vorzunehmen zu müssen, da die Spielanlage dechiffriert war. Gescheitert an der Transformation waren der späte Vicente del Bosque, Julen Lopetegui, Fernando Hierro, Robert Moreno und Luis Enrique.

Evolutionstechnisch als Glücksgriff erwies sich die Ernennung von Luis de la Fuente zum Nationaltrainer. Der 63 Jahre alte ehemalige Verteidiger von Athletic Bilbao arbeitete viele Jahre als Verbandstrainer, die meisten Spieler hatte er schon als Junioren trainiert. De la Fuente wusste, wo er ansetzen musste. „Die Kenntnisse, die wir über die Fußballer hatten, haben uns dabei geholfen, zu wachsen. Wir haben versucht, sie entsprechend ihrer Stärken einzusetzen. Das ist uns, glaube ich, sehr gut gelungen“, sagt er.

Herausgekommen ist eine Mannschaft, die ihre Identität nicht leugnet, aber mit modernen Elementen angereichert wurde. Das Mittelfeld um Fabian Ruiz, Pedri, Dani Olmo und dem zum besten Spieler der EM gewählten Rodri zeigte sich so ballstark wie ihre Vorgänger Xavi, Andres Iniesta, Xabi Alonso und Sergio Busquets. Eindrucksvoll unter Beweis gestellt im Fi-

nale, als Spanien fast über die gesamte Spielzeit dominierte und sich nach der verletzungsbedingten Auswechslung von Rodri und den zwischenzeitlichen Ausgleich durch Cole Palmer nicht aus dem Konzept bringen ließ. „Wir haben gegen eine bessere Mannschaft verloren“, gab Englands Trainer Gareth Southgate zu.

Entscheidend verbessert haben Spanien die beiden Außenangreifer Lamine Yamal

und Nico Williams, die den Ballbesitz mit Tempo, Dynamik und Abschlussstärke bereichern. „Wir haben Spieler mit viel Geschwindigkeit, die jederzeit viel Gefahr kreieren können“, sagt de la Fuente. So wie vor dem 1:0 kurz nach der Pause, als Yamal von der rechten Seite nach innen zog und mit den mitgelaufenen Williams in Szene setzte. Beim Siegtreffer vier Minuten vor dem Ende ging es ähnlich schnell. Marc Cucurella brach links durch, bediente den eingewechselten Mikel Oyarzabal, und kurz darauf war Spanien Europameister. In den Schlussminuten rettete der überragende Dani Olmo für den schon geschlagenen Torwart Unai Simon auf der Linie, aber die Dramatik der letzten Augenblicke täuschte darüber hinweg, mit welcher Überlegenheit Spanien die englische Mannschaft dominiert hatte. Wirklich ins Wanken geraten war der neue Europameister während des Turniers nur einmal, im Viertelfinale gegen Deutschland. „Wir haben phantastisch gespielt, mit viel Reife“, sagte de la Fuente.

Abgesehen vom 38 Jahre alten Reservisten Jesus Navas könnten theoretisch alle Spieler in zwei Jahren bei der Weltmeisterschaft in Nordamerika dabei sein. Plus so großen Talenten wie Gavi oder Pau Cubarsí, die in Deutschland fehlten. „Wir erfreuen uns an einer wunderbaren Generation von Fußballern“, sagt de la Fuente. Der Rest der Welt dürfte diese Freude nur bedingt teilen.

Albert Ostermaier

hello again

selbst odysseus fand zuletzt nachhause doch der fußball schafft es nie zurück auf die insel statt dem erlösenden goal ist es dann doch nur godot und wir wissen he is not coming das warten hat kein ende werden sie denn nie kommen die glücklichen tage nach einem finale

Pressestimmen

„Könige Europas“

Spanien:
As: „Wieder Könige Europas. Spanien hat gewonnen, der Fußball hat gewonnen. Selten wird eine Meisterschaft einer Gruppe von Spielern so gerecht, die sich dem schönen Spiel mit dem Ball verschrieben haben.“

MARCA: „Diese Mannschaft hat es verdient, das Volk auf die Straße zu bringen, und Luis de la Fuente ist im Begriff, einer der ganz Großen in der Enzyklopädie unseres Fußballs zu werden.“

SPORT: „Niemand hatte mehr Grund, sich zu rühmen, denn kein Gegner hatte mehr Charme als die Mannschaft von Luis de la Fuente. Nie gab es einen Meister mit mehr Toren, nie einen Sieger mit sieben Siegen in Folge, davon vier gegen Weltmeister.“

England:
TELEGRAPH: „Die Qual hält an. Der Schmerz geht weiter. Und weiter. 58 Jahre, und er geht für England immer noch weiter. Gareth Southgate hat gesagt, er will es so sehr, dass es wehtut. Aber was wirklich wehtut, ist das, womit England zurückgelassen wird.“

THE TIMES: „Noch ein Sieg. Noch ein Turnier. Das ist es, was England weiter braucht, um das Warten zu beenden und endlich irgendetwas zu gewinnen. Sie sind wieder an der letzten Hürde gescheitert.“

Jäger ohne Beute

Als es im Finale einen echten Gegner zu knacken gilt, erweisen sich Englands Fähigkeiten als Illusion. Die Erkenntnis daraus ist eindeutig.

Von Tobias Rabe, Berlin



Geteiltes Leid:
Prinz William tröstet Harry Kane nach der bitteren Niederlage.
Foto dpa

Nach einer schwachen ersten Halbzeit und dem Rückstand nach der Pause glich der eingewechselte Cole Palmer plötzlich aus. Nach einer besseren zweiten Halbzeit und dem abermaligen Rückstand hatten die Engländer wie aus dem Nichts drei Mal die Möglichkeit zum Ausgleich. Doch Spanien verrammelte das Tor. Wenig später mussten die letzten Briten einsehen: Hier war nichts mehr zu holen.

Harry Kane hatte schon vorher gezeigt, dass er nicht Harry Houdini ist, der Entfesselungskünstler, der sich aus jeder

Lage befreien konnte. Kane konnte die unsichtbaren Fesseln, die ihn über das Turnier hielten, nie lösen. Im Endspiel hatte er nur 13 Ballkontakte, verlor viele Zweikämpfe, es war in vielerlei Hinsicht nicht sein Abend. Die verpasste Chance – es wäre sein erster Mannschaftstitel gewesen – macht ihm arg zu schaffen. „Es ist nicht leicht, in Endspiele zu kommen. Dann musst du dir den Titel nehmen. Das haben wir wieder nicht gemacht. Das wird eine Zeit lang wehtun.“ Der Stürmer hatte das Saisonende beim FC Bayern mit

Rückenproblemen verpasst. Zur EM war er zurück, aber niemand, der ihn spielen sah, wurde das schlechte Gefühl los, dass ihn die immensen englischen Erwartungen, nach fast sechs Jahrzehnten wieder einen Titel zu holen, belasteten.

Das bestätigte Southgate. „Es lastete viel Druck auf seinen Schultern“, sagte der Trainer. „Und Harry kam mit einer Verletzung zum Turnier. Das mussten wir managen.“ In Berlin nahm er seinen ersten Panzerknacker vom Platz, obwohl er dringend ein Tor benötigte, auch zwei anderen aus der Bande mangelte es zu sehr an Durchschlagskraft. Phil Foden fand nie ins Turnier, Bellingham war nicht nur im Endspiel am Ende. „Die physischen Probleme waren das Problem. Wir hätten vier oder fünf Spieler auswechseln müssen“, sagte Southgate, der die knappen Verläufe der K.-o.-Spiele mit Verlängerungen und Elfmeterschießen wie einen Tag weniger Pause nach dem Halbfinale als Gründe für finale Müdigkeit anführte: „Das alles hat seinen Preis gefordert.“

Ob er derjenige ist, der ihn zahlen wird, oder doch der, der den Plan für die Mission bei der WM 2026 austüftelt, wenn 60 Jahre des Schmerzes die englische Fußballseele belasten werden? Nicht wenige denken, dass Southgate, dessen Vertrag bis Jahresende läuft, aufgrund seines Ergebnisfußballs nicht mehr der Richtige für die Gruppe der Hochtalentierten ist – oder von all der Kritik an seiner Herangehensweise müde sein könne. Am Sonntag wich er, befragt nach seiner Zukunft, aus: „Es ist schwer, nach solch einer Niederlage darüber nachzudenken.“ 2016 übernahm er nach dem blamablen EM-Aus gegen Island, führte seine Elf in zwei Endspiele und bei der WM ins Halb- und Viertelfinale. Auch diese gute Turnierbilanz führte zum Glauben, dass England unter Southgate einem Titel ganz nahe sei. Doch der Abend von Berlin raubte nicht nur diese Illusion: Überfallfußball allein reicht kaum für den Hauptgewinn.

Es war bemerkenswert, dass Ausfälle nichts am spanischen Selbstverständnis änderten.

legen- und manchmal auch Erhabenheit. Es hat diese Brüche ja gegeben, jedenfalls in der Möglichkeitsform angelegt, aber die spanische Kunst ist es gewesen, dass nichts davon sichtbar wurde. Man muss sich vergegenwärtigen, zu welchen Rhythmusstörungen es im Herzen dieses Teams, im Mittelfeld, hätte kommen können. Gavi: wegen Verletzung gar nicht erst dabei. Pedri: im Viertelfinale von Toni Kroos schon nach wenigen Minuten aus dem Spiel befördert. Und nun Rodri: zur Pause angeschlagen in der Kabine geblieben. De la Fuente sagte später, sie hätten mit Martin Zubimendi genauso weiterspielen wollen, er bezog das auf den Spielstil. Aber noch bemerkenswerter war es, dass sich am spanischen Selbstverständnis nichts änderte – und keine zwei Minuten nach der Pause der Ball im englischen Tor lag. Dani Olmo wiederum, der für Pedri in die Elf gerückt war, wurde zur prägenden Figur der finalen Runden.

Wenn man nun dieses Finale mit deutschem Blick betrachtet, erkennt man zweierlei. Zum einen, beim Blick auf England, wie der Fußball hierzulande lange war: resilient, ergebnisorientiert, aber dabei auch ein bisschen spaßbefreit. Zum anderen, beim Blick auf Spanien, wie er ebenfalls schon mal war, wie er dann ein bisschen so lange sein wollte, aber eben auch: wo er noch nicht wieder ist.

Für Julian Nagelsmanns Team war es eine unglückliche Fügung des Turnierplans, schon im Viertelfinale auf dieses neue spanische Imperium zu treffen, und es ist ein schwacher Trost, dass sich auch jetzt nichts am Gefühl geändert hat, wonach dieses Duell das vorweggenommene Finale war. Die Deutschen stellten die Spanier jedenfalls vor größere Probleme, als die Engländer das am Ende taten. Aber daraus abzuleiten, nun schon wieder verlässlich auf Augenhöhe mit den Altherbesten zu kicken, wäre ein schwarzrot-goldgefärbter Blick.

Als Gastgeber haben die Deutschen alles in allem ein realistisches Bild von sich abgegeben: in der (infrastrukturellen) Substanz zumindest für auswärtige Beobachter erstaunlich wackelig, in Sachen Fußball-Leidenschaft und Begeisterungsfähigkeit aber ein bisschen besser, als sie vielleicht selbst von sich gedacht hätten. Letzteres lässt sich auch mit Blick auf Sportliche als Gewinn festhalten. In Sachen spielerischer Substanz aber sollte man spätestens seit Sonntag realistisch sein: Die Maßstäbe werden gerade anderswo gemacht.

Ergebnisse auf FAZ.NET

Immer aktuell: Mit Ihrem Handy finden Sie an dieser Stelle jederzeit Sport-Resultate aus aller Welt.
faz.net/ergebnisse



Stressantis

Von Holger Appel



Einsatz: Im Januar musste die Flex zum ersten Mal ran. Jetzt folgt dann der Großeinsatz an Schotter und Stahl.

Foto Frank Röth

Seit Montagnacht, 23 Uhr, stehen die Züge zwischen Frankfurt und Mannheim still. Nein, dieses Mal nicht, weil ein Unwetter wütet, Personal fehlt oder ein Pudel im Gleis sitzt. Bis zum 15. Dezember sperrt die Deutsche Bahn die „Riedbahn“ genannte Strecke komplett und lässt sie von Grund auf sanieren. Das hat sie auch bitter nötig. Täglich nutzen rund 300 Züge das Gleisnetz zwischen den beiden Großstädten, darunter jeder siebte deutsche Fernzug. Wer in den Süden will, fährt durch das bahneigene Nadelöhr im hessischen Ried.

Was das Nadelöhr bisher auszeichnete, war die Fähigkeit, den Blutdruck seiner Pendler in die Höhe und deren Laune in die Tiefe schnellen zu lassen. Die Verspätungen auf der maroden und dringend sanierungsbedürftigen Strecke wirken sich oft auf den ganzen innerdeutschen Zugverkehr aus. Statt wie bisher etappenweise, nach festgestellter Notwendigkeit und über Jahre hinweg Ausbesserungen vorzunehmen, geht die Bahn nun den radikalen Schritt der Vollsperrung. Gerd-Dietrich Bolte, Leiter der Infrastrukturprojekte Region Mitte der DB InfraGO, vergleicht das neue Vorgehen der Bahn mit deren größtem Konkurrenten, dem Auto. Reparaturen seien früher, wie etwa die Montur von Winterreifen, durchgeführt worden, wenn es nötig war. Eine Problemstelle nach der anderen wurde abgearbeitet. Das neue Konzept der Bahn sieht allerdings einen Boxenstopp mit Arbeiten an buchstäblich allen vier Rädern gleichzeitig vor. Ziel ist es, so schnell wie möglich weiterzukommen, um in Zukunft weniger stoppen zu müssen. Man hofft nun auf ein Projekt als leuchtendes Vorbild für weitere geplante Sanierungen von 40 Streckenabschnitten mit einer Gesamtlänge von 4000 Kilometern in den kommenden Jahren. Verkehrsminister Volker Wissing, der Bahnkonzern, die Pendler, alle setzen sie nun ihre Hoffnung auf gutes und pünktliches Gelingen des Großprojekts Riedbahn.

Begonnen hat selbiges gestern Nacht nicht mit dröhnenden Rammen, fliegenden Funken oder kreischenden Sägen, sondern mit ganz profanen Telefongesprächen. Die Fahrdienstleiter übergeben entlang der Strecke die Verantwortung an rund 400 Bauüberwacher, die Sorge tragen, dass in den nächsten fünf Monaten die Pläne für ihren jeweiligen Bauabschnitt möglichst reibungslos umgesetzt werden. Erste Trupps sorgen nach dem Baustart dafür, dass die Ober-

leitungen keinen Strom mehr führen. Dies ist erforderlich, damit die Arbeiten sicher erledigt werden können. Am Dienstagvormittag starten die Vorbereitungen für den Gleisumbau, der laut Plan die erste Woche der fünf Bauabschnitte ausfüllen soll.

Ein Gleisumbau führt die Arbeiten im Gleis durch. Er reißt gleichzeitig alte Schwellen aus und ersetzt sie hinten durch neue. 183.000 neue Schwellen finden so im aufgefrischten Gleisbett der Riedbahn ein neues Zuhause. Die Bettungsreinigungsmaschine hebt die Gleise an, den Schotter aus, reinigt und filtert ihn, verteilt den gereinigten Schotter wieder und plantiert ihn ins Gleisbett. Wenn neuer hinein kommt, macht sich die Stopfmaschine ans Werk und verdichtet das Gestein in die richtige Lage. Danach folgt der Einbau der 154 neuen Weichen. Jede wiegt 67 Tonnen, alle werden mit Spezialwaggons transportiert. Sind diese Arbeiten abgeschlossen, steht die Signaltechnik auf dem Plan.

Ab Mitte dieser Woche setzen Zweibegebagger, die auf Straßen und Schienen fahren können, nach und nach die Pfosten für 16 Kilometer neue Schallschutzwände neben die Gleise. Parallel dazu startet am Bahnhof Walldorf der Abriss des mittleren Bahnsteigs. Die Arbeiten dort werden viel Zeit in Anspruch nehmen, sagt Projektleiter Julian Fassing. Ein barrierefreier neuer Bahnsteig entsteht, die Arbeiter bauen einen Aufzug ein, außerdem noch eine Rampe für Rollstuhlfahrer. Bisher konnten diese den Bahnhof nämlich gar nicht nutzen und mussten auf Busse ausweichen.

Zwei Wochen vor Beginn der Bauarbeiten hat die S7 am Bahnhof Gernsheim Verspätung, eine Signalstörung. Violette Schilder weisen auf den Schienenersatzverkehr hin, große Plakate in Infokästen auf die baldige Streckensperrung. Von den Gleisen ist ohnehin kaum noch etwas zu sehen, die zahlreichen Baustellenabsperungen blockieren die Sicht. Auf der gegenüberliegenden Seite des Bahnhofs ragt auf der Baustell-

richtungsfläche der DB ein riesiger Schotterberg in die Höhe. Der Weg dorthin führt durch eine marode, mit Regenputzen gespickte Unterführung.

Gerd-Dietrich Bolte trifft sich zum Pressetermin mit Journalisten aus Berlin und Frankfurt. Die Mammutaufgabe Riedbahn planen er und sein Team seit

Hunderte beauftragte Firmen, mehr als 2000 Arbeiter, 150 Busse im Schienenersatzverkehr und ein ellenlanger Bestellzettel an Materialien. Teil der Erneuerungs- und Ersatzliste sind 210 Kilometer Schienen, 1,14 Millionen Meter Kabel, 140 Kilometer Oberleitungen, 780 Signale, 154 Weichen.

Material ist in monatelanger Vorbereitung in rauen Mengen angeschafft worden. Der besagte Schotterberg besteht zum Großteil aus den benötigten 380.000 Tonnen für die Erneuerung der Gleisbetten. Ähnliche Materiallager finden sich an der gesamten Riedbahnstrecke. Die Sanierung ebenjener bedeutet einen enormen Logistikaufwand, beispielsweise muss immer ein Gleis für die Baustellen- und Transportfahrzeuge frei bleiben. Ist es belegt, verzögern sich überall die Arbeiten.

Über vier Zugänge liefern schienengebundene Fahrzeuge den Baustandorten zu, was diese benötigen: Darmstadt-Kranichstein, Biblis, Mannheim-Waldhof, Mainz. Auf Baueinrichtungsflächen wie Gernsheim wurden extra Schienen verlegt, um das dort gelagerte Material zum gewünschten Ort zu transportieren. Braucht ein Auftragnehmer am Bahnhof Mannheim-Waldhof übermorgen 2000 Tonnen Schotter, meldet er sich beim Projektteam, das die Lieferung durch eine Lok mit Güterwagen genau überwacht. Stehen in den nächsten Tagen 60 Schienen auf dem Bauplan, für morgen werden aber erst 30 benötigt, stellt sich ein Transportzug auf Warteposition, während ein weiterer die täglich benötigte Menge abholt. Die Frage, die sich angesichts der langen Liste von Zahlen unweigerlich stellt: Was bleibt eigentlich übrig? Nicht viel, lautet die Antwort. Bolte vergleicht die Generalisierung mit einer Hausrenovierung. „Wir entkernten und sanieren das Haus vom Keller bis zum Dach und ersetzen selbst den Großteil aller Wände des Hauses.“ Die wenigen Wände, die in Boltes Bild übrig bleiben, sind unter anderem einzelne Gleise und Weichen, die in den vergangenen Jahren erneuert wurden. Auch be-

stehe aktuell kein Bedarf, Brücken entlang der Strecke zu ersetzen, betont Julian Fassing.

Um das bahneigene Nadelöhr in Zukunft zu entlasten, setzt die Deutsche Bahn neben der umfangreichen Sanierung auf den Einbau von Überleitstellen. Durch diese können Züge flexibel von einem auf das andere Gleis wechseln und damit überholen oder ausweichen. Ein drittes Mittel klingt fast schon banal: Die Züge dürfen in bestimmten Abschnitten schneller fahren. Zwischen Mörfelden und Walldorf zeigt der Tacho dann rund 60 Stundenkilometer mehr an. Bei Biblis und Mörfelden werden außerdem Kurven für jeweils zehn zusätzliche Stundenkilometer ausgebaut. Auf diese Weise will die Bahn Verspätungen leichter aufholen.

Somit verwandelt sich die Riedbahn, wenn alles nach Plan läuft, in eine funktionstüchtigere, effektivere und schnellere Version ihrer selbst. In dieser Schlagwortreihe fehlt, wie immer, wenn hierzulande die Rede von Sanierung und Zukunft ist, noch das kleine Wörtchen „digital“. Elektronische Stellwerke in Walldorf, Gernsheim und Mannheim-Waldorf lösen die veraltete Stellwerkstechnik der Riedbahn ab. Das Zugbeeinflussungs- und Sicherungssystem European Train Control System (ETCS) kommt künftig durch den Einbau von 4000 Balisen, Informationspunkte im Gleisbett, entlang der Riedbahn zum Einsatz.

Nach Abschluss der Arbeiten garantiert Gerd-Dietrich Bolte für mindestens fünf, eher zehn Jahre keine Baustellen an der Riedbahn, kleinere Instandhaltungsmaßnahmen außerhalb des Fahrbetriebs mal ausgenommen. Bis es so weit ist, müssen sich die Bahnfahrer der Region Durchblick durch den Ersatzverkehr verschaffen. Die Fernzüge fahren bis Dezember Ausweichrouten über Mainz oder Heidelberg, parallel zur Riedbahn. Wer jedoch von Köln nach Frankfurt fährt und seine Reise danach in südlichere Gefilde fortsetzen möchte, muss zwischen dem 16. Juli und dem 12. August Geduld bewahren. Die Fahrtzeit vom Rheinland nach Rhein-Main verlängert sich laut Website der Bahn zwischen 40 und 90 Minuten, für den weiteren Verlauf entlang der Riedbahn sind 30 Minuten mehr angesetzt. Wer sonst im Regionalverkehr pendelt, muss auf die Pünktlichkeit der 150 von der Bahn extra angeschafften Ersatzbusse hoffen.

Die Journalisten des Pressetermins in Gernsheim haben es zu ihrer nächsten Station in Walldorf übrigens nur mit einer verspäteten S-Bahn geschafft.

Zug um Zug neu gemacht

Die Generalsanierung der Riedbahn läuft bis Dezember. Das Mammutprojekt hat bisher ungekannte Dimensionen.

Von Julia Fietz

zwei Jahren. „Das ist ein Sprintprojekt wie in der Formel eins“, sagt Bolte. Normalerweise hätte die Planung fünf bis sechs Jahre gedauert. Da die Entscheidung zu den groß angelegten Streckensanierungen erst im Juli 2022 gefallen ist und die Generalüberholung der Riedbahn bereits feststand, bot sich diese als Pilotprojekt an.

Der Pressetermin verzögert sich, die Journalisten sitzen in einem Bus des Schienenersatzverkehrs, der im Verkehr feststeckt. Es schüttet wie aus Eimern, das überstehende Dach des angrenzenden Supermarkts bietet Schutz. Würde man alle Pläne für alle Bauabschnitte der Generalsanierung nebeneinanderheften, sagt Bolte, bedeckten sie wohl die gesamte Seitenwand des Supermarkts. Er gibt sich gelassen, seine Mitarbeiter und er sind auch für den Wiederaufbau der Bahnstrecken im vom Hochwasser vor drei Jahren betroffenen Ahrtal zuständig: „Wir sind es gewohnt, unkonventionell zu arbeiten.“ Unkonventionell heißt in diesem Fall unter anderem: Ein enger Zeitplan, 1,3 Milliarden Euro Gesamtkosten,



Bodensatz: 380.00 Tonnen liegen parat.

Foto Michael Braunschädel



Dreisatz: Zwei Drittel der Fernzüge sollen fahren.

Foto Lando Hass



Ersatz: 150 Busse helfen im Regionalverkehr.

Foto Michael Braunschädel

Im Januar 2022 lässt Citroën wissen, seine Hochdachkombis Berlingo und Spacetourer samt dessen Derivat Opel Zafira seien fortan nur noch mit elektrischem Antrieb bestellbar. Der Entschluss sei eine „starke Entscheidung, die Elektrifizierung zum Nutzen der Kunden und der Umwelt zu beschleunigen“. Im Sommer 2024 wissen alle, auch der Mutterkonzern Stellantis: Nicht nur ist die Beschleunigung ausgeblieben, es hat satte Verzögerung eingesetzt. Das führt zu einer bemerkenswerten Diskrepanz zwischen dem Vorsitzenden Carlos Tavares und Europachef Uwe Hochgeschurtz, der eine seine Skepsis weiter mitteilend, der andere alles auf gutem Elektrowege sehend. Wahrscheinlich wäre das Zugeständnis richtig, die recht stark ausgeprägte Elektrostrategie stecke im EU-Unsinn fest. Stattdessen heißt es: „Dank seiner einzigartigen Fertigungsstrategie für unterschiedliche Antriebsarten ist Stellantis in der Lage, schnell auf die rasant wachsende Zahl europaweiter Bestellungen von Hybridmodellen zu reagieren.“ Nun denn, wir halten fest, Stellantis mit seinen Marken Fiat, Opel, Peugeot, DS, Citroën, Jeep oder Alfa Romeo kommt im Schwachstromtempo voran. In Deutschland lahm die Freude am Elektroauto, in Frankreich hängt sie am Subventionstropf, der Italiener will nichts davon hören. Skandinavien läuft, doch dort sind keine Stückzahlen zu machen. Also gibt es bald weitere Hybride, im Kern elektrifizierte Benziner. Der Berlingo übrigens, jenes Allzweckauto für Hobbygärtner, Kleinfamilien oder Fahrradfahrer, ist still und leise wieder mit Benzin und Diesel im Angebot. Kleines Problem: Potente Motoren hat Stellantis offenbar nicht mehr weiterentwickelt. Deswegen muss etwa der an sich fesche neue Alfa Junior mit einem sporterzuzunwürdigen 136-PS-1,2-Liter-Dreizylinder auskommen. Das alles klingt arg nach aufziehendem Stresstest. Im Hause Stellantis. Und anderswo auch.

Monetis

Von Boris Schmidt

Früher war nicht alles besser, aber manches einfacher. Wer ein neues Konto eröffnen wollte, ging zur Bank, sprach mit einem Berater und schon lief die Sache. Heute muss das ja alles online geschehen. Das Kreditinstitut des größten deutschen Autoherstellers lockt mit attraktiven Zinsen für Festgeld, wenn auch nur bis zum 20. Dezember. Danach geht es runter in den üblichen Bereich. Die Anmeldung ist flugs erledigt, dass für die danach nötige analoge Kontaktaufnahme gleich zehn Bankarbeitstage angekündigt werden, verwundert. Nach drei Wochen kommt ein Brief, das Konto ist eröffnet. Aber keine Spur von weiterer, versprochener Post mit Einmalkennwort und so weiter, um den Onlinezugriff initiieren zu können. Also gut, die Hotline muss es richten. Wenigstens gibt es keine Wartezeiten. Es müsse ein Versehen sein, das Konto existiert, die Probeüberweisung ist auch angekommen. Nach einigen Tagen kommt erneut Post. Jetzt mit der Kundennummer und einem Schrieb, wie man das nötige „photoTAN-Gerät“ aktiviert, inklusive „Aktivierungsgrafik“. Diese ist aufzubewahren, und das auch an einem „geschützten Ort“. Nur vom Einmalkennwort keine Spur. Wir warten zwei Tage, dann muss wieder die Hotline ran. Wieder geht es flugs, wieder wird versprochen, dass das Kennwort in zwei, drei Tagen eintrifft. Und das „photoTAN-Gerät“? „Das ist Ihr Smartphone“, sagt der Mann von der heißen Linie. Wir sind gespannt, ob wir das alles gewuppt kriegen, sollte das Einmalkennwort endlich mal eintreffen. Wer kein Smartphone hat, ist also chancenlos. Vom Internetanschluss ganz abgesehen. An der neuen Zeit geht wohl kein Weg vorbei. Dazu entsteht in diesem Fall der Eindruck, als wolle die Bank alles bewusst verzögern. Unser Geld könnte schon seit einem Monat ertragreich arbeiten. Tut es aber nicht. Bei 50.000 angelegten Euro entgehen einem so Zinsen in Höhe von gut 140 Euro.



Kreisfrage: Jeden Abend zwischen Tagesschau und Spielfilmbeginn für eine Viertelstunde Rasensprenger? Reicht nicht.

Foto Getty

Rasensommer für Anfänger

Gerüchteweise kommt der Sommer, haben wir zumindest gehört. Es wird Zeit, den Rasen hitzefit und trockenheitssicher zu machen.

Von Julia Fietz

Noch ist der Sommer ein bisschen zögerlich, versteckt sich oft hinter Gewitterwolken und ergreift ständig die Flucht. Aber die ersten heißen Tage des Jahres lassen erahnen, was noch kommen könnte. Den Gartenbesitzern bricht vorab der Schweiß aus. Denn in den vergangenen Jahren bot sich ihnen das immer gleiche Bild: Aus grüner Wonne wurde braune Tonne. Wo einst satter grüner Rasen wuchs, bildeten sich unappetitlich gelbe und braune Flächen.

Wer vorsorgen will, muss voraus- und umdenken lernen. Zunächst gilt es, die Gräser im aktuellen Frühsommer auf die kommenden heißen Tage vorzubereiten. Martin Bocksch, Agrarbiologe und Vorstandsmitglied der Deutschen Rasengesellschaft, empfiehlt die Zugabe von Kaliumdünger. Die Stressanfälligkeit der Pflanzen reduziert sich, ihre regenerativen Fähigkeiten steigen. Wenn Hitze und Trockenheit über einen längeren Zeitraum zuschlagen, hilft Kalium dem Gras, sich schneller und besser zu erholen.

Wie selten oder wie häufig der Rasen gemäht wird, nehmen Nachbarn gern zum Anlass, ihre Gesichtsmuskeln zu

trainieren. Ist er zu lang, rümpft Frau Meier die Nase. Surrt täglich der Rasenmäher, vertieft sich Herr Müllers Zornesfalte.

Ist das Gras nur noch ein gelbes Häuflein Elend, zucken Frau Schneiders Mundwinkel. Um ihr die Schadenfreude zu verderben, sollte der Grünpfleger Milde mit sich walten lassen. Die von der Rasengesellschaft empfohlene Rasenlänge von drei bis vier Zentimetern darf im Sommer einen guten Zentimeter mehr betragen. Apropos mehr: Mehr Pflanzenfläche ist gleich mehr Photosynthese und mehr Zucker, außerdem stellt sich ein Gleichgewicht zwischen ober- und unterirdischer Masse her, erklärt Bocksch. Gut acht Zentimeter Wurzeln in die Tiefe geben Halt, erreichen tieferes Wasser und schützen vor dem Austrocknen. Ein flaches Wurzelwerk liegt näher an der Oberfläche, ist der Trockenheit stärker ausgesetzt und damit auch dem Risiko, selbst auszutrocknen.

Womit der zukünftige Gartenprofi die nächste Stufe des Lehrplans für den Rasensommer erreicht hat. Er muss sein Gießverhalten unter die Lupe nehmen. Jeden Abend zwischen Tagesschau und Spielfilmbeginn den Rasensprenger für eine Viertelstunde anzumachen reiche nach Tagen mit hohen Temperaturen nicht aus, sagt Bocksch. Die wenigen Liter, die der Rasen aufnehme, regen ihn zum Flachwurzeln an. Der Überlebensinstinkt der Pflanze ist geweckt, sie gewöhnt sich daran, dass es nahe der Oberfläche das meiste Wasser zu bekommen gibt, und setzt sich dem Risiko aus, schneller der Trockenheit zum Opfer zu fallen. Weniger häufig, dafür mehr gießen, lautet die Devise. Wenn der Boden tief durchtränkt ist, könnten laut Bocksch auch mal zwei Gießtage in einer heißen

Woche ausreichen. Der Gartenbesitzer muss sich rantasten, wie oft, wie viel und wie lange er seinen kostbaren Grünflächen Wasser zuführen muss. Ob er einen Schwenkregner, einen Schlauchregner oder einen Pop-up-Regner benutzt, ist erst einmal egal. In erster Linie kommt es auf die gleichmäßige Durchtränkung des Bodens an. Regenmesser helfen, diese zu kontrollieren. An den kleinen Messbechern lässt sich ablesen, ob eine Ecke weniger Wasser abbekommt als die andere.

Wenn der Sommer dann so richtig zuschlägt, gilt es, Ruhe zu bewahren. Trockenheit allein bedeutet nicht zwangsläufig eine Terrassensahara. Die meisten Gräser hielten durchaus einige Zeit durch, sagt Martin Bocksch. Wenn sie sich braun färben, sei das noch kein Grund, die Hoffnung aufzugeben, die Pflanzen befänden sich in einer Art Schlafzustand, beendet durch den nächsten kräftigen Regenschauer.

Schlimmer als Trockenheit wirkt sich extreme Hitze auf den Rasen aus. Während Mensch und Tier vor 35 Grad und mehr in den Schatten flüchten können, bleibt die Grasnarbe an Ort und Stelle und erhitzt stark. Liegen die Temperaturen schließlich um die 45 Grad, denaturieren lebenswichtige Enzyme und die Pflanze stirbt. Martin Bocksch rät zur präventiven Rettungsaktion, wenn der Wetterbericht neue Hitzerekorde ankündigt. Zwei Stunden vor Sonnenhochstand am Mittag die Sprinkleranlage anstellen und nur kurz die Pflanzen befeuchten, dann können die Gräser mit der Verdunstungskälte durch die heißesten Stunden des Tages kommen.

Wichtig ist noch, während Hitze und Trockenheit die Gartenpartygäste auf die Terrasse zu scheuchen und seinem Rasen Ruhe zu gönnen. Die Pflanzen stehen wegen des Wetters unter Stress, und menschliche Füße, die auf ihnen herumtrampeln, tragen nicht gerade zur Entspannung bei.

Dem, der am Ende des Sommers verzweifelt vor seiner braunen Wiese steht, sei gesagt: Nur weil in diesem Jahr nichts mehr wächst, muss den Rasen im nächsten Jahr nicht das gleiche Schicksal ereilen. Einfach im September neu säen, abwarten und notfalls zum Fertiggras greifen. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Golf bleibt König und Volkswagen Kaiser

Erstes Halbjahr 2024: Der Opel Astra ist zurück

Alles beim Alten auf dem deutschen Neuwagenmarkt im ersten Halbjahr 2024: VW dominiert nach Belieben, ist mit fast 290.000 Neuzulassungen klar die stärkste Marke und belegt in der Einzelstatistik mit seinen Modellen unter den Top 20 die Ränge 1, 2, 3, 5, 10 und 11. Dabei ist der gute alte Golf, seit 50 Jahren auf dem Markt, als Nummer eins fast wieder zu alter Form aufgelaufen und kommt auf knapp 61.000 Neuregistrierungen. Das schafft Ford als Ganzes bei Weitem nicht mehr (51.213). Nach der Verabschiedung von Focus und Fiesta sind die Kölner im Tief, und Hyundai (49.616) rückt ihnen ganz dicht auf die Pelle.

Betrachtet man die Marken beziehungsweise Hersteller für sich, kommen nach VW nur Mercedes-Benz (126.847), BMW (114.690) und Škoda (104.248) sowie Audi (104.164) über die 100.000er-Schwelle. Škoda schafft es mit einem Plus von einem Viertel, Audi ganz knapp von Rang 4 zu verdrängen. Audi liegt mit 17,1 Prozent Verlust ziemlich dick im Minus. Fast so hoch ist das Minus bei Ford (14,3), Opel dagegen schafft plus 15,5 Prozent (77.235), kommt aber nicht an Seat (83.426) heran, die ihrerseits, vor allem durch den Erfolg der neuen Marke Cupra, um 37,9 Prozent zulegen (jeweils im Vergleich mit den ersten sechs Monaten 2023). Die Opel-Manager in Rüsselsheim dürfte zudem freuen, dass der Astra wieder da ist. Mit gut 25.000 Verkäufen schafft er es auf Rang 6, ist wieder meistverkaufter Opel vor dem Corsa, der wiederum den Kleinwagen-Konkurrenten VW Polo in Schach hält. Einst waren Astra und sein Vorgänger Kadett stets auf Rang 2 hinter dem ewigen Ersten Golf abonniert, dann schwächelte der Astra, zuletzt war er 2023 nur auf Rang 31. Damals brauchte er zwölf und nicht nur sechs Monate, um auf 25.093 Neuzulassungen zu kommen.

Wie gefragt der gute alte VW-Bus immer noch ist, belegt Rang 10 des „VW Transporter“, so heißt er nun mal offiziell. Und noch ein Nutzfahrzeug taucht unter den Top 20 auf, der Fiat Ducato auf Rang 18. Zwei Ränge davor platziert sich mit dem Telsa Model Y das meistverkaufte Elektroauto Deutschlands. Bemerkenswert ist auch Rang 19 für die Mercedes-Benz E-Klasse. Schließlich liegt sie mit ihren 16.014 Neuzulassungen ein Stück vor der kleineren C-Klasse und dem SUV GLK, die sonst immer die beliebtesten Autos „vom Daimler“ sind. Mit 15.530 Einheiten verpasst der kleine VW T-Cross knapp den Einzug in das Ranking.

Er gehört in die Gattung der SUV, die zusammen mit den „Geländewagen“ mehr als 40 Prozent des Marktes auf sich vereinen. In der veröffentlichten Meinung stehen die SUV ganz schlecht da, König Kunde liebt sie aber. Dagegen ist die Liebe zum Elektroauto momentan etwas erkalte. Zwar beträgt ihr Anteil an allen Neuzulassungen immerhin 14,6 Prozent, doch sie haben gegenüber 2023 um 16,4 Prozent verloren. In einem separaten E-Auto-Ranking kommen nach dem Model Y der VW ID.3 sowie der größere ID.4/5 und der Škoda Enyaq. Während die E-Autos verlieren, können im Halbjahresvergleich die Hybr-

den und die Plug-in-Hybriden zulegen, um 12,5 und um 13,3 Prozent. Zusammen kommen diese auf rund 30 Prozent Marktanteil, die Benziner liegen bei rund 37 Prozent. Und immer noch knapp 18 Prozent der Käufer vertrauen auf einen Wagen mit Dieselmotor, wenn auch das Angebot immer geringer wird. Vor nicht allzu langer Zeit war noch beinahe jeder zweite Neuwagen ein Selbstzünder.

Generell legt der Markt um 5,4 Prozent auf knapp 1,5 Millionen Neuzulassungen zu. Davon holt sich der VW-Konzern mit seinen Tochtermarken Audi, Seat und Škoda gut ein Drittel. Der immer noch junge Vielmarkenkonzern Stellantis (Alfa Romeo, Citroën,

Die Autos des ersten Halbjahres 2024

Rang	Fahrzeug	Zulassungen
1.	VW Golf	60.786
2.	VW T-Roc	40.544
3.	VW Tiguan	33.460
4.	Škoda Octavia	27.734
5.	VW Passat	26.185
6.	Opel Astra	25.515
7.	Seat/Cupra Leon	21.976
8.	Audi A4	20.525
9.	Opel Corsa	20.231
10.	VW Transporter	19.681
11.	VW Polo	19.616
12.	BMW 3er	18.780
13.	Cupra Formentor	18.091
14.	Audi A3	17.087
15.	Tesla Model Y	16.662
16.	Dacia Sandero	16.650
17.	BMW X1	16.077
18.	Fiat Ducato	16.041
19.	Mercedes E-Klasse	16.014
20.	Škoda Karoq	15.559

Neuzulassungen in Deutschland, Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg

DS, Fiat, Jeep, Lancia, Maserati, Opel und Peugeot) kommt auf 226.731 Einheiten. Genau eine davon steuert Lancia bei. Die traditionsreiche Marke, die 118 Jahre alt ist, steht kurz vor einem Comeback in Europa. Sie war zuletzt nur noch im Heimatland Italien am Leben erhalten worden. Immerhin, so gesehen ist Stellantis die Nummer zwei auf dem deutschen Markt.

Und die Chinesen, die ja vielen Presseberichten nach zurzeit den deutschen Markt mit billigen elektrischen Kleinwagen überschwemmen? Die kommen alle zusammen nur auf gut 25.000 Einheiten, also auf einen Anteil von 1,7 Prozent. Und da sind 8549 Smart mitgerechnet, dort ist Mercedes-Benz noch mit im Heimatland Italien am Leben erhalten worden. Immerhin, so gesehen ist Stellantis die Nummer zwei auf dem deutschen Markt. Und der Chinesen, die ja vielen Presseberichten nach zurzeit den deutschen Markt mit billigen elektrischen Kleinwagen überschwemmen? Die kommen alle zusammen nur auf gut 25.000 Einheiten, also auf einen Anteil von 1,7 Prozent. Und da sind 8549 Smart mitgerechnet, dort ist Mercedes-Benz noch mit im Heimatland Italien am Leben erhalten worden. Immerhin, so gesehen ist Stellantis die Nummer zwei auf dem deutschen Markt.

Sprüht vor Ideen

On fertigt einen Laufschuh aus nur sieben Teilen innerhalb von drei Minuten

On, der noch vergleichsweise junge Schweizer Hersteller von Sportschuhen, ist erfolgsverwöhnt. Die hochpreisigen Produkte erfreuen sich unter der Kundschaft zunehmender Beliebtheit, 2021 ist der Börsenstart geglückt, und die Marke hat mit dem Tennisspieler Roger Federer ein prominentes Gesicht und einen gleichzeitigen Anteilseigner an Bord. Weder die Kritik an den hohen Gewinnmargen noch das im Handel immer mal wieder vernehmbare Rumoren um Qualitätsmängel dämpfen bislang den Aufstieg. Man kann es nicht anders sagen: Es läuft bei On.

Jetzt präsentieren die Schweizer ein neues Fertigungsverfahren, das erstmals für den Performance-Laufschuh Cloudboom Strike LS eingesetzt wird. Im Gegensatz zu einem konventionellen Schuh, der aus mindestens 37 Einzelteilen gefertigt ist, besteht das neue Modell aus nur sieben Teilen. Möglich wird die Reduktion durch ein am Firmensitz in Zürich entwickeltes Verfahren, das On Lightspray-Technologie nennt. Dabei wird die Kunststoffmasse des Obermaterials wie der Faden eines Spinnnetzes klebstoff- und nahtfrei auf die Zwischensohle aufgesprüht. 1,5 Kilometer Synthetikgarn werden in nur drei Minuten verarbeitet. So lange benötigt ein spezieller Roboterarm für die patentierte Anfertigung des Schuhs auf Basis der vorgefertigten Sohle. Das ist insofern beachtlich, als für erste Versuche drei Stunden vonnöten waren.

On betont das Ressourceneinsparpotential, auch könnten bis zu 75 Prozent CO₂ vermieden werden. Bestimmt nicht zu verachten: Die schnellere Produktion.

Seit 2018 wird an dem Verfahren getüfelt. 2020 konnten erste Prototypen getestet und Rückmeldung von Athleten eingeholt werden. Die Kenianerin Hellen Obiri hat mit einem Vorserienmodell bereits den Boston Marathon gewonnen, sie wird auch in Frankreich bei den Olympischen Spielen mit Lightspray antreten.

On verzichtet beim Cloudboom Strike LS komplett auf eine Schnürung, der Schuh wird wie eine Socke über den Fuß gezogen und soll diesen wie eine zweite Haut umschließen. Wir konnten das an einem ersten Modell ausprobieren. In der Praxis gestaltet sich der Einstieg als

stramm. Anfängliche Bedenken, dabei das dünne, nicht übermäßig elastische Plastikmaterial einzureißen, zerstreuen sich. Am Spann sitzt der Schuh eng, drückt nicht, umschließt ebenso die Ferse und lässt den Zehen eine gewisse Bewegungsfreiheit. In der Anfertigung der Sohle setzt On auf eine modifizierte Cloudtec-Konstruktion mit einem Carbon-Element in der Zwischensohle.

Leichte 182 Gramm zeigt unsere Waage für den Einzelschuh in Größe 41 an. Weitere praxisnahe Laufeindrücke bleiben wir leider schuldig, da uns im Vorfeld der Markteinführung lediglich ein einzelnes Exemplar zur Verfügung gestellt wurde. Voraussichtlich von Herbst 2024 an wird der Cloudboom Strike LS auch als Paar verfügbar sein. Sodann für gewohnt selbstbewusste 330 Euro. ALAN KLEE

Umgarnet den Fuß:
On Cloudboom Strike LS

Foto Alan Klee



Finger weg vom Land

Thesen zum Nachdenken der Stadtplanerin Stefanie Bremer

Darüber, dass wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher, muss wohl nicht diskutiert werden. Die Mobilität im Jahr 2050 muss anders aussehen als die von heute. Nur wie?

Viele schlaue Köpfe machen sich darüber Gedanken, einer davon ist der von Stadtplanerin Stefanie Bremer von der Universität Kassel. Einen Festvortrag in Münchens Alter Kongresshalle eröffnete die Professorin kürzlich mit der Frage: „Wie stellen wir eine intelligente Mobilität von morgen sicher?“ Um danach aufzuzeigen, dass sich die (wissenschaftliche) Diskussion in der Sache ziemlich festgefahren habe. Man drehe sich seit rund 30 Jahren im Kreis und sage immer nur, was man nicht haben wolle, als da wären Stau, Tote, Lärm, CO₂, NO_x oder Stress. Statt deutlich zu sagen, was den Verkehr der Zukunft positiv mache. Sie fragt: „Haben wir noch Zukunftslust? Können wir Verkehr so denken, dass er Freude macht, begeistert und mitnimmt?“ Als idealtypische Ziele hierfür nennt sie „Zeitgewinn, kurze Wege, gut erreichbar sein, schöne Straßen und Trassen, schöne Fahrzeuge und Räder, Freude an der Bewegung, Flexibilität, Verlässlichkeit, Spaß, Aufwertung des Alltags, Prestige, Unglaubliches, unerwartet Tolles“.

Die Lösung für dieses Problem sei „raumdifferenziertes Handeln“. Die Einteilung in Stadt und Land sei schlicht zu einfach, es gebe mindestens fünf Raumtypen in Deutschland: ländlich, städtisch, suburban, dispers und touristisch. Jeder dieser Räume brauche eine eigene Handlungsstrategie. Für die Stadt be-

stünden gute Voraussetzungen zur Förderung nachhaltiger Mobilitätskulturen im Alltag. Hier könne es tatsächlich eine Mobilitätswende geben, „meinetwegen auch unter dem Slogan ‚Auto raus‘“.

„Bus und Bahn werden nie so sexy wie Rad oder Auto“

Professorin Stefanie Bremer von der Universität Kassel

Im suburbanen Raum genüge aber eine Verkehrswende mit einem Teilwechsel auf das öffentliche Angebot, das Rad und auf Carsharing, meint Bremer. Für den dispers besiedelten Raum biete sich eine Antriebswende an, weg vom Auto mit Diesel- oder Benzinmotor hin zu elektrisch betriebenen Fahrzeugen, hybriden Lösungen und Fahrgemeinschaften. In den touristischen Räumen

mit ihren saisonal schwankenden Mobilitätsmustern, die ohnehin eine Sonderrolle spielen, gehe es darum, diese irrationalen Massenfreizeitverkehre sinnvoll zu steuern.

Und der ländliche Raum mit seinen ganz eigenen Mobilitätsmustern? „Bitte lasst den ländlichen Raum einfach in Ruhe“, fordert die Kasseler Professorin vom Fachbereich Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung. Hier sei auch langfristig die individuelle Mobilität nicht ohne Auto denkbar. Dorthin öffentlichen Verkehr zu bringen sei viel zu teuer und somit nicht bezahlbar. Auf dem Land leben ihrer Definition nach zehn Millionen Menschen, 40 Millionen in der Stadt und in Vorstädten, der Rest in den dispersen Räumen.

Einfache Lösungen für all die mannigfaltigen Herausforderungen gibt es nicht, das weiß Bremer natürlich auch. In einem beispielhaften Raumkonzept für „Köln-Bonn 2045+“, das staufrei, klima- und menschengerecht sein soll, greifen viele Faktoren ineinander. Klar sei so oder so, dass mit den öffentlichen Angeboten vieles im Argen liege. „Bus und Bahn werden nie so sexy wie Rad oder Auto“, sagt die Kasseler Professorin. Wer die Attraktivität von Bus und Bahn verbessern wolle, müsse neue Wege gehen. Als Erstes sollten die suburban-verstädterten Räume in den Fokus genommen werden mit passgenauen Konzeptpaketen. Industrie, Planung und Politik müssten zusammenarbeiten, mahnt sie an, „mit Lust auf eine bessere Mobilität für morgen“.

BORIS SCHMIDT

Der Fahrbericht



Kia Sportage

Der Spirit des Alltags

Koreas Antwort auf den VW Tiguan heißt Kia Sportage. Der kam schon 1994 auf den Markt, ist ein alter Hase im Geschäft der kompakten SUV. Generation fünf mit Mildhybridantrieb macht einiges gut, aber nicht alles.

Von Joshua Hildebrand

S tellt sich die Frage nach einem kompakten SUV, werden die meisten mit den Fingern schnipsen und VW Tiguan rufen. Das hat gute Gründe, denn das Modell aus Wolfsburg zählt zum meistverkauften und beliebtesten SUV der 4,50-Meter-Klasse, obwohl es ihn „erst“ seit 17 Jahren zu kaufen gibt. Kia kann da nur verlegen lächeln. Deren Konkurrenzprodukt, der Sportage, fährt hierzulande schon 30 Jahre umher, bleibt aber deutlich hinter den Zulassungszahlen des Wolfsburgers zurück. Dennoch ist er ein Erfolg für die Koreaner, immerhin war er 2023 mit 14.688 Einheiten ihr zweitbestes verkauftes Modell, nach der Ceed-Familie. Den Sportage gibt es gefühlt schon eine halbe Ewigkeit, so richtig ins Straßenbild eingefügt hat er sich spätestens mit der dritten Generation, die 2010 auf dem Genfer Automobilsalon vorgestellt wurde.

Kia hat in den letzten Jahren viel dazu gelernt, bietet ein gutes Preis-Leistungs-

gefüge und nicht erst seit gestern sieben Jahre Herstellergarantie an – echte Pro-Argumente. Die fünfte Generation (NQ5) kurz seit drei Jahren durch die Republik, hat etwa die Hälfte ihres Modellzyklus hinter sich. Sie gibt es als konventionellen Verbrenner, als Vollhybrid ohne Stecker, als Plug-in-Hybrid mit Stecker und mildhybridisiert mit 48-Volt-System. Die Wahl ist gefallen auf letztere Antriebsvariante, der sich im Konfigurator als 1,6 T-GDI 48V AWD DCT bezeichnet. Das Buchstabenwirrwarr steht für einen 1,6 Liter großen Vierzylinderbenziner mit Turboaufladung, kombiniert mit 48-Volt-Mildhybridtechnik samt Startergenerator, der den Anlasser ersetzt, unterstützt und das vom Verbrenner entkoppelte Segeln demokratisiert.

Die Kraft wird über alle vier Räder auf die Straße übertragen, ein Siebengang-Doppelkupplungsgetriebe übernimmt das Schalten. Das technische Datenblatt liest sich vernünftig, doch schon nach wenigen Kilometern keimt der Wunsch nach mehr

Leistung auf. Wie 160 PS fühlt sich das Fahren nicht an, die Pferde galoppieren mühsam voran, scheinen schnell angestrengt, was sich auch in einem rauen Klang des Direkteinspritzers äußert. Wer von einem anderen Auto in den leicht elektrifizierten Sportage steigt, muss sich umgewöhnen. Das liegt vor allem an der Gaspedalkennlinie, die eine direkte Rückmeldung des Antriebs vermissen lässt. Auf den Pedaltritt an der Ampel folgt erst einmal wenig Reaktion, ein intuitives Nachdrücken mit dem Fuß quittiert der Kia dann mit einem umso energischeren Antritt, um sich kurz danach wieder zu beruhigen. Etwas Besserung bringt der Sportmodus, trotz allem wäre eine harmonischere Abstimmung wünschenswert. Hat man die erste Hürde überwunden, dann rollt's souverän. Zwar zieht der Mildhybrid auch dann nicht die sprichwörtliche Wurst vom Teller, ein armes Würstchen ist man im Kia aber dennoch nicht. Die Automatik macht im Allgemeinen einen guten Job, nimmt sich aber gelegentlich ein bisschen Zeit, speziell bei plötzlichen Überholmanövern. Es wird deutlich, dass der Sportage nicht auf Sportlichkeit, sondern vielmehr auf Effizienz ausgelegt ist. Mit einem von der Redaktion ermittelten Durchschnittsverbrauch von 7,5 Litern auf 100 Kilometern ist seine Trinkklaue akzeptabel, liegt allerdings gut einen halben Liter über der Werksangabe.

Kurven räubert man im kompakten SUV dennoch gern, weil die Lenkung sensibel reagiert und Richtungsanweisungen flott umsetzt. Obgleich sie bei höheren Geschwindigkeiten auf der Autobahn mehr Spiel zulassen dürfte, für mehr Ruhe beim Geradeauslauf. Das knackig dämpfende Fahrwerk wird der Modellbezeichnung gerecht, hält übermäßige Wankbewegungen der Karosserie im Zaum, schützt Insassen aber abseits ordentlich geteuerter Straße durch. Wir sind wieder wach. Und blicken auf das extravagante Blechkleid des Koreaners, das sich deutlich von der Masse abhebt. Die gefahrene Spirit-Ausstattung zeichnet sich durch silberne Anbauteile aus, rollt auf 18-Zoll-Leichtmetallfelgen und hat abgedunkelte Scheiben hinten. Ohnehin kann sich die Serienausstattung sehen lassen. Für

43.590 Euro fährt das SUV mit LED-Lichttechnik, elektrisch anklappbaren und beheizbaren Außenspiegeln, einer elektrischen Heckklappe und einer gut auflösenden Rückfahrkamera vor. Die große Zahl der verpflichtenden Assistenzsysteme für Neuwagen von Juli 2024 an erweitert der Sportage gegen Aufpreis unter anderem um einen Totwinkel- und einen teilautonomen Autobahnassistenten.

Der Einstieg gelingt problemlos, es sitzt sich angenehm hoch. Wer nicht die richtige Position findet, ist selbst schuld. Der Fahrer kann seine beheizbaren Sessel zehnfach, der Beifahrer achtfach elektrisch einstellen, das optionale Lederpaket bringt unter anderem eine Sitzbelüftung in die erste Reihe. Das Interieur gefällt mit großzügigen Platzverhältnissen vorn wie hinten, ordentlichen Materialien und guter Verarbeitung. Jedoch mag er die Sonne nicht: Bei starkem Lichteinfall stört der sich in der Windschutzscheibe spiegelnde Armaturenräger. Das beheizbare Lenkrad liegt gut in der Hand, dahinter informiert ein schön visualisiertes und gut ablesbares

Curved-Panoramadisplay. Unter diesem befindet sich eine Displayleiste mit zwei Drehreglern, eine für Lautstärke und Temperatur, der andere nur für die Klimatisierung der Beifahrerseite. Um die fahrerseitige Funktion des Drehreglers umzustellen, muss extra ein Bedienfeld getoucht werden, was gewöhnungsbedürftig ist. Dafür gelingt die Fingerbedienung des Infotainments dank großer Kacheln umso besser. Ein integriertes Navi gehört zum Serienumfang, außerdem ist die Integration des Smartphones über Apple CarPlay und Android Auto kein Problem. Lediglich ein Head-up-Display bleibt der Hersteller seinen Kunden schuldig. Und dass die induktive Ladefunktion mit verschiedenen Mobilgeräten nicht zuverlässig funktioniert, nehmen wir ebenfalls zur Kenntnis.

Der Kia Sportage hat seine Stärken. Er macht vieles richtig und gut, erst recht was Ausstattung, Konnektivität, Platzangebot und Verarbeitung betrifft. Der unharmonische und zähe Mildhybrid enttäuscht aber, dafür tröstet das überzeugende Preis-Leistungs-Verhältnis.

Die Daten

Kia Sportage Spirit
1.6 T-GDI 48V AWD DCT
Empfohlener Preis 43.590 Euro
Preis des Testwagens 48.500 Euro
Vierzylinder-Turbobenziner,
 Hubraum 1598 Kubikzentimeter
Leistung 160 PS (118 kW) bei 6000 U/min,
 maximales Drehmoment 265 Nm
 bei 1500/min, Elektromotor 16 PS (12 kW)
Doppelkupplungsgetriebe mit sieben Gängen
Allradantrieb, autom. Kraftverteilung
Länge/Breite/Höhe 4,52/1,87/1,65 Meter,
 Radstand 2,68, Wendekreis 10,92 Meter
Leergewicht 1650, zulässiges
 Gesamtgewicht 2210 Kilogramm,
 Kofferraumvolumen 562 bis 1751 Liter,
 Anhängelast 1510 Kilogramm
Reifengröße 235/55 R18
Höchstgeschwindigkeit 192 km/h
Von 0 auf 100 km/h in 9,8 s
Verbrauch von 6,6 bis 9,1, im Durchschnitt
 7,5 Liter Superbenzin auf 100 Kilometer,

156 g/km CO₂, bei einem Normverbrauch von 6,9 Liter, Tankvolumen 54 Liter

Komfort & Sicherheit
 Beheizbare Außenspiegel, Klimaautomatik, beheizbare Sitze, Lenkradheizung, LED-Scheinwerfer, Müdigkeitserkennung, Totwinkelwarner, Spurhalteassistent, Regensensor, Frontalkollisionswarner mit Notbremse, Parksensoren vorn und hinten, Fernlichtautomat, Rückfahrkamera, Verkehrszeichenerkennung, Navigation, induktives Laden fürs Smartphone, Apple Car Play und Android Auto, schlüsselloser Zugang

Die anderen

VW Tiguan Life 1.5 eTSI
 Beliebter Platzhirsch, 150 PS, ab 41.655 Euro
Cupra Formentor 1.5 eTSI
 Rassistiger Trendsetter, 150 PS, ab 42.145 Euro
BMW X1 sDrive 20i
 Teurer Dynamiker, 170 PS, ab 48.600 Euro

Mit Strom gts noch mehr ab

Probefahrt: Porsche 911 GTS T-Hybrid

Die Schwaben spendieren ihrer Sportwagenikone 911 erstmals einen Hybridantrieb. Keine Sorge, Porsche weiß um das Erbe des Elfers. So verbrennt die neue Generation weiterhin Kraftstoff, vorerst nur der GTS bekommt zusätzlich zum neuen 3,6 Liter großen Sechszylinder-Boxer einen Elektrobypass. Genauer gesagt zwei: einen ins verstärkte Achtgang-Doppelkupplungsgetriebe integrierten Elektromotor, der mit bis zu 54 PS und 150 Newtonmeter schon ab Leerlaufdrehzahl unterstützt, sowie einen elektrischen Turbolader, der aus dem Abgasstrom bis zu 15 weitere PS elektrische Leistung holt. Als Stromspeicher dient eine 1,9 kWh kleine Hochvoltbatterie über der Vorderachse, die schnell Energie aufnehmen und abgeben kann.

Mit 541 PS und 610 Nm leistet der Hybrid-Elfer gut 60 PS und 40 Nm mehr als der bisherige mit Biturbo. Wo jener noch Druck aufbaute, ist der E-Turbo schon hellwach, stopft aufkommende Drehmomentlöcher effektiv. Deswegen sportelt das Coupé jetzt in 3,0 Sekunden auf Landstraßentempo, 0,4 Sekunden schneller als zuvor. Bei 312 km/h endet die Beschleunigung. Wüsste man nicht, dass unterm Blechkleid ein Hybridantrieb verkelt, man merkte es nicht. Das System dahinter ist komplex, lässt den Fahrer die Ströme nie spüren. Rein elektrisch fahren kann er nicht, geht der Fuß vom Gas, wird nicht stärker verzögert als sonst auch. Das ist pure Absicht, der Neuling soll sich fahren wie jeder Verbrenner. So wollen es die Kunden, glaubt Porsche. Aufgrund der Elektrifizierung wird der GTS etwa 50 Kilogramm schwerer. Dazu kommen die Zusatzkilos der nun generell mitlenkenden Hinterachse. Vom Mehrgewicht merkt man wenig, da das Sportfahrwerk und die Bremsen, abgeleitet aus den Turbo-Modellen, sowie die mittelsame Lenkung sich zu einem Fahrgefühl konzentrieren, das man bisher aus höhergestellten Modellen kannte.

Im Zuge des Facelifts der 992-Generation bekommt der GTS eine neue Frontverkleidung mit aktiven Nülluftklappen und ein neu gestaltetes Rückleuchtenband. Die Endrohre der Sportabgasanlage rutschen zusammen mit dem Kennzeichen ein Stück nach oben. Gestartet wird der Sportler nun über eine Taste, den Fahrmoduswähler gibt es ab sofort immer, und die Drehzahladel klettert im 12,6-Zoll-Display digital empor. Mit einem Einstiegspreis von 170.600 verteuert sich der GTS um gut 30.000 Euro, den es weiterhin als Targa und Cabrio gibt. JOSHUA HILDEBRAND



Stromschnelle:
 Der erste 911 als Hybrid
 Foto Hersteller



Zeitreise:
 einst Sportcoupé,
 nun SUV-Coupé
 Foto Hersteller

Capri kommt elektrisch

Ford lässt den Kultnamen aufleben

Capri, das war Sonne und Sünde. Eine Motorhaube bis zum Horizont, blattfederte Hinterachse, Sexzylinder und das Wissen, stets mehr Leistung an Bord zu haben, als die eher losgelöste Liaison zum Boden verkraften konnte. Ein Traumwagen zu erschwinglichem Preis. VW Scirocco, der gutmütige für Poloshirtträger, Opel Manta, der fuchschwanzige von Tinas Nagelstudio, sie wilderten nach Kräften in seinem Gehege. Aber er hat sich wacker verteidigt, mit 108 PS für 1055 Kilogramm Leergewicht, atemraubenden 178 km/h Spitzentempo und vor allem: mustanghaftem Charakter. Ford war mit dem aus Amerika herüberschwappenden Übermut ein Auto für Fans geblüht.

Im Januar 1973 schrieben wir in der F.A.Z. zum damals jüngsten Modell: „Heute würde man ihn anders bauen. Die Gürtellinie säße tiefer, die Haube wäre vielleicht etwas weniger lang. Der Ford Capri, seit 1969 im Geschäft und damals der große Modemacher, kommt in die Jahre.“ Die Geschichte sollte weitergehen, bis 1986, als nach 1,8 Mil-

lionen Stück der Vorhang fiel. Nun zieht ihn Ford wieder auf. Und ja, heute bauen sie den Capri anders.

Im Angebot ist ein „emotional designtes SUV-Coupé, das die Geschichte des kultigen Klassikers fortführt“. Dasselbe gibt es als Capri und als Capri Premium, die Unterschiede manifestieren sich in 20-Zoll-Felgen, Ambientebeleuchtung und was auf die Ohren von Bang & Olufsen. 286 oder 340 PS treiben den Vollektriker, die Normreichweite beträgt 630 oder 590 Kilometer, von 0 auf 100 km/h geht es in 6,4 oder 5,3 Sekunden. Als Schnellladeleistung werden 135 oder 185 kW genannt. Die Batterie bunkert netto 77 kWh Strom. Bei 180 km/h ist Schluss, da ist er ganz auf dem Niveau seines Urahns. Freilich wird heuer genau das Doppelte an Gewicht nach vorn geworfen.

4,63 Meter lang ist der neue Capri, wer so auftritt, hat sicher keine Scheu, Vivid Yellow aufzutragen. Es gibt als Sonderlack auch Blow My Mind, sorry, Blue My Mind. Der Einstieg gelingt zu 52.000 Euro. HOLGER APPEL

Wer braucht schon eine Heckscheibe?

Nach dem SUV Polestar 3 kommt jetzt das 4er-Coupé mit ungewöhnlichen Details / Erste Probefahrt

Polestar gehört zu den chinesischen Marken, die sich gut im Markt etabliert haben. Die Manager in Göteborg werden einen Teil dieses Satzes nicht mögen, sehen sie den Volvo-Ableger doch als schwedisches Unternehmen. Fakt ist aber, dass sie wie Volvo zum Geely-Konzern von Li Shufu gehören, der allerdings beiden ziemlich freie Hand lässt.

So frei, dass es Polestar jetzt wagt, ein Auto ohne Heckfenster zu lancieren. Der Polestar 4 ist ein viertüriges Coupé, dessen flacher Heckabschluss praktisch den Verzicht auf ein Fenster erzwungen habe, sagt Thomas Ingenlath, einst selbst Designer und jetzt Chef der Marke. Und so nebenbei seien Blech und Kunststoff günstiger als Glas, meint er verschmüzt während eines Designrundgangs um das gewiss ungewöhnliche Auto.

Wie alle Polestar-Modelle ist das Coupé ein reiner Elektrowagen, er folgt Ende August dem SUV Polestar 3, das zu Beginn des nächsten Monats in den deutschen Markt startet und mindestens 85.590 Euro kosten wird (F.A.Z. vom 11. Juni). Beide stehen auf unterschiedlichen Plattformen, und beide werden nicht nur in China gebaut. Das SUV hat einen zweiten Produktionsstandort in South Carolina, das Coupé wird außerdem in Busan in Südkorea produziert. Auch die 2er-Limousine hätte man liebend gern im belgischen Gent bei Volvo

gebaut, erzählt der Chef, doch Volvo habe gesagt, es gebe nicht genug Kapazitäten. Werke außerhalb Chinas schützen nun mal vor Strafzöllen. Bei allem Mut, den Polestar zeigt, ist nicht zu leugnen, dass sie zurzeit in wirtschaftlich schwierigerem Fahrwasser sind. Von Entlassungen ist die Rede. Doch schauen wir aufs Auto: Mit einer Länge von 4,84 Metern ist das 4er-Coupé knapp unter dem 3er-SUV positioniert, das auf der gleichen Plattform wie der Volvo EX90 steht. 3 und 4 haben einen Radstand von 2,99 Metern, und trotz des flachen Hecks lässt es sich gut im

Fond des Coupés sitzen. Gern auch zu dritt. Davon, dass das Heckfenster fehlt, merkt man als Fahrer oder Fahrerin eigentlich nichts. Ein kamerabasierter Innenspiegel sorgt für die Rücksicht, nur beim Schulterblick nach rechts fällt kurz auf, dass es hinten irgendwie anders ist. Das Umliegen der Rückbank geschieht konventionell mechanisch, es ergibt sich ein maximales Ladevolumen von 1536 Litern. Sonst sind es 526 Liter.

Der Polestar 4 kommt entweder mit einem oder zwei Motoren, bei Letzterem stehen 400 kW oder 544 PS zur Verfügung, das maximale Drehmoment beträgt 686 Newtonmeter. Mit nur einem Motor

an der Hinterachse halbieren sich diese Werte. Beide haben eine 100-kWh-Batterie im Unterboden, die Normreichweite liegt bei „bis zu“ 590 oder 620 Kilometern. Im „Range-Modus“ schaltet der Doppelmotor-4er die vordere Maschine ab. Im Übrigen kann mit zwei Leistungsträgern fast doppelt so schnell von 0 auf 100 km/h beschleunigt werden, in 3,8 Sekunden. Aber auch mit den 7,1 Sekunden im Basismodell kann man sich zufriedengeben. Die Höchstgeschwindigkeit ist jeweils auf 200 km/h limitiert. Ebenfalls 200, aber kW, beträgt die maximale Ladeleistung an der Gleichstromstation für beide. Es genüge eine halbe Stunde, um einen ziemlich leeren Akku wieder auf 80 Prozent Ladestand zu bringen. Mit einem Basispreis von 61.900 Euro, mit Doppelmaschine 69.900 Euro, wird monetär deutlich Abstand zum 3er-SUV gehalten.

Auf einer ersten Probefahrt zeigt sich das Coupé auf hohem Niveau, nur die Windgeräusche ab 130 km/h fallen störend auf. Der Fahrerplatz mit dem großen, horizontalen Infotainmentschirm und der digitalen Tachoeinheit am angestammten Platz im Armaturenbrett gefällt besser als im SUV. Gleich ist die Armada an Assistenten, die für beide zur Verfügung stehen. Nach den neuen Modellen 3 und 4 will Polestar 2025 mit der großen Limousine 5 und dem Sportwagen 6 die Modellpalette weiter ausbauen. Nur ein Modell unterhalb der 2er-Limousine gebe es wohl nicht, sagt Ingenlath. BORIS SCHMIDT



Kamerawagen: Die Sicht nach hinten liefert ein Bildschirm.
 Fotos Schmidt

Drei Fragezeichen

AVM bringt eine neue Fritzbox mit drei WLAN-Bändern und Wi-Fi 7 auf den Markt. Sie läuft mit DSL und Glasfaser, nur leider noch nicht rund.

Von Michael Spehr

Schnelles Internet und ein verlässliches, stabiles WLAN in Haus oder Wohnung sind die beiden Eckpfeiler einer guten Netzanbindung. Letzteres kann tückisch sein, wenn es um große Entfernungen oder dicke Wände geht. Repeater schaffen Abhilfe, aber mancher IT-Beauftragte des Haushalts steht immer wieder in der Schusslinie, wenn der gemütliche Streamingabend durch Ruckler gestört wird oder ambitionierte Videospiele mit viel zu langen Latenzzeiten ausgebremst werden. Abhilfe können unterschiedliche Maßnahmen schaffen. Wichtig ist in jedem Fall, auf die besten und leistungsfähigsten Standards zu setzen. Der jüngste ist Wi-Fi 7 mit dem Versprechen von höherer Zuverlässigkeit, schnelleren Downloads und reduzierten Latenzzeiten. Wichtig ist zudem, gerade für Stadtbewohner, die Unterstützung von drei statt nur zwei Frequenzbändern. Neben das bekannte 2,4- und 5-Gigahertz-Band kommen zusätzlich Frequenzen im 6-Gigahertz-Bereich.

Der deutsche Routerhersteller AVM hat nun ein Oberklassegerät mit Wi-Fi 7 und Triband-WLAN auf den Markt gebracht, die Fritzbox 5690 Pro, die bis zu 11.000 Megabit in der Sekunde über WLAN senden soll. Wie bei anderen Topmodellen von AVM ist auch eine Telefonanlage für den Dect-Standard eingebaut, und es gibt einige ganz neue Extras wie zum Beispiel die Zigbee-Unterstützung für Smart-home-Geräte sowie die Möglichkeit des Betriebs an DSL und Glasfaser.

Die Box ersetzt bei uns eine Fritzbox 7590 AX, die Wi-Fi 6 unterstützt. Zur Erweiterung der Reichweite dienen zwei Repeater im Erdgeschoss, der Router befindet im ersten Stock im Arbeitszimmer. In einem vernetzten Heim mit Dutzenden von WLAN-Produkten ist der reibungslose Übergang von einer Fritzbox zur anderen ungemein wichtig. Man will ja nicht alles wieder von vorn einrichten. AVM stellt deshalb einen elektronischen Umzugshelfer zur Verfügung, der bei uns in vier Schritten problemlos arbeitete und dann hängen blieb. Wir ließen ihn laufen, eine Dreiviertelstunde, und dann zeigte das Menü plötzlich den Startbildschirm der alten Fritzbox. Nun, was tun? Wir stöpselten jetzt alle Kabel um, wechselten zur neuen Box, und siehe da: Es war so gut wie alles eingerichtet.



Kistenmeldung: die neue Fritzbox 5690 Pro von AVM Fotos Hersteller

Einiges funktionierte aber trotzdem nicht: Die Repeater mussten wir händisch anlernen, ebenso das Dect-Schnurlostelefon. Eine Dect-Taste zum Start des Kopplungsvorgangs gibt es leider nicht mehr, also war Suchen in den Menüs angesagt. Ferner stellten wir fest, dass der Umzugshelfer eigenmächtig eine Einstellung geändert hatte, ohne uns zu fragen, nämlich die von uns ausgewählten Funkkanäle verworfen und auf automatische Kanalwahl umgestellt hatte.

Man gehe davon aus, dass sich der Umzug an einem Abend absolvieren lässt. Vor der Prozedur hatten wir an verschiedenen Stellen des Hauses mit zwei Smartphones den typischen Datendurchsatz ermittelt. Die Experten der Fachzeitschriften werden gewiss in den kommenden Wochen alles nur Erdenkliche durchmessen. Um das Maximaltempo zu ermitteln, muss man einen Windows-11-Rechner mit einer Wi-Fi-7-Netzwerkkarte ausrüsten. Wir wollten mit unseren Bordmitteln nur

wissen, wie sich die WLAN-Versorgung im Haus mit der neuen Box ändert. Klar war von vorneherein, dass wegen der geringen Reichweite im 6-Gigahertz-Band und der fehlenden 6-Gigahertz-Unterstützung unserer Repeater nur der erste Stock vom Tempogewinn profitieren würde. Aber es kam alles anders als gedacht.

Die erste Beobachtung: Alle Apple-Geräte vom Mac Studio über das iPhone 15 Pro Max bis hin zum iPad Pro buchten sich sofort und unproblematisch ins 6-Gigahertz-Band ein. Dort herrschte übrigens absolute Funkstille. Kein anderes Nachbargerät war zu sehen. Noch hat man also als Pionier das gesamte Band für sich allein. Aber im Erdgeschoss kam dann schon der Wechsel auf 5 Gigahertz. Ein Google Pixel Fold, das 6 Gigahertz unterstützt, wollte sich indes partout nicht in diesem Band einbuchen. Und zwar nie.

Die nächste Überraschung: Im Arbeitszimmer, quasi direkt neben dem Router,

blieb der Durchsatz des Google Pixel Fold mit 900 Megabit in der Sekunde identisch, der des iPhones, das nun im 6-Gigahertz-Band eingebucht war, brach indes auf die Hälfte ein und fiel von 400 auf 200 Megabit pro Sekunde. Die Messungen haben wir rund zehnmal zu unterschiedlichen Zeiten wiederholt. Das Ergebnis ist enttäuschend. Wir hatten Gigabit-Tempo erwartet und bekamen gerade mal ein Fünftel davon. AVM sagt dazu, dass Wi-Fi 7 als ganz neuer Standard noch einige Probleme bereite. Aber bei ihnen in der Berliner Zentrale bekämen sie mehr als 1000 MBit/s netto mit dem iPhone hin.

Im Wohnzimmer gab es keine signifikanten Änderungen. Das iPhone kam hier im 5-Gigahertz-Band auf rund 400 Megabit in der Sekunde, das Google Pixel Fold blieb mit rund 100 Megabit deutlich darunter. Im Keller sah es ähnlich aus, das Google-Gerät kam mit alter und neuer Box auf rund 40 Megabit in der Sekunde, das iPhone hingegen hatte deutlich besseren Empfang, aber leider nicht kontinuierlich. Alles in allem ist der Turbo noch nicht gezündet, wir warten auf Updates, die bei AVM erwartungsgemäß nicht lange auf sich warten lassen.

Wovon man schon jetzt profitiert: Das Fritzbox-Menü im Webbrowser erscheint schneller. Wer mit einem Glasfaseran-schluss liebäugelt, muss keine neue Hardware kaufen, weil sich die passenden SFP-Module, die Abkürzung steht für Small Form-factor Pluggable, bereits im Lieferumfang befinden. Eins für die Deutsche Telekom, M-Net, 1&1 und ein zweites für Net Cologne und andere Anbieter. Bei den Anschlüssen rückseitig finden sich DSL und zwei Buchsen für Telefoniegeräte sowie vier LAN-Buchsen mit 1 Gigabit und eine weitere mit 2,5 Gigabit. An den einen USB-3.1-Anschluss kann man wie gehabt einen USB-Stick oder eine SSD als Netzwerkspeicher anschließen.

Die Zigbee-Unterstützung der neuen Fritzbox erweitert die bereits vorhandene Möglichkeit, ein smartes Heim mit Dect ULE (Ultra Low Energy) aufzubauen. Schon seit Jahren bietet AVM passende Heizkörperthermostate, Schaltsteckdosen und Fensterkontakte an. Man kann sie im Webbrowser programmieren. Nun kommen Produkte hinzu, die zu dem herstellerübergreifenden Standard Zigbee kompatibel sind. Das sind Geräte wie Leuchten, Steckdosenschalter, Sensoren oder Unterputzgeräte. Sie lassen sich ebenfalls ins Web-Interface der Fritzbox einbinden und programmieren. Es gibt eine Kompatibilitätsliste von AVM im Internet, bis zu 50 Geräte verwaltet eine Box.

Insgesamt bietet die neue Fritzbox 5690 Pro für 370 Euro eine erstklassige Ausstattung und die neuesten WLAN-Standards mit besagten Einschränkungen. In den meisten Haushalten werden Endgeräte mit Wi-Fi 7 noch Mangelware sein, sodass man hier in Richtung Zukunft investiert. Das betrifft auch den einfachen Wechsel von DSL zur Glasfaser.



In tiefer Verbundenheit: Die Fritzbox zeigt auf ihrer Rückseite (von links nach rechts) den Anschluss für Glasfaser, DSL, Telefonie, einen schnellen LAN-Anschluss sowie vier 1-Gigabit-LAN-Anschlüsse.



Flache Kapseln, starker Klang: Bluetooth-Hörer Sonos Ace Foto Hersteller

Begabter Nachwuchs

Der erste Funkkopfhörer von Sonos spielt sogar im Heimkino / Das hat seinen Preis

Drahtlose Lautsprecher für drinnen und draußen, Spezialversionen für 3-D-Musik, Soundbars und Subwoofer hat der Streaming-Pionier Sonos schon lange im Programm. Ein Kopfhörer aber zählte bisher nicht dazu. Jetzt ist er da, drahtlos natürlich und in den Farben Schwarz oder Weiß zu haben. Ace nennt sich der ohrmschließende Bluetooth-Hörer mit den üblichen Eigenschaften, also mit elektronischer Geräuschunterdrückung und Telefonfunktionen. Der Preis von 500 Euro ordnet das Gerät in höhere Regionen der Oberklasse ein.

Die Ohrkapseln geraten besonders flach, Sonos hat die komplexe Elektronik im Inneren quasi ringförmig um die Schallwandler herum angeordnet. Das reduziert die Bautiefe. Runde Metallstangen schieben sich so weit in die Tragebügel, bis die Ohrkapseln auf den Ohren sitzen. Die innere Fläche des rechten Ohrpolsters hat eine hellgrüne Farbe, nur die rechte Ohrkapsel trägt den Markennamen in eingestanzter, fühlbarer Form. Das erleichtert das richtige Aufsetzen. Für bequemen Tragekomfort sorgen die weichen Lederbezüge des Bügels und der beiden Ohrpolster, die von Magneten gehalten werden und sich bei Bedarf leicht abnehmen lassen. Sonos liefert seinen Ace in einer flachen, gepäckfreundlichen Box aus festem Filz, darin gibt es ein kleines Extrabehältnis für das USB-C-Ladekabel. Ein weiteres Kabel stellt eine Verbindung zwischen dem USB-C-Anschluss des Kopfhörers und einer Klinkenbuchse her. So kann der Ace auch eine analoge Quelle anzapfen, etwa das Bordunterhaltungssystem im Urlaubsflieger. Wer mag, kann auch digitale Musik über ein angeschlossenes Kabel beziehen, dann nämlich, wenn das Ladekabel an einen Computer andockt. In diesem Fall darf sogar Musik in hohen Auflösungen das Programm bestreiten, 24 Bit und 96 Kilohertz kann der Ace verarbeiten. Die Strombetankung des eingebauten Akkus dauerte im Test kaum mehr als eine Stunde, die

Energiereserven reichen dann, verspricht Sonos, für 30 Stunden Dauerbetrieb. Gut gefallen hat uns das Bedienkonzept, das ganz auf Touch-Oberflächen verzichtet. Eine Kombination aus Taste und Schieberegler steuert fast alles, was es zu steuern gibt. Das funktioniert eingängig. Unter diesem Steuer-element sitzt eine kleine Extrataste zur Aktivierung der perfekt funktionierenden Geräuschunterdrückung. Zum Einschalten und zur Bluetooth-Kopplung drückt man auf eine weitere Taste an der linken Ohrkapsel. Eine Besonderheit hat der Ace seinen etablierten Konkurrenten voraus: Er kann auch im Heimkino eine plausible Rolle spielen. Hat dort nämlich die große Soundbar Arc ihren Stammplatz, nimmt der Kopfhörer Funkkontakt zu ihr auf und übernimmt, gesteuert von der Sonos-App, das Programm. Dabei ahmt er den räumlichen Klang der Lautsprecherinstallation nach, besonders eindrucksvoll natürlich, wenn die Tonspur Dolby Atmos liefert. Eine Headtracking-Funktion nagelt die Klangkulisse sogar fest, wenn der Betrachter den Kopf dreht. All dies funktioniert überzeugend, und über Software-Updates will Sonos demnächst auch seine preisgünstigeren Soundbars Beam und Ray für das Wechselspiel mit dem Kopfhörer präparieren.

In der Disziplin Wiedergabequalität hat der Ace das Zeug zum Klassenprimus: Er bewährte sich im Test als sensibler Feingeist und energischer Muskelprotz zugleich, lieferte enorm tiefe, saftige Bässe und löste komplexe musikalische Strukturen wunderbar auf. Das können nur richtig teure High-End-Hörer noch besser. Sehr schön auch: Bieten Streaming-Dienste 3-D-Klänge in Dolby Atmos an, setzt der neue Sonos sie plastisch und raumfüllend in Szene. Ein Wunsch bleibt aber vorerst offen: Sonos sollte seine neue Steuer-App endlich in den Griff bekommen, damit auf dem Smartphone nichts mehr hakt und klemmt. WOLFGANG TUNZE

Die Kiste



1 Der kleine Elektriker
Im Physikunterricht lernen Jugendliche irgendwann, wie Elektrik funktioniert. Dann ist es für das Aufbringen von ernsthaftem Interesse aber oft schon zu spät, das gelangweilte pubertäre Gehirn handelt gern nach dem Motto „Hier rein, da raus“. Fischertechnik bringt Ende Juli den Baukasten E-Tec auf den Markt, mit dem Kinder ab acht Jahren spielerisch an Elektrik herangeführt werden sollen. Die kleinen Forscher beschäftigen sich darin mit allem, was das Elektrikerherz begehrt, vom Stromkreis über Parallelschaltungen bis zum Durchgangsprüfer. Die technischen Aspekte lernen sie durch Geschicklichkeitsspiele und das Selberbauen von elf möglichen Modellen kennen. Das Set beinhaltet 113 Teile und kostet 60 Euro. jufi.

2 Sechs auf einen Streich
Wie lade ich mein E-Auto im Mehrfamilienhaus? Sechs Parteien müssen sich nicht einzelne Wallboxen anschaffen. Chargebig6 heißt ein Multiladegerät von Mahle, an das ein halbes Dutzend Autos angeschlossen werden kann. Es kostet gut 4000 Euro, ist zu erweitern und bietet bis zu 22 kW. Für Chargebig6 hat Mahle jetzt den Energie- und Umweltpreis des Automobilklubs KS bekommen, der zum 42. Mal vergeben wurde. Er ist jetzt zweigeteilt, Mahle gewann in der Kategorie „Mobilitätssysteme“. Der Preis für Fahrzeugtechnik ging an Daimler Truck für sein permanentes Engagement im Bereich der Nachhaltigkeit. Der KS ist der drittgrößte Autoklub Deutschlands. Dotiert sind die Preise mit 10.000 (Spenden-)Euro. fbs.

3 Gesteinsprobe
Seit dem Debüt vor 45 Jahren hat sich die G-Klasse von Mercedes-Benz fest im Luxussegment etabliert. Besondere Geländeigenschaften bringt der G aber nach wie vor mit, auch für harte Alltagseinsätze. Daran erinnert Lego Technic mit dem neuen Bausatz des G 500 Professional Line. Der kantige Klassiker umfasst 2891 Klemmbausteine, welche sich der Hersteller mit 250 Euro teuer bezahlen lässt. Mit 43 cm Länge, 20 cm Breite und 22 cm Höhe füllt das Modell die heimische Vitrine ordentlich aus. Unter der Motorhaube verbirgt sich ein Sechszylinder, zu weiteren Feinheiten gehören zwei funktionierende Differentialsperren sowie das Getriebe. Türen und Heckklappe lassen sich für den Blick ins detaillierte Innere öffnen. pts.

4 Auf Verfolgungsjagd
Der Flow Pro ist auf den ersten Blick ein ganz normaler Gimbal für das iPhone. Mit solchen Geräten wird das Bild beim Erstellen von Videos stabilisiert. Indes hat die Halterung eine Besonderheit: Es ist der erste Gimbal, der Apples Technik der Motivverfolgung eingebaut hat, sie heißt Dock Kit. Auf diese Weise dreht sich der Gimbal, wenn sich das erfasste Gesicht bewegt. Das Motiv bleibe immer im Bild und im Fokus, sagt der Hersteller Insta 360. Aus dem Griff des Gimbals lässt sich ein Stativ ausziehen, und der Akku des Flow Pro dient gleichzeitig als Powerbank. Sodann lässt sich das Gerät für einen empfohlenen Verkaufspreis von 160 Euro auch als Selfiestick auf bis zu 21,5 Zentimeter ausfahren. Der Gimbal ist bereits im Handel. misp.

5 Noch mal Gas gehabt
Die Gasflasche ist natürlich immer dann leer, wenn man es am wenigsten braucht. Wenn das Essen bereit ist, gekocht zu werden, oder es in Strömen regnet. Ein Gadget wie das handliche E-Gaslevelmodul von E-Trailer kann helfen, der nahenden Unbill entgegenzuwirken. Das kreisrunde Gerät für rund 110 Euro kann magnetisch an Stahl- und mithilfe eines Adapters auch an Aluminiumflaschen befestigt werden. Am Boden angebracht misst der Funksensor per Ultraschall alle zehn Sekunden den Inhalt und überträgt prozentuale Füllstände an eine App. Diese soll warnen, wenn der Gasvorrat zur Neige geht. Für die Installation ist ein Smartphone mit den Betriebssystemen iOS 10.0, Android 6.0 oder höher erforderlich. johi.

Neuer Platz für Fritz Bauers Erbe

Nur wenige Minuten dauerte es, dann war die „Würde“ am Montagmorgen abgebaut. Der Satz aus Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ war auf Initiative des damaligen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer an der Fassade der Staatsanwaltschaft Frankfurt angebracht worden: Er fasst die Philosophie des Juristen zusammen, der von den Nationalsozialisten verfolgt worden war und später den ersten Auschwitz-Prozess initiiert hatte. Viele Jahrzehnte prangte der Schriftzug an dem Gebäude nahe der Konstablerwache. Mit einer kleinen Unterbrechung, wie in einem Artikel der F.A.Z. über eine Ausstellung im Jüdischen Museum aus dem Jahr 2014 zu lesen war. Darin heißt es, Unbekannte hätten das in Metalllettern gegossene Wort gestohlen und es in einem See im Umland versenkt. Nun geht der Schriftzug abermals auf Reisen, diesmal allerdings als Leihgabe. Nach einer Reinigung wird er vor der Rückkehr an seinen alten Platz etwa ein halbes Jahr lang in der Frankfurter Paulskirche ausgestellt. Es gebe keinen Ort in Frankfurt, der mehr für die Demokratie stehe, sagte Hessens Justizminister Christian Heinz (CDU). „Mehr Sichtbarkeit kann der Rechtsstaat gut gebrauchen.“ elzo.



Vorübergehend antastbar: Der Schriftzug am Gebäude der Staatsanwaltschaft wird von Bauarbeitern entfernt. Für eine Weile wird er in der Paulskirche gezeigt. Foto Jasper Hill



Benz mit neuer Macht

Von Jan Schiefenhövel

Der Oberbürgermeister von Darmstadt geht dezent mit seinem Etappensieg um. Die von den Grünen geführte Koalition in der Stadtverordnetenversammlung hat ihre Mehrheit verloren – das stärkt die Stellung von Hanno Benz, dessen Partei, die SPD, der Koalition nicht angehört. Schon seit Monaten spielt sich in Darmstadt ein Machtkampf ab. Auf der einen Seite stehen der Oberbürgermeister und seine Sozialdemokraten, auf der anderen die drei Bündnisfraktionen Grüne, CDU und Volt. Der Konflikt zeigt sich bei Beschlüssen über Details, aber auch im gegenseitigen Gestichel auf offener Bühne.

Nun verknüpft sich Benz den offenen Triumph und spricht von Verantwortung und Vermitteln. Dass er sich seiner neuen Machtstellung bewusst ist, drückt sich allerdings darin aus, dass er nun von den „ehemaligen Koalitionsfraktionen“ spricht. Denn in seiner Sicht ist eine Koalition dazu da, eine Mehrheit zusammenzufügen, und eine Koalition, die nicht mehr über genug Stimmen verfügt, ist keine mehr. Und damit hat Benz nicht ganz unrecht.

Eingebracht hat diese Lage den Grünen der 86 Jahre alte Stadtverordnete Jürgen Barth mit seinem Austritt aus Partei und Fraktion. Ohne seine Stimme ist die Mehrheit des Dreierbündnisses dahin. Ein bewegtes politisches Leben hat dieser Mann schon hinter sich. In den Achtzigerjahren begann er, bei den Grünen Politik zu machen. Mit ihnen überwarf er sich und schloss sich der linksorientierten Wählergruppe Uff-basse an, wechselte 2018 schließlich zurück zu den Grünen. Seine Absicht ist, die SPD und die Koalition jetzt zur Zusammenarbeit zu zwingen.

Für die Grünen ist das ein weiterer schwerer Schlag nach dem Wahlsieg von Benz im vergangenen Jahr. Davon war die Partei zwölf Jahre lang Führungsmacht in Darmstadt, sie stellte den Oberbürgermeister Jochen Patsch, der sich der Gefolgschaft seiner Leute stets sicher sein konnte. Die CDU als Juniorpartner der Koalition wurde immer weniger wahrnehmbar. Bis zum Austritt von Barth hielten sich die Grünen auch ohne Oberbürgermeister aus ihren Reihen noch für die Regierungspartei schlechthin. Das ist nun vorbei.

Dass sich zwei Jahre vor der Kommunalwahl eine neue feste Koalition bildet, ist illusorisch. Die nächsten Monate werden zeigen, ob SPD und Koalitionsfraktionen sich auf einzelne Entscheidungen einigen. Dann geht der Plan von Barth auf. Falls das nicht klappt, wird sich der Machtkampf zuspitzen, dann droht Stillstand in der Kommunalpolitik.



Die aktuellsten
Meldungen aus
der Region auf
www.faz.net/rmz

Wird hier gebaut?

Sogenannte Geisterbaustellen gibt es in Wiesbaden viele. Aber Strafen für die Bauunternehmen bringen nach Ansicht der Stadt nichts.

RHEIN-MAIN, SEITE 2

„Chronischer Burnout“

Die Arbeitsbedingungen für Ärzte an Kliniken sind oft schwer zu ertragen. Drei Mediziner aus der Region berichten von ihren Erfahrungen.

DIR DREI, SEITE 3

Vor dem nächsten Fest

Nach dem Ende der Fußball-EM wird in der Fanzone am Main jetzt aufgeräumt – denn die nächsten Veranstaltungen stehen schon bevor.

FRANKFURT, SEITE 4

Neue Hoffnung

Das Land Hessen vergibt Stipendien an Forscher und Studenten, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Drei von ihnen stellen wir vor.

HOCHSCHULE, SEITE 6

Leichen zum Frühstück

Die Neue Bühne in Darmstadt bringt den Krimi „Das indische Tuch“ von Edgar Wallace ins Theater – und serviert den Zuschauern ein Essen.

KULTUR, SEITE 12

Wetter

Der Tag bringt außer viel Sonnenschein auch einige Wolken, aber es bleibt weitgehend trocken. Am Nachmittag erreichen die Werte 25 bis 27 Grad.

Temperaturen Sonntag	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	12°	25°
Feldberg im Taunus	11°	21°
Niederschlag Sonntag 0 bis 24 Uhr	0,0 mm	
Flughafen Frankfurt	0,0 mm	

Flachlandtiroler

Nicht sehr lange hat sich im Onlinebuchungsportal die Kundenfrage gehalten, ob die Ferienwohnung in Österreich Meerblick habe. zos.

Rassistische Polizeichats nicht strafbar

FRANKFURT Im Fall der Chatgruppe „Itiotentreff“ hat das Oberlandesgericht entschieden: Die fünf Polizisten müssen sich nicht vor Gericht verantworten.

Von Elena Zompi

Das Frankfurter Oberlandesgericht hat die Beschwerde im Fall der rassistischen Chatgruppe mehrerer Polizisten des 1. Frankfurter Reviers zurückgewiesen. Es geht dabei um die Chatgruppe „Itiotentreff“ und andere Gruppen, in denen fünf Beamte aus dem 1. Polizeirevier in Frankfurt und die Lebensgefährtin eines der Beamten in den Jahren 2014 bis 2018 rechtsextreme, antisemitische und rassistische Inhalte ausgetauscht haben.

Die Gruppen waren im Zuge der Ermittlungen wegen der „NSU 2.0“-Drohbriefe zufällig entdeckt worden. Damals wurden Smartphones von Beamten beschlagnahmt und ausgewertet, weil von einem Computer im 1. Revier Daten der kurz darauf vom „NSU 2.0“ bedrohten Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz abgerufen worden waren.

Im April 2022 hatte die Staatsanwaltschaft Frankfurt daraufhin Anklage gegen fünf Polizisten erhoben. Sie warf ihnen das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Beschimpfung von religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnissen und Besitz sowie Verbreitung pornographischer Schriften vor.

Das Landgericht Frankfurt hatte im Februar 2023 jedoch die Zulassung der Anklage abgelehnt. In dem Beschluss hieß es damals, das für alle Anklagen notwendige Merkmal des „Verbreitens“ der Inhalte sei nicht erfüllt, da es sich um eine geschlossene Chatgruppe handelte. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Frankfurt sofortige Beschwerde eingelegt.

Das Oberlandesgericht Frankfurt teilte nun am Montag mit, die Entscheidung des Landgerichts, das Hauptverfahren nicht zu eröffnen, sei nicht zu beanstanden: Das Tatbestandsmerkmal des Verbreitens sei nicht erfüllt. Damit sind die von der Anklage beschriebenen

Handlungen nicht strafbar, wie es weiter heißt. Die Inhalte sind dem Gericht zufolge in „private, geschlossene Chatgruppen mit überschaubarem Personenkreis eingestellt worden, deren Mitglieder miteinander teilweise sehr eng verbunden gewesen“ seien. In keinem Fall seien die von der Anklage erfassten Inhalte einem größeren Personenkreis zugänglich gemacht worden, der nach Zahl und Individualität unbestimmt oder jedenfalls so groß gewesen sei, dass er für die Angeeschuldigten nicht mehr kontrollierbar gewesen sei.

Um ein Verbreiten im strafrechtlichen Sinn handele es sich erst, wenn die „konkrete, durch tatsächliche Anhaltspunkte belegbare Gefahr vorliegt, dass der Inhalt an eine unbestimmte Anzahl von Personen weitergegeben wird und

der Täter dies billigend in Kauf nimmt“. Dass eine WhatsApp-Nachricht leicht weitergeleitet werden kann, reicht dem Gericht zufolge „unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Anforderungen“ nicht aus, um ein „Verbreiten“ beim Einstellen von inkriminierten Inhalten in eine WhatsApp-Gruppe anzunehmen. Artikel 5 des Grundgesetzes, der die Meinungsfreiheit garantiert, erfordere vielmehr konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Empfänger den Inhalt weitergebe und der Sender dies billigend in Kauf nehme.

Im Fall der Polizeichats hingegen lägen keine konkreten Anhaltspunkte dafür vor, dass die Chatgruppenmitglieder damit gerechnet und es billigend in Kauf genommen hätten, dass die Inhalte weitergegeben und damit einer „nicht mehr

überschaubaren Anzahl von Personen“ übermittelt werden würden, argumentierte das Gericht. Im Gegenteil: Ihnen sei bewusst gewesen, dass eine Weiterleitung vor allem der nationalsozialistischen und ausländerfeindlichen Inhalte dienstrechtliche Konsequenzen hätte haben können. Zweck der Gruppe sei es gewesen, durch Einstellen schockierender Inhalte die Chatmitglieder zu „beulustigen“, führte der Senat aus. Darauf weise bereits der Gruppenname „Itiotentreff“ hin.

Die Inhalte der Chats erforderten aber dienstrechtliche Konsequenzen, heißt es in der Mitteilung des Gerichts. Die Mitglieder der Gruppe hätten „in erheblichem Umfang teilweise nur schwer erträgliche menschenverachtende, rechtsextreme, gewaltverherrlichende, antisemitische, ableistische und rassistische Inhalte geteilt“, die erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue der Beamten begründeten.

Nach Bekanntwerden der Vorfälle im Jahr 2018 waren gegen die fünf betroffenen Polizisten Disziplinarverfahren eingeleitet und gegen alle das Verbot der Führung der Dienstgeschäfte ausgesprochen worden. Drei von ihnen wurden im weiteren Verlauf auch vorläufig des Dienstes entzogen, bei zwei von ihnen wird zudem ein Teil der Bezüge einbehalten. Das behördliche Disziplinarverfahren war nach Angaben des Innenministeriums wegen der Vorgehensweise des Strafverfahrens bisher ausgesetzt und soll nun „umgehend“ fortgeführt werden.

Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) sprach am Montag von einer „Strafbarkeitslücke“, die geschlossen werden müsse. „Hass-Chatgruppen im öffentlichen Dienst sind unerträglich. Sie sind strafwürdig, und zwar unabhängig davon, ob ein öffentliches Verbrechen von Inhalten erfolgt.“ Die Entscheidung des Oberlandesgerichts ist nicht anfechtbar.

Politik mit wechselnden Mehrheiten

DARMSTADT Koalition aus Grünen, CDU und Volt muss sich neue Partner suchen / Verlust der Mehrheit durch Austritt eines Grünen-Politikers

In der Kommunalpolitik in Darmstadt richten sich die Parteien auf Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten ein, weil die Koalition aus Grünen, CDU und Volt nach dem Austritt eines Grünen-Politikers nicht mehr über die Stimmenmehrheit im Stadtparlament verfügt. Nicht nur beim Haushalt für das nächste Jahr, sondern auch bei Sachfragen wollen sich die Fraktionen auf pragmatische Entscheidungen einigen, wie die Parteien angekündigt haben. Schon bisher stand dem Bündnis der drei Fraktionen der SPD-Oberbürgermeister Hanno Benz gegenüber. Die drei Koalitionspartner und die SPD hatten sich bereits im Frühjahr zusammengetan, um sich auf Einsparungen im Etat für das laufende Jahr zu einigen.

Die Koalition verfügte bisher über eine knappe Mehrheit von 36 von 71 Mandaten in der Stadtverordnetenversammlung. Vor einigen Tagen erklärte jedoch der Grünen-Politiker Jürgen Barth seinen

Austritt aus Fraktion und Partei. Das begründete der 86 Jahre alte Stadtverordnete nicht mit dem Agieren seiner Partei in der Kommunalpolitik, sondern mit drei Themen aus der überregionalen Politik. Unter dem Stichwort „Kriegspolitik“ führt Barth aus, als Kind habe er den Zweiten Weltkrieg miterlebt und in den Achtzigerjahren sei er den Grünen, damals einer „Friedenspartei“, beigetreten. Das „Eingreifen der russischen Armee in den Bürgerkrieg in der Ukraine“ verurteilte er zwar, halte aber das Ziel von Außenministerin Annalena Baerbock, „Russland zu ruinieren“, für „Irrsinn“, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme zu dem Austritt.

Bei der Migrationspolitik der Grünen drohe eine Überforderung der Gesell-



Jürgen Barth

schaft. Die Wirtschaftspolitik der Partei sei erfolglos geblieben. „Der Einstieg in einen Wirtschaftskrieg mit Russland und China mit Sanktionen und Zolldrohungen trifft am meisten uns selbst und ist darum selbstmörderisch“, schreibt Barth. Auf Nachfrage sprach er allerdings davon, es sei seine Absicht, der Darmstädter Koalition ihre Mehrheit zu nehmen, um diese drei Fraktionen und die SPD zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Sein Mandat als Stadtverordneter will Barth indes nicht niederlegen, sodass er als Einzelabgeordneter dem Stadtparlament angehören wird.

Im Namen seiner Partei haben die beiden Vorsitzenden, Hildegard Förster-Heldmann und Heiko Depner, Respekt vor dem Lebenswerk von Barth geäußert. Wenn seine Ansicht derart von den Positionen der Grünen abweiche, sei sein Austritt konsequent, hieß es in einer Stellungnahme. Die beiden Parteivorsitzenden forderten Barth allerdings auf, auch

sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen, weil er dieses mit einem Platz auf der Liste der Grünen erhalten habe.

Eine der beiden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Annette Brunert, nannte den Austritt auf Nachfrage dieser Zeitung eine „innere Angelegenheit der Grünen“, auf welche die CDU „relativ entspannt“ reagiere. Allerdings empfinde man die Haltung von Barth zum Krieg in der Ukraine als „befremdlich“. Die CDU stelle sich darauf ein, im Stadtparlament mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen. Die Union werde sich nicht auf einen Partner festlegen.

Die Fraktionsvorsitzende von Volt, Ana Lena Herrling, kündigte an, ihre Fraktion werde den Fokus auf eine weitere Zusammenarbeit der drei Koalitionsfraktionen legen. „Ich bin überzeugt, dass Volts pragmatische und faktenbasierte Politik auch in Zukunft in Darmstadt Mehrheiten finden wird“, äußerte Herrling.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Siebel erneuerte das Angebot seiner Partei, den Haushalt für das nächste Jahr gemeinsam mit den drei Koalitionsfraktionen zu erarbeiten, die nun „keine eigene Mehrheit mehr“ hätten. Dieses Angebot hatte die SPD schon vor Barths Schritt gemacht. „Wir hoffen, dass die Koalition sich auf ein Bündnis für den Etat einlässt“, sagte Siebel. Bei anderen Themen werde man nach Stimmen suchen müssen. Dass in einer Kommune ohne eine feste Mehrheit „an Sachpolitik orientiert“ entschieden werde, sei nicht ungewöhnlich.

Oberbürgermeister Benz sagte auf Nachfrage, für sich sehe er „die Verantwortung, zu tragfähigen Mehrheiten zu finden“. Dafür kämen alle Fraktionen außer der AfD infrage. Dass die SPD schon beim Etat für dieses Jahr mit der Koalition zusammengearbeitet habe, zeige, dass die Partei bereit sei, Verantwortung zu übernehmen. höv.

Hiningers Wahl war ungültig

Stadt unterliegt vor Verwaltungsgericht

WIESBADEN Die Wahl der Fraktionschefin der Grünen, Christiane Hininger, zur hauptamtlichen Wiesbadener Dezernentin für Umwelt und Wirtschaft im September 2022 ist von der siebten Kammer des Verwaltungsgerichts Wiesbaden für unwirksam erklärt worden. Die Kammer gab der Widerspruchsklage des Stadtverordneten Veit Wilhelmy (ULW) statt.

Rückblickend gilt Hininger damit als nicht gewählt. Wilhelmy hatte der Wahl widersprochen, weil nach den Regeln der Gemeindeordnung jede Wahl „für ungültig zu erklären“ sei, bei der gegen Rechtsvorschriften verstoßen werde, „gleichgültig, ob diese Verstöße das Wahlergebnis beeinflussen konnten“. Hininger hatte bei der Wahl am 29. September 2022 im Bürgerhaus Erbenheim während der Debatte um ihre Person zwar den Sitzungssaal verlassen. Sie hatte sich aber zeitweise im Vorraum und damit



Christiane Hininger

in Sicht und Hörweite aufgehalten. Nachdem die Stadtverordneten mit der Mehrheit des Linksbündnisses den Widerspruch Wilhelmys zurückgewiesen hatte, zog dieser vor Gericht. Mit Erfolg, wie ein Sprecher des Gerichts bestätigte.

Die Kammer sei zu der Überzeugung gelangt, dass die Möglichkeit der Beeinflussung bestanden habe. Ende Juni hatte das Gericht eigens einen Ortstermin anberaumt und im Saal die Sitz- und Sichtverhältnisse nachstellen lassen. Eine Berufung hat das Gericht nicht zugelassen, doch kann Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingelegt werden.

Der Ältestenrat hat beschlossen, im Fall einer Niederlage den Rechtsstreit bis zur nächsten Instanz weiterzuführen. Direkte Folgen für Hininger hat das Urteil nicht, weil sie im Mai 2023 zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Damit endete nach gut sieben Monaten ihre erste Amtszeit als Dezernentin und ihre zweite begann.

Die besoldungs- und beamtenrechtlichen Konsequenzen des Urteils will Wilhelmy prüfen lassen, da Hininger in dieser Zeit rechtlich keine Wahlbeamtin war. Das Urteil habe er mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen, sagte Wilhelmy der F.A.Z. Er sehe sich in seiner Auffassung voll bestätigt. Hininger habe seinerzeit die Öffentlichkeit belogen. Hininger sagte, sie wolle das Urteil vorerst nicht kommentieren, sondern die Urteilsbegründung abwarten. obo.

Dreijähriger fällt aus Fenster

RÜDELSHEIM Wenige Tage nach einem ähnlichen Vorfall in Darmstadt ist in Rödelheim im Kreis Offenbach ein drei Jahre altes Kind aus dem dritten Stock eines Wohnhauses gefallen. Wie die Polizei am Montag meldete, fiel der Junge aus einem offenen Fenster. Er hatte Glück im Unglück: Er prallte auf ein Gebüsch und einen Rasen. Sanitäter brachten den Jungen in ein Krankenhaus. Mediziner stellten einen Beckenbruch und Prellungen fest.

Wie es zu dem Fenstersturz kommen konnte, ist den Angaben zufolge noch unklar. Die Ermittler gehen jedoch aufgrund von Zeugenaussagen von einem Unfallgeschehen aus. Sie prüften jedoch auch eine mögliche Verletzung der Aufsichtspflicht durch die Eltern. thwi.

Sprengung nahe der Germania

RÜDESHEIM Nahe des Niederwalddenkmals oberhalb von Rüdesheim muss ein Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg kontrolliert gesprengt werden. Das teilte eine Sprecherin des Polizeipräsidiums Wiesbaden mit. Dem Kampfmittelräumdienst Hessen war es nicht gelungen ist, auch den zweiten Zünder der 150 Kilogramm schweren Bombe zu entschärfen. Spezialisten wollen die kontrollierte Sprengung nun am Dienstag vornehmen. Die Bombe sei bei „routinemäßigen Sondierungsarbeiten“ hoch über Rüdesheim nahe der großen Germania-Figur entdeckt worden. Das Umfeld des Blindgängers ist nach Angaben der Polizei weitläufig abgesperrt worden. Evakuierungen seien voraussichtlich nicht nötig, „weil in der Nähe keiner wohnt“. lhe.



Kein Durchkommen: Eine Baustelle vor der Ringkirche im Rheingauviertel

Fotos Michael Braunschädel

Mehr als 5000 Baustellen gibt es jedes Jahr in Wiesbaden. Die meisten davon sind lange geplant, wie die Verlegung von Fernwärmeleitungen, es gibt aber auch ungeplante wie im Fall des Wasserrohrbruchs vor dem Hauptbahnhof. Die Reparatur wird noch länger dauern, sagte Verkehrsdezernent Andreas Kowol (Die Grünen) im Stadtparlament. Er nannte zwei Gründe, die auch an anderer Stelle immer wieder Bauarbeiten ausbremsen: Bei vielen Schäden bestünden die Versicherungen darauf, eigene Experten zur Baustelle zu entsenden, um ihre Zahlungspflicht zu verifizieren. Und immer wieder gebe es Überraschungen im Untergrund, wenn der Asphalt erst einmal abgetragen sei. Auch vor dem Hauptbahnhof ist das der Fall, denn unter dem Gustav-Stresemann-Ring wurde unerwartet Bauschutt aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckt. Der kann auf Dauer nicht dort bleiben.

Die Opposition meint allerdings, dass das Baustellenmanagement der Verwaltung zu wünschen übrig lasse und dass mehr und bessere Koordination notwendig wäre. Auf eine Anfrage der CDU-Stadtverordneten Louise-Lydia Wagenbach zu „Geisterbaustellen“ in der Innenstadt gab Kowol zu, dass es häufiger Baustellen gebe, auf denen keine Arbeiten zu beobachten seien. Allerdings liegen die Gründe laut Kowol nicht in einem schlechten Management, sondern unter anderem daran, dass Materialien und Ersatzteile fehlten, dass die Baustofflieferanten keine ausreichenden Vorräte hätten oder dass Materialien im Untergrund aushärten müssten, um eine ausreichende Tragfähigkeit für den Verkehr zu erlangen. Das könne in manchen Fällen bis zu vier Wochen dauern. Wegen der hohen Dichte notwendiger Bauarbeiten im Stadtgebiet gebe es Einschränkungen für den fließenden Verkehr, die „nicht zu vermeiden“ seien. Allerdings: „Alle planbaren Baustellen in Wiesbaden werden koordiniert“, sagte Kowol zu den Zweiflern.

Der Eindruck bei der Opposition ist ein anderer, wie die jüngste Debatte um einen Antrag des Linksbündnisses zeigte, der auf eine „strategische Koordination von Infrastrukturausbau, Straßensanierungen und nachhaltiger Stadtentwicklung“ zielte. Christian Diers (FDP) nannte das „eine Bankrotterklärung“ für den Magistrat und sprach von einer fehlgeleiteten Politik. Für

Geisterbaustellen sind nicht zu vermeiden

WIESBADEN Die Koordination der Bauarbeiten an Straßen ist eine Herausforderung. Strafzahlungen der Bauunternehmen sind für den Verkehrsdezernenten aber keine Lösung.

Von Oliver Bock



Am Hauptbahnhof: Der Gustav-Stresemann-Ring wird umgebaut.

Christian Hill (Pro Auto) verschleiert der Antrag die Absicht einer massiven Einschränkung des Verkehrs. Er nannte beispielhaft die Pläne für die Umgestaltung der Schwalbacher Straße unter Wegfall von Fahrspuren. Das sei „kompletter Wahnsinn“. Marc Dahlen (CDU) stufte den Koalitionsantrag als eine „Aneinanderreihung von Selbstverständlichkeiten“ ein und wertete ihn als Beleg, dass in Wiesbaden Verwalten vor Gestalten gehe.

Für diese Kritik zeigte Martin Kraft (Die Grünen) kein Verständnis. Baustellen in Wiesbaden seien keine Schikanen, sondern ein Zeichen von Investitionen in die Infrastruktur. Es werde in Zukunft in der Landeshauptstadt eher noch mehr Baustellen geben als in der jüngeren Vergangenheit. Eine „taktische Baustellen-Koordination“ sei Alltag in der Verwaltung. Der Kooperation aus SPD, Grünen, Linken und Volt gehe es aber um die „strategische Planung“ für Jahrzehnte.

Der Magistrat soll nun ein standardisiertes Verfahren vorschlagen, damit bei Straßenarbeiten immer auch gleich die mögliche Verlegung neuer Leitungen und Kanäle, Bepflanzungen, Markierungen, Regenwassermanagement, Klimaanpassung und vieles mehr mitgedacht wird, um ein Höchstmaß an Effizienz und Sparsamkeit zu erreichen. CDU und FDP hätten das gerne mit einem Bonus-Malus-System für Bauunternehmen verbunden, also Strafzahlungen bei Überschreiten der Bauzeiten oder mehr Geld für kürzere Bauzeiten. Baudezernent Kowol hielt von dieser Ergänzung nichts. Im Straßenbau gehe Qualität vor Schnelligkeit, und Baubetriebe seien nicht bereit, drohende Strafzahlungen zu akzeptieren: „Dann erhalten wir auf unsere Ausschreibungen gar keine Angebote mehr.“

Laut Kowol sind die Zeitspannen zwischen der Absicht einer Straßenumgestaltung oder -sanierung und der Ausführung schon jetzt viel zu lang. Die Umwandlung der Gerichtsstraße in eine Fußgängerzone habe fünf Jahre, die der Wellritzstraße sechs Jahre gedauert. Bei der Mühlgasse seien sogar sieben Jahre bis zur Eröffnung verstrichen. Die Umgestaltung des Schlossplatzes werde nicht in weniger als sechs Jahren zu bewerkstelligen sein. Dabei gehe es nicht nur um die Berücksichtigung der Wünsche von Versorgern und Entsorgern, sondern auch um die Belange der Nachbarn und des Denkmalschutzes. Da redeten viele mit, sagte Kowol.

2,4 Millionen Hessen mit Migrationshintergrund

WIESBADEN Sozialministerin: Zuzug auf hohem Niveau / „Kinder sollen gleiche Chancen bekommen“

In Hessen leben rund 2,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist auf 38 Prozent gestiegen, womit Hessen nach den drei Stadtstaaten bundesweit den viert höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund hat. Das ist eines der Ergebnisse des Integrationsmonitors 2024, den Sozial- und Integrationsministerin Heike Hofmann (SPD) am Montag in Wiesbaden vorstellte. „Gerade seit 2009 wächst die Zuwanderung stark und übersteigt die Abwanderung, sodass sich ein positiver Wachstumssaldo ergibt“, sagte die Ministerin. Aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine enthält der Bericht erstmals auch Daten zu Flüchtlingen aus dem Land.

Die Zahl der Flüchtlinge ist bis 2022 auf 256.020 Menschen gestiegen und hat sich damit seit 2016 nahezu verdoppelt. Besonders drastisch war der Anstieg

2022 aufgrund der Flüchtlinge aus der Ukraine. Derzeit gehen in Hessen (Stand Mai 2024) 17.371 ukrainische Jungs und Mädchen auf eine allgemeinbildende Schule und weitere 1741 besuchen eine berufsbildende Schule. Im April waren 14.500 Ukrainer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, und 4200 hatten ein Minijob.

Laut Hofmann bewege sich die Zuwanderung weiterhin auf „sehr hohem Niveau“, 2022 seien so viele Menschen nach Hessen gekommen wie nie zuvor. Der Wanderungssaldo habe einen Höchststand von knapp 130.000 Zuzügen erreicht. Während sich die soziale Integration und die Teilhabe entwickelten, sei bei bestimmten Indikatoren, was Bildung und Arbeit betreffe, allerdings eine Stagnation festzustellen, die auch im Kontext der starken Zuwanderung zu sehen sei, sagte die Ministerin.

Mehr als die Hälfte der Hessen im Alter von bis zu einschließlich 17 Jahren hat einen Migrationshintergrund, und der Anteil von Kindern mit einer ausländischen Sprache in einer Kindertagesstätte ist von 22 Prozent im Jahr 2006 auf 35 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Damit nehmen die Aufgaben für das Kita-Personal zu. „Wir als Aufnahmegesellschaft stehen besonders mit Blick darauf in der Verantwortung, dass Zugewanderte hier ankommen können, sich in Hessen wohl und zu Deutschland zugehörig fühlen, aber auch, dass ihre Kinder hier gleiche Chancen erhalten“, führte Hofmann aus.

Der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund, die einen Schulabschluss erwarben, hat sich im Vergleich zum Schuljahr 2010/11 zwar verbessert, ist aber immer noch nicht so gut wie im Vergleich zu Schülern ohne Migrationshintergrund. Von den Hessen mit Migra-

tionshintergrund fühlen sich 28 Prozent nur mit Deutschland verbunden und weitere 26 Prozent eher zu Deutschland gehörig. 34 Prozent fühlen sich mit Deutschland und ihrem Herkunftsland gleich stark verbunden, sieben Prozent eher mit der Heimat der Eltern. Nur ihrem oder dem Herkunftsland der Eltern verbunden fühlen sich drei Prozent.

Hofmann bezeichnete die Integrationspolitik als Daueraufgabe. Etwa 88 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund sorgten sich im Jahr 2021 über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass. Zwei Drittel der Befragten gaben 2022 an, in den vergangenen fünf Jahren wegen ihrer Herkunft nicht diskriminiert worden zu sein. 23 Prozent sagten, dies sei „eher wenig“ geschehen und weitere sieben Prozent „eher stark“. Fünf Prozent wurden nach ihren Worten „sehr stark“ diskriminiert. robm.



Wie der Verkehr fließen soll

Von Oliver Bock

Baustellen hemmen den Verkehrsfluss und sind gerade für Autofahrer ein Ärgernis. Sie sind aber zugleich sichtbarer Ausdruck notwendiger Investitionen in die Infrastruktur. Vor allem dann, wenn sie von langer Hand geplant eingerichtet werden, um Kanäle zu sanieren, neue Leitungen zu verlegen und Straßenraum umzugestalten.

Wo hingegen verdächtig lange Zeit keine Bauarbeiter zu sehen sind, könnte etwas im Argen liegen und sich ein Investitionsstau aufbauen. Die Autobahnbrücken sind dafür ein beredtes Beispiel. Wiesbaden hat mit der Schiersteiner Brücke und der Salzachtalbrücke gleich zweimal erfahren müssen, wie schmerzhaft es sein kann, wenn die Verkehrsinfrastruktur zusammenbricht. Der Rohrbruch vor dem Hauptbahnhof ist ein weiterer Fall mit gravierenden Folgen für den Stadtverkehr. Gut also, wenn gebaut und gepflegt wird.

Dass der Verkehr besser fließt, wenn die Stadt ein strategisches Management etabliert, darf bezweifelt werden. Tatsächlich listet der Antrag des Linksbündnisses Maßnahmen auf, von denen der Wiesbadener Verkehrsteilnehmer zu Recht erwartet, dass sie schon längst zu den selbstverständlichen und eingetübten Abläufen bei der Baustelleneinrichtung und -koordination in einer Großstadt gehören. Alles andere wäre ein Armutszeugnis für eine kommunale Straßenbauverwaltung.

Dass es dennoch den Bedarf einer steten Optimierung gibt, ist unumstritten. Das historisch gewachsene Verkehrsnetz in Wiesbaden erleichtert den Planern ihre Aufgabe aber nicht. Die Bürger werden sich zudem daran gewöhnen müssen, dass die Wärme- und Energiewende den Verkehr noch auf Jahre hemmen wird, weil neue Leitungen verlegt werden müssen. Ganz zu schweigen von einer ideologisch getriebenen, vermeintlich gerechteren Aufteilung des Straßenraums, der das Autofahren in der City immer noch mühsamer werden lässt. Doch das ist eine andere, politische „Großbaustelle“.

Böschungsbrände an Bahnstrecke

RÜDESHEIM Heiß gelaufene Bremsen eines Güterzugs haben nach Angaben der Feuerwehr im Rheingau-Taunus-Kreis fünf Böschungsbrände an einer Bahnstrecke verursacht. Wie die Kreisverwaltung weiter mitteilte, griff am Sonntag einer der Brände zwischen Rüdesheim und Oestrich-Winkel auf eine Scheune über. Das Gebäude wurde laut Kreisbrandmeister von vier Trupps unter Atemschutz gelöscht.

Während drei der fünf Böschungsbrände den Angaben zufolge von selbst wieder ausgingen, musste ein Brand von der Feuerwehr gelöscht werden. An dem Zug selbst sei kein Feuer festgestellt worden, die Achsen seien zum Teil jedoch noch über 400 Grad Celsius heiß gewesen.

Die Bahnstrecke Koblenz-Wiesbaden war für die Dauer des Einsatzes vorübergehend gesperrt. Am Abend wurde sie den Angaben nach wieder freigegeben. Verletzt wurde niemand. Die Bundespolizei und die Deutsche Bahn suchen nun nach der Ursache. lhe.

Aus brennendem Haus gerettet

BÜTTELBORN Aus einem brennenden Mehrfamilienhaus in Büttelborn hat die Feuerwehr in der Nacht zu Montag eine Familie gerettet. Das Feuer sei in den frühen Morgenstunden ausgebrochen, teilte das Polizeipräsidium Südhessen mit. Demnach schafften es die meisten Bewohner rechtzeitig aus dem Gebäude, eine Mutter und ihre elf und 14 Jahre alten Kinder wurden von der Feuerwehr über eine Drehleiter aus dem Dachgeschoss geholt.

Insgesamt seien sechs Menschen wegen Rauchvergiftungen an Ort und Stelle behandelt worden. Das Haus sei derzeit nicht mehr bewohnbar, teilte die Polizei mit. Was den Brand ausgelöst habe, werde ermittelt. lhe.



Überbelastung: Die Arbeitsbedingungen in deutschen Kliniken sind nicht gut. Doch nicht jeder Arzt fühlt sich in der Lage, offen über die Probleme zu sprechen.

Foto dpa

Ich war total überfordert und hatte oft das Gefühl, den Patienten nicht gerecht zu werden“, sagt Stefanie Minkley, wenn sie an ihren Klinikalltag zurückdenkt. Nach ihrem Medizinstudium in Frankfurt hat die 35 Jahre alte Frau einige Jahre in einer chirurgischen Notaufnahme im Rhein-Main-Gebiet gearbeitet. Wo genau, möchte sie, ebenso wie die beiden anderen Protagonisten in diesem Text, nicht preisgeben. „Ich will keinen Rechtsstreit riskieren“, sagt sie. Außerdem gehe es ihr nicht um einzelne Kliniken, sondern das System dahinter.

In der Notaufnahme wurde Minkley einen Tag lang eingearbeitet, danach war sie bereits allein auf der Station. Einfache Sachen, die sie aus dem Studium kannte, waren kein Problem. Aber in der Notaufnahme kommen alle möglichen Fälle an. „Ich bin zu dem Zeitpunkt quasi noch Studentin gewesen und musste plötzlich allein entscheiden, welche Patienten aufgenommen werden und welche Therapie nötig ist“, sagt sie. Nach einem halben Jahr habe sie sich erst sicher gefühlt. In jener Zeit seien 60 bis 70 Wochenarbeitsstunden normal gewesen.

Laut Tarifvertrag dürfen Ärzte nicht mehr als vier Bereitschaftsdienste von 24 Stunden je Monat leisten, doch es seien immer mehr gewesen. „Nach solchen Diensten war ich wie im Zombiemodus“, erinnert Minkley sich. Sie konnte sich nicht erholen. „Obwohl wir uns so abgearbeitet haben, haben wir keine Wertschätzung seitens der Vorgesetzten erfahren“, sagt sie. Auch Appelle an Oberärzte und den Betriebsrat änderten nichts an der personellen Unterbesetzung.

Minkley glaubt, dass ökonomische Anreize und die zunehmende Kommerzialisierung von Kliniken zu diesen Zuständen geführt haben. Morgens in der Frühbesprechung sei häufig gesagt worden, dass die Klinik rote Zahlen schreibe und deshalb mehr Fälle generiert und mehr operiert werden müsse. Denn Operationen brächten Geld. Minkley erinnert sich an einen Fall, bei dem sie einen Oberarzt fragte, warum der Patient operiert werden müsse. Die Antwort war kurz: „Weil es Geld bringt.“

Die Medizin sei nie schwarz-weiß. Bei manchen Diagnosen könne, müsse aber nicht operiert werden. So etwa bei Knie- und Hüftprothesen sowie Wirbelsäulenoperationen, die für Kliniken lukrativ seien. „Da liegen wir bei der Anzahl der Operationen im internationalen Vergleich höher als andere westliche europäische Länder“, sagt Minkley.

Auch bei der Entlassung von Patienten stehe das Wohl des Einzelnen häufig nicht im Vordergrund. „Wenn Patienten die Verweildauer überschreiten, müssen wir die Gründe dafür jeden Tag dokumentieren, sonst werden Gelder gestrichen“, sagt Minkley. Verlegungen auf Palliativstationen oder in andere Krankenhäuser würden oft verhindert, um den Fallerlös nicht zu verlieren.

Nach einigen Jahren entschied Minkley, das Klinik-System zu verlassen und es von außen zu verbessern. „Wenn ich ein Problem sehe, will ich es lösen und die Ursache angehen“, sagt sie. Sie arbeitet nun in zwei Praxen als Ärztin im ambulanten Sektor, studiert im vierten Mastersemester „Global Health“ an der Goethe-Universität in Frankfurt, ist stellvertretende Vorsitzende der SPD Frankfurt und im Landesvorstand der SPD Hessen aktiv. Zusammen mit der Pflegefachkraft Xenia Ebner-Pühl hat sie die Initiative „Aufbruch

„Viele von uns haben einen chronischen Burnout“

RHEIN-MAIN Lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, große Verantwortung und kaum Wertschätzung – die Arbeitsbedingungen für Mediziner an deutschen Kliniken sind schwer zu ertragen. Drei Ärzte aus der Region berichten von ihren Erfahrungen.

Von Alexandra Dehe

Gesund & Gerecht“ gegründet, die Menschen, die sich für ein besseres Gesundheitssystem engagieren wollen, miteinander vernetzt. Gemeinsam haben sie Forderungen erarbeitet und diese als Petition online gestellt. Dazu zählen eine unabhängige Gesundheitsförderung, die Stärkung von Prävention, die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes und dass sich alle politischen Bereiche mit dem Thema Gesundheit auseinandersetzen müssen.

Eine Studie des Marburger Bundes von 2022 zeigt, dass 20 Prozent der Ärzte mehr als 60 Stunden je Woche arbeiten. Bei 49 Prozent der befragten Ärzte werden die Überstunden in Freizeitausgleich umgewandelt – 26 Prozent von ihnen erhalten dafür keinerlei Vergütung. Diese Überlastung führt den Ergebnissen der Onlinebefragung zufolge dazu, dass 25 Prozent der Ärzte ernsthaft darüber nachdenken, ihren Beruf aufzugeben. Der hohe administrative Aufwand erschwert zudem die Patientenversorgung erheblich, da Ärzte laut

dem Marburger Bund täglich bis zu vier Stunden mit Verwaltungstätigkeiten verbringen.

Während Minkley das System von außen reformieren will, kämpft Julia Riemenschneider weiter an vorderster Front. Nach Stationen in verschiedenen Kliniken arbeitet sie jetzt in einem Frankfurter Krankenhaus als Assistenzärztin für Innere Medizin. Gemeinsam mit ihrem Bruder Felix, der ebenfalls Assistenzarzt ist, hat sie vor einem Jahr den Podcast „Auf Messers Schneide“ gegründet. Alle zwei Wochen erscheint eine neue Folge, in der die Geschwister über Probleme und mögliche Lösungen im Gesundheitssystem sprechen.

Dabei geht es auch um Themen wie physische und psychische Gewalt. „Zu glauben, dass man ins Krankenhaus geht und dort auf superausgebildete Ärzte trifft, ist definitiv eine falsche Erwartungshaltung, die in der Bevölkerung herrscht“, sagt sie. Man vergesse, dass dort auch absolute Anfänger sä-

ßen, die weder das Wissen noch die Fähigkeiten hätten, Patienten perfekt zu versorgen. „Es gibt Patienten, die ausrasten, wenn sie in der Notaufnahme lange warten müssen, uns beschimpfen und teilweise sogar handgreiflich werden. Wir sind Tag für Tag einem enorm hohen Druck ausgeliefert“, sagt die 30 Jahre alte Frau.

Die Zündschnur sei sowohl aufseiten der Patienten als auch aufseiten der Ärzte sehr kurz. Oberärzte erwarteten oft, dass jemand, der ganz neu dabei sei, genauso viel leiste wie ein Assistenzarzt im fünften Jahr. „Da fallen manchmal Worte, bei denen man sich fragt, ob man auf dem Schulhof gelandet ist.“ Kolleginnen von ihr seien von Oberärzten als „Fotze“ bezeichnet worden, andere würden regelmäßig gefragt werden, ob sie dumm seien. Viele ihrer Kollegen trauten sich aus Angst vor Repressalien nicht, sich zu wehren. Man stecke in einem Abhängigkeitsverhältnis, und gerade in der Medizin werde vieles

sehr schnell als gegeben hingenommen, aber wenn man dann mit Freunden spreche, die beruflich etwas ganz anderes machen, könnten diese das nicht glauben: „Der wäre bei uns schon längst abgemahnt worden“, heißt es dann als Antwort.

Generell ist die Stimmung laut Riemenschneider in Kliniken sehr schlecht. „Viele Mediziner sind suchtkrank“, sagt sie. „Als Arzt raten wir allen Menschen, auf die eigene physische und psychische Gesundheit zu achten, halten uns aber selbst nicht daran“, sagt sie. Sie kenne viele Kollegen, denen es psychisch sehr schlecht gehe, und sie selbst sei auch schon oft an einem Punkt gewesen, an dem sie geglaubt hatte, dass sie dieser enormen Belastung nicht mehr gewachsen sei. „Man ist ausgebrannt und verdrückt sehr viele Tränen“, sagt sie. Viele ihrer jungen Kollegen würden nur in Teilzeit arbeiten, weil sie es anders gar nicht mehr aushielten.

Riemenschneider und ihr Bruder wollen mit ihrem Podcast Gleichgesinnten Mut machen, den Gemeinschaftssinn stärken und zeigen, welche niedrigschwellige Verbesserungsansätze es gibt. „Wir haben, genau wie jeder andere Arbeitnehmer auch, ein Recht darauf, unsere Überstunden bezahlt zu bekommen oder abfeiern zu können.“ Angesichts des Fachkräftemangels, der es Ärzten leicht mache, eine neue Stelle zu finden, seien Möglichkeiten da, etwas zu verändern, vielleicht auch durch Streik.

Nicht jeder Arzt fühlt sich jedoch in der Lage, offen über die Probleme zu sprechen. Ein Assistenzarzt Anfang 30, der in der Notaufnahme einer anderen Klinik arbeitet und lieber anonym bleiben möchte, berichtet ebenfalls von vielen Überstunden, die weder in freie Tage umgewandelt noch vergütet werden. In das elektronische Zeiterfassungssystem würden die Ärzte standardmäßig eine Arbeitszeit von 7 bis 17 Uhr eintragen, meist sei es noch mehr, laut Arbeitsvertrag sollten es in der Woche nur 42 Stunden sein. „Wenn ich schon um 6 Uhr in der Klinik bin und um 19 Uhr immer noch arbeite, wird das nicht berücksichtigt. Wenn um 7 Uhr Visite ist, kann ich aber nicht dann erst auf der Station sein. Ich muss mich vorher schon eingeleistet haben und auf den neuesten Stand bringen. Sonst kann ich mir von meinem Oberarzt dreimal anhören, dass ich nicht vorbereitet bin.“ Durch die vielen Überstunden käme er nachts oft nur auf fünf Stunden Schlaf.

„Es kommt vor, dass ich acht Stunden nichts gegessen oder getrunken habe und nicht einmal auf Toilette gewesen bin“, sagt er. Dann sei er häufig gereizt und bemerke, dass er unfreundlich gegenüber dem Rettungsdienst sei und keine Geduld habe, wenn das Pflegepersonal nicht schnell genug agiere. Viele seiner Kollegen, die er noch aus dem Studium kenne, hätten sich mit der Zeit verändert und nicht mehr so viel Spaß am Leben wie früher. „Viele von uns haben einen chronischen Burnout – da würde ich mich selbst auch schon einsortieren“, sagt er.

Dass Ärzte streiken, findet er gut. Selbst an einem offiziellen Streik teilzunehmen, traut er sich aber nicht. Nicht bevor seine Habilitation abgeschlossen ist. „Wenn du in der Klinik vorankommen willst, bist du abhängig von deinen Vorgesetzten. Es ist ein abwechslungsreicher und sehr schöner Job. Ich mach das heute genauso gern wie am ersten Tag, aber die Umstände sind nichtsdestotrotz zum Weglaufen, und ich kann jeden verstehen, der aus dem System aussteigt.“



Spricht Missstände an: Julia Riemenschneider ist Ärztin und spricht in ihrem Podcast „Auf Messers Schneide“ über Probleme im Gesundheitssystem. Foto Felix Kaspar Rosic



Ist politisch engagiert: Stefanie Minkley ist stellvertretende Vorsitzende der SPD Frankfurt und arbeitet in zwei Praxen als Ärztin im ambulanten Sektor. Foto Maximilian von Lachner

Linke fragt nach Tourismusbudget

Die Fraktion der Linken im Römer will genauer wissen, wofür die Einnahmen aus der Tourismusbudgets verwendet werden. „Die Einnahmen aus der Tourismusbudgets sprudeln“, meint der Fraktionsvorsitzende Michael Müller. Er schätzt, dass die Stadt auf diesem Weg rund 20 Millionen Euro im Jahr einnimmt, zumal die Römerkoalition beschlossen hat, dass künftig auch Geschäftsreisende die Abgabe von zwei Euro je Übernachtung und Person entrichten müssen.

Müller findet das „gut und längst überfällig“, allerdings wünscht er sich mehr Transparenz bei der Verwendung der Mittel. Die Linke will, dass der Beirat für Tourismus, der über die Verwendung der Mittel entscheidet, künftig öffentlich tagt und um Vertreter der Frankfurter Kulturszene erweitert wird. Bisher machten IHK, DEHOGA und die Tourismus GmbH weitgehend unter sich aus, wie die Mittel verwendet würden, kritisiert Müller. „Von der Römerkoalition hört man kein Wort der Kritik an diesem intransparenten Verfahren.“ rsch.

Kein Fahrschein: Fast 470 Anzeigen

Im vergangenen Jahr sind 469 Strafanträge gegen Personen gestellt worden, die im Bus ohne Fahrschein gefahren sind. 2022 waren es 486 und im Jahr 2021 wurden 267 Schwarzfahrer angezeigt. Diese Zahlen hat Mobilitätsdezernent Wolfgang Siefert (Die Grünen) in einer Antwort auf eine Anfrage der Stadtverordneten Dominike Pauli (Die Linke) genannt. Wie viele davon in eine rechtskräftige Verurteilung gemündet seien, lasse sich nicht sagen. Die Polizei gebe nicht in jedem Fall eine Rückmeldung über den Ausgang des Verfahrens an den externen Dienstleister, der seit 2023 von der lokalen Nahverkehrsgesellschaft Traffiq mit dem Fahrausweisprüfdienst in den städtischen Buslinien betraut worden sei. Die Linke setzt sich dafür ein, wie in zehn anderen deutschen Städten das sogenannte Erschleichen von Leistungen zu entkriminalisieren. In einem Bericht spricht sich der Magistrat gegen einen Alleingang Frankfurts aus. bie.

Hunde digital an- und abmelden

Die Stadt Frankfurt bietet für Herrchen und Frauchen einen neuen Online-Service an: Von sofort an können diese ihre Hunde papierlos und damit schneller anmelden. Das sei ein weiterer Schritt hin zur digitalen Stadtverwaltung, teilte Stadtkämmerer Bastian Bergerhoff mit. Damit „schaffen wir mehr Bürgerfreundlichkeit“, sagte der Grünen-Politiker weiter, gleichzeitig werde die Arbeitseffizienz innerhalb der Verwaltung gesteigert. Wie Digitalstadträtin Eileen O'Sullivan (Volt) ergänzte, werde so zudem eine weitere Dienstleistung im Zuge des Onlinezugangsgesetzes realisiert.

In Frankfurt sind gegenwärtig knapp 22.000 Hunde beim Kassen- und Steueramt der Stadt registriert. Für die Tiere ist Hundesteuer zu entrichten. Wie die Stadt mitteilt, haben allein im vergangenen Jahr 2023 Frankfurter knapp 3000 Hunde neu angemeldet, gleichzeitig sind rund 2600 abgemeldet worden. mch.



Erst der Kleinkram, dann die größeren Aufbauten: In der Fanzone hat am Montagmorgen das große Aufräumen begonnen.

Fotos Maximilian von Lachner

Nach dem Fest ist vor dem Fest

Die Fanzone hat mehr als einen Monat lang das Mainufer geprägt. Nach dem Ende der Fußball-EM wird nun aufgeräumt – denn die nächsten Veranstaltungen stehen schon bevor.

Von Daniel Meuren

Die Eisenbahnwaggons werden pünktlich rollen. Das verspricht Christian Müller. Allerdings bedeutet Pünktlichkeit in diesem Fall etwas anderes als die Minuten-genauigkeit am Hauptbahnhof, die allerdings viel zu selten eingehalten wird. Die Pünktlichkeit, von der der Veranstaltungsleiter der Stadtmarketingagentur Tourismus und Congress Frankfurt (TCF) spricht, bezieht sich auf die Waggons in der Fanzone am Mainufer, die während der Fußball-Europameisterschaft als Konzertbühne, Podest für Großleinwände und auch als Pressezentrum dienen. Und sie bezieht sich auf den Zeitraum bis zum Freitag. Denn dann müssen die Schienen am Ufer wieder befahrbar sein, weil am Samstag und Sonntag eine historische Bahn die Besucher des Osthafensfestivals zwischen dem Eisernen Steg und dem Osthafen befördern soll.

Nach dem Fest ist vor dem Fest. Das gilt für die TCF und Müller eigentlich immer – aber in diesem EM-Sommer noch ein bisschen mehr. Die Fanzone mit ihren laut TCF insgesamt knapp über einer Million Besuchern in den vier Turnierwochen war nämlich selbst für den erfahrenen Veranstaltungsleiter ein besonderes Projekt. „Diese Dimension mit 1,4 Kilometern entlang des Mains und über einen so langen Zeitraum war eine Riesenherausforderung“, sagt der Veranstaltungsmanager. „Es war sehr anstrengend, aber aus meiner Sicht eine bleibende Erinnerung für alle, die dort gearbeitet haben. Und wenn es in den Köpfen der Besucher bleibt, dass es schön war, dann war es das wert.“ Es habe mit Ausnahme der Schließungen der Fanzonen bei drei Unwettergefahr und einem umgestürzten Baum keine gravierenden Zwischenfälle gegeben. Mit laut TCF 779 Einsätzen sei die Zahl der nötigen Hilfeleistungen der Rettungsdienste weit unter den Erwartungen geblieben.

Den Eindruck bestätigen auch die für die Sicherheit Verantwortlichen: Innenminister Roman Poseck (CDU) bezeichnet die EM als ein friedliches und sicheres Fußballfest, das viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern zusammen-



Alles muss weg: die Banner an Buden und Eingängen ebenso wie der Kunstrasen auf dem schwimmenden Fußballplatz auf dem Main

gebracht habe. „Deutschland und Hessen haben sich als gute Gastgeber präsentiert“, sagt der Minister, der als oberster Dienstherr der Polizei auch den Beitrag aller eingesetzten Beamten lobt und es als „herausragende Bilanz“ bezeichnet, dass es zu keinem nennenswerten „Sicherheitsvorkommnis“ gekommen sei. Frankfurts Polizeipräsident Stefan Müller nutzt zur Beschreibung des Polizeieinsatzes ein Bild vom Spielfeld. „Die Präsenz der Polizei war deutlich spürbar, dennoch hat sich der Turnierverlauf für uns angefühlt wie bei einem guten Schiedsrichter: Er ist präsent, aber muss nicht eingreifen, und nach dem Spiel wird nicht über ihn gesprochen.“ Bis zum Ende der EM sei es auch in der Fanzone bei kleineren Vorfällen geblieben, die nicht über dem Maß anderer Großveranstaltungen lägen.

TCF-Veranstaltungschef Müller ist nun vor allem froh, dass es zum Beginn der Abbaubarbeiten am Montag trocken geblieben ist. „Wir räumen zunächst alles weg, was klein und schnell zu beseitigen ist, um Platz zu schaffen für die größeren Aufbauten“, sagt er. Der Ponton, auf dem die Riesenleinwand nahe der Friedensbrücke aufgebaut war, wird erst in der nächsten Woche wieder aus dem Main entfernt, erst dann wird der Schiffsverkehr wieder ohne Beeinträchtigung fließen können.

Mit den Aufräumarbeiten werden die Helfer bis nächste Woche beschäftigt sein, ehe dann schon die Aufbaubarbeiten für das am 2. August beginnende Mainfest zwischen Mainkai und Römerberg als nächste TCF-Veranstaltung anstehen. Erst dann werde auch das Mainufer zwischen Holbeinsteg und Friedensbrücke für Passanten frei nutzbar sein, sagt Müller. Die restlichen Flächen der Fanzone können bereits Ende dieser Woche geöffnet werden.

Bis allerdings das Ufer wieder so grün ist wie vor der EM, dürfte noch einige Zeit ins Land gehen. „Die vier Wochen waren besonders wegen des vielen Regens sehr anstrengend für die Wiesen“, sagt Müller. Man werde das Ausmaß der Schäden erst nach dem Aufräumen gemeinsam mit dem Grünflächenamt feststellen können. „Aber ich gehe davon aus, dass wir großteils neu aussäen müssen.“

Kontakte erschwert

Hochschule leidet unter Hackerattacke

Nach dem digitalen Angriff auf die Frankfurt University of Applied Sciences versucht die Hochschule, Schritt für Schritt zum Normalbetrieb zurückzukehren. Die Mitarbeiter sind allerdings weiterhin von außen nicht über die regulären Telefonnummern und E-Mail-Adressen erreichbar. Kontaktmöglichkeiten sind auf einer provisorischen Internetseite mit der Adresse www.frankfurt-uas.de aufgeführt. Bewerbungen für Studiengänge können über <https://frankfurt-university.hisp.ro.de> abgegeben werden.

Wie die Sprecherin der Hochschule am Montag sagte, sollte auf der provisorischen Internetseite in Kürze ein Formular aufrufbar sein, mit dem Studenten um Erleichterungen bei den gerade laufenden Prüfungen bitten können. Solche Anträge könnten aber auch formlos gestellt werden. Als Nächstes sei geplant, die Passwörter zurückzusetzen; danach könnten voraussichtlich viele Systeme wieder in Betrieb genommen werden. Dabei wolle man „in Wochen-schritten“ vorgehen. Zur Art der Hackerattacke und möglichen Urhebern könnten noch keine Angaben gemacht werden, äußerte die Sprecherin. Derzeit werde der Angriff in Kooperation mit den Behörden forensisch analysiert.

Innerhalb der Hochschule sei eine Kommunikation über Computerprogramme wie Teams und Confluence möglich. Es gebe „eine Menge Solidarität“ unter Studenten und Mitarbeitern, wodurch die Folgen des Angriffs begrenzt werden könnten. Martin Kappes, für Digitalisierung zuständiger Vizepräsident der Hochschule, sagte: „Durch die große Wachsamkeit unserer Campus-IT konnten wir schnell reagieren und blieben arbeitsfähig.“ zos.

RHEIN-MAIN

Leben in Frankfurt und in Hessen

VERANTWORTLICHE RESSORTLEITER: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt; Marie Lisa Kehler (stv.)

Peter Badenhop (Koordination Newsroom); Matthias Trautsch (Koordination Reportage); Bernhard Biener, Ralf Euler, Monika Ganster, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Alexander Jürgs, Ingrid Karb, Anna-Sophia Lang, Daniel Meuren, Günter Murr, Martin Ochmann, Jan Schieferhövel, Rainer Schulze, Johanna Schwant, Dieter Schönböck, Timur Ting, Elena Zompi, Sascha Zoske.

KULTUR: Eva-Maria Magel (Koordination); Dr. Florian Balke, Katharina Deschka, Sonja Esmailzadeh, Guido Holze.

WIRTSCHAFT: Daniel Schleidt (Koordination); Patricia Andrae, Dominik Großpietsch, Petra Kirchhoff, Barbara Schäder.

KORRESPONDENTEN: Oliver Bock, Andrea Diener, Dr. Florentine Fritzen, Hanns Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug, Thorsten Winter.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Hertrot.

ONLINE: Inga Janovic (Koordination Internet); Alexandra Dehe, Xenia Reinfels, Christian Riethmüller.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker; Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION:

Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Pariser Straße 1,
60486 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
E-Mail-Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Pflüger, RheinMainMedia GmbH, Waldstraße 226, 63071 Offenbach, Telefon (069) 7501-3336, Telefax (069) 7501-3337. E-Mail: service@rmr.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 29, gültig vom 1. Januar 2024 an.

HEUTE IN RHEIN-MAIN



Foto Berni Fickert

KUNST

Marie Luise Gruhne

Das Museum Wiesbaden präsentiert eine Intervention der Künstlerin innerhalb seiner ständigen Sammlung, umrahmt von Micha Ullmans Künstleraum „NachTag“. Gruhne reduziert die Bildform auf einen Torbogen, der Eintritt in eine andere Sphäre sein könnte, zugleich aber auch das Hier von dem Dortigen trennt. Während in ihren Gemälden und skulpturalen Objekten das Diesseitige wörtlich im Vordergrund steht, zeigt sie uns in ihrer Video-Installation „Daedalus misses Icarus“ die Welt dahinter. Im Durchblick erscheint die Natur, deren Gesetze Ikarus herausfordert.

MARIE LUISE GRUHNE
Wiesbaden, Museum
Wiesbaden, 10–17 Uhr,
bis 29. September 2024

POP

Ronan Keating



Foto Ray Burmiston

Seine erfolgreiche Musikkarriere begann 1994 mit der Boyband Boyzone. Von da an war Keatings Weg in der Musikszene unaufhaltsam. 1999 landete er mit seinem Solo Hit „When You Say Nothing At All“, aus dem Sound-

track von „Notting Hill“, seine erste eigene Nummer-eins-Single. Es folgten viele erfolgreiche Alben bei dem er intensiv am Songwriting beteiligt war. Doch neben seiner Liebe zur Musik hat Keating auch seine Leidenschaft als Radio- und TV-Moderator entdeckt. Das Publikum darf sich auf eine einzigartige Live-Performance freuen, ein Sänger und Performer, der die Bühne mit seiner Musik zum Leben erweckt.

RONAN KEATING
Mainz, Zitadelle, 19 Uhr



Foto Monumentum

WELTMUSIK

The Staples Jr. Singers

Vor fast 50 Jahren nahmen die Staples Jr. Singers ihr erstes und einziges Album „When do we get paid“ auf. Ihre Songs beschäftigten sich mit dem, was sie sahen und erlebten: die Gegenreaktion auf die Aufhebung der Rassentrennung, die Armut, die Bürgerrechte. „Diese Lieder haben eine Bedeutung für einige der Dinge, die wir durchgemacht haben“, sagte Annie, eine

der Geschwister. Sie brachen die Tradition und schrieben Songs, die „Stone Cold Soul“ waren. Gospel klang plötzlich funky und smooth. Drei Generationen und viele Auftritte später kann man sie nun mit ihrem neu aufgelegten Album in alter Frische erleben.

THE STAPLES JR. SINGERS
Frankfurt, Palmengarten, 20 Uhr

THEATER

Was Ihr wollt



Foto Uwe Dettmar

Die unsterbliche Komödie um Schein und Sein als bunter Traum zwischen Melancholie und Leichtigkeit. Die bitersüße Romanze zwischen dem liebeskranken Fürsten Orsino und der als Mann verkleideten Hosenrolle Viola als Parabel über Selbstbetrug und Liebesrausch. Zwischen irrsinniger Komödiantik und galligem Ernst pendelnd, werden Abgründe der menschlichen Seele voller Gedankenpracht und Sinneslust ausgeteilt. In Shakespeares kleinem Welttheater wird der ganze Kosmos von Liebe, Lust und Leidenschaft durchschritten.

WAS IHR WOLLT
Frankfurt, Die Dramatische
Bühne im Grüneburgpark,
20.15 Uhr

KINDER

Alpaka Spaziergang

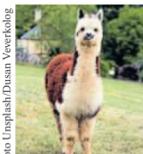


Foto Unsplash/Dusan Veverkolog

Über die Ferien sind die pelzigen Vierbeiner von der in Eiltville gelegenen Kisselmühle jeden Dienstag und Donnerstag auf der Tierwiese vor dem Kloster Eberbach zu Gast. Alle Wissbegierigen von sechs Jahren an können zwischen 14 und 17 Uhr das Team des Hofes mit Fragen rund um Alpakas und Lamas löchern. Das eigentliche Highlight ist aber der Spaziergang mit den Tieren über das Gelände des historischen Klosters.

ALPAKA SPAZIERGANG
Eiltville, Kloster Eberbach, 14 Uhr

Alle Termine
finden Sie
online unter
faz.net/vk

Zwangloses Kennenlernen
Bei „Walk & Talk“ treffen sich meist Jüngere, darunter viele, die neu in der Stadt sind. Sie suchen keine Dates, sondern wollen ihren Freundeskreis erweitern.

Foto Michael Braunschädel

Erst eins, dann zwei, dann drei, es werden immer mehr junge Leute, die sich am Samstagmittag an der Äquatorialsonnenuhr am Frankfurter Mainufer treffen. Einer nach dem anderen geht vorsichtigen Schrittes auf die kleine Menschenmenge zu und fragt: „Seid ihr auch für den Walk hier?“ Nicken und Lachen sind die Antwort. Noch sind hier einige Teilnehmer unsicher, was sie erwartet – schließlich geht man nicht jeden Tag mit dem Ziel spazieren, neue Freunde zu finden.

Doch sobald sich die Menge in Bewegung setzt, ist die Anspannung verflogen. Junge Frauen und Männer, die meisten zwischen 25 und 35 Jahren, haben Lust auf neue Begegnungen. Obwohl der Spaziergang erst am Vorabend angekündigt wurde und das Wetter morgens schlecht war, sind mehr als 50 Leute gekommen. Sie haben Lust auf Gespräche, und in Bewegung zu sein macht den Austausch ungezwungener.

Als Erstes führt die einstündige Route über den Eisernen Steg. Anne und Jule laufen zufällig nebeneinander und kommen ins Gespräch. Beide leben gern in Frankfurt, sie sind wegen der Arbeit an den Main gezogen. Allerdings wäre es an der Uni noch leichter gewesen, Kontakte zu knüpfen, sagen sie beide. Bei der Arbeit dagegen hätten viele Kollegen bereits Familie oder gefestigte Freundschaften. Jetzt suchen sie neue Wege, um Freundschaften aufzubauen.

Genau deshalb organisiert Alicia, die selbst erst seit knapp zwei Jahren in Frankfurt wohnt, das Format „Walk & Talk“. Bei Spaziergängen am Wochenende will sie eine entspannte Atmosphäre schaffen, um neue Menschen in der Großstadt kennenzulernen. Über ihren Instagram-Account „lebenwiegottinfrankfurt“, der fast 100.000 Follower hat, kündigt sie die Treffen an. Normalerweise postet sie dort Empfehlungen für Restaurants, Cafés oder Events in der Region. Die Influencerin will jedoch anonym bleiben und veröffentlicht deshalb weder ihren Nachnamen noch ihr Foto.

Die Idee der „Walks“ habe sie aus den USA übernommen, inzwischen ist die Idee aber auch in deutschen Großstädten wie Berlin, Köln und München angekommen. In Frankfurt sollen alle zwei Wochen jeweils eine bis anderthalb Stunden lange Spaziergänge stattfinden – mit der Möglichkeit, sich am Ende untereinander zu verabreden.

Einen Unterschied zu dem amerikanischen Modell gibt es jedoch: Ursprünglich wurde das Format unter dem Namen „Girls Walking and Talking“ nur für Frauen ins Leben gerufen, um einen „safe space“ zu schaffen. In Frankfurt hat sich die Veranstalterin Alicia nach einigen Treffen nur mit Teilnehmerinnen aber nun dazu entschlossen, den Walk für alle Geschlechter zu öffnen: „Das Interesse war auch von Männern da, deshalb wollte ich das nicht eingrenzen.“ Ein sicherer Ort soll es dennoch bleiben, Freundschaften stehen hier im



Lasst uns einfach mal zusammen reden

Spaziergang statt Kneipe: Die Teilnehmer der „Walk & Talk“-Treffen wollen sich bei Tageslicht kennenlernen. Im besten Fall finden sie dabei neue Freunde – was in der Großstadt auch für Jüngere nicht immer leicht ist.

Von Celine Seeger

Vordergrund – ein Dating-Format soll es explizit nicht werden.

Das ist auch Karina, Jenny und Martina wichtig. Sie haben sich zufällig am Ende der Gruppe wiedergefunden und lernen sich gerade kennen. „Es muss klar sein, dass die Leute da sind, um Freunde zu finden“, sagt die 40 Jahre alte Jenny, die ursprünglich aus Italien kommt und seit fast einem Jahrzehnt in Frankfurt lebt. Auch die gebürtige Frankfurterin Karina will nicht, dass das Event zum „Speeddating“ wird. Grundsätzlich sehen die drei Frauen es aber entspannt. Fühle man sich unwohl, kön-

ne man ja jederzeit den Spaziergang verlassen – das sei ein Grund mehr, warum ihnen die ungezwungene Veranstaltung gefalle. Generell sei man aber hier, um neue Menschen kennenzulernen – egal welchen Geschlechts.

An der Deutschherrnbrücke bahnt sich die Menschentraube auf der Treppe einen Weg nach oben – die Gruppe entzerrt sich ein bisschen. In der Mitte laufen drei junge Männer zusammen. Für Tobias ist der Spaziergang ein „Blick über den eigenen Tellerrand“ – er will neue Menschen kennenlernen und schätzt an der Veranstaltung, dass fast

alle allein gekommen sind. Das mache es leichter, in Kontakt zu kommen, und verhindere, dass sich immer die gleichen Gruppen bilden. Im Gegensatz zu Jule und Anne finden die drei Männer es aber schwieriger, in einer Großstadt wie Frankfurt neue Freunde zu finden. Die Stadt sei anonym, und man sei oft abgeschottet, ganz anders als auf dem Dorf. Dort entstehe der Kontakt zu Nachbarn oder im Sportverein ganz natürlich. Dominik erzählt von einer neuen Kollegin. Mehrere Wochen habe es gedauert, bis sich herausgestellt hätte: „Sie wohnt direkt neben einer anderen Kollegin, aber

die beiden haben sich noch nie gesehen.“ Seine beiden Begleiter lachen; auch sie kennen solche Geschichten und finden die Großstadt „absurderweise“ oft einsam.

Ein ganz anderer Grund hat Tim zum „Walk & Talk“ geführt: Der Dreißigjährige will raus aus seiner „Bubble“, wie er es nennt. Mit der „Bubble“ meint er die Finanzbranche, in der er beruflich tätig ist. In Frankfurt lerne er oft Menschen aus dem Finanzwesen kennen und diskutiere über die gleichen Themen. Deshalb versuche er, mit solchen Veranstaltungen aus seiner „Komfortzone“ he-

rauszukommen und neue Leute kennenzulernen. Ihn überrascht, wie viele unterschiedliche Menschen an dem „Walk“ am Mainufer teilnehmen – von Frankfurt habe er eigentlich ein ganz anderes Bild.

Vom Hafepark aus läuft die Gruppe zurück zum Startpunkt – der Äquatorialsonnenuhr. Veranstalterin Alicia erzählt von einer Aktion, die sie vor einiger Zeit auf ihrem Instagram-Kanal gestartet hat. Sie hatte ihre Follower dazu aufgefordert, sich in Gruppen zu vernetzen und untereinander kennenzulernen. Die Resonanz sprach für sich: „Ganz viele haben gefragt: Darf ich auch noch in eure Gruppe?“ Eine einfache Möglichkeit, das „Digitale ins Analoge“ zu holen, wie sie es nennt – und ihre Follower einmal persönlich „face to face“ kennenzulernen. Sie lacht, denn zwei dieser neuen virtuellen Freunde haben auch ihren letzten Spaziergang besucht. Die beiden seien inzwischen gut befreundet.

Am Ziel des Spaziergangs zeigt sich ein anderes Bild als noch 60 Minuten zuvor: Kleine Gruppen haben sich gebildet, es wird gelacht, Nummern werden ausgetauscht und Verabredungen zum Kaffee getroffen. Unsicher ist niemand mehr, allein auch nicht. Aus der Menge hört man zum Abschluss des Spaziergangs einen Satz, der von viel Nicken begleitet wird: „Bei so vielen Leuten muss man einfach jemanden finden, der passt.“

Party am „trimodalen Umschlagplatz“

Das Osthafenfestival lockt am Wochenende mit Wasserspielen, Livemusik und Industrieromantik

Inoffiziell trägt Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst auch den Titel „Festdezernentin“. Den hat die FDP-Stadträtin mit mehreren Eröffnungsrundfahrten in verschiedenen Fahrgeschäften auf der Dippemess' und dem Wäldchestag erworben. Und wohl auch deshalb ist es ihr bei der Vorstellung des Programms des Osthafenfestivals, das am nächsten Wochenende stattfindet, ein Anliegen, zu betonen, dass sie das in ihrer Rolle als Wirtschaftsdezernentin tat. „So wunderbar das Fest mit all dem ist, was es für die Großen mit Musik und Industrieromantik und die Kleinen mit Wassersport, Besuchen auf dem Feuerlöschboot der Stadt oder Hafenerundfahrten, zu bieten hat: Das Osthafenfestival soll vor allem den Frankfurtern vermitteln, dass wir keine zehn Minuten von der Innenstadt entfernt einen funktionierenden Hafen haben, der zu den zehn wichtigsten in Deutschland zählt“, sagte Wüst – und hob hervor, dass der Hafen als „trimodaler Umschlagplatz“ für Transporte zu Schiff, per Bahn und Lastwagen für den Wirtschaftsstandort Frankfurt nach wie vor von großer Bedeutung sei. „Sie müssen nur schauen, welche internationalen Firmen auf den Containern stehen, um zu begreifen, wie wichtig der Hafen ist.“

Deshalb, fügte Bianca Winkel, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit beim Ha-



Stimmungsvolles Hafengebieten: Szene von der Bootsparade während des Osthafenfestivals vor zwei Jahren
Foto Bernd Kammerer

fenbetreiber HFM, hinzu, decke ihr Unternehmen „mit voller Überzeugung“ aus seinem PR-Etat jene Kosten für das Fest, die trotz der Gebühren für die rund 50 gastronomischen Angebote und Einnahmen aus Sponsoring beispielsweise durch die Namensvergabe der vier Bühnen offenblieben. Das Festival steigere das Ansehen des Hafens in der Nachbarschaft und in der ganzen Stadt. „Die HFM hat ein paar Jahre vor dem Hundert-Jahre-Jubiläum 2012 mit einem Tag der offenen Tür angefangen und gemerkt, wie gut das Angebot ankam. Seither hat sich das Fest etabliert.“ Das Osthafenfestival finde nun alle zwei Jahre im Sommer statt, immer nur am Samstag und Sonntag, weil eine Eröffnung am Freitag den Hafenbetrieb zu sehr erschweren würde.

Im Jahr 2022 kamen laut Winkel rund 250.000 Besucher. Diese hätten tagsüber vor allem die Möglichkeiten genutzt, sich die Zeit mit Hafenerundfahrten und Wassersportaktivitäten wie Stand-up-Paddling und Waterbikes oder mit einem Bad im Schwedlersee zu vertreiben. Abends verwandle sich der Osthafen auch in diesem Jahr dann zu einem Musikfestivalgelände mit rund 50 Musikkonzerten vom Klassiker wie Lou Bega mit seinem 25 Jahre alten Hit „Mambo No. 5“ bis zu Newcomern, denen die Gelegenheit zur Profilierung geboten

werde. Das Festival-Wochenende lebe vor allem vom industrieromantischen Flair, wenn der Hafenbetrieb ruhe. Insgesamt werden nach Angaben von Festival-Organisator Thiemo Gutfried gut 100.000 Quadratmeter Festivalfläche bespielt – er bezieht dabei außer den je einen Kilometer langen Planiermeilen entlang des Hafengebieten und der Lindleystraße auch das Wasser selbst mit ein, das nur während des Festivals für die Öffentlichkeit zugänglich ist.

Zwei Transportwege in den Osthafen gibt es nur an den beiden Festivaltagen: Zum einen verkehrt die Primus-Linie mit ihren Schiffen zwischen dem Eisernen Steg und dem Hafengebieten. Zum anderen fährt eine historische Eisenbahn auf den alten Schienen entlang des Mains zwischen Innenstadt und Osthafen. Der öffentliche Nahverkehr fährt auf den klassischen Wegen, aber in dichtem Takt als üblich und am Samstag bis zwei Uhr in der Nacht. Bootsbesitzer, die am Samstag von 22 Uhr an im Hafengebieten an einer Bootsparade teilnehmen wollen, können ihr Wasserfahrzeug bei den Veranstaltern anmelden. dme.

Das Osthafenfestival findet am Samstag von 14 bis 1.30 Uhr und am Sonntag von 12 bis 23 Uhr statt. Alle Informationen und Anmeldung online unter der Adresse www.osthafenfestival.de.

Keine Busse im Frankfurter Osten

In den östlichen Stadtteilen fallen seit Montag mehrere Buslinien der In-City-Bus GmbH (ICB) aus. Grund ist nach Angaben der ICB, dass der Betriebsrat des ICB-Betriebs Flinschstraße den Dienstplänen für die Wochentage Montag bis Freitag nicht zugestimmt hat. Die Mitarbeiter könnten daher nur an den Wochenenden eingesetzt werden. Betroffen sind demnach unter anderem die Linien 38, 40, 41, 42 und 44 sowie die Metro- und Nachtbuslinien, die vom Standort Flinschstraße aus bedient werden. Die Fahrten vom Betriebsrat Flinschstraße sind demnach nicht berührt. Nach Angaben der ICB stellt der Betriebsrat Forderungen, die bei den jüngsten Tarifverhandlungen nicht durchgesetzt worden seien. Weil er die Einrichtung einer Schlichtungsstelle abgelehnt habe, wolle die Geschäftsführung dies nun mit einem Gerichtsverfahren erreichen. Zwei Subunternehmen hätten am Montag Fahrten übernommen, mit weiteren sei die ICB im Gespräch.

Mobilitätsdezernent Wolfgang Siefert (Die Grünen) habe ein Vermittlungsgespräch angeboten. Die SPD fordert ein Ersatzangebot, weil die Straßenbahnlinie 12 wegen Gleisarbeiten am Ratsweg umgeleitet werde und die Menschen im Osten Frankfurts in den nächsten drei Wochen besonders auf den Nahverkehr angewiesen seien. bie.

Neue Hoffnung in Deutschland

RHEIN-MAIN Jedes Jahr vergibt das Land Stipendien für geflüchtete Studenten, Promovierende und Wissenschaftler an hessischen Hochschulen. Drei Stipendiaten erzählen von ihrem Leben in ihrer Heimat, der Flucht und ihrem neuen Alltag.

Von Louise Otterbein



Frei: Angeela Dadwar Ahmadi lebt in Darmstadt. Foto: Lucas Bäuml



Erleichtert: Oğuz Erdoğan nach seiner Prüfung. Foto: Philipp Hannappel



Angekommen: Olesia Zvezdova erlebt wieder Alltag. Foto: Frank Röth

Von den Taliban vertrieben

Angeela Dadwar Ahmadi, Afghanistan

Mehr als drei Jahre lang durfte sie nicht arbeiten. Auch ihre Wohnung durfte sie ohne männliche Begleitung nicht verlassen. „Ich war eine Gefangene in meinem eigenen Zuhause“, sagt Angeela Dadwar Ahmadi. Deswegen sei ihr Englisch gerade auch nicht so gut, sie entschuldigt sich. Sie habe es verlernt in dieser Zeit. Erst vor zwei Monaten flüchtete die Wissenschaftlerin aus Afghanistan nach Deutschland, zusammen mit ihrem Mann und den drei gemeinsamen Kindern. Seit der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 änderte sich ihr Leben schlagartig. „Ich war da gerade in Pakistan an einer Universität und habe an meiner Doktorarbeit in Pädagogik gearbeitet“, sagt Dadwar Ahmadi. Sie hatte diese Möglichkeit durch ein Stipendium bekommen. Doch die Taliban führten nach kurzer Zeit ein Hochschulverbot für alle Frauen ein, sodass auch die Finanzierung ihrer Arbeit gestoppt wurde. „Ich saß in Pakistan fest, und mir ging das Geld aus. Ich hatte keine andere Wahl, als nach Afghanistan zurückzugehen“, sagt sie. Dort konnte ihre Familie ihr finanziell helfen. Doch ihr Leben war in Gefahr. „Als ich in Pakistan war, hatte ich schon auf Social Media gesehen, wie die Taliban vorgehen, vor allem wie sie die Rechte der Frauen und Mädchen einschränken“, sagt sie.

Dass sie in Deutschland nun in Sicherheit lebe, könne sie manchmal noch nicht glauben. Auch, dass sie endlich wieder

arbeiten dürfe, das erfülle sie mit Glück. „Mir hat das Arbeiten so sehr gefehlt. Ich bin Akademikerin, und plötzlich durfte ich nicht mehr lernen, nicht mehr forschen. Das war schlimm.“ An der Technischen Universität Darmstadt nimmt Dadwar Ahmadi nun nach mehr als drei Jahren ihre Arbeit wieder auf. Über ein Netzwerk für Wissenschaftler in Gefahr sei sie auf die TU Darmstadt aufmerksam geworden. Dort habe man ihr das Stipendium empfohlen. In Deutschland angekommen, entwickelt sie nun zusammen mit Professoren der Uni ein neues Promotionsthema.

Der Weg bis dahin war lang und voller Risiken. „Als wir ausreisen wollten, dachte ich kurz, dass der Traum doch noch platzt“, sagt sie. „Mein Mann wurde am Flughafen festgehalten und lange von den Taliban verhört.“ Sie habe große Angst gehabt. Dann kam die Erleichterung. In Deutschland könne sie endlich frei atmen. Nun gewöhne sich die Familie an das neue Leben in Freiheit. „Meine Kinder lernen gerade deutsch, sie sind schnell. Vielleicht können sie meine Lehrer werden.“

Ein Fonds für Verfolgte

Seit 2016 vergibt das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur über das Programm HessenFonds Stipendien an besonders talentierte und leistungsstarke geflüchtete Studenten, Promovierende sowie Wissenschaftler an den staatlichen Hochschulen in Hessen. In ihrer Heimat sind sie von Verfolgung bedroht. Jedes Jahr können sich Inte-

ressierte für das Programm bewerben und seit 2022 auch nominiert werden. Zwei Mal im Jahr wird das Programm ausgeschrieben. Bisher hat das Land damit 328 geflüchtete Menschen gefördert. Die Stipendien sind mit insgesamt 900.000 Euro dotiert und laufen in der Regel ein Jahr lang. Die größte Gruppe der Stipendiaten in diesem Jahr kommt aus der Ukraine.

Vom Staat unterdrückt

Oğuz Erdoğan, Türkei

„In der Türkei gibt es keine echte Demokratie. Es ist kein Rechtsstaat“, sagt Oğuz Erdoğan. „Deswegen hatten meine Familie und ich keine andere Wahl, als das Land zu verlassen.“ Erdoğan ist 34 Jahre alt und studiert Rechtswissenschaften im Master an der Philipps-Universität Marburg. In seiner Heimat Ankara hatte er das Studium bereits abgeschlossen und arbeitete als Doktorand an der Universität. Sein Fachgebiet: Strafrecht. „Das war mein Traumjob“, sagt er. Doch seine Freiheit und die seiner Familie wurde zunehmend bedroht. „Meine Frau wird in der Türkei politisch verfolgt“, sagt Erdoğan. „Genauer möchte er darauf nicht eingehen, das sei zu gefährlich.“ „Mir wurde klar, dass die Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei völlig zerstört war.“ Daraufhin hätten sie beschlossen, ihr Land, die Karriere und die Familie hinter sich zu lassen und in Deutschland ein neues Leben zu beginnen. Das war vor viereinhalb Jahren.

In Deutschland will er seine Promotion nun fortführen, besser gesagt neu beginnen. Dafür musste er sein Masterstudium hier wiederholen. Erst Anfang

Juli hatte Erdoğan seine mündliche Abschlussprüfung. Im Stipendiatenprogramm des HessenFonds ist er seit 2023. Auch wenn er aus der Türkei fliehen musste, hat der Rechtswissenschaftler große Hoffnung für seine Heimat. Deswegen will er sich dem türkischen Rechtssystem auch in seiner Doktorarbeit widmen. Er plant, die Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf das deutsche und türkische Strafrecht zu vergleichen. Über die Zustände in der Türkei zu sprechen ist ihm wichtig: „Jemand muss es machen. Alle müssen wissen, wie viel Ungerechtigkeit dort herrscht“, sagt er. Auch der EU macht er Vorwürfe, sie ignoriere „die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.“

Oft fehlt ihm seine Heimat, auch wegen der restlichen Familie, die dort lebe, sagt er. Doch zu gehen sei der richtige Schritt gewesen. „Es war mühsam und schwierig, aber heute, wenn ich zurückblicke, bin ich froh über diese Entscheidung.“ Deutschland sei seine zweite Heimat geworden. Erdoğan's älteste Tochter war ein Jahr alt, als er und seine Frau flüchteten. „Meine Kleine ist hier vor drei Jahren geboren“, sagt er. Er ist stolz, dass die beiden nun zweisprachig aufwachsen können. „Sie sprechen miteinander deutsch, das finde ich toll.“ Manchmal frage seine ältere Tochter ihn, wieso sie nie in die Türkei fahren. Das mache ihn traurig. Aber seine Frau und er haben keine andere Wahl. „Solange die Türkei nicht zu einer echten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit findet, können und wollen wir nicht zurück.“

Vor Bomben geflüchtet

Olesia Zvezdova, Ukraine

Als ihr Sohn Tymur plötzlich aufgehört hat, zu sprechen, wusste Olesia Zvezdova, dass es Zeit ist, die Ukraine zu verlassen. „Er war da gerade anderthalb Jahre alt und hatte angefangen, die ersten Wörter zu lernen“, sagt sie. Im Winter 2022 packte sie ihre Sachen, nicht mehr als ein paar Kleidungsstücke und Spielzeug für ihren Sohn, und verließ ihre Heimat Mykolajiw. Die Stadt, die zwischen Odessa und Cherson am Schwarzen Meer liegt, wurde seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar desselben Jahres bombardiert. Jetzt lebt sie in Mainz und forscht als Postdoktorandin an der Goethe-Universität in Frankfurt. Seit Oktober 2023 wird sie durch das Stipendiatenprogramm gefördert. Die Politikwissenschaftlerin ist 36 Jahre alt, hat zwei Masterabschlüsse von der Petro Mohyla Black Sea National University in internationalen Beziehungen sowie in Psychologie und promovierte in der Politikwissenschaft. Ihr Forschungsgebiet verbindet die Disziplinen: Sie forscht zu psychologischer Kriegsführung und den Einflussnahmen auf internationalen Beziehungen.

„Ich bin zwar Politikwissenschaftlerin, aber ich bin anscheinend sehr schlecht im Prognostizieren“, sagt sie. Das Ausmaß der Eskalation in der Ukraine habe sie nicht vorhergesehen. Ihrer Mutter sagte sie immer, sie solle sich keine Sorgen machen. Auch nach dem 24. Februar hat sie daran geglaubt, dass es in ein oder zwei Wochen vorbei ist. „Im 21. Jahrhundert, im Zentrum von Europa, ich dachte, so etwas kann nicht passieren“, sagt Zvezdova. Deshalb harrete sie auch nach dem Überfall Russlands so lang in Mykolajiw aus, trotz der täglichen Bombenangriffe. „Ich habe Wochen gewartet, dann Monate.

Aber es hörte nicht auf.“ Also machte sie sich auf den Weg, zu Fuß über die Grenze in Richtung Deutschland.

Anders als viele andere hat Zvezdova nie davon geträumt, ins Ausland zu ziehen. Sie wollte immer in der Ukraine bleiben. „Ich hatte das perfekte Leben“, sagt die Politikwissenschaftlerin. „Ich hatte große Pläne für meine Zukunft, eine wunderschöne Wohnung, ein ruhiges und vorhersehbares Leben.“ Wenn sie daran denke, dass sie sich in der Ukraine teure Desigermöbel für ihre Wohnung gekauft habe und jetzt euphorisch werde, wenn sie günstige, gebrauchte Möbel im Internet finde, komme ihr ihre neue Realität manchmal etwas absurd vor. „Aber mir ist bewusst geworden, was wirklich wichtig ist: Liebe und Sicherheit.“ Das habe sie bereits am Anfang gemerkt. Die Zeit im Flüchtlingsheim in Mainz, wo sie und ihr Sohn die ersten vier Monate lebten, sei besonders prägend gewesen. „Es war eine tolle Gemeinschaft. Wir hatten alle den gleichen Schmerz, dadurch war niemand allein“, sagt sie. „Als wir die Unterkunft dann verlassen mussten, war ich sehr traurig.“

Mittlerweile erlebt sie wieder so etwas wie Alltag. Auch weil ihre Mutter nachgekommen ist. Ob und wann sie nach Deutschland gekommen wäre, wenn ihr Sohn nicht gewesen wäre, weiß sie nicht. Doch sie ist glücklich, dass sie jetzt hier in Sicherheit sind. „Ich bin dankbar, Teil dieser Gesellschaft zu sein, hier leben und forschen zu dürfen“, sagt Zvezdova. „Und mein Sohn lernt jetzt sogar zwei Sprachen.“

AUF EIN WORT



Greta Stullich, 21 Jahre, Hochschule Rhein-Main Wiesbaden, 1. Semester Bachelor Soziale Arbeit

Lernt nicht gern online

Was liegt an diese Woche?
Am Samstag habe ich Blockunterricht im Fach „Soziale Probleme“. Das wird nicht besonders Spaßig.

Was gefällt Ihnen an dem Fach, das Sie studieren?
Bereits in der Schule hat mir der Pädagogikunterricht gut gefallen, und das Studium schließt jetzt an diese Inhalte an. Vor allem die Themen Kindheit und Jugend liegen mir am Herzen. Darauf möchte ich mich später spezialisieren.

Und was stört Sie?
Momentan habe ich ein Modul, das nur online stattfindet. Jedes Mal gibt es Probleme mit dem Internet. Und weil die Dozentin aus Peru zugeschaltet ist, kommt sie aufgrund der Zeitverschiebung leider häufig zu spät. Dadurch fühle ich mich nicht richtig auf die anstehende Prüfung vorbereitet.

Was wollten Sie Ihrem Hochschulpräsidenten schon immer mal sagen?
Da ich nicht weiß, wer das ist, habe ich keine Ahnung, was ich ihm sagen könnte.

Ihr Lieblingsort in der Hochschule?
Die Mensa, weil es dort etwas zu essen gibt – und ich esse sehr gern.

Und wohin gehen Sie auf keinen Fall, wenn Sie nicht müssen?
Ich gehe grundsätzlich nicht gern die Treppen hoch. Ich bin kein Treppenfahner.

Wo ist in der Hochschule der beste Ort zum Flirten?
Ich flirtete tatsächlich gar nicht. Aber wenn es einen guten Platz gibt, dann bestimmt vor der Mensa. Dort halten sich die meisten Leute auf.

Wie wohnen Sie?
Ich wohne mit meinen zwei Katzen in einer Einzimmerwohnung. Ich lebe allerdings noch nicht so lange hier. Eigentlich komme ich aus Dortmund.

Wie finanzieren Sie Ihr Studium?
Ich gehe neben dem Studium arbeiten. Ich bin Werkstudentin bei einer Elterninitiative. Außerdem werde ich durch meine Eltern unterstützt.

Wo gehen Sie abends am liebsten hin?
Abends gehe ich am liebsten ins Bett. Hier in Wiesbaden ist das Nachtleben nicht so groß, daher war ich in der Hinsicht noch nicht so viel unterwegs.

Was gefällt Ihnen an Wiesbaden, was nicht?
Wiesbaden ist eine sehr schöne Stadt. Vor allem wenn man vorher in Dortmund gelebt hat, wo vieles im Krieg zerstört wurde. Tolle Architektur und auch die Natur gefällt mir. Das Nachtleben mag ich wie gesagt nicht so sehr.

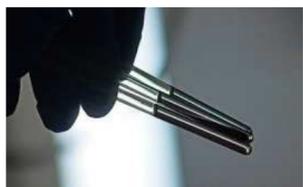
Was wollen Sie nach dem Studium machen?
Stand jetzt möchte ich im Bereich Kinder- und Jugendhilfe oder auch therapeutisch arbeiten. Das wäre mit einer Fortbildung möglich. Aber das kann sich ja alles noch ändern.

Aufgezeichnet von **Friederike Nottrott**.
Foto: Marcus Kaufhold

Einfacher Aufbau, präzise Ergebnisse

MAINZ Forschern der Gutenberg-Universität ist gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universität Berkeley ein entscheidender Schritt in der Nullfeld-Magnetresonanztomographie und damit hin zur Präzisionschemie gelungen. Es geht um die Frage, wie die Strukturen bestimmter Moleküle aussehen und diese miteinander wechselwirken.

Die Forscher setzten dabei auf die Nullfeld-Magnetresonanztomographie, kurz Nullfeld-NMR, die Vorteile gegenüber der meist eingesetzten Magnetresonanztomographie bietet. Dafür muss normalerweise aufwendig das Erdmagnetfeld abgeschirmt werden. Aber die



Wissenschaftler haben ein einfacheres Verfahren entwickelt. Sie mischten Ammonium-Salz mit Wasser, gaben Deuterium dazu und konnten so die einzelnen Spektren analysieren. Ein fingernagelgroßes Werkzeug, das auf dem Markt erhältlich ist, reichte. Auch ein magnetisch abgeschirmter Raum war unnötig, es genügt ein magnetisch abgeschirmter kompakter Messaufbau. **mocho.**

Nukleare Pasta in Neutronensternen

DARMSTADT Wissenschaftler der TU Darmstadt haben gemeinsam mit Forschern des Niels-Bohr-Instituts in Kopenhagen neue Erkenntnisse über Neutronensterne gewonnen. Dies sind Himmelskörper, in die Astrophysiker nicht hineinsehen können. In ihnen ist die Materie bis zu fünfmal so dicht gepackt wie in einem Atomkern, neben Schwarzen Löchern sind sie die dichtesten Objekte im Weltall. Unter den extremen Bedingungen kann Materie exotische Zustände annehmen. Eine Hypothese ist, dass sich die Bausteine der Atomkerne – Protonen und Neutronen – zu Platten und Fäden verformen, ähnlich wie

Lasagne oder Spaghetti, weshalb Fachleute auch von „nuklearer Pasta“ sprechen.

Die Forscher fanden heraus, dass in der inneren Kruste von Neutronensternen nicht nur Neutronen, sondern auch Protonen aus Atomkernen „herausfließen“ und die „nukleare Pasta“ stabilisieren können. Ein Neutronenstern besteht zu etwa 95 Prozent aus Neutronen und zu fünf Prozent aus Protonen. Die Neutronen „tropfen“ aus den Kernen heraus, ein Phänomen, das als „neutron drip“ bezeichnet wird. Die Forscher konnten zeigen, dass das auch für Protonen gilt, also ein „proton drip“ existiert. Diese aus Protonen bestehende Phase koexistiert im Gleichgewicht mit den Neutronen. Damit konnte das Team das Bild der Kernmaterie in der Kruste von Neutronensternen verfeinern. **mocho.**

Wächter gegen anstößige Bilder

DARMSTADT Informatiker der TU Darmstadt und des Hessischen Zentrums für Künstliche Intelligenz haben eine Methode entwickelt, mit der sich mithilfe von Vision-Language Modells bestimmte Bildinhalte in großen Datensätzen oder von Bildgeneratoren filtern, bewerten und unterdrücken lassen.

Mithilfe von Künstlicher Intelligenz können Objekte in Bildern und Videos identifiziert werden. Die Forscher haben eine Methode namens „LavaGuard“ entwickelt, mit der sich bestimmte Bildinhalte filtern lassen. Das Tool nutzt dazu sogenannte Vision-Language Modells. Im Gegensatz zu Large Language Mo-

dels wie etwa ChatGPT, die nur Text verarbeiten können, sind Vision-Language Modells in der Lage, Bild- und Textinhalte gleichzeitig zu erfassen. „LavaGuard“ kennzeichnet problematische Inhalte nicht nur, sondern liefert Erläuterungen zu seinen Bewertungen, indem es Inhalte in Kategorien einteilt und erklärt, warum sie als sicher oder unsicher eingestuft werden. **mocho.**



Zwei Tage voller Angebote



amazon
prime day

Exklusiv für Prime-Mitglieder

Sorge um die Schweine, aber nicht um die Schnitzel

FRANKFURT Seuche ängstigt Bauern, Fleischer weniger

Nachdem die Afrikanische Schweinepest (ASP) in Südhessen einen ersten landwirtschaftlichen Betrieb mit Schweinen getroffen hat, ist die Sorge bei den Tierhaltern groß. Wie der Hessische Bauernverband mitteilte, gibt es bislang keine Prognosen, wann Entwarnung gegeben werden kann. „Das hängt sehr davon ab, wie der weitere Verlauf sich gestaltet“, teilt eine Verbandssprecherin mit. Der Landrat des Kreises Groß-Gerau hatte am Freitag von bis zu zwei Jahren gesprochen. Das könnten harte Jahre für die Landwirte werden, die aktuell beispielsweise erst mit Erntemaschinen auf die Felder dürfen, wenn sichergestellt ist, dass es dort keine Wildschweine oder Kadaver gibt.

Für Tierhalter gibt es nicht nur strenge Auflagen für die Hygiene rund um die Ställe, sondern auch Einschränkungen für den Transport zu Schlachtstätten. Auf die Fleischproduktion wirkt sich das bisher nicht aus, wie eine Sprecherin des Hessischen Fleischerverbands sagte. „Der Bremsweg ist lang“, sagte sie, denn jetzt kämen die Tiere zur Schlachtung, die vor sechs Monaten als Ferkel in die Mastbetriebe gekommen seien. Auch auf den Preis habe es bisher keine Auswirkungen gegeben: „Es gab nur eine kleine Delle.“ Doch es sei derzeit nicht abzusehen, wie die Betriebe mittelfristig reagieren und ob nicht manche die Schweinezucht und Mast aufgeben. In den vergangenen Jahren hatte sich die Schweinehaltung in Hessen kontinuierlich verringert.

Sorgen um Schnitzel, Würstchen und Grillsteaks müsse sich aber niemand machen, heißt es beim Fleischerverband und auch beim Produktionsbetrieb Wilhelm Brandenburg, der zur Rewe-Gruppe gehört und den Handel beliefert. „Wir beobachten die Entwicklung und stehen im Austausch mit unseren Lieferanten. Diese

spiegeln uns wider, dass die Lage derzeit stabil ist. Das gilt ausdrücklich auch für das Regionalprogramm des Unternehmens“, teilte ein Rewe-Sprecher mit.

Positive Bewertungen für die Reaktion der Behörden gab es Ende der Woche von internationalen Veterinärexperten, die für drei Tage Hessen und Rheinland-Pfalz besucht hatten. Das sogenannte EUVET-Team lobte „die schnellen, zielgerichteten Maßnahmen und die länderübergreifende Kooperation“ im Seuchengebiet und empfiehlt: „Machen Sie so weiter und suchen geduldig und akribisch.“ Die Fallzahlen in den engeren Seuchengebieten würden allerdings ansteigen, das sei in der ersten Phase eines ASP-Seuchenzugs typisch. „Zentrales Ziel ist weiterhin, das exakte Seuchengebiet zu bestimmen. Noch ist die genaue Ausbreitung und die Richtung der Ausbreitung unklar.“ Folglich sei es zum jetzigen Zeitpunkt nicht ratsam, feste Wildzäune zu installieren. Daher wird weiter mit taktischen und temporären Elektrozäunen gearbeitet. Aktuell stehen in Hessen rund 60 Kilometer dieser Zäune.

Mittlerweile wurden auf hessischer Seite 20 tote Wildschweine positiv auf das ASP-Virus getestet, in Rheinland-Pfalz wurden zwei Kadaver positiv beprobt, zudem gibt es zwei Verdachtsfälle. Der bislang älteste positiv getestete Kadaver, der in der Nähe von Rüsselsheim gefunden worden war, ist nach Einschätzung der Experten knapp drei Monate alt. So lange könnte die Seuche schon in der Region grassieren. An den Fundstellen sei die Viruslast sehr hoch, stellte das EUVET-Team fest. „Das kann für den Hausschweinebestand problematisch werden.“ Auch wenn die Tiere nicht mit Wildschweinen in Kontakt kämen, könne das Virus in landwirtschaftliche Betriebe gelangen – weil Menschen es einschleppen. cp.

Reisen teurer als im Sommer 2023

WIESBADEN Die Preise für Pauschalreisen ins In- und Ausland haben in diesem Sommer in Hessen im Vergleich zum Vorjahr teils kräftig angezogen. Wie das Statistische Landesamt mitteilte, wurden für pauschal gebuchte Inlandsurlaube im Juni 2024 binnen Jahresfrist 9,3 Prozent mehr fällig. Inlandsflüge waren

demnach um 3,3 Prozent teurer, ein Ticket im Bahn-Fernverkehr kostete 6,7 Prozent mehr. Für eine Pauschalreise ins Ausland zahlten Urlauber im Juni 2024 rund 4,2 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Auslandsflüge waren im Vergleich zum Juni 2023 dagegen um 6,4 Prozent günstiger.

Auch ein Trip innerhalb von Hessen ist kostspieliger geworden: Übernachtungen in einer hessischen Jugendherberge kosteten im Juni 2024 rund 8,7 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor. lthe.



Welcher Ranzen ist der richtige? Alexis Schmitt kommt im September in die Schule und testet in Rüsselsheim Schulranzen.

Welche Ranzen bei Kids beliebt sind

RHEIN-MAIN Nach den Ferien beginnt für Tausende Kinder in Hessen der Schulalltag. Vor der ersten Schulstunde braucht es die Ausrüstung. Dabei gilt es einiges zu beachten.

Von Laura-Marie Büll, Dominik Großpietsch (Text) und Wonge Bergmann (Fotos)

Die Zeit mit einem Kind vergeht schnell. Gerade erst ist es in den Kindergarten gekommen, schon steht gefühlt die nächste große Veränderung an: die Einschulung. Da darf der Schulranzen nicht fehlen. Im Schulalltag tragen die Kinder viel mit sich herum. Neben Hefen, Büchern und Stiften finden darin auch Bastelmaterialien, die Essensbox und die Trinkflasche Platz. Bei der richtigen Auswahl gibt es deshalb einiges zu beachten – schließlich soll die Schultasche nicht nur schön aussehen, sondern auch richtig sitzen.

Beratung gibt es vielerorts – unter anderem in Fachgeschäften wie Emig in Rüsselsheim. Das Schild „Büro Emig“ außen am Laden ist noch aus anderen Zeiten. Peter Emig führt das Unternehmen in der dritten Generation und bietet seit etwa zehn Jahren eine ziemlich professionelle Schulranzenberatung an. Hier kaufen nicht nur Familien aus der unmittelbaren Umgebung ein, sondern aus der gesamten Region. Zum Beispiel Familie Schmitt, die extra aus Darmstadt hergekommen ist.

Heute soll Alexis Schmitt einen Ranzen für seine Einschulung im September aussuchen. Mit großen Schritten hechtet er die Treppe im Laden hinauf in die obere Etage. Alle Regale sind mit bunten Ranzen gefüllt. Viele sind in Pastellfarben gehalten, andere zieren Regenbogen, Weltallmotive oder Drachen.

Der Schulranzenverkauf ist ein großer Markt in Deutschland. Im Jahr 2023 wurden laut Statistischem Bundesamt 830.600 Kinder in Deutschland eingeschult, das entspricht 2,1 Prozent oder 17.000 Kindern mehr als im Jahr zuvor.

Manche der Schulranzen, nicht nur bei Emig, sind längst echte Klassiker, sagt René Sulikowski von Schreibwaren Sulikowski. Der Betrieb unterhält Filialen in Liederbach und in Frankfurt-Höchst. „Pink bei den Mädels und Dinos bei den Jungs – das hat sich gefühlt nie verändert.“ Dennoch bringe im Schnitt jeder Ranzenhersteller pro Jahr zwischen sechs und acht neue Modelle heraus, führt er aus.

Es lohne sich daher, auch die Kollektion aus dem Vorjahr oder No-Name-Schulranzen anzuschauen, rät Luca Fuchs, Verkäufer bei Papier Kreis in Hanau, wo es ebenfalls Schultaschen gibt. „Die sind mit etwa 150 Euro deutlich günstiger als ein aktuelles Schulranzen-Set der bekannten Firmen, die zwischen 260 und 300 Euro kosten. Die Kinder selbst haben kein Problem mit den älteren Designs, die schauen einfach, ob ihnen das Ganze gefällt.“ Die Eltern hätten allerdings mitunter schon ein Modell herausgesucht, nach dem sie im Laden gezielt fragen würden, so der Verkäufer.

In Rüsselsheim darf sich Alexis Schmitt bei Büro Emig zunächst noch keines der Modelle aussuchen. Denn bevor das Design zur Wahl steht, prüft Peter Emig, welches Modell am besten zu Alexis' Körper passt. „Dann gucken wir jetzt erst mal, wie groß du bist“, sagt er und führt Alexis zu einer Messstation. 1,19 Meter – damit liegt der Junge im Durchschnitt. Schulranzenmodelle, die extra für sehr große oder

um festzustellen, welche Modelle sich dafür am besten eignen, werden sie zu Beginn abgedeckt. Alexis probiert Modell für Modell an, springt durch Hüpfkästchen und sprintet eine Runde über die Etage. Entscheidend ist vor allem, wie gut sich der Ranzen an den Rücken anschmiegt. Je mehr Platz zwischen Rücken und Ranzen ist, desto schlechter sitzt der Ranzen und desto stärker hüpfert er bei Bewegungen. „Der kuschelt sich an meinen Rücken“, stellt Alexis bei einem der Modelle fest. Am Ende kommen drei in die engere Auswahl. Alexis probiert alle Ranzen, die mit leichten Gewichten gefüllt sind, noch einmal an und entscheidet sich dann für eine Marke.

Jetzt endlich nimmt Peter Emig die Abdeckung ab, ein Scout-Rucksack wird sichtbar. Nun geht es in die zweite Runde: die Motivauswahl. Vor Alexis stehen zehn Scout-Ranzen. Er wählt drei aus, die er am besten findet, einer in Schwarz, einer in Grün, einer in Blau. Mutter Carmen Schmitt lächelt und glaubt bereits zu wissen, für welchen er sich final entscheiden wird. Alexis schaut sich seine Auswahl noch einmal an, betrachtet sich ausgiebig im Spiegel – und greift dann zum grünen Modell. Seine Mutter hatte recht.

Schulranzen gibt es heutzutage in der Regel nur im Set zu kaufen. Mit enthalten sind ein Sportbeutel und zwei verschiedene Mäppchen. Etwa 280 Euro kostet das Ganze. Emig sagt, Schulranzen und -rucksäcke seien in den vergangenen Jahren teurer geworden.

Bei Emig gibt es insgesamt sieben Marken. Ergobag, Scout und Step by Step seien dort besonders beliebt. Die neue Kollektion kommt im November heraus, auch wenn die Einschulung erst im Spätsommer des Folgejahres stattfindet.

Doch mit dem Kauf der Schultaschen ist es für die Eltern nicht getan. Im Unterricht ist auch ihr Inhalt wichtig – zwischen 80 und 150 Euro kostet laut Auskunft von Fachhändlern die Ausstattung für Erstklässler. Dazu gehören klassische Dinge wie Stifte, Kleber oder eine Trinkflasche. Mittlerweile kommen aber auch Dinge wie Kopfhörer hinzu, damit die Kids Tablets bedienen können. Genau beziffern ließen sich die Zusatzkosten erst, wenn die Liste der Lehrer vorliege, heißt es aus dem Fachhandel, manche würden Wert auf bestimmte Ausführungen oder Marken legen. Speziell bei der Ausstattung für den Kunstunterricht könne man sparen. Luca Fuchs rät, Dinge wie den Wasserbecher, einen Mäppchen oder den Kittel von zu Hause zu nehmen und zu schauen, was man schon hat. „Letztlich kann man auch einen günstigen Farbkasten kaufen, sofern die Vorgaben nicht so eng sind.“

Oftmals, so zeigt die Erfahrung, geht es für die Familien im weiteren Verlauf des Schullebens aber nicht nur noch um das Schreib- und Malmaterial für die Unterrichtsstunden: Nach vier Jahren hat der Ranzen meist ausgedient, etwas Cooles muss her – kein Ranzen mehr, sondern ein Rucksack. Auch die gibt es bei Büro Emig in Rüsselsheim. Familie Schmitt will im nächsten Jahr jedenfalls wiederkommen. Dann kommt ihre ältere Tochter auf die weiterführende Schule.



Voll bepackt: Alexis Schmitt hat die Qual der Wahl.



Sitzt: Peter Emig hilft Alexis Schmitt bei der Entscheidung.

ehrer kleinere Kinder angefertigt wurden, fallen damit für ihn aus.

Nun stellt Emig sechs Ranzen in einem Halbkreis vor Alexis auf, alle sind mit neonfarbenen Stoffabdeckungen überzogen, damit die Motive nicht

erkennbar sind. Der Hintergrund: Kinder in diesem Alter behaupteten stets, dass die coolen Modelle auch die bequemsten seien, erklärt Emig, das sei „einfache Psychologie“. Wichtiger aber ist, dass die Ranzen auch gut sitzen.

VERSTEIGERUNGEN

GRÜNE'S LEIHHÄUSER

Öffentliche Versteigerung der Firma
Grüne's Leihhäuser GmbH & Co. KG
 Filiale Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 8, Tel. 23 12 32
 Pfandnummern 1.697.001 bis 1.698.700 versetzt in der
 Zeit vom 18.12.2023 bis 15.01.2024 sowie nicht versteigerte
 Pfänder aus zuvor veröffentlichten Auktionssterminen.
Termin: 23. Juli 2024 im Bürgerhaus Bornheim,
 Arnburger Str. 24, 60385 Frankfurt am Main
**Versteigerer: Herr A. Rückert, öffentlich bestellter und
 vereidigter Versteigerer: www.auktionen-rueckert.de**
Letzter Einlösetag: 18. Juli 2024
 Besichtigung der Pfänder ab 8.00 Uhr, Auktionsbeginn ab 10.00 Uhr
Versteigert werden u. a.: Gold- und Silberschmuck, Uhren, Smart-
 phones, Laptops, Spielkonsolen, Fotoapparate, Gebrauchsgegenstände
 aller Art, Musikinstrumente u.v.m. (ohne Gewähr).
www.leihhaus.de

BEKANNTMACHUNGEN

Höchster Sterbekasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Niederschrift über die Mitgliederversammlung

Datum: 25.06.2024
 Ort: 65929 Frankfurt am Main, Industriepark Höchst, Gebäude C 770, Hörsaal
 Zeit: 14.30 bis 15.00 Uhr

- Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates**
 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Hemmerich, eröffnet die Mitgliederversammlung. Herr Hemmerich stellt die form- und fristgerechte Einberufung der Mitgliederversammlung sowie deren Beschlussfähigkeit fest. Er stellt weiter fest, dass die Tagesordnung der Sitzung und die Niederschrift der Mitgliederversammlung vom 28.06.2023 genehmigt sind.
- Vorlage von Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2023**
 Der Vorstandsvorsitzende, Herr Rings, erläutert die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023.
- Berichte des Vorstandes**
 Die Mitglieder des Vorstandes informieren über die Geschäftstätigkeit der Sterbekasse.
- Bericht des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2023**
 Jahresabschluss und Lagebericht 2023 haben von dem Abschlussprüfer, der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein uneingeschränktes Testat erhalten.
- Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023**
 Herr Hemmerich erläutert den Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023.
- Feststellung und Genehmigung von Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023**
 Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 werden einstimmig festgestellt und genehmigt.
- Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2023**
 Den Mitgliedern des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2023 amtiert haben, wird für diesen Zeitraum einstimmig Entlastung erteilt.
- Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023**
 Den Mitgliedern des Aufsichtsrates, die im Geschäftsjahr 2023 amtiert haben, wird für diesen Zeitraum einstimmig Entlastung erteilt.
- Information über die Bestimmung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2024**
 Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 27.05.2024 die EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 bestimmt.
- Wahl der gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung von der Mitgliederversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern und deren persönlicher Ersatzmitglieder**
 Für die ab dem 25.06.2024 beginnende neue fünfjährige Amtszeit werden Kai-Uwe Hemmerich, Matthias Jahn, Peter Konkol, Dr. Anissa Caroline Seiz, Michael Stark, Torsten Weirauch und Dr. Kai Wiesinger einstimmig in den Aufsichtsrat gewählt.
- Verschiedenes**
 Herr Hemmerich schließt die Mitgliederversammlung.

Frankfurt am Main, den 11.07.2024

gez. Kai-Uwe Hemmerich
 (Vorsitzender des Aufsichtsrates)

gez. Ulrike Bauschbach
 (Schriftführerin)

Eine Caritas im Taunus

Mitglieder stimmen Fusion zu

MAIN-TAUNUS/HOCHTAUNUS Die Mitglieder der Caritas in den Bezirken Main-Taunus und Hochtaunus haben in der vergangenen Woche dafür gestimmt, dass die beiden Verbände verschmelzen. Der Antrag des neuen Caritasverbands Taunus ins Vereinsregister ist für September geplant, wie der katholische Wohlfahrtsverband am Wochenende mitteilte.

„Unsere Einrichtungen und Dienste decken jetzt ein Gebiet von Hochheim am Main bis nach Gravenwiesbach ab“, sagt Eugenie Riffel, bisherige Vorsitzende des Verbands Hochtaunus, laut einer Mitteilung. Der Vorsitzende des bisherigen Verbands Main-Taunus, Ludger Engelhardt-Zühlsdorf, nennt die Entscheidung der Mitglieder „ein starkes Zeichen für ein künftiges gewolltes Miteinander“.

Die Geschäftsstelle des vergrößerten Caritasverbandes wird in Bad Homburg sein, dafür werden die bisherigen Räume des Bezirks Hochtaunus erweitert. In Hofheim soll der Verband laut Riffel mit einem „Co-Working-Space“ ebenfalls weiterhin vertreten sein.

Künftig hat die Caritas im Taunus nach ihren Angaben 550 hauptamtliche Mitarbeiter, zudem engagieren sich dort etwa 800 Ehrenamtliche. Zu den Angeboten zählen Kindertagesstätten, Einrichtungen für Wohnungslose, Beratungsstellen, ein Hospiz, eine Tafel, sechs Second-Handläden und Hilfe für Jugendliche, Pflegebedürftige und Senioren.

Der Zusammenschluss der Verbände folgt dem der Bezirke Hochtaunus und Main-Taunus im Bistum Limburg. Vor gut einem Monat war aus ihnen die Katholische Region Taunus hervorgegangen. Der Wohlfahrtsverband und die neue Region wollen laut Caritas „Hand in Hand“ arbeiten. ffl.

Feuer: Ein Toter im Altenheim

LIMBURG Bei einem Brand in einer Seniorenwohnanlage in Limburg ist ein Mensch tot aufgefunden worden. Laut Polizei brach das Feuer am frühen Montagmorgen in einem Zimmer aus. Die Identität der Person ist bisher nicht bekannt. Der Brand wurde gelöscht, und die Bewohner kehrten in ihre Zimmer zurück. Die Brandursache war unklar. lhe.

Falsche Polizisten: 300.000 Euro

HOFHEIM. Falsche Polizisten haben von einer Rentnerin in Hofheim 300.000 Euro erbeutet. Sie hätten am Telefon behauptet, dass die Tochter einen tödlichen Unfall verursacht habe, in Haft sitze und eine Kaution fällig sei, teilte die Polizei mit. Nach Aufforderung der Kriminellen holte die Rentnerin das Geld aus ihrem Bankschließfach und übergab es einer angeblichen Mitarbeiterin der Gerichtskasse. lhe.

Stadthalle bleibt acht Wochen zu

KRONBERG Das Erdgeschoss der Stadthalle wird saniert, weshalb die Halle bis in den September geschlossen bleibt. Dabei bekommen die Veranstaltungsräume neuen Putz, das Parkett und die rosa Türen zum Foyer werden überarbeitet. Darüber hinaus ist laut Stadt eine Gipskarton-Akustikdecke geplant. Beide Räume erhalten Beamer und versenkbare Leinwände, sodass sie gleichzeitig für Seminare genutzt werden können. Die Stadthalle bleibt bis zwei Wochen nach den Sommerferien geschlossen. 2023 war das Foyer saniert worden. Später in diesem Jahr sollen noch Brandschutztüren und die Behindertentoilette erneuert werden. ffl.

90 Jahre alte Frau stirbt im Badese

BIBLIS Eine 90 Jahre alte Frau ist bei einem Badeunfall in Biblis gestorben. Sie war laut Polizei in einem See kurzzeitig außer Sicht geraten. Daraufhin habe eine Zeugin die Rettungskräfte verständigt. Die hochbetagte Frau sei kurz darauf im Wasser gefunden und bewusstlos ans Ufer gebracht worden. Die umgebend eingeleitete Reanimation habe allerdings nicht mehr helfen können. lhe.

Hessens Kommunen heißen grundsätzlich die Reform des Straßenverkehrsrechts mit mehr Spielraum etwa bei der Ausweisung von Tempo-30-Zonen gut. Jedoch haben die Städte und Gemeinden noch weiter gehende Wünsche, wie eine Umfrage ergab. Die Reform sei positiv, aber nicht ausreichend, sagte Michael Hofmeister vom Hessischen Städtetag. Er verwies auf die langjährige Forderung des Verbandes, bei innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen noch einen Schritt weiter zu gehen und den Kommunen grundsätzlich die Entscheidung zu überlassen, wann und wo welches Tempo angeordnet wird.

Der Bundesrat hatte vor Kurzem Neuregelungen im Straßenverkehrsrecht beschlossen, wonach Busspuren, Fahrradwege und Tempo-30-Zonen vor Ort künftig leichter eingerichtet werden können. Tempo-30-Zonen dürfen nicht nur in Nebenstraßen, sondern auch auf Vorfahrtstraßen ausgewiesen werden. Konkret geht es etwa um Straßen an Spielplätzen. Bei Schulen soll es nicht nur direkt davor möglich sein, sondern auch auf hoch frequentierten Schulwegen. Lücken zwischen zwei Tempo-30-Zonen sollen flexibler geschlossen werden können, damit der Verkehr leichter fließt. Bisher ist es bei Lücken bis 300 Meter möglich – künftig können es bis zu 500 Meter sein.

„Wir gehen davon aus, dass die Kommunen durch die Novelle eine Verbesserung gegenüber dem aktuellen engen Rechtsrahmen spüren und sie die neuen Handlungsspielräume nutzen werden“, kommentierte Hofmeister. Auch Martin Grobba vom Hessischen Städte- und Gemeindebund unterstützt die Novelle. Der Baurechtsexperte gab jedoch zu bedenken, dass zunächst abgewartet werden müsse, wie konkret sich die Gesetzesänderung auf die Straßenverkehrsordnung auswirke, die noch entsprechend angepasst werden muss. „Wir gehen davon aus, dass unsere Mitglieder im ländlichen Raum vor allem die Möglichkeit der erweiterten Ausweisung von Tempo-30-Zonen und Fußgängerüberwegen nutzen werden, wenn dies so umgesetzt wird“, schätzte er.

Positives Echo kommt aus Marburg: „Das ist ein wichtiger erster Schritt“, teilte eine Stadtsprecherin mit. Die Kommune habe sich dem Bündnis „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ angeschlossen, das schon länger mehr Entscheidungsspielraum fordert. Auch die



Langsam voran: Viele Städte und Gemeinden haben Tempo-30-Zonen eingerichtet, doch sie wollen mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten.

Foto dpa

Spielraum für Tempo-30-Zonen

Marburger Sprecherin verwies auf die anstehende Realisierung des reformierten Straßenverkehrsgesetzes in der Straßenverkehrsordnung. „Erst hier werden die neuen Spielräume und Bestimmungen näher ausgeführt.“

Auch Darmstadt gehört dem Bündnis „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ an. Die Reform sei ein wichtiger Schritt hin zu nachhaltigem und zukunftsfähigem Verkehr in Städten, teilte ein Sprecher mit. Bisher gebe es in Darmstadt keine konkreten Planungen, die auf den Neuerungen der Reform basierten. Jedoch stehe bereits seit Jahren die Verbesserung der Luftqualität im Mittelpunkt. „Mit der Reform er-

WIESBADEN Die Kommunen unterstützen die Reform des Straßenverkehrsrechts. Aber sie wollen noch mehr entscheiden können.

hofft die Stadt Darmstadt sich weniger Hürden und einfachere Planungs- und letztlich Umsetzungsprozesse für eine lebenswerte und umweltfreundliche Stadt – natürlich immer unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit.“

Die Reform wird von der Stadt Wiesbaden grundsätzlich positiv bewertet,

wie eine Sprecherin sagte. Sie gebe den Kommunen mehr Handlungsspielräume, um auf unterschiedliche Anforderungen vor Ort reagieren zu können. „Konkrete Beispiele werden sich sicher in der Arbeitspraxis ergeben und dann auch entsprechend umgesetzt werden“, erläuterte sie.

Kassels Stadtklimarätin Simone Fedderke nannte die Reform einen „Schritt in die richtige Richtung“ – sie sei aber kein großer Wurf. Die neuen Regeln brächten mehr Sicherheit und Flexibilität. „Derzeit schauen wir in Kassel, was möglich ist.“

Eine Sprecherin der Stadt Gießen sagte, dass sich ihre Kommune mehr Gestaltungsfreiheiten gewünscht hätte. Gutzuheißen seien aber insbesondere die Möglichkeit, mehr Tempo-30-Zonen an Schulwegen und Spielplätzen zu schaffen, und die gelockerten Anforderungen für Zebrastreifen. „Um konkrete Vorschläge zu machen, was umgesetzt werden kann, ist es aber noch zu früh“, erklärte auch sie. lhe.

Eine helfende Hand nach dem Alkoholexzess

DARMSTADT Im Projekt Halt arbeiten Polizei und Kommunen zusammen, um Kinder an Suchtberater der Caritas zu vermitteln

Hunderte von Jugendlichen kommen jedes Jahr in Hessen mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus. 22 Prozent dieser Patienten sind jünger als 15 Jahre. Die Zahlen sind seit 2016 laut Statistischem Bundesamt zwar rückläufig. Doch Winfried Hoffmann, der Direktor des Caritasverbandes Darmstadt, hebt hervor: „Jeder einzelne Fall ist einer zu viel.“

Schon 2012 hatten sich deshalb die Caritas-Suchthilfe und die südhessische Wissenschaftsstadt, damals in Kooperation mit den Kinderkliniken Prinzessin Margaret, dem Projekt „Halt – Hart am Limit“ angeschlossen. Das Projekt, das es in ganz Deutschland gibt und das in Hessen von der Landesstelle für Suchtfragen koordiniert wird, sieht zum einen vor, dass Kinder und Jugendliche in Schulen, Vereinen und bei Festen vor riskantem

Alkoholkonsum geschützt werden. Zum anderen richtet es sich an jene jungen Leute, die nach sogenanntem Komasaufen im Krankenhaus gelandet sind. Sie sollen beraten und betreut werden.

Das Polizeipräsidium Südhessen beteiligt sich seit November 2022 an der Partnerschaft, seit Anfang des Jahres ist auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg dabei. Solange seine Behörde an dem Programm teilnehme, seien schon mehr als 100 auffällig gewordene Jugendliche an die Suchtexperten der Caritas vermittelt worden, berichtet Björn Gutzeit, Polizeipräsident für Südhessen. Dabei werde ihnen nicht einfach ein Faltblatt in die Hand gedrückt, das sie gleich wieder wegwerfen würden, ergänzt David Weiser, der die AG P.I.R.A.T. leitet, die für Jugendkriminalität zuständig ist. „Wir rei-

chen ihnen eine helfende Hand“ – und das zu einem Zeitpunkt, an dem sie besonders empfänglich dafür seien.

Im Gespräch werde versucht, dass nach einem Alkoholexzess die Jugendlichen oder ihre Eltern zustimmten, ihren Kontakt an die Caritas weiterzugeben. Deren Mitarbeiter meldeten sich innerhalb von zwei Tagen, um eine erste Beratung zu vereinbaren. „Das Schönste ist, wenn dann irgendwann aus dem ‚muss‘ ein ‚will‘ wird“, sagt Timo Gittel, Standortkoordinator für Halt in Darmstadt. Es geht darum, dass die Jugendlichen einsehen, dass sie ein Problem haben, und keine Angst mehr verspüren, es anzugehen. 545 Betroffene, die jünger als 22 Jahre waren, kamen in den vergangenen zwölf Jahren über die verschiedenen Partner in Kontakt mit den Fachkräften.

„Viele kommen aus sehr belasteten Familien“, sagt Gittels Kollegin Lena Krebs. Sie erleben die Scheidung ihrer Eltern mit, stehen unter hohem Leistungsdruck oder werden gemobbt. Man versuche, ein Vertrauensverhältnis zu ihnen aufzubauen und sie nötigenfalls an weitere Stellen zu vermitteln.

Insgesamt kommen 130 bis 140 Jugendliche jährlich zur Caritas-Suchthilfe. „Die aktuellen Krisen wirken sich sehr stark auf die jungen Menschen aus“, sagt die Darmstädter Sozialdezernentin Barbara Akdeniz (Die Grünen), das zeigten auch Untersuchungen. Man dürfe nicht davon ausgehen, dass 15 Jahre alte Jugendliche nie Drogen konsumierten, sagt Gittel. In dem Alter werden laut Gutzeit Grenzen ausgetestet. Studien zeigten auf, dass in der Gruppe der Jugendlichen zwi-

schen 15 und 19 Jahren der akute Alkoholmissbrauch mehr als doppelt so hoch wie in allen anderen Altersgruppen ist. Die „Akquise“ sei deshalb wichtig, um Risiken und Folgen des erhöhten Konsums frühzeitig aufzuzeigen, ohne den Zeigefinger zu heben, sagt Gittel.

„Wir müssen dabei auch andere Drogen mitdenken“, fordert Hoffmann. Die in diesem Jahr erfolgte Freigabe von Cannabis werfe neue Fragen auf. „Auch Lachgas ist ein Riesenthema“, sagt Akdeniz. Die Beteiligten würden sich deshalb wünschen, dass das Halt-Programm, dessen Leistungen vom Bündnis der Gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden, auch für weitere Suchtmittel geöffnet werde. Doch die Personaldecke ist dünn. Deshalb hebt Akdeniz hervor: „Da muss mehr Geld rein.“ kaja.

Bringt Sonnenwärme in den Saal

KRONBERG Werke von acht Künstlern sind auf der Burg zu sehen / Vom Klamottenstapel bis zu Christo

Die Kunst macht Krach. Dafür gibt es sogar eine Mühle. Kuratorin Stefanie Hubbard-Ford bringt sie in Gang. Die Ohren haben jetzt gut zu tun im Rheinberger-Saal auf Burg Kronberg. Die Krachmühle knarzt, schellt, schallt, klingelt, klappert. Die Augen weiden sich ohnehin schon an den Objekten des zweiten Art Summers in dem Ausstellungsraum der Mittelburg.

Auch die Lärmquelle bietet etwas zum Schauen. Das Gestell aus Holz umkränzten Dinge, mit denen sich Geräusche erzeugen lassen: eine Back-Springform, leere Flaschen aus Glas und Plastik, Kastagnetten, ein Einkaufskorb aus Metall. Der Berliner Klang- und Installationskünstler Albrecht Fersch ist einer der acht Kreativen, deren Werke Hubbard-Ford für die Schau ausgewählt hat.

Die Figuren und Figürchen der Bildhauerin Susanne Kraißer sind leise. Die handgroßen Bronzefiguren auf einem Podest tragen weiße Hängekleider bis kurz oberhalb des Knies. Alle stehen aufrecht, die mädchenhaften Körper ähneln einander, aber jede der Frauen verharret in einer anderen Bewegung. Die größeren Skulpturen sind nackt und liegen oder kauern. Zwei ruhen auf Bronzekissen, die täuschend weich aussehen.

Die abstrakten Bilder der in Frankfurt lebenden Malerin Hilda Kleyn passen zum Hauptsponsor der Ausstellung, der Degussa Goldhandel GmbH. Die Quadrate gleich am Eingang schimmern und tragen den Namen „Rhythm in Gold“.



In unterschiedlichen Posen: die etwa handgroßen Bronzefiguren der Bildhauerin Susanne Kraißer

Foto Serendipity Creative Consultancy GmbH

Die in Amsterdam ausgebildete Künstlerin trägt die Acrylfarbe mit dem Spachtel auf, und es ist nicht nur Gold, das da glänzt, sondern auch Rot. Es scheint aus einer tieferen Schicht durch. Hubbard-Ford zitiert die Künstlerin mit dem Satz: „Gold ist wie Sonnenwärme, die wir jetzt alle brauchen.“

Eine Botschaft hat auch die in Zürich und Rom lebende Malerin Minya Mikic.

Sie sieht den Beginn einer „neuen, sechsten geologischen Ära“. In diesem Zeitalter trage der Mensch die Hauptverantwortung für das Klima und die territorialen Veränderungen auf der Erde. Unter und zwischen den Farbflächen, die geschnitten und abgezogen werden, zeigt sich immer wieder ein Bienenwaben-Gitter – für die Kuratorin ein Zeichen gegenseitiger Verantwortung in der Weltgemeinschaft.

Sogar ein echter Christo hängt in Kronberg. Der verhüllte Globus, eigentlich ein eingepacktes zweidimensionales Bild einer Erdkugel, ist Teil eines Projekts. Dabei bieten drei Gründer laut Hubbard-Ford Kunstfreunden an, Anteile an Bildern zu kaufen und von der Wertsteigerung zu profitieren. Auch ein Gemälde von Heinz Mack lässt sich so ein bisschen besitzen.

Ungewöhnlich sind die Porträts der Berliner Lilla von Puttkamer. In Öl auf Leinwand zeigen sie nicht Menschen, sondern deren Klamottenstapel auf Sesseln. Beatrix hat die geblümete Hose, die auf links gezogene Bluse und ihre anderen Outfits der vergangenen Tage wild übereinandergeworfen. Dorothea scheint ordentlicher zu sein, ihre Schnürschuhe stehen akkurat unter dem Korbstuhl.

Am Schluss führt die Kuratorin aus dem Saal ins Freie. Unter den Zedern neben dem Burgturm hat die Künstlerin Irene Anton ein Netz aus Nylonstrumpfhosen geknotet. In die Stellen, in die sonst der Po hineingehört, hat sie Kugeln gestopft. Dieses Werk können Burgbesucher zu den Öffnungszeiten einfach so entdecken. Wer in den Sommerferien auch die Kunst im Saal sehen und hören will, sollte kurz an der Kasse Bescheid sagen. FLORENTINE FRITZEN

Die Ausstellung **Art Summer 24** ist noch bis zum 11. August auf Burg Kronberg zu sehen.

Lichterfest im Büsingpark

OFFENBACH Rund 40.000 leuchtende Kerzen sollen den Offenbacher Büsingpark und das ebendort zu findende neobarocke Palais am Samstag, 10. August, abermals ins rechte Licht rücken. Noch dazu werden an diesem Abend von 20 Uhr an gut 50 Musiker des Capitol Symphonie Orchesters in der von alten Bäumen geprägten Grünanlage aufgetreten, um dafür zu sorgen, dass sich das von der Stadtmarketinggesellschaft organisierte „Highlight im Offenbacher Jahreskalender“ nicht nur sehen, sondern auch hören lassen kann.

Von einem „krönenden Abschluss der Spielzeit“ und einem Konzept, das längst von anderen Kommunen kopiert werde, sprach Oberbürgermeister Felix Schwenke (SPD) beim Vorverkaufsstart. Demnach kosten Sitzplatzkarten vor der Bühne regulär 25 Euro. Wer zum Lichterfest unter dem Motto „Götter, Groove & Glitzer“ nur zum Flanieren in dem zwischen Kaiser- und Berliner Straße gelegenen Volkspark vorbeischauchen möchte, zahlt vorab vier Euro. Neben der Musik ist laut Schwenke dabei für alle Besucher gleichermaßen spannend, welche Motive von den beteiligten Vereinen mit Kerzen für kurze Zeit in den Park gepflanzt würden. sug.

Tickets gibt es im OF Info-Center am Salzgässchen sowie online unter www.offenbach.de/lichterfest-ticket.

Bis zu 10.000 Euro jährlich für die Kita

PFUNGSTADT Die Kommune hat nach sechs Jahren für ihre 13 Kitas erstmals wieder die Beiträge erhöht. Doch das Geld reicht nicht: Die Eltern müssen mit weiteren Kosten rechnen

In Pfungstadt regt sich Protest gegen eine teilweise massive Erhöhung der Kitagebühren. Zwar haben die Stadtverordneten die vom Magistrat einstimmig beschlossene Erhöhung zeitlich etwas gestreckt, doch an der Gebührenerhöhung ändert sich dadurch nichts. Und in den nächsten Jahren ist mit weiteren Erhöhungen zu rechnen, um den allgemein üblichen Deckungsgrad durch Elternbeiträge von 30 Prozent zu erreichen.

Bürgermeister Patrick Koch (SPD) übt Kritik an der Kommunalpolitik – und auch an sich selbst. Denn seit 2018 sind die Kinderbetreuungsentgelte nicht erhöht worden. Sinnvoller wäre eine jeweils moderate Erhöhung spätestens alle zwei Jahre gewesen, sagt Koch. Unter dem Strich hätten die Eltern gegenüber der nun geplanten Erhöhung nichts eingespart, heißt es aus dem Rathaus.

Die Stadt steckt mit ihren 13 Kitas in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite fordern Eltern mehr und bessere Betreuung ihrer Kinder, auf der anderen Seite fehlt der Stadt das Fachpersonal – wie an-

deren Kommunen auch. Deshalb hat die Stadt schon vor einiger Zeit eine überbetriebliche Bezahlung des Betreuungspersonals beschlossen, um die Stellen attraktiver zu machen. Aktuell wendet die Stadt für die Kinder- und Familienbetreuung im Jahr 14,24 Millionen Euro auf, was rund einem Sechstel des Etats entspricht. Durch die überbetriebliche Bezahlung steigen die Kosten um 730.000 Euro jährlich.

Die Eltern kritisieren vor allem die deutlich gestiegenen Kosten für die sogenannten Zukaufsstunden, die immer dann anfallen, wenn Kinder über den normalen Rahmen hinaus betreut werden. Die Eltern fordern, wenigstens einen Teil der Mehrkosten auf einem anderen Weg zu finanzieren – etwa über die Grundsteuern.

In einem Brief an die Verwaltung beklagen Eltern Kosten von bis zu 10.000 Euro pro Jahr für die Kinderbetreuung. Die Eltern fordern, wenigstens einen Teil der Mehrkosten auf einem anderen Weg zu finanzieren – etwa über die Grundsteuern.

Eigentlich wollte die Stadt die Eltern in die Beratungen über die Gebührenerhöhungen mit einbinden. Trotz einer Aufforderung haben sich für den entsprechenden Arbeitskreis aber keine Eltern gemeldet, wie der Bürgermeister bedauernd sagt.

Eine weitere Erhöhung der Grundsteuern ist für Koch derzeit nicht machbar, wurden diese Steuern doch gerade erst um 42 Prozent angehoben. Obwohl die Stadt aus dieser Position Einnahmen von 7,5 Millionen Euro jährlich erwartet – vor der Erhöhung waren es 5,3 Millionen –, deckt dieser Betrag nicht das Defizit bei den Kinderbetreuungskosten ab, wie Koch berichtet.

Die neuen Kitagebühren sollen von Anfang August an gelten. Nach den bisherigen Planungen stehen wohl spätestens in zwei Jahren abermals Erhöhungen an. Denn der Hessische Landesrechnungshof fordert eine dauerhafte Deckung der Kinderbetreuungskosten von mindestens 30 Prozent durch Elternbeiträge.

LESERFORUM

POSTEINGANG

NACHGELESEN FAZ.NET

„Das Problem ist doch, dass die wirklich wichtigen Jobs (soziale Berufe oder auch der des Lokführers) bei uns viel zu schlecht bezahlt werden.“

Christoph Schrief zu den Schwierigkeiten, Lokführer und Busfahrer zu finden.

Überlast

Der Leser macht unattraktive Bedingungen für den Mangel an Busfahrern verantwortlich. Die ungünstigen Arbeitszeiten dürften ein wesentlicher Grund für den Personalmangel sein. Da helfen vermutlich nur eine bessere Bezahlung und attraktive Arbeitszeitmodelle wie etwa eine kürzere Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Da sind wir dann wieder beim Thema Finanzierung angelangt: Das 49-Euro-Ticket ist der Tod des ÖPNV. Es führt nur zur Überlast bei gleichzeitigem Einnahmerückgang. Das kann nicht funktionieren.

Leser „Eibi-2000“ auf FAZ.NET

Das ganze Land

Der Leser sieht die schlechten Bedingungen nicht nur im Nahverkehr. Deutschland ist das unattraktivste Land zum Arbeiten innerhalb der EU. Höchste Abgabenquote, höchstes Renteneinstiegsalter bei geringer Rentenquote, geringe Kaufkraft, ungelöste kalte Progression, niedrige Eigenheimquote, hohe Mieten in Ballungszentren und so weiter. Wer heute über ein monatliches 2400-Euro-Einkommen verfügt, arbeitet sich direkt zum Bittsteller bei Renteneintritt.

Leser „Kirschkuchen“ auf FAZ.NET

Beamte

Der Leser macht einen Vorschlag, wie Engpässe im Nahverkehr behoben werden könnten. Beamte könnten ein wichtiger Bestandteil bei der schnellen Problemlösung sein. Sie genießen viele Privilegien, wegen ihrer „besonderen Treuepflicht“ gegenüber dem Staat. Da der öffentliche Nahverkehr eine sehr wichtige staatliche Aufgabe ist, wäre es absolut folgerichtig, dafür im Notfall auch Beamte einzusetzen. Konkret: Beamte könnten halbtags oder wie auch immer dafür eingesetzt werden, als Bus- und Bahnfahrer auszuweichen. Es ist davon auszugehen, dass es unter den vielen Tausend Kommunal- und Landesbeamten viele gibt, die physisch und psychisch so eine Arbeit leisten könnten. Der Staat muss Prioritäten setzen, wo, wann Beamte am notwendigsten wären, im Büro oder im Bus. Diese neue Sicht der Beamten ist dringend nötig. Das würde das Verständnis der Menschen erhöhen, warum wir überhaupt Beamte brauchen, besonders wenn die Pensionen zunehmend zu einer unerträglichen Last für unsere Staatskassen werden.

Rolf Ardmann auf FAZ.NET

RUFEN SIE DOCH DIE PROFIS AN:

Telefonisch schnell und bequem sind diese Firmen für Sie zu erreichen.

WICHTIGE TELEFONNUMMERN IN FRANKFURT

- ÄRZTLICHER BEREITSCHAFTSDIENST ..116 117
- Für ambulant zu versorgende Notfälle:
- ÄBD-Zentrale Universitätsklinikum
- Theodor-Stern-Kai 7, Frankfurt am Main
- ÄBD-Zentrale Bürgerhospital
- Nibelungenallee 37-41, Frankfurt am Main
- ÄBD-Zentrale Klinikum Höchst
- Gotenstraße 6-8, Frankfurt am Main - Höchst
- NOTÄRZTE UND FLUGÄRZTE e. V.
- Privatärztlicher Notdienst 69 44 69
- Zahnärztlicher Notdienst... 0 18 05/60 70 11
- Apotheken-Notdienst... 0 18 01/55 57 77 93 17
- Giftnotruf.....0 61 31/1 92 40
- Feuerwehr/Unfallrettung 112
- Polizei..... 110
- Weißer Ring –
- Kriminalitätstopfer finden Hilfe 25 25 00

ABDICHTUNGEN

Nasse Wände? Feuchter Keller?

TÜV-überwacht, 100.000 erfolgreiche Sanierungen in der Gruppe.

Bad Vilbel 06101-802 41 64 Hanau 06181-304 99 34
Dreieich 06103-20 999 20 Obertshausen 06104-405 63 42
Frankfurt 069-8484 3757 Offenbach 069-7191 0209

www.isotec.de

Bausanierung W. Weiss GmbH & Co. KG

WEICO T: 0 69 65 20 20

www.bausanierung-weico.de seit 1966

BAD

Badstudio Bornheim in Frankfurt

mit eigener Bäderausstellung

Badsanierungen aus einer Hand

Spezialisiert auf die Verlegung großformatiger Fliesen

Habsburgerallee 9, 60385 Frankfurt

☎ 069/20 02 20 74 www.bs-badstudio.com

COMPUTER

Hilfe und Kaufberatung bei allen Problemen mit PC, Internet, Mac, Router, WLAN und Telefonie. Reparatur sowohl vor Ort als auch in eigener Werkstatt oder per Fernwartung

PCDOKTOR.de | 069 - 90 50 28 20

Computer & Internet – Beratung, Service & Schulung vor Ort bei Ihnen Zuhause. Gerne 60plus und Senioren.

M. Schüller 069/736006 – www.pcservicefrankfurt.com

DACHBEDECKUNGEN

Schmidt Bedachungen GmbH

- Dacharbeiten aller Art
- Spenglerarbeiten
- Reparatur-Schnelldienst
- Garagensanierung

Tel. 01 71 / 2 62 45 49 + 0 60 61 / 7 34 85

Tel. + Fax 0 60 61 / 29 56

www.schmidtbedachung.de

Wir bieten Ihnen eine unverbindl. Überprüfung Ihres Daches

FENSTER UND TÜREN

Fenster- und Türenwechsel ohne Dreck

- Familienbetrieb seit fast 100 Jahren
- Deutsche Markenqualität mit Langzeitgarantie
- Vom Verkauf bis zur Montage, alles aus einer Hand

Jetzt KfW-Zuschuss sichern!

WERKSVERTRETUNG RHEIN-MAIN

kontakt@perfecta-fenster.de

Tel. 0 61 09-24 98 39 | perfecta-fenster.de

GARTEN- UND LANDSCHAFTSBAU

WIR HABEN NOCH TERMINE FREI!

GARTEN-UND LANDSCHAFTSBAU

PFLEGE FACHBETRIEB WILLI MÖLLER

- Pflanzarbeiten
- Baum- und Heckenschnitt
- Baumfällarbeiten
- Raseneinsaat

MACH IM ABO WÖCHENTLICH JETZT ANRUFEN UND INFORMIEREN: ☎(069) 548 67 41

Garten- und Landschaftsbau Karl-Heinz und Henry MÖLLER

Meisterbetrieb

Engelthaler Str. 21 60435 Frankfurt

☎ 069/540772 Fax 54 79 86 info@gartenbaumoeller.de

Übernahme sämtlicher Arbeiten rund um's Haus • Baumfällarbeiten bis 30 m Höhe (eigenen Hebebühne) • Baum- und Heckenschnitt • Terrassen anlegen • Pauschalgartenpflege • Rodungsarbeiten • Neupflanzungen • Schneeräumdienst

Ihr Partner fürs Grüne

- Baumfällungen (auch Spezialfällungen)
- Gartenbau • Grünpflege • Rasenanlagen
- Pflanzungen • Um- und Neugestaltungen
- Pflasterarbeiten • Terrassenarbeiten

Rainer Velle, Wehrheim, Tel. tagsüber 01 77/2 35 68 96 ab 19.00 Uhr 0 60 81/962 4 90 (auch sonntags)

MARKISEN

Markisen für ein sommerliches Ambiente

- Sonnenschutz
- Insektenschutz
- Rollladen/Jalousien
- Elektroantriebe
- Fenster/Haustüren
- Carport
- Vordächer
- Terrassenüberdachung
- Garagentore
- Haussteuerung/Smart Home
- Abus-Sicherheitstechnik
- Balkonverkleidungen

www.gess-markisen.de

Erlenstraße 5
65795 Hattersheim-Okrfel
Tel. 06190 1017

Markisen
moderne Bauelemente

HEIZTECHNIK

Die Techniker HEIZUNG

Brennwertanlagen Gas/Öl

Wärmepumpen Pelletkessel

Beratung Planung

Walle-1-Tags-Montage

Selbermacherpakete

www.heizungsrechner-online.de

in wallau

☎ 06122 - 9210-0

INNENAUSBAU

EINBAUSCHRÄNKE GLEIT- + SCHIEBETÜREN direkt vom Hersteller

Wir informieren Sie gerne!

KRAMWINKEL

Raum und Funktion maßgeschneidert

www.kramwinkel.de Industriestraße 16 • 63165 Mühlheim

info@kramwinkel.de Tel. (0 61 08) 90 44-0 • Fax (0 61 08) 90 44-20

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8.00-18.00 Uhr, Samstag 9.00-12.00 Uhr

NÄHMASCHINEN

Bernina • ELNA • Brother • Pfaff • Singer Nähmaschinen

Verkauf und Reparaturen abholen und bringen

60311 FFM • Tel. 069-281071

REGENRINNEN

!Dachreparaturen aller Art!

Dachrinnen-Erneuerung!

Dachrinnen-Reinigung!

Dachrinnen-Instandsetzung!

Auch alte, undichte Dachrinnen können wieder dauerhaft instand gesetzt werden, dafür GARANTIEREN wir.

www.systembau-hanau.de • Hanau 06181 2995981

Anzeigen helfen verkaufen

ROLLLÄDEN

rolladen

Ihr Partner und Meisterbetrieb für Sonnenschutz seit über 70 Jahren

markilux

Individuelle Terrassenwelten nach Ihren Wünschen!

Tannenwaldallee 2 61348 Bad Homburg
Tel. 061 72/4831 33

Waldstraße 77 63071 Offenbach
Tel. 069/9840480

Bitte rufen Sie uns an!

Seit 1894 Fabrik für

- Rollläden
- Rollstore
- Markisen
- Jalousien
- Sonnenschutz
- Stier

Fachbetrieb automatisch elektrisch sicher alles aus einer Hand

60431 Frankfurt

Gärtnerei Hehl 26 ☎ 55 59 12

TANKANLAGEN

über 60 Jahre Komplettservice rund um den ÖLTANK

Zugelassener Fachbetrieb nach Wasserrecht

- Tank-Reinigung
- Tank-Sanierung
- Tank-Stilllegung
- Tank-Demontage
- Tankraum-Sanierung
- Tank-Neumontage

TANK - MÄNGELBEHEBUNG

Auch bei gefülltem/teilgefülltem Tank. Der Heiz- und Warmwasserbetrieb läuft weiter.

Tankrevision-Stadtler GmbH • Lärchenstraße 56 • 65933 Frankfurt/M. ☎ 0 69/39 26 84 + 39 91 99

Fax 069/39 91 99 oder 38 01 04 97 ☎ Oberursel 061 71/7 43 35 ☎ Wiesbaden 061 22/50 45 88

☎ Mainz 061 31/67 28 30 ☎ Heusenstamm 061 04/2019 - tankrevision-stadtler@t-online.de • www.tankrevision-stadtler.de

ZÄUNE

DRAHT WEISSBÄCKER

ZÄUNE • GITTER • TORE

Draht-Weissbäcker KG

Steinstr. 46-48, 64807 Dieburg

Tel. 06071 98810 • Fax 06071 5161

Internet: www.draht-weissbaecker.de

E-Mail: draht@weissbaecker.de

- Draht- und Gitterzäune • Tore
- Schiebetore • Drehkreuze
- Schranken • Türen • Gabionen
- Pfosten • Sicherheitszäune
- Mobile Bauzäune • Alu-Zäune
- sämtliche Drahtgeflechte
- Alu-Toranlagen • Rankanlagen
- auch Privatverkauf

Unsere Inserenten freuen sich über Ihren Besuch



Nach Leih- und Lehrjahren jetzt Frankfurter Sturmhoffnung: Igor Matanovic (links) im Zweikampf mit Nathaniel Brown

Foto Huebner

Er hat es schon wieder gemacht. Schnell, präzise, verlässlich. Wer genau hingeschaut hat an diesem Montagvormittag, sah seine Eindrücke bestätigt: Hier ist ein junger Mann mit und ohne Ball damit beschäftigt, erstklassig seiner spielerischen Arbeit nachzugehen, der sich für die kommende Saison viel vorgenommen hat. Igor Matanovic, seit 2021 schon bei der Eintracht unter Vertrag, will bei seinem originären Arbeitgeber reüssieren. Nach Leih- und Lehrjahren in Hamburg und Karlsruhe soll in Frankfurt nun der Startschuss in eine erfolversprechende Zukunft folgen. Der in Hamburg geborene Deutsch-Kroate, mittlerweile 21 Jahre alt, gehört zum Kreis der hoffnungsvollsten Jungprofis, die bei der Eintracht nach möglichst viel Spielzeit lechzen.

Da sitzt er also. Zwischen zwei Trainingseinheiten hat sich Matanovic zum Wochenstart Zeit genommen, um ein erstes öffentlichkeitswirksames Mediensprache zu absolvieren. Seine Aussagen gehen live in den Eintracht-Kosmos. Wer ihn persönlich im Proficamp unweit des Stadions beobachtet, wie er sich auf dem Podium bewegt und präsentiert, sieht einen jungen Stürmer, der weiß, was er will. „Ich spüre die Wucht und Energie dieses Vereins“, sagt er. „Ich will mein Herz auf dem Platz lassen. Dafür stehe ich mit meiner Körperlichkeit, Wucht und Balkan-Mentalität.“ Starke Worte. Das Selbstbewusstsein, auch eine Klasse höher ein gefragter Mann zu sein, hat sich Matanovic beim KSC geholt. In 32 Punktspie-

Mit „Balkan-Mentalität“

FRANKFURT Sein Zug zum Tor ist Igor Matanovic in die Wiege gelegt worden. Jetzt will er für mehr Wettbewerb im Frankfurter Sturm sorgen.

Von Ralf Weitbrecht

len hat der 1,94 Meter große Angreifer in der zurückliegenden Saison 14 Tore erzielt. Sie waren mit ausschlaggebend dafür, dass die Badener in der Endabrechnung Tabellenfünfter geworden sind. Was Matanovic auch sein kann: ein Vorbereiter. Sieben Assists unterstreichen das, was er über sich selbst sagt: „Als Wandspieler binde ich die gegnerischen Innenverteidiger. Ich kann Bälle festmachen.“

Dies geschieht mit feiner Technik, wie auch die jüngsten Trainingseindrücke bei seinem neuen alten Klub Eintracht bestätigen. Gleich zum Start in die sommerliche Vorbereitungsphase hatte Matanovic als Torjäger gegläntzt. Und auch am Mon-

tag hat er gezeigt, dass er sich im Strafraum besonders wohl fühlt. „Ich habe schon immer den Zug zum Tor gehabt. Das ist angeboren und mir in die Wiege gelegt worden“, sagt er selbstbewusst. „Schon als Vierjähriger habe ich zu Hause in der Wohnung Vasen kaputtgeschossen.“ Sein Plan für das, was kommt: „Ich gehe immer auf den Platz, um alles zu geben. Und auch wenn ich nicht spiele, will ich dem Team zeigen: Auf mich ist immer Verlass.“ Dass ihm der Trainer nicht garantieren kann, „dass ich 30 Spiele bekomme“, weiß Matanovic natürlich. Gleichwohl hat er sich vorgenommen, seinen beiden Vorbildern Zlatan Ibrahimovic und Mario Mandzukic nachzueifern. Von den beiden Kickern schwärmt Matanovic am Montag in den höchsten Tönen. „Weltklasse, was Ibrahimovic für Tore geschossen hat“, sagt er, um hinzu-

fügen: „Welch ein Kämpfer, dieser Mandzukic. Er hat immer 120 Prozent für sein Land und seinen Verein gegeben.“

Matanovic will für mehr Wettbewerb in der Eintracht-Offensive sorgen. Dass aktuell Hugo Ekitiké und Omar Marmoush im Kampf um die Stammplätze – auch aufgrund ihrer starken Leistungen in der vergangenen Saison – die Nase vorn haben, weiß der Angreifer, der sich trotz aller Bekenntnisse zum Heimatland seiner Eltern mehr als „Hamburger Jung“ denn als „Frankfurter Bub“ fühlt, wie er auf eine entsprechende Frage antwortet. Entscheidend, sagt er, seien Eifer, Einsatz und Engagement. „Man macht seine Leidenschaft zum Job. Das ist ein Privileg“, sagt Matanovic.

Ein Privileg ist es auch, die Trikotnummer bekommen zu haben, die fortan auf seinem Rücken in den Stadien zu sehen wird. Um die „9“ hat sich Matanovic beworben – „und ich habe sie tatsächlich erhalten. Sie war frei.“ Seine erste Reaktion: „Auch wenn es nur eine Nummer ist, ich habe sofort meine Eltern angerufen.“ Ob der Mann mit der Rückennummer für diesen ganz speziellen Stürmerposten viele Einsätze bekommt, steht in den Sternen. Entscheiden wird dies Trainer Dino Toppmöller. Igor Matanovic Aufgabe ist es, viele stichhaltige Argumente für möglichst viel Spielzeit zu liefern.

Neue Hoffnung

Beim Tennis-Tabellenführer Versmold gelingt Palmengarten überraschend der erste Punktgewinn

VERSMOLD Wenn der Tabellenführer auf den Tabellenletzten trifft, sind die Rollen meist klar verteilt. Vom Favoriten wird ein Pflichtsieg erwartet. Am dritten Spieltag der Tennis-Bundesliga war der Außenseiter aber für eine Überraschung gut. Denn das Schlusslicht FTC Palmengarten, mit zwei Niederlagen in die Saison gestartet, trotzte dem ungeschlagenen Tabellenführer Tennispark Bärchen Versmold ein 3:3 ab. Der erste Punktgewinn bringe „Motivation für die nächsten Spiele gegen schwächere Gegner“, sagte Geschäftsführer Jürgen Hackauf. Versmolds Teamchef Remco Schreurs hingegen sah seinen Verein „mit einem blauen Auge davongekommen“. Platz eins in der Tabelle konnte Versmold halten.

Von Anfang an fühlte sich Palmengarten nicht als Underdog. „Nachdem wir gestern die Aufstellung von Versmold gesehen haben, haben wir gedacht ‚Da geht was!‘“, sagte Hackauf. Der Kader der Versmolder ist gespickt mit Top-100-Spielern wie dem Franzosen Ugo Humbert (15. der Welttrangliste) und dem Portugiesen Nuno Borges (50), der es bei den Australian Open, dem ersten Grand Slam-Turnier dieses Jahres, bis ins Achtelfinale schaffte und dort den späteren Finalteilnehmer Daniil Medwedew in einem hart umkämpften Spiel in Bedrängnis gebracht hatte. Doch am

Sonntag bekamen die 850 Zuschauer auf der Anlage die prominenten Spieler nicht zu sehen. Die Termine der ATP-Tour machten der Heimmannschaft vielmehr einen Strich durch die Rechnung. Was wiederum keine Seltenheit in der mit zahlreichen Tourspielern besetzten Tennis-Bundesliga ist.

Trotzdem war es ein hochklassiges Duell. Nach den Einzelpartien führten die Frankfurter, deren Ziel der Klassenverbleib ist, 3:1. Damit war ihnen ein wichtiger Punkt für die Tabelle sicher. Lediglich Frankfurts Nummer vier Lukas Rosol unterlag seinem Gegner David Pichler 3:6 und 5:7.

In den anschließenden Doppeln stellte Versmold mit dem Niederländer Jean-Julien Rojer (Platz 19 im Doppel) und seinem britischen Partner Lloyd Grasspool (15) ein Spitzenduo auf. Rojer, viermaliger Grand-Slam Sieger im Doppel, zeigte seine Klasse und ließ den Tschechen Lukas Rosol und Marek Gengel beim 6:3 und 6:4 keine Siechance.

Alle Augen waren nun auf das zweite Doppel gerichtet, das abermals an die Versmolder ging. Das Duo Louis Weßels und David Pichler setzte sich gegen die Frankfurter Mena Facundo und Andre Begemann 6:3, 3:6, 10:5 durch. Die Hessen blieben zwar Tabellenletzter. Im Abstiegskampf schöpfen sie jedoch neue Hoffnung. HANNAH BOLSJUS

Kurze Meldungen

Löwen holen Fröberg

Die Löwen Frankfurt haben den 31 Jahre alten schwedischen Eishockeyprofi Linus Fröberg verpflichtet. Der zentrale Angreifer, der einen Einjahresvertrag erhielt, war zuletzt in der finnischen „Liiga“ für TPS Turku aktiv. Dort kam er auf 35 Punkte in 69 Spielen. „Mit Linus Fröberg haben wir das fehlende offensive Puzzelstück gefunden“, sagte am Montag der Frankfurter Sportdirektor Daniel Heinrizi über den „Wunschkandidaten“. Als Führungsspieler wird Linus auch im Powerplay ein wichtiger Faktor sein. „Fröberg soll im Kader von Trainer Tom Rowe eine Führungsrolle bei dem Team der Deutschen Eishockey Liga übernehmen. 2018 wurde Fröberg mit den Växjö Lakers schwedischer Meister.“

Millionen für Vereine

Mit mehr als 3,6 Millionen Euro hat die Landesregierung im zweiten Quartal 2024 insgesamt 321 hessische Sportvereine und Kommunen gefördert. „Der Sport ist für unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht gewinnbringend. Wer Sport treibt, der tut etwas für seine Gesundheit, das gemeinsame Engagement stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“, sagte Sportministerin Diana Stolz und ergänzte: „Wir sind uns der Bedeutung von Sport und Ehrenamt bewusst und höchst dankbar für die vielen unentgeltlichen Stunden, die Woche für Woche im Ehrenamt geleistet werden.“ Mit den finanziellen Zuschüssen für Sportprojekte in Hessen unterstützt das Land gezielt auch kleinere Vereine und Projekte. raw.

TRAUERANZEIGEN

Wir sind so lang gegangen,
durch Glück und Freud und Leid.
Was wir auch angefangen,
wir waren stets zu zweit.
Nun hast du mich verlassen,
schwebst fern auf unserer Wolke,
halt frei den Platz an Deiner Seite,
wenn ich dereinst Dir folge.

Friedrich Möller

* 08. Juli 1936 † 07. Juli 2024

Wir sind sehr traurig
Gisela Möller
im Namen aller Angehörigen

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Montag, dem 22. Juli 2024, um 12.00 Uhr auf dem Griesheimer Friedhof in Frankfurt am Main, Waldschulstraße, statt.

„Euch allen alles Liebe und Gute.
Seid nicht traurig - bin doch wirklich
alt genug!“
(Gerhard Streuber, April 2024)

Gerhard Streuber

* 28.09.1933 † 15.05.2024

In stiller Trauer:

Freunde und Bekannte.

Die Beerdigung fand im engsten Freundes- und Familienkreis am Mittwoch, dem 05. Juni 2024, auf dem Hauptfriedhof in Frankfurt statt.

Menschen gehen für immer. Die Erinnerung bleibt.

Unsterblichkeit
Es sandte mir das Schicksal tiefen Schlaf.
Ich bin nicht tot, ich tauschte nur die Räume.
Ich leb' in euch und geh' durch eure Träume,
da uns, die wir vereint, Verwandlung traf.
Ihr glaubt mich tot. Doch: daß die Welt ich tröste,
leb' ich mit tausend Seelen weiter dort
im Herz der Freunde. Nein, ich ging nicht fort:
Unsterblichkeit vom Tode mich erlöste.
Michelangelo

Franz Zimlich

* 5. Juli 1936 † 25. Juni 2024

Die Schweizer Straße war seine Heimat. Hier hat er geliebt, gelebt und gearbeitet. Doch sein Sehnsuchtsort war immer der Strand von Milano-Marittima und hier hörte nun sein Herz auf zu schlagen – einfach so, ohne Schmerz und ohne Angst. Für mich und alle, die ihn gekannt, geliebt und geschätzt haben war es ein Schock. Allmählich wächst aber auch ein Gefühl von Dankbarkeit, dass er sich auf diese sanfte Weise von unserer Welt verabschieden durfte.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Erika Zimlich
Ralf und Britt Zimlich
mit Clemens
Anna Zimlich

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Freitag, den 19. Juli 2024, um 12.00 Uhr auf dem Südfriedhof in Frankfurt am Main statt.

Bestattungskalender

Am Dienstag, dem 16.07.2024 (Angaben ohne Gewähr)	Frankfurt am Main, Südfriedhof 12.00 Trauerfeier und Bestattung Orth, Gabriele-Johanna, geb. Scholz, 89 J.
Bad Homburg, Waldfriedhof 15.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Hennig, Christa, 88 J.	Frankfurt am Main-Westhausen 12.00 Trauerfeier und Bestattung Freidhof, Heinrich, 88 J.
Frankfurt am Main-Goldstein 10.30 Bestattung Dabs, Marianne, geb. Knaf, 99 J.	Hattersheim am Main-Eddersheim 11.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Frunzke, Helga, geb. Grewe, 85 J.
Frankfurt am Main-Griesheim 12.00 Bestattung Debrich, Nadine Christine, 44 J.	Hofheim am Taunus-Marxheim 12.00 Urnentrauerfeier Broj, Brigitte
Frankfurt am Main-Höchst 12.00 Bestattung Gunkler, Armin, 64 J.	Hofheim am Taunus-Diedensberg 14.00 Urnentrauerfeier Wagner, Hans
Frankfurt am Main-Niederursel 11.15 Trauerfeier und Bestattung Emmel, Erhard, 72 J.	Oberursel (Taunus), Hauptfriedhof 13.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Schulz, Franke Maria
	Frankfurt am Main-Niederursel 14.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Eich, Manuela

In Stunden der Trauer sind wir für Sie da!

seit 1936

PIETÄT SCHÜLER

Bestattungshaus Andreas Schüler GmbH

In der Römerstadt 10 • 60439 Frankfurt
Heerstraße 28 • 60488 Frankfurt
Telefon: (069) 57 22 22 (Tag und Nacht)

www.pietat-schueler.de

Lieber Thomas,

heute vor 50 Jahren bist Du zu uns gekommen.

Leider kannst Du an Deinem Geburtstag nicht mehr bei uns sein. Wir denken in sehr großer Liebe an Dich.

In unserem Herzen lebst Du ewig weiter.

Karlheinz und Elfi Mengel
Katja Stetzer mit Familie
und alle Verwandten und Freunde

Freude oder Trauer in der Familie

Informieren Sie Ihre Freunde, Bekannten, Nachbarn und Kollegen mit einer Familienanzeige



So beginnt das große Morden: Szene mit Mike Brendt als William Lebanon und Gabriela Reinitzer als Lady Lebanon.

Foto Renate Renken

Frische Leichen zum Frühstück

Schreie, Schüsse und dann ein Satz als Markenzeichen: „Hier spricht Edgar Wallace.“ So stilvoll beginnt das große Morden. Die Neue Bühne Darmstadt, die seit mehr als 20 Jahren in einem ehemaligen Kino spielt, holt immer wieder Stoffe, die man von Leinwand und Mattscheibe kennt, ins Theater – von Pater Brown zum Kleinen Lord, von Hitchcock bis Woody Allen. Und jetzt ist als Sommerkrimi „Das indische Tuch“ von Edgar Wallace (1875 bis 1932) dran.

Der Romanstoff aus den Dreißigerjahren ist vor allem bekannt durch die deutsche Verfilmung von 1963 mit Heinz Drache, Klaus Kinski, Hans Clarin und Eddi Arent. Auf einem abgelegenen Schloss versammeln sich die Erben des verstorbenen Lord Lebanon. Sechs Tage sollen sie bis zur Testamentsöffnung friedlich zusammenbleiben. Doch es geht ein Mörder um, und ein Unwetter macht die Abreise unmöglich.

Zu den kultisch verehrten Vorbildern aus dem Rialto-Film hält die freie Gruppe einen klugen Sicherheitsabstand, was man am besten am Butler sieht, der hier auch der Erzähler ist. Weiter entfernt von Eddi Arent als Axel Raether kann

DARMSTADT Das Publikum rückt nah an die Ereignisse des Abends: Die Neue Bühne bringt den Krimi „Das indische Tuch“ von Edgar Wallace ins Theater und serviert den Zuschauern ein Essen.

Von Stefan Benz

man kaum sein: Diener Bonwit ist ein Stoiker mit stumpfsinnigem Ausdruck, was eine ganz eigene Typenkomik entfaltet, wenn er als Running Gag Kaffee und Eier unverspeist wieder abräumen muss, weil wieder eine frische Leiche zum Frühstück aufgetischt wird.

Ansonsten haben sie sich bei der Neuen Bühne ohnehin darauf verlegt, ihre adaptierten Stoffe in ein Gesamterlebnis einzubetten, zu dem die Verköstigung im Stil des Stücks (hier: Baked Beans, Chicken Salad, Fish and Chips) gehört, serviert vom Ensemble, das vor der Aufführung und in der Pause in seinen Rollen kullert. Auch räumlich rückt das Publikum zu drei Seiten der Spielfläche ganz nah an die Ereignisse des Abends. Stammregisseurin Renate Renken kultiviert auf einer Simultanbühne mit film-

schnittartigen Blackouts schnelle Szenenwechsel im Schloss.

Bei der Premiere spürt man, wie anspruchsvoll die Abläufe sind, denn die zweieinhalbstündige Aufführung kommt vor der Pause kaum über eine betuliche Nacherzählung hinaus. Erst im zweiten Teil, als sich die Reihen der Erben lichten, kommt Schwung in die Szenen, lockert der makabre Spielwitz den Krimi, wenn der Mörder hinter grünem Vorhang seinen roten Schal tödlich zwirbelt.

Bis in den Herbst steht „Das indische Tuch“ auf dem Spielplan, und man darf annehmen, dass die Aufführung sich in den kommenden Wochen noch so wirksam straffen wird wie das Würgetuch des Killers. Die nötigen Spielmacher sind ja vorhanden: In Ermangelung eines Kommissars muss hier ein Anwalt

die Ermittlungen leiten, was Stefan Peschek mit einem Schwiegermuttercharme wie aus den frühen Sechzigern gelingt. Witwe Lebanon ist in Gestalt von Gabriela Reinitzer eine Matriarchin als strenge Manipulatorin. Mike Brendt führt ihr Muttersöhnchen Willie zwischen unterdrückter Homosexualität und divenhafter Künstlerattitüde bis zum wahnhaften Abgrund. Rainer Poser ist als amerikanischer Schwager mit seiner schottischen Schöpfung im schottischen Schloss.

Dort ist das Publikum über einen Theaterabend filmnostalgisch umfangen in einer fernen Welt, wo die Klassen- gegensätze wie Folklore wirken und die größte technische Herausforderung die Bedienung eines Transistorradios ist. Die Zumutungen der Gegenwart sperrt die Neue Bühne auch mit dieser Produktion wieder zuverlässig aus.

DAS INDISCHE TUCH

bis 5. Oktober, Neue Bühne Darmstadt, Frankfurter Landstraße 195–197. Die nächste Vorstellung, für die es noch Karten gibt, ist am 26. Juli. Weitere Informationen unter neue-buehne.de.

Eigentlich eine gute Bilanz

Stoffel-Halbzeit auf der Festival-Wiese

FRANKFURT Eigentlich wären seine Kolumnen auch als Hörbuch bestens geeignet, zum Beispiel auf einer Autofahrt nach Bayern, um sich auf urige Wirtshäuser einzustimmen. Denn viele sind Anekdoten aus dem Leben mit der Gastronomie. Auf dem 21. Stoffel, dem kostenfreien Festival im Frankfurter Günthersburgpark, liest Michael Herl wieder aus seiner beträchtlichen Sammlung. Seit dem 9. Oktober 2012, auf den Tag genau, schreibt der Leiter des Stalburg-Theaters, Stoffel-Gründer und Journalist seine „Eigentlich...“-Kolumnen für die „Frankfurter Rundschau“, bis heute 600 Stück, sagt er.

Gleichmütig bis ironisch erzählt er von seiner Oma, und ein echter Food Influencer, von Ausbeutung in Edel-Restaurants, vom Banasentum bei der Aussprache von Tagliatelle, er schrieb eine Hommage an den unbekannten Wirt Wolfgang B. – das ist mal amüsant, mal absurd oder trivial. Auf den Bierbänken vor der Bühne hört ihm ein älteres Publikum zu, auf der Wiese sitzen Familien, die sich mit Biobrot, Eis und Limonade eingedeckt haben. Zwischen den Reihen sammeln Mitarbeiter mit den legendären roten Eimern Spenden. Herl ist zur Halbzeit des Stoffels zufrieden mit der Spendenbereitschaft, dem Wetter, dem Andrang und den Bands, die ein breiteres Publikum locken. Programmchef Filippo Tiberia ist froh, dass er wegen einer Absage kurzfristig die Band Tonland für einen Auftritt gewinnen konnte. Die hat sofort zugesagt. Wenn das nicht etwas über die Popularität des Festivals aussagt. Das Programm gibt es auf stalburg.de/programm SONJA ESMAILZADEH

Bei Anruf Meer

FRANKFURT Die Klasse Spehr der Kunsthochschule Kassel bei Familie Montez

Vielleicht muss das so sein. Muss man diese Phase auf dem Weg zum eigenen Ich ganz einfach überstehen. Sich erinnern an die eigene Kindheit etwa, die Familie und die Freunde aus dem Hort. An glückliche Momente, Anekdoten, Traumata, wie sie sich seit Generationen in den Erzählungen wohl der meisten Familien hartnäckig behaupten. Dass die Erinnerung, folgt man dem Bonmot Jean Pauls, das einzige Paradies sei, aus dem wir nicht vertrieben werden könnten, hier, bei Familie Montez, fällt es zunächst schwer, daran zu glauben. Dabei, stimmt ja, beschäftigen sich auffallend viele Künstler der Klasse Johannes Spehr an der Kunsthochschule Kassel, die sich im Kunstverein unter der Honsellbrücke einem breiten Publikum vorstellen, mit Fragen der Vergangenheit.

Doch sei es, dass Claudia Duensing sich das eigene Fotoalbum vorgenommen hat als Musterbuch für ihre Bilder, Ivonne Kramer eine zeichnerische, von Briefen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begleitete Familienchronik erstellt hat oder Anja Kellner dem Besucher „per Anruf Vergangenheit“ verspricht: Der eigenen Geschichte kann man hier – Paradies hin, Vertreibung her – ganz im Gegenteil beim besten Willen nicht entkommen. Und legt womöglich lieber wieder auf. Für die eigene Identität dagegen, auch das zeigt die Schau mit bald 40 Positionen aus der aktuellen Klasse für Malerei, kann man sich durchaus zu entscheiden suchen. Mag sein, als Künstler hat man im Zweifelsfall ganz einfach keine Wahl.

Doch wie die Schüler des vor allem als Zeichner bekannten Frankfurter Künstlers Johannes Spehr selbstverständlich mit ihren Arbeiten in andere Medien ausgreifen, ist allemal bemerkenswert. Das gilt für Helena Stockmanns Pflanzen- schule mit Farnen, Moosen, Philodendren in heimatlicher Schwarzwalderde gerade- so wie für Joshua Scheinemanns reliefartige, zwischen Konstruktion und De-

konstruktion frei schwingende Bildkörper. Für Cory Peters den Rassismus migrantischer Communities thematisierende Performance ebenso wie für Lucine Moschref, die das ihr als Künstlerin mit Migrationshintergrund immer wieder entgegenschlagende Misstrauen offensichtlich gründlich satt hat.

Und die nun, statt sich unsichtbar zu machen, das Klischee der potentiellen Terroristin mit ihren Objekten krachend zu erfüllen sich vorgenommen hat. Freilich führen vielleicht nicht alle, aber doch zahlreiche künstlerische Wege bald zur Grafik und bald zur Malerei zurück. Zu den ornamental anmutenden, im Detail indes figürlich sich gestaltenden Zeichnungen Michele Angelichers etwa, zu Kramers in Buchform gegessener Chronik oder den bescheidenen, äußerst subtil die Malerei als solche reflektierenden Abstraktionen Janis Krämers. Mehr noch, mit einem Mal erscheinen dem Be-

sucher selbst Joshua Scheinemanns konstruktive Kompositionen in erster Linie malerisch gedacht.

Und Jean Paul? Meldet sich am Ende durchaus überraschend doch noch fermnützlich per Telefon. Zugegeben, nicht persönlich. Und es ist auch nicht unsere Vergangenheit, nimmt man den Anruf Anja Kellners kurzentschlossen an. Das sanfte Meeresrauschen aber, das aus dem Hörer zu uns spricht, lässt uns noch einmal daran glauben: Am anderen Ende meldet sich mit verführerischer Stimme das Paradies. Und wir, wir bleiben dran. CHRISTOPH SCHÜTTE

BRANCOS – Studierende der

Klasse Spehr Kunsthochschule Kassel, bis 4. August, Kunstverein Familie Montez unter der Frankfurter Honsellbrücke, geöffnet dienstags bis sonntags von 13 bis 19 Uhr.



Am Telefon das Paradies: die Ausstellung bei Familie Montez

Foto Julius Hößner



Der Schreiber

Von Christian Riethmüller

Am frühen Morgen des 17. Juli 1987 läuft ein betrunkenen Mann bei München über die Autobahn. Ein Lastwagen erfasst und tötet ihn. Das Opfer ist der aus Frankfurt stammende Schriftsteller Jörg Fauser. Zuvor hatte er im Schumann's seinen Geburtstag gefeiert. Weshalb es ihn danach an den Stadtrand zog, weiß niemand. Vielleicht hatte er noch nicht genug das Leben aufgesogen in jener Nacht, in der ein zu kurzes Dasein endete, aber ein Mythos geboren wurde. Dieser verblasst zwar immer wieder, doch vor seinem Verschwinden erinnert sich der literarische Betrieb in Deutschland jedes Mal rechtzeitig an einen Autor, den er zu Lebzeiten oft wie einen Hausierer an der Tür abgewimmelt hatte.

Jetzt, da Fauser am 16. Juli 80 Jahre alt geworden wäre, ist die Erinnerung an einen wieder da, der in vielen literarischen Gattungen Bemerkenswertes geschaffen hat, ohne auf eine Gattung festgelegt werden zu können. Fauser schrieb sowohl Romane als auch Krimis, Gedichte und Songtexte, von zahlreichen journalistischen Arbeiten ganz zu schweigen. Doch war er weder nur Romancier, Lyriker oder Reporter, stets aber Schreiber. Ein Schreiber, für den es immer um die Frage ging, wie man eigentlich schreiben will und was dieses Nachdenken über eine Antwort

für das eigene Verständnis als Autor bedeutet.

Nach verdienstvollen Werkausgaben bei Rogner & Bernhard sowie im Alexander Verlag erscheint seit wenigen Jahren eine Neuauflage von Fausers umfangreichem Schaffen bei Diogenes und damit endlich bei einem Publikumsverlag, wobei das Publikum wohl am ehesten zum Krimi „Der Schneemann“ oder zu Fausers autofiktionalem Meisterwerk „Rohstoff“ greifen dürfte, zwei Bände, in denen auch die Stadt Frankfurt eine Rolle spielt, ein Frankfurt allerdings, das nicht mehr zu finden ist, eine untergegangene Welt, wie es der Literaturwissenschaftler Sascha Seiler in seinem lehrerwerten Essay „Bornheim Blues“ (Verlag Andreas Reiffer) konstatiert.

Mögen sich zwar Schauplätze, Jargon oder die Umstände geändert haben, ist doch die Literatur geliebt. Über deren Betrieb und Herausforderungen lässt sich etwa im Briefwechsel Fausers mit seinem Freund und Mentor Carl Weissner vieles erfahren, was auch heute noch Gültigkeit besitzt. Über die Liebe zur Literatur und die damit gelegentlich verbundene Enttäuschung hat kaum ein anderer so hingebungsvoll geschrieben wie Fauser. Nachzuschlagen im Band „Der Klub, in dem wir alle spielen“. Das ist besser als jedes Literaturseminar, weshalb gilt: Fauser lesen.

Impulse aus der Mitte

MAINZ Radiophilharmonie eröffnet Musiksommer

Leicht ließe sich hinter dem Etikett eines klassisch-romantischen Programms vermuten, dass der Mainzer Musiksommer mit einer so konventionellen Standardwerkfolge in seine 25. Auflage gestartet wäre, wie es bei so manchem sommerlichen Musikfestivals der Fall ist. Doch was das Publikum in der Mainzer Kirche Sankt Stephan hörte und am Ende mit großem Applaus würdigte, war eine reizvolle Folge starker, jedoch nicht sehr bekannter Werke ihrer Komponisten. Reizvoll auch: Die Deutsche Radio Philharmonie Saarbrücken Kaiserslautern musizierte in Kammerorchestergöße ohne Dirigent, die Einstudierung hatte Mario Blaumer übernommen, bis vor Kurzem ihr Solo-Cellist, der außerdem den Solistenpart in Werken von Carl Philipp Emanuel Bach und Antonin Dvořák spielte.

Der stürmend drängende Charakter, den Joseph Haydns Sinfonie Nr. 49 f-Moll („La Passione“) annimmt, sobald sie das Eingangs-Adagio verlassen hat, kam hier also aus der Mitte des Orchesters. Im kollektiven Impuls bedurfte die Aufführung keiner dirigentischen Gesten, auf die Blaumer am ersten Cellistenpult dann mit gutem Gewissen verzichtete konnte. Aus der Vierung der Stephanskirche heraus wirkte diese mit ihrem langsamen Eröffnungssatz letzte formale Reverenz Haydns an die barocke Kirchensonate im Gestus zwingend progressiv, im Zusammenspiel höchst präzise, in der Dominanz der dunklen Bläserfarben gut erfasst. Dass sie 1768, also nur 15 Jahre nach Carl Philipp Emanuel Bachs Kon-

zert für Violoncello und Orchester A-Dur Wq 172, entstand, bedeutete eine feine Programmklammer.

Treffend legte Solist Blaumer, nun auf dem Solistenplatz vor dem Orchester, das Konzert des zweiten Bach-Sohns nicht als Wettstreit mit seinen langjährigen Kollegen aus, sondern als Folge instrumentaler Gesangszenen, verzerrt und vielfach koloriert im ersten Satz, fließend und empfindsam phrasiert in den lyrischen Passagen des langsamen zweiten. Dass Antonin Dvořák im zeitlichen Umfeld seines formal weit gespannten Konzerts für Violoncello und Orchester h-Moll op. 104 ein ganz anderes, locker hingetupftes Werk für die gleiche Besetzung eingerichtet hatte, das 1893 orchestrierte Rondo für Cello und Klavier g-Moll op. 94, darauf machte Blaumer ebenso gelöst und musikalisch aufmerksam wie auf dessen leicht melancholischen Charakter.

Robert Schumanns ungestüme Folge von Ouvertüre, Scherzo und Finale E-Dur op. 52, die zwar keine Sinfonie, aber doch mehr als ein Kaleidoskop dreier Einzelsätze ist, lässt sich mit seinen vielen metrischen Brüchen und seinen finalen Fugato-Vertracktheiten eigentlich schon nicht mehr ohne Dirigent spielen. Die Radio Philharmonie wagte es doch und überzeugte mit einer idealen, sogar die Pauken dezent einordnenden Klangbalance in der hallreichen Akustik von Sankt Stephan, in deren Kreuzgang der Mainzer Musiksommer mit seinen auf mehrere Spielstätten verteilten neun Konzerten am 15. August ausklingen wird. AXEL ZIBULSKI

Dvořáks Siebte als Sextett

GEISENHEIM Camerata eines königlichen Orchesters

Mit ihrer Mischung aus Bläser- und Streicherfarben, die vom treibenden Klavierklang in lockere Bewegung gesetzt scheinen, war Franz Schrekers Musik zu „Der Wind“ ein früher Höhepunkt im Konzert des Rheingau Musik Festivals auf Schloss Johannisberg. Die Camerata, also die Kammermusikvereinigung des königlichen Concertgebouw Orchesters Amsterdam, eröffnete damit ein Programm, das auch im Folgenden Bläser und Streicher auf Augenhöhe zusammenführen sollte. In Schrekers 1912 aufgeführter Musik zu Grete Wiesenthals Tanz-Pantomime umspielten sich Violine und Violoncello, Klarinette, Horn und Klavier so geschickt, dass die Idee einer orchestrierten Kammermusik entstand, einer Reduktion der Mittel ohne Einschränkungen des Klangs. Dieser starke Eindruck, den die Mitglieder des bedeutendsten niederländischen Orchesters mit atmosphärisch dichter Gestaltung vermittelten, sollte beim „Spot on: Dvořák“ der zweiten Programmhälfte nicht mehr erreicht werden.

Zunächst stellten Hein Wiedijk (Klarinette), Johan Van Iersel (Violoncello) und Pianist Ramon Van Engelenhoven eines jener späten kammermusikalischen Werke von Johannes Brahms vor, das dieser für den Meininger Klarinettenist Richard Mühlfeld komponiert hatte.

In der Interpretation des Trios a-Moll op. 114 gelang es Wiedijk hervorragend, die von Brahms dem Klarinettenentzug geschriebene Melancholie ohne Larmoyanz zu entfalten – immer so präzise, wie es auch im Spiel der kammermusikalischen Partner zu erleben war.

Umso herber musste nach diesen beiden starken Werken im zweiten Programmteil die Enttäuschung über den dilettantischen Versuch des niederländischen Arrangeurs Henk de Vlioger ausfallen, Antonin Dvořáks Sinfonie Nr. 7 d-Moll op. 70 auf eine Sextett-Besetzung für Streichtrio, Klavier, Klarinette und Horn einzudampfen. Das klang im besten Fall, wie im langsamen Satz, noch annähernd serenadenhaft, energierte ansonsten mit ständigen Bogen-tremoli der Streicher, mit denen sich die Größe des Originals natürlich nicht suggerieren ließ. Kaum Chancen ließ das Arrangement, aus der Reduktion der Mittel einen Gewinn für das Durchdringen von Strukturen abzuleiten. Und spätestens im Finale, als die Intonation von Geigerin Coralina Groen immer trüber wurde, konnte sich sogar der bis dahin so vorzügliche Hornist Laurens Woudenberg vor der Bearbeitung, die zu wenig wegzulassen wagte, bisweilen nur noch auf Andeutungen seiner musikalischen Linien zurückziehen. zib.